

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011**Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Abschlussbericht zur „Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011“ mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Die Bürgerschaft (Landtag) hatte die „Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011“ als Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2008 (Drucksache 17/236) zur Kenntnis genommen.

Die Fachressorts hatten eine Vielzahl von operativen Zielen zu den einzelnen Leitbildern und Schwerpunktbereichen aufgestellt, die in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden sollten. Zu den Leitbildern gehörten

- Sprache und Bildung,
- Ausbildung, Weiterbildung, Beschäftigung und Selbstständigkeit,
- soziale Stadtentwicklung und Förderung des sozialen Zusammenlebens,
- interkulturelle Öffnung sowie
- Partizipation und bürgerschaftliches Engagement.

In den Jahren 2009 und 2010 wurde der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration über den jeweiligen Umsetzungstand berichtet. Zur Erstellung des Abschlussberichts wurden die Ressorts bzw. die einzelnen Fachbereiche gebeten, über die erfolgte Umsetzung der Handlungsziele zusammenfassend zu berichten. Die Stellungnahmen und Berichtstexte sind in das Tableau „Umsetzung der Handlungsziele der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen, Stand 31. Dezember 2010“ eingeflossen, welches der Mitteilung an die Bürgerschaft (Landtag) beigelegt ist (Anlage 1).

1. Umsetzung der Handlungsziele

Aus diesem abschließenden Bericht lässt sich entnehmen, dass fast alle geplanten Maßnahmen umgesetzt wurden und ein hoher Grad der Zielerfüllung erreicht wurde. Zu den herausragenden Ergebnissen dieser gezielten Integrationspolitik des Senats und der Fachressorts gehörten im Berichtszeitraum:

- Ausbau der Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen und durchgängige Sprachstandserhebungen,
- Ausbau der Eltern- und Familienbildungsprogramme im Umfeld von Kindertageseinrichtungen und Schulen,
- durchgängige integrative Sprachförderung in allen Fächern sowie sprachunterstützende Maßnahmen in allen Schulformen und auf allen Schulstufen,
- Förderung der Mehrsprachigkeit im Schulalltag,
- erfolgreiche Ausweitung des Umfangs der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz sowie die hohen Teilnehmer/-innenzahlen,
- Hohe Anzahl von ergänzenden Verbundprojekten in der Kooperation verschiedener Qualifizierungsträger,

- Integration und Ausbildung von Migrantinnen und Migranten durch den Ausbau beruflicher Qualifizierung und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten,
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, laufende Bestrebungen, mehr Migrantinnen und Migranten in die Stadtentwicklung einzubeziehen,
- Aktivitäten des Sports in der Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten,
- Unterstützung durch den Sport bei beratenden und gewaltpräventiven Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten,
- Förderung des Kennenlernens und der interkulturellen Begegnungen durch kulturelle und gemeinschaftsfördernde Aktivitäten,
- Weiterentwicklung der kultursensiblen Altenhilfe,
- interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes durch umfassende Anwerbung und Ausbildung von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst sowie Ausrichtung von Lehrgängen für die Bildung interkultureller Kompetenz bei den Beschäftigten,
- partizipative Ausrichtung von Integrationswochen und Integrationsgipfeln sowie aktive Beteiligung des Bremer Rates für Integration an der Weiterentwicklung der Bremer Integrationsarbeit.

Im Nachstehenden soll über einige hervorzuhebende Ergebnisse dieser gezielten Integrationspolitik des Senats und der Fachressorts berichtet werden:

1.1 Maßnahmen und Projekte zur Bildung und Integration von Kindern mit Migrationshintergrund im Rahmen des Programms Frühkindliche Bildung und Frühe Hilfen in Bremen

Vier Schwerpunkte bilden die Grundlage für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten zur Bildung und Integration von Kindern mit Migrationshintergrund im Elementarbereich:

Umsetzung eines verbindlichen Rahmenbildungsplans für die Kindertageseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern

Das Vorhaben „Qualitätsvereinbarung mit Trägern der Kindertagesbetreuung“ hat zum Ziel, die Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung zu sichern, weiterzuentwickeln und zu überprüfen. Mit dem Vorhaben konnte eine trägerübergreifende Grundlage zur Umsetzung dieser Ziele geschaffen werden, und zwar auf der Basis des Rahmenplans für Bildung und Erziehung im Elementarbereich. Durch die Einrichtung eines Projektausschusses, einer Entwicklungsgruppe und vier Arbeitsgruppen zu ausgewählten Qualitätsbereichen des Elementarbereichs konnten Mindeststandards entwickelt werden. Interkulturelle Bildung, Sprachförderung und Integration konnten als Querschnittsthemen in allen entwickelten Qualitätsversprechen und Mindeststandards berücksichtigt werden. Im Blick ist dabei die pädagogische Arbeit mit den Kindern, die Elternarbeit sowie die Auswahl von pädagogischem Personal. Ein Abschluss von Qualitätsvereinbarungen (QV) mit den Trägern zur Umsetzung des Rahmenplans ist im Frühjahr 2011 vorgesehen.

Sprachstandserhebung, Sprachförderung und Qualifizierung von Fachkräften

Neben der alltagsintegrierten Sprachentwicklungsförderung für alle Kinder, die eine Kita besuchen, erhalten Kinder mit Sprachförderbedarf eine gezielte Förderung in einer Kleingruppe. Besonderen Förderbedarf haben oftmals Kinder, die aus migrantischen Familien kommen. Ihr Anteil lag im Jahr 2008/2009 bei rund 85 % aller Sprachförderkinder. Hierbei liegen leider keine geschlechterspezifischen Daten vor. Allerdings ist im Zuge der Digitalisierung der Sprachförderungsorganisation eine solche Differenzierung in Zukunft vorgesehen. Die Förderbedürftigkeit von Kindern wurde bis 2008 auf der Grundlage einer Sprachstandserhebung festgestellt. Seit 2009 wird unter der Federführung des Bildungsressorts der Cito-Test eingesetzt, mit dem alle Kinder getestet werden. Die zusätzliche Sprachförderung konnte seit 2009 deutlich ausgeweitet werden (vergleiche nachstehende Tabelle). Die Universität Bremen ermittelte bei der Auswertung des Test einen knapp paritätischen Anteil von Jungen und Mädchen (51 %/49 %) in der additiven Sprachförderungsteilnahme.

	SF 2008/2009	SF 2009/2010	Steigerung in %
Additive SF-Kinder	714	1 457	104,06 %
Gruppen	151	293	94,04 %

Zur Umsetzung sowohl der alltagsintegrierten wie auch der additiven Sprachförderung wurden unterschiedliche Qualifizierungsangebote für pädagogische Fachkräfte angeboten:

- Spracherziehung in Kindertageseinrichtungen als zertifizierte trägerübergreifende Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte aus Einrichtungen, deren Kinder überproportional aus Familien mit Migrationshintergrund kommen. Bislang wurden 62 Fachkräfte ausgebildet; ein erneutes Angebot wird es für 2011/2012 geben. An diesen Weiterbildungen nahmen fast ausschließlich weibliche Fachkräfte teil. Es wird von lediglich drei männlichen Erziehern berichtet.
- Sprachförderung im Elementarbereich (einwöchige Schulung); bis Sommer 2010 wurden rund 350 Fachkräfte geschult, weitere Schulungen sind vorgesehen.

Die Sprachförderung in der Kita wird dokumentiert. Grundlage für die Angebote und Schulungen bilden die Arbeitsmaterialien der Sprachförderung im Elementarbereich.

Maßnahmen zur Anhebung des Betreuungsniveaus von Kindern mit Migrationshintergrund

In Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz, KV Bremen e. V., und dem Migrantinnenrat werden 15 sogenannte Kooperationsspielkreise für Kinder unter drei Jahren aus Familien mit Migrationshintergrund in den Kitas angeboten. Sie haben das Ziel, den frühen Übergang in die Kitas und somit die frühe Integration und Sprachförderung zu unterstützen. Neben den Angeboten für die Kinder finden auch gezielte Elternangebote sowie Qualifizierungen für die Gruppenleiterinnen statt. Rund 95 % der teilnehmenden Kinder werden anschließend mit drei Jahren in der Kita angemeldet. Das Vorhaben wird bereits seit 2003 fortlaufend umgesetzt. Bei der Erhebung der Teilnehmer wurden bisher Alter und Nationalität ermittelt. Eine geschlechterdifferente Erweiterung wird für die Planungen ab 2011 berücksichtigt. Zusätzlich wurde in diesem Jahr gemeinsam mit dem Bremer Rat für Integration eine Kampagne für den frühen Besuch der Kita initiiert.

Förderung von interkultureller Kompetenz und interkulturellem Lernen

Das Fortbildungsangebot in Kooperation mit dem Überseemuseum Bremen richtet sich an pädagogische Fachkräfte, an Kinder sowie an Eltern. In gemeinsamen Projekten (zu Gast in Asien, zu Gast in Afrika und „Musikalische Weltreise“) greifen die Themen interkulturelle Kompetenz und interkulturelles Lernen auf. Es haben rund 30 Einrichtungen an den Angeboten teilgenommen. Das Projekt wird im Frühjahr 2011 fortgesetzt.

1.2 Integration durch schulische Bildung

Im Zuge des demografischen Wandels ist zu beobachten, dass sich die Gesellschaft ethnisch, kulturell und religiös einer immer stärker werdenden Durchmischung ausgesetzt sieht. Gleiches geschieht so auch in den Bremer Schulen. Der hohe Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in den Schulen im Land Bremen erfordert effiziente Anpassungen in der bisherigen Konzeptentwicklung. Dieser angestrebte Paradigmenwechsel zeichnet sich im schulischen Bereich durch die Bremer Schulreform und der Umsetzung der Empfehlungen des Bremer Schulentwicklungsplans bereits deutlich ab. Es wurden die Strukturen geschaffen, dass sich Schulen zu Orten der Vielfalt entwickeln, Orte die den Bildungsansprüchen einer immer heterogener werdenden Schülerschaft gerecht werden können. Die neuen Schulstrukturen und das Schulgesetz dienen sämtlich auch dazu, die immer noch starke Verbindung zwischen sozialer/ethnischer Herkunft und dem Bildungserfolg weiter aufzulösen um die Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter zu verbessern. Einzelne zielgruppenspezifische Maßnahmen, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, behalten weiterhin ihre Berechtigung. Die Hauptaufgabe besteht jedoch darin, das Schulsystem so zu gestalten, dass es den gesellschaftlichen Entwicklungen insgesamt Rechnung trägt.

Die Selbstverpflichtungen der Länder im Rahmen des Nationalen Integrationsplans und die Erklärung „Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ bildeten von 2007 bis 2011 das Fundament der Bestrebungen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund weiter voranzutreiben, mit dem Ziel weiterhin der Wissensgesellschaft Deutschland einen Bremer Beitrag zu leisten.

Umfassende Deutschkenntnisse und der Bildungserfolg bleiben eng verbundene Faktoren. Alle Kinder, die Defizite in der deutschen Sprache aufweisen, sollen folglich die Förderung erhalten, die ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme an Unterricht und Bildung ermöglicht. Aufgrund des sehr hohen Anteils dieser Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in bremischen Schulen kommt einer durchgängigen integrierten Sprachförderung in allen Fächern eine herausragende Bedeutung zu. Außerdem werden zielgruppenspezifisch sprachunterstützende Maßnahmen in allen Schulformen und auf allen Schulstufen erfolgreich durchgeführt. Diese Vielzahl an Maßnahmen wurde im Schuljahr 2010/2011 durch die Einsetzung von Sprachberaterinnen und Sprachberatern in Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien noch einmal intensiviert. Die „Offensive Bildungsstandards“ stellt einen weiteren wichtigen Schritt dar, um die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Neben dem Erwerb der deutschen Sprache bildet die Förderung der Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen einen weiteren Fokus der Integrationsarbeit des Landes. Bremen verfügt im Vergleich zu anderen Ländern hier über ein herausragend großes Angebot, um das Prinzip der Mehrsprachigkeit im Schulalltag angemessen zu verankern. So gibt es ein flächendeckendes Angebot an muttersprachlichem Unterricht in mehreren Herkunftssprachen über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Zusätzlich werden diese Angebote durch muttersprachlichen Unterricht der jeweiligen Konsulate flankiert. Alternative Angebote als zweite Fremdsprache in Türkisch, Russisch und Polnisch stellen einen weiteren Beitrag dar, die Mehrsprachigkeit von Schülerinnen und Schülern aus diesen Herkunftsländern zu unterstützen. Diese Angebote werden laufend qualitativ weiterentwickelt und entsprechend der Nachfrage weiter ausgebaut.

Die Unterstützung und das Wissen der Eltern sind von starkem Einfluss, geht es um die Bildung und Integration von Kindern und Jugendlichen. Deshalb misst die Senatorin für Bildung und Wissenschaft der Elternarbeit zur Unterstützung von integrativer Arbeit einen hohen Stellenwert bei. Die Schulen sind bestrebt, die Zusammenarbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund immer weiter zu verbessern. Neben den Anstrengungen der Schulen realisiert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts seit Jahren Elternbildungsprogramme, die die Teilnehmer/-innen nicht nur informieren sollen, sondern diese auch als Multiplikatoren für die weitere Integrationsarbeit gewinnen wollen.

1.3 Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes

In ihrem Beitrag zum Nationalen Integrationsplan haben die Bundesländer die Bedeutung der interkulturellen Öffnung in allen Bereichen der Gesellschaft hervorgehoben. Sie haben sich dabei auch zu ihrer integrationspolitischen Aufgabe als Arbeitgeber bekannt. Im gemeinsamen Länderbeitrag heißt es: „Die Länder sind sich ihrer Aufgabe als Arbeitgeber bewusst. Sie wirken im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, den Anteil des Personals mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung zu erhöhen. Sie streben an, dass dabei sprachliche und interkulturelle Kompetenzen angemessen berücksichtigt werden.“

Die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst wurde als politische Zielsetzung sowohl im Integrationskonzept als auch im personalpolitischen Konzept „Personal 2020“ festgeschrieben. Im Rahmen des Monitorings zur Umsetzung der Integrationskonzeption wurden folgende Handlungsziele konkretisiert:

- Beibehaltung der Einstellungsquote von Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den Ausbildungsberufen der allgemeinen Verwaltung: 23 %.
- Steigerung des Anteils von Bewerberinnen und Bewerbern auf einen Ausbildungsplatz in Berufen der allgemeinen Verwaltung auf 20 %.

Mit dem Einstellungsjahrgang 2010 hat das für die Einstellung von Auszubildenden zuständige Aus- und Fortbildungszentrum der Freien Hansestadt Bremen seine selbst

formulierten Ziele übererfüllt. Entsprechend sollen zum nächsten Aktualisierungstermin die Ziele nach oben angepasst werden.

In den Verwaltungen der Freien Hansestadt Bremen wird die Staatsangehörigkeit der Beschäftigten erhoben; eine Erhebung des Migrationshintergrunds erfolgt nicht. Im Rahmen des personalpolitischen Programms ist geplant, eine anonymisierte Befragung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchzuführen, um den tatsächlichen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den Beschäftigten innerhalb des bremischen öffentlichen Dienstes ermitteln zu können.

Im Rahmen der Nachwuchsgewinnung wird bei allen eingehenden Bewerbungen auf Basis der zugesandten Unterlagen eine Einschätzung zum möglichen Migrationshintergrund des Bewerbers bzw. der Bewerberin vorgenommen (Indikatoren sind Geburtsort, gegebenenfalls Hinweis auf die Herkunft der Eltern, Muttersprache, Fremdsprache, Staatsbürgerschaft). Zudem werden seit dem Einstellungsjahrgang 2010 alle Bewerber/-innen, die sich in den Auswahlverfahren durchgesetzt haben und einen Ausbildungsvertrag erhalten, anonym nach ihrem Migrationshintergrund befragt. Die Beantwortung ist freiwillig. Im Anschluss an die Befragung werden die Daten vernichtet und dürfen nicht personenbezogen in die Personalakte aufgenommen werden. Entsprechend liegt zum Zeitpunkt der Einstellung von Auszubildenden ein verlässlicher Überblick über die Gesamtzahl der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund des jeweiligen Jahrgangs vor. Eine jahrgangsübergreifende Gesamtzahl von Auszubildenden mit Migrationshintergrund kann jedoch nicht errechnet werden.

Zum Einstellungsjahrgang 2010 wurden folgende Anteile bei der Einstellung von Auszubildenden bzw. Anwärtern/-innen mit Migrationshintergrund erreicht: Verwaltungsberufe: 30,5 % (elf von 36 Auszubildenden/Studierenden haben einen Migrationshintergrund, acht davon sind Frauen), sonstige Berufe nach dem Berufsbildungsgesetz im öffentlichen Dienst: 24 % (31 von 129 Auszubildenden haben einen Migrationshintergrund, das Geschlecht soll ab dem Einstellungsjahrgang 2011 erhoben werden).

Zur Erhöhung des Anteils von Auszubildenden mit Migrationshintergrund werden vielfältige Maßnahmen sowie seit 2009 eine Ausbildungskampagne mit den Schwerpunkten verstärktes ressortübergreifendes Ausbildungsmarketing und Veränderung/Modifikation der Auswahlverfahren durchgeführt. Über die Quote des erfolgreichen Ausbildungsabschlusses bei Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund liegen in der allgemeinen Verwaltung keine Informationen vor, da keine personenbezogenen Hinweise auf einen möglicherweise vorhandenen Migrationshintergrund in den Personalakten geführt werden dürfen. Der allgemeine Eindruck ist, dass es bezüglich des Erreichens des Ausbildungsziels keine Unterschiede zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund gibt. Unabhängig von einem möglichen Migrationshintergrund sind in den vergangenen Jahren fast alle Auszubildenden in den Berufen der allgemeinen Verwaltung übernommen worden.

Zur Anwerbung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund werden vielfältige Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit angewandt (Webseite, schriftliche Informationsmaterialien, öffentliche Kampagnen, Zusammenarbeit mit Jobcentern und mit Migrantenorganisationen).

Zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten in den Landesverwaltungen werden freiwillige Kompetenztrainings (in der beruflichen Fortbildung) und verpflichtende Kompetenztrainings (in der Ausbildung) durchgeführt. In Bremen wurde eine interkulturelle orientierte Qualitätsentwicklung eingeführt, die bislang aber weder verbindlich vorgegeben noch flächendeckend durchgeführt wird. Das Feedback der Teilnehmer/-innen zu den interkulturellen Kompetenztrainings war durchweg positiv; die Wirkungsqualität konnte bisher jedoch nicht evaluiert werden.

1.4 Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik des Bremer Senats versteht sich auch als konsequente Integrationspolitik. Bei sämtlichen Aktivitäten wird das Ziel einer möglichst bruchlosen Integration von Personen mit Migrationshintergrund in Ausbildung und Erwerbstätigkeit beachtet: Sie setzt konsequent auf die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Abstimmung mit dem Magistrat Bremerhaven.

Die Partner der Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung „haben beschlossen“, nicht mehr „bloße“ Einzelvorhaben für die Zielgruppe zu ver-

einbaren, sondern die Beteiligung von jungen und älteren Menschen mit Migrationshintergrund bei allen 13 Verabredungen zu beachten. Sie haben dafür den Dialog mit dem Bremer Rat für Integration aufgenommen. Seit 2011 ist zudem ein Vertreter des Rates in die Arbeitsstrukturen der Bremer Vereinbarungen fest eingebunden.

- Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) und seinen vier Handlungsfeldern (Fonds) werden in allen Unterfonds Zielvorgaben für die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an den Fördervorhaben vereinbart. Damit profitiert die Zielgruppe von den Aktivitäten zur arbeitsmarktpolitischen Flankierung des Strukturwandels (Fonds 1), zur Stärkung der individuellen Arbeitsmarktchancen (Fonds 2), zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit (Fonds 3) und zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Fonds 4). Im Zuge des Controllings wird die Zielerreichung kontinuierlich überprüft und bei Unterschreitungen gegengesteuert. Die Berichterstattungen zum BAP werden der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit zweimal im Jahr zur politischen Beratung vorgelegt.
- Die Kommunen Bremen und Bremerhaven nutzen ihre Gestaltungsmöglichkeiten bei den Jobcentern, um in die Arbeitsmarktprogramme des SGB II, die jährlich aufgelegt werden, Integrationsaspekte einfließen zu lassen.
- Die Bürgerschaft (Landtag) hat im Dezember 2010 „eine betriebliche Initiative zur Deckung des Fachkräftebedarfs“ beschlossen. Der Senat hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales gebeten, diesen Beschluss nach dem „Vorbild der Bremer Vereinbarungen“ umzusetzen. In den derzeit stattfindenden Konsultationen geht es auch darum, die Potenziale von Zuwanderinnen und Zuwanderern für die bremische Wirtschaft zu erschließen

Zur zentralen arbeitsmarktpolitischen Herausforderung gehört es, dass die beruflichen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten besser genutzt werden. Hier ist die Gesetzgebung des Bundes gefragt. Ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll noch im Jahr 2011 verabschiedet werden. Dies soll allen Personen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen ein Recht auf Begutachtung und Bewertung ihrer Qualifikation im Hinblick auf die Gleichwertigkeit mit deutschen Abschlüssen geben. Auch ist eine Feststellung von Teiläquivalenzen und die Möglichkeit von Nachqualifizierungen vorgesehen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung lässt allerdings noch viele Fragen offen. So sind etwa auf breiter Front Nachqualifizierungsangebote zu schaffen und im Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit finanziell zu hinterlegen. Weiterhin ist eine qualifizierte Anerkennungsberatung für jedermann zu gewährleisten. Dazu müsste die Aufgabenstellung des Zentralen Auslandsvermittlungsdienstes der Bundesagentur für Arbeit, der im Auftrag des BMAS derzeit Anerkennungsberatung durchführt, auf alle Ratsuchenden ausgeweitet und mit entsprechenden Ressourcen hinterlegt werden. Außerdem sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Anerkennungsstellen für das erweiterte Aufgabenspektrum zu rüsten und bundeseinheitliche Verfahrensstandards zu gewährleisten. Hierfür wird sich der Senat auf Bundesebene einsetzen.

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat Ende 2009 bereits einen mehrsprachigen „Wegweiser zur Bewertung von ausländischen Bildungsabschlüssen“ herausgegeben. Dieser beseitigt nicht das Problem der unzureichenden Anerkennung, er trägt aber dazu bei, dass Migrantinnen und Migranten im Land Bremen erkennen, dass sie willkommen sind. Der Wegweiser gibt konkrete Hinweise, an welche Stelle sich Zuwanderinnen und Zuwanderer wenden müssen, um eine qualifizierte Bewertung ihrer bisherigen Abschlüsse erhalten zu können. Die Broschüre ist auf eine große Zustimmung und sehr hohe Nachfrage gestoßen.

1.5 Wirtschaftspolitik

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Fachkräftemangels erhält eine gelungene Integration von Personen mit Migrationshintergrund in das Wirtschaftsleben eine zunehmende wirtschaftspolitische Bedeutung.

Im Jahr 2009 wurde mit der Gründung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH die Wirtschaftsförderung in der Stadt Bremen auf eine neue Basis gestellt. Mit der Einrichtung des Unternehmensservice Bremen (USB) wurde eine zentrale Ansprache vor Ort geschaffen. Dort werden drei Beraterinnen und Berater mit Migrations-

hintergrund beschäftigt, die eine Erstberatung sowohl in deutscher und englischer als auch in polnischer, russischer und türkischer Sprache anbieten. Unter einem gemeinsamen Dach bieten die Handelskammer Bremen (Außenwirtschaft und Ausbildungsbüro), die Handwerkskammer Bremen (allgemeine Betriebsberatung, Außenwirtschaft und Technologieberatung), die WFB-Bremen (Erstberatung über alle Förderinstrumente, Einheitlicher Ansprechpartner und Außenwirtschaftsberatung) und die RKW GmbH (Existenzgründungsberatung, BremerUmwelt-Unternehmen etc.) ihre verschiedenen Serviceleistungen an. Speziell der Einheitliche Ansprechpartner (EA) versorgt Dienstleistungsunternehmen aus dem In- und Ausland mit Informationen über die Anforderungen zur Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten und agiert als Berater, Lotse und Koordinator zwischen den Behörden, den zuständigen Stellen und dem Dienstleistungserbringer. Grundsätzlich zeigen die Erfahrungen der Wirtschaftsfördergesellschaften im Land Bremen, dass Personen mit (vermutetem) Migrationshintergrund bzw. Unternehmen, die von ihnen geführt werden, einen geeigneten Zugang zu den bestehenden Angeboten der Wirtschaftsförderung vorfinden und die gebotenen Möglichkeiten auch nutzen.

B. Integrationsmonitoring

Mit der Erstellung der bremischen Integrationskonzeption 2007 bis 2011 waren erstmals auch über 30 Integrationsindikatoren aufgestellt worden, die mittelfristig einen besseren Blick auf objektive Veränderungen in den verschiedenen Feldern der Integrationsarbeit ermöglichen sollen. Durch die Betrachtung von Entwicklungen im Zeitverlauf sollen Ansatzpunkte für die Verbesserung integrationspolitischer Instrumente gefunden werden. Im Jahr 2008 verständigten sich alle Bundesländer auf ein einheitliches Indikatorenset, welches auch die Anpassung bzw. Modifikation der in der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011 erarbeiteten Indikatoren notwendig machte. So sind in den einzelnen Bereichen die Indikatoren ausdifferenzierter und konkret auf die verfügbaren Daten abgestellt worden (z. B. im Bereich Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit). Neu aufgenommen wurden u. a. Indikatoren zu den Bereichen Armut (Armutrisikquote, Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts), Wohnen (Eigentümerquote, Wohnfläche je Familienmitglied) sowie Kriminalität und rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Gewalttaten. Keine Berücksichtigung fanden z. B. Daten zur Übernahme von Funktionen in Elternbeiräten, deren Erhebung ohnehin nur schwer möglich gewesen wäre. Das länderübergreifende Indikatorenset ist jetzt sehr gut geeignet, den Integrationsprozess anhand von validen und nachvollziehbaren Indikatoren messbar zu machen.

Mit einer breit akzeptierten Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“¹⁾ als dritter Erhebungskategorie neben „Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit“ und „Menschen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit“ sowie, soweit andere Datenquellen nicht verfügbar sind, der Nutzung des Mikrozensus als Datenerhebungsinstrument hat die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder am 16./17. Februar 2011 die Notwendigkeit eines länderübergreifenden Integrationsmonitorings unterstrichen und den „Ersten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 bis 2009“ zur Kenntnis genommen. Erstmals liegen für die Länder zentrale Daten zur Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund auf weitgehend einheitlicher, methodischer und definitiver Grundlage gebündelt vor (Anlage 2).

Mit dem Bericht wird auf breiter empirischer Basis ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über den Stand und die Entwicklung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland geleistet. Die Kennzahlen geben eine wichtige Orientierung für gezieltes integrationspolitisches Handeln in den Ländern. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund bemisst sich daran, dass sie in zentralen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Chancen auf Teilhabe haben wie die Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Ergebnisse des Integrationsmonitorings zeigen im Vergleich der Daten für 2005 und 2009 in vielen Bereichen Fortschritte. Nach wie vor gibt es jedoch zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

¹⁾ Als Personen mit Migrationshintergrund definiert werden „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“, vergleiche § 6 Satz 2 Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung – MighEV) vom 29. September 2010, BGBl. I, Seite 1372, 1373.

Ein Länderranking ist mit dem vorliegenden Kennzahlen- und Indikatorensetz jedoch nicht angestrebt, da ein solches Ranking ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen demografischen und sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in den Ländern nicht sinnvoll möglich ist.

Die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder hat beschlossen, das Integrationsmonitoring im Zweijahresrhythmus fortzuschreiben und eine länderoffene Arbeitsgruppe gebeten, im Jahr 2013 einen aktualisierten Bericht vorzulegen und die Aufnahme weiterer Indikatoren und Statistikänderungen zu prüfen.

Nachfolgend werden einige ausgewählte Ergebnisse für Bremen im Vergleich der Jahre 2005 und 2009 in Kurzform dargestellt. Ausführlichere Analysen mit Angaben zur empirischen Relevanz, Bewertung der Indikatoren und zu methodischen Besonderheiten können dem beigefügten Ergebnisteil des Länderberichts entnommen werden. Die vollständigen Indikatoren stehen darüber hinaus in einem umfassenden Datenband zur Verfügung.

Bevölkerung

Die Bevölkerung in Bremen ist durch Zuwanderung geprägt. Im Jahr 2005 hatten ca. 165 000 Menschen (24,9 %) in Bremen einen Migrationshintergrund. Fast die Hälfte davon – 80 000 (48,3 %) – waren deutsche Staatsangehörige. 2009 hatten 176 000 (26,6 %) Bremerinnen und Bremer einen Migrationshintergrund. Der Anteil der deutschen Staatsangehörigen stieg auf 52,1 %.

Lebensformen

Die Daten zeigen die Vielfalt der Lebensformen in der Bevölkerung und verweisen dabei auf Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2009 lebten in Bremen 28,6 % (2005 32,8 %) der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Paargemeinschaften mit minderjährigen Kindern und stellen somit einen deutlich höheren Anteil als Menschen ohne Migrationshintergrund (12,7 %; 2005 14 %).

Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltstatus

Die Aufenthaltstitel beschreiben den Zustand der Sicherheit des Aufenthalts in Deutschland. Die Abstufung reicht von dauerhaft sicher (EU-Aufenthaltsrecht, Niederlassungserlaubnis) über vorübergehend sicher (Aufenthaltsurlaubnis) bis zum unsicheren Status der Duldung bzw. der Gestattung. Ein langfristig gesichertes Aufenthaltsrecht ist in der Regel Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Von den 2005 erfassten 80 825 Ausländerinnen und Ausländern in Bremen hatten 54,7 % ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Eine lediglich befristete Aufenthaltsurlaubnis hatten 32,5 % der Ausländerinnen und Ausländer. 3,9 % verfügten lediglich über eine Duldung. 2009 stieg der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht auf 61,3 % (befristete Aufenthaltsurlaubnis 27,3 %). Der Anteil der Geduldeten reduzierte sich auf 2,6 %.

Einbürgerungsquote

Wer eingebürgert ist, verfügt über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Der Indikator zeigt, wie sich die rechtliche Integration als ein Teilbereich der Integration insgesamt entwickelt. Die Einbürgerungsquote in Bremen bezogen auf Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren liegt im Jahr 2009 bei 2,6 Einbürgerungen je 100 Ausländerinnen und Ausländer (3,9 im Jahr 2005). Im Vergleich mit dem Jahr 2005 zeigen sich in fast allen Bundesländern durchgängig geringere Quoten.

Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (drei bis unter sechs Jahre)

Der Indikator beschreibt die Zusammensetzung der Gesamtgruppe der Kinder in vorschulischer Betreuung nach der in der Familie vorrangig gesprochenen Sprache. Hohe Anteile von Kindern, in deren Herkunftsfamilie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, geben einen Hinweis auf einen erhöhten Förderungsbedarf. Gute deutsche Sprachkenntnisse erleichtern den Integrationsprozess. In Bremen ist der Anteil der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen, deren vorrangige Familiensprache nicht Deutsch ist, von 25 % im Jahr 2006 auf 30% im Jahr 2009 gestiegen.

Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach erreichten Abschlüssen

Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei den Schülerinnen und Schülern eines Jahrgangs. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülerinnen und Schülern ist ein wichtiger Integrationsindikator. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss, desto besser sind auch die weiteren strukturellen Integrationschancen.

In Bremen verließen 2009 29,4 % (2005 32,9 %) der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger die allgemeinbildende Schule mit einem Hauptschulabschluss (deutsche 18,1 %; 2005 16,5 %). Die Hochschulreife schafften in Bremen 13,1 % (2005 11,4 %) der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern erreichten 2009 36,2 % die Hochschulreife (2005 31,7 %).

Ohne Schulabschluss verließen in Bremen 2009 11,8 % (2005 16,6 %) der ausländischen Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildende Schule. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern verließen in Bremen nur 5,4 % (2005 8,1 %) die Schule ohne Abschluss.

Es zeigt sich damit eine insgesamt positive Entwicklung. Es gibt jedoch weiterhin große Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Schulabgängern.

Ausbildungsbeteiligungsquote

Eine Ursache für die niedrige Ausbildungsquote ausländischer Jugendlicher liegt unter anderem darin, dass der Berufseinstieg bei einem nichtakademischen Bildungsgang in der Regel über eine berufliche Ausbildung läuft. Die Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit ist ohne eine solche Ausbildung kaum möglich. Gleiche Teilhabechancen an der Ausbildung im dualen System stehen für eine erfolgreiche Integration. Mit der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen wird die relevante Altersgruppe in den Indikator einbezogen. In Bremen lag 2009 die Ausbildungsbeteiligungsquote bei ausländischen Jugendlichen dieser Altersgruppe im dualen System bei 7,3 % (2008 8 %), während sie bei den deutschen Jugendlichen mit 37,2 % um ein Vielfaches höher lag (2008 35,8 %).

Die niedrige Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischen Jugendlichen liegt unter anderem daran, dass diejenigen, die sich für eine betriebliche Ausbildung entscheiden, mit Jugendlichen deutscher Herkunft und der hohen Nachfrage aus dem bremischen Umland konkurrieren. Über 40 % der Plätze werden von Jugendlichen aus dem Umland besetzt. In den letzten Jahren hat es viele spezifische Anstrengungen und Projekte gegeben, ausländische Familien vom Wert einer Ausbildung zu überzeugen und die Eltern in die Berufsorientierung einzubinden. Die Berufsorientierung muss in der Schule beginnen und darf mit dem Start in eine Berufsausbildung nicht einfach enden, um Abbrecherquoten zu vermeiden. In den neuen Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013 verfolgen die Unterzeichner den Ansatz, nicht Sondermaßnahmen für migrantische Jugendliche zu starten, sondern die Zielgruppe in sämtlichen Verabredungen mit zu beachten.

Erwerbslosenquote

Der Ausschluss aus dem Erwerbsleben ist eine der zentralen Ursachen für Armut. Ein dauerhafter Ausschluss hat negative Konsequenzen für fast alle Lebensbereiche. Eine Annäherung der Erwerbslosenquoten der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zeigt an, dass sich der tatsächliche Zugang zum Arbeitsmarkt, eventuell auch die dahinter liegenden Merkmale wie Bildung und Qualifikation, aber auch die Arbeitsmarktrisiken beider Gruppen angleichen.

In Bremen lag im Jahr 2009 die Erwerbslosenquote der 15- bis unter 65-jährigen Personen mit Migrationshintergrund bei 16,1 % (2005 27,3 %), ist aber mehr als doppelt so hoch wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (6,8 %; 2005 13,5 %). Zwischen 2005 und 2009 ist im Bundesgebiet die Erwerbslosenquote allgemein gesunken. In Bremen ist der Rückgang der Erwerbslosenquote um - 11,1 % am stärksten ausgeprägt.

Armutrisikoquote

Grundlage der Berechnungen ist die Armutgefährdungsschwelle für das Bundesgebiet. Diese wird anhand des mittleren Einkommens (Median) des gesamten Bundesgebietes errechnet. Den Armutgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt

somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde. Das Armutsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt deutlich höher als das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Während in Bremen 2009 38,3 % (2005 43,3 %) der Personen mit Migrationshintergrund in einem Haushalt lebten, dessen bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt, traf dies auf nur 13,5 % (2005 15,2 %) der Personen ohne Migrationshintergrund zu. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist die Armutsrisikoquote in allen Ländern, bis auf Nordrhein-Westfalen, zurückgegangen – am stärksten in Bremen mit - 4,9 Prozentpunkten.

Eigentümerquote

Die Eigentümerquote gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung. Zu berücksichtigen ist, dass die Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in Städten und Großstädten leben, in denen die Eigentumsquote generell geringer als in ländlichen Regionen ist. Der Indikator wird nur alle vier Jahre erfasst, letztmalig 2006. In Bremen lag die Eigentümerquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund etwa halb so hoch (18,5 %) wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (37,6 %). Zwischen den Bundesländern zeigen sich größere Unterschiede. Personen mit Migrationshintergrund wiesen die niedrigste Eigentümerquote in Berlin (6,1 %) und Hamburg (8,0 %) auf.

Bewertung

Eine nähere Analyse der Daten muss jetzt in den jeweiligen Ressorts und Fachbereichen erfolgen. Daraus können sich Hinweise für die Weiterentwicklung der bremischen Integrationspolitik und für Handlungsziele in der kommenden Legislaturperiode ergeben.

Der Senat hat in seiner „Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011“ wichtige Grundsätze, Leitbilder und Handlungsziele für die bremische Integrationspolitik formuliert. Planung, Steuerung und Umsetzung lagen im Verantwortungsbereich der jeweils zuständigen Fachressorts. Diese ziel- und ergebnisorientiert gestalteten Aufgaben wurden, wie der Abschlussbericht zeigt, überaus erfolgreich wahrgenommen. Nach Auffassung des Senats soll daher auch in der nächsten Legislaturperiode eine Integrationskonzeption für das Land Bremen erstellt und verabschiedet werden.

Anlagen

- Umsetzung der Handlungsziele der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011; Abschlussbericht zum Stand 31. Dezember 2010
- Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 bis 2009

Umsetzung der Handlungsziele der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 - 2011



Abschlussbericht zum Stand 31.12.2010

Inhaltsverzeichnis

Umsetzung der Handlungsziele der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 – 2011, Abschlussbericht zum Stand 31.12.2010

4. Leitbild Integration durch Sprache und Bildung	3
4.1 Vorschulische Erziehung, Eltern- und Familienbildungsarbeit	3
4.2 Schulische Bildung	22
4.3 Sprachförderung für Neuzuwanderer und bereits länger hier lebende Migranten und Migrantinnen	45
5. Leitbild Integration durch Ausbildung, Beschäftigung und Selbständigkeit	55
5.1 Ausbildung, Beschäftigung und Existenzgründung	55
6. Leitbild Integration durch soziale Stadtentwicklung und Förderung des sozialen Zusammenlebens	64
6.1 Soziale Stadtteilentwicklung	64
6.2 Förderung des sozialen Zusammenlebens	79
7. Leitbild Integration durch Interkulturelle Öffnung	124
7.1 Interkulturelle Öffnung	124
8. Leitbild Integration durch Bürgerbeteiligung und Partizipation	139
8.1 Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation	139
8.2 Aufenthaltsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht; Wahlrecht	148

4.¹ Leitbild Integration durch Sprache und Bildung

4.1 Vorschulische Erziehung, Eltern- und Familienbildungsarbeit

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Umsetzung eines verbindlichen Rahmenbildungsplans für die Kindertagesheime unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern	Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern zur Umsetzung für 2009 geplant. Auswertung Zielerreichung	Der Rahmenplan liegt seit 1/2005 vor; Unterzeichnung der QV in 2011 geplant.	SAFGJS; 43

Zu Beginn des Vorhabens wurde eine Kick Off Veranstaltung mit Trägern im August 2009 durchgeführt. 2 Startworkshops, sowie die Einrichtung eines Projektausschusses, einer Entwicklungsgruppe und 4 Arbeitsgruppen für die Entwicklung von Mindeststandards in ausgewählten Qualitätsbereichen des Elementarbereichs wurden umgesetzt. Die Arbeitsergebnisse wurden im Rahmen der Entwicklungsgruppe überprüft und beraten und in einem Meilensteinbericht zusammengefasst.

Ein Abschluss von Qualitätsvereinbarungen (QV) mit den Trägern zur Umsetzung des Rahmenplans ist vorgesehen, Qualitätsmerkmale sind erarbeitet und liegen vor.

¹ Die Nummerierung entspricht den Gliederungspunkten in der Konzeption

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Entwicklung eines Modellprojektes zur integrierten Sprachförderung	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen, Konzeption und Ausschreibung des Projektes; Auswertung Zielerreichung	Bis 12/2008; Beginn des Projektes bis 2009 geplant	SAFGJS; 43

Zu Beginn des Vorhabens wurden konzeptionelle Absprachen mit Prof. Kretschmann und Prof. Rothweiler der Uni Bremen getroffen. Kriterien und Ziele für die Konzeptumsetzung wurden entwickelt und es erfolgte ein erstes Projektdesign durch die Uni Bremen. Des Weiteren wurden Einrichtungen, die für das Projekt in Frage kommen, erhoben.

Aufgrund der inhaltlichen Nähe zum Bundesprojekt Sprache und Integration wurde das geplante Projekt ausgesetzt und im Rahmen des Bundesprogramms weitergeführt. Die Auswahl von geeigneten Einrichtungen fand in Zusammenarbeit mit dem Projektträger und den Trägern von Kindertageseinrichtungen statt. Die Finanzierung der Einrichtungen findet über das Bundesprogramm statt. Es wurden 22 Einrichtungen für Bremen und 5 Einrichtungen für Bremerhaven ausgewählt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Durchführung von Sprachstandserhebungen von fünfjährigen Kindern im Kindergarten	TN-Zahlen, Auswertung Zielerreichung	Seit 11/2003 fortlaufend im April/Mai jedes Jahres	SAFGJS; 43

Das Vorhaben ist abgeschlossen. Die Sprachstandserhebung wird seit 2009 von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft durchgeführt. Die Daten für die Sprachstandserhebung 2009 und 2010 liegen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft vor.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.1 Qualifizierung von Fachkräften zur Durchführung der Sprachstandserhebung Es wurden bislang rund 200 Erzieherinnen geschult		Seit 11/2003 werden Qualifizierungen durchgeführt	SAFGJS; 43

Das Vorhaben ist abgeschlossen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2 Einbettung der Sprachstandserhebung in eine Entwicklungsdokumentation jedes Kindes (langfristig) Die Individuelle Bremer Lern- und Entwicklungsdokumentation liegt seit 2005 vor und wird in den Einrichtungen erprobt. Seit 03/2007 bis 08/2008 wird die Einführung der LED wissenschaftlich begleitet und evaluiert.			SAFGJS; 43

Das Vorhaben konnte nicht weiter bearbeitet werden, da es veränderte Voraussetzungen durch die Einführung des Cito Tests zur Sprachstandserhebung bei Vorschulkindern gab. Die Verantwortung für diesen Bereich liegt bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.3 Überprüfung und Weiterentwicklung der Sprachstandserhebung in Kooperation mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und der Universität Bremen		Seit 05/07	SAFGJS; 43

Das Vorhaben ist abgeschlossen. Die bisherige Form der Sprachstandserhebung wurde durch den Cito Test unter Federführung der Senatorin für Bildung Wissenschaft abgelöst.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Spracherziehung im Kindergarten (zertifizierte trägerübergreifende Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte aus Einrichtungen, deren Kinder überproportional aus Familien mit Migrationshintergrund kommen)	Auswertung Zielerreichung	2008	SAFGJS; 43

Das Fortbildungskonzept wurde weiterentwickelt und seit April 2009 in modularisierter Form fortgesetzt. Die Auswertung und Weiterentwicklung fand im Rahmen von Auswertungsveranstaltungen mit Dozenten/-innen, Teilnehmern/-innen und Trägervertretern/-innen statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4.1 Qualifizierung von 23 Einrichtungen Durchgang 08/2005 – 12/06; Qualifizierung von 19 Einrichtungen, 2. Durchgang 03/07-03/08: Qualifizierung von 20 Einrichtungen, Durchgang 04/2009 – 05/2010	Zielerreichung	2007 -2010	SAFGJS; 43

Die Durchgänge 1, 2 und 3 der Qualifizierung wurden abgeschlossen. Nach Abschluss des dritten Durchgangs konnten 62 Erzieher/-innen qualifiziert werden. Die Qualifizierung wird eng begleitet. Es findet eine Auswertung im Rahmen von unterschiedlichen Veranstaltungen (Netzwerk Sprache, Austauschtreffen mit Leitungskräften, Gesamtauswertung mit allen Beteiligten) statt. Die Ergebnisse fließen ein in die Weiterentwicklung der Maßnahme.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Sprachförderung in Fördergruppen als Konsequenz der Ergebnisse der Sprachstandserhebung (Pro Jahr erhalten ca. 700 Kinder eine Sprachförderung ein Jahr vor der Einschulung; pro Jahr entstehen ca. 129 Sprachfördergruppen in ca. 95 Einrichtungen)	Anzahl TN, Anzahl Sprachfördergruppen; Auswertung Zielerreichung; Durchführung von Expertinnenrunden; Erstellung von teilstandardisierten Handreichungen	Umsetzung des Vorhabens in der Förderphase 2008/09	SAFGJS; 43

In der Förderphase 2009/10 erhalten 1457 Förderkinderkinder in 293 additiven Gruppen, die sich auf 164 Einrichtungen der Kindertagesbetreuung verteilen, eine additive Förderung. Die Sprachförderung wird an 36 Wochen mit je 2 Angeboten pro Woche durchgeführt. Insgesamt konnten die Angebote zur additiven Sprachförderung von Kindern ausgeweitet werden, siehe Tabelle:

	SF 2008/09 (zum Vergleich)	SF 2009/10	Steigerung in %	Erläuterung
additive SF-Kinder	714	1457	104,06%	Steigerung gegenüber 2008/09 (gut doppelt so viele Kinder werden gefördert)
Gruppen	151	293	94,04%	Steigerung gegenüber 2008/09 (knapp doppelt so viele Gruppen)
Durchschnittliche Zahl der Kinder pro Gruppe	4,73	4,97		Diese Zahl zeigt, dass die Sprachfördergruppen in der Regel gut ausgelastet sind (max. werden 7 Kinder in einer Gruppe gefördert), aber dennoch die Möglichkeit besteht, weitere Kinder, wie bspw. positive Sprachvorbilder, mit aufzunehmen.

Die Sprachförderung wird durch die Sprachförderkräfte ausgewertet und dokumentiert. Die Unterlagen werden bei der Projektkoordination Frühkindliche Bildung eingereicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.1 Qualifizierung von Sprachförderinnen			SAFGJS; 43

Die Offensive zur Qualifizierung von Fachkräften für die Sprachförderung wurde umgesetzt.

Insgesamt konnten bis Sommer 2010 rund 350 Fachkräfte ausgebildet bzw. nachgeschult werden. Die Grundlage für die Schulung bilden die Arbeitsmaterialien für die Sprachförderung im Elementarbereich.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.2 Weiterentwicklung und Teilstandardisierung der Sprachförderangebote (Entwicklung eines Handbuchs zur Bremer Sprachförderung)			SAFGJS; 43

Das Vorhaben konnte abgeschlossen werden. Die Arbeitsmaterialien zur Sprachförderung im Elementarbereich wurden im Januar 2009 veröffentlicht und flächendeckend an alle Einrichtungen der Kindertagesbetreuung verteilt. Sie dienen den Sprachförderinnen als Arbeitsmaterialien für die Umsetzung der Sprachförderung. Eine zweite überarbeitete Auflage wurde im Dezember 2010 veröffentlicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Maßnahmen zur Anhebung des Betreuungsniveaus von Kindern ausländischer Herkunft	15 Spielkreise mit ca. 100 Kindern werden angeboten, ca. alle 2 Monate Durchführung von Fortbildungsmodulen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS; 43

Das Vorhaben wird seit 09/2003 fortlaufend umgesetzt. Es finden 2 x jährlich Auswertungsveranstaltungen mit den beteiligten Trägern statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.1 Angebot von Spielkreisen in Kitas unter Beteiligung der Mütter mit Migrationshintergrund		Seit 09/2003; fortlaufend bis 07/2008	SAFGJS; 43

Das Vorhaben wird seit 09/2003 fortlaufend umgesetzt. Es finden 2 x jährlich Auswertungsveranstaltungen mit den beteiligten Trägern statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2 Einsatz von 8 Gruppenleiterinnen zur Unterstützung der Elternarbeit		Seit 07/2006; lfd. bis 07/2008	SAFGJS; 43

Das Vorhaben wird seit 07/2006 fortlaufend umgesetzt. Es finden 2 x jährlich Auswertungsveranstaltungen mit den beteiligten Trägern statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.3 Angebote von Fortbildungsmodulen für die Gruppenleiterinnen			SAFGJS; 43

Das Vorhaben wird seit 07/2006 fortlaufend umgesetzt. Es finden 2x jährlich Auswertungsveranstaltungen mit den beteiligten Trägern statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Förderung von interkultureller Kompetenz und interkulturellem Lernen (Modellprojekte in Kooperation mit dem Überseemuseum)	Anzahl TN; Auswertung Zielerreichung	2004 –2007	SAFGJS; 43

Die Projekte zu Gast in Asien, zu Gast in Afrika und „Musikalische Weltreise“ wurden abgeschlossen. Alle Projekte wurden anhand von Teilnehmer/-innenfeedback, Auswertungsveranstaltungen und externer Begleitung u.a. durch die Uni Bremen FB Musikwissenschaft (für das Projekt musikalische Weltreise) ausgewertet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7.1 Fortbildung für Erzieherinnen und Projektdurchführung mit Begleitung des Überseemuseums Qualifizierung von 10 Einrichtungen beim Projekt "Zu Gast in Afrika"; Qualifizierung von 8 Einrichtungen beim Projekt „Zu Gast in Asien“; insgesamt wurden mit dem Angebot ca. 400 Kinder erreicht; es wurden insgesamt 28 Erzieher/-innen fortgebildet			SAFGJS; 43

Die Projekte zu Gast in Asien, zu Gast in Afrika und „Musikalische Weltreise“ wurden abgeschlossen. Alle Projekte wurden anhand von Teilnehmer/-innenfeedback, Auswertungsveranstaltungen und externer Begleitung u.a. durch die Uni Bremen FB Musikwissenschaft (für das Projekt musikalische Weltreise) ausgewertet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7.2. Umweltbildungsprojekt: „Naturdetektive unterwegs - der Natur auf der Spur“ – Ein Umweltbildungsprojekt mit dem Schwerpunkt Sprache und Kommunikation		April 2009 – Dezember 2009	SAFGJS; 43

Das Projekt wurde 2010 fortgeführt. Weiterhin können pro Projektdurchgang 10 Einrichtungen teilnehmen. Pro Durchgang werden rund 150 Kinder erreicht. Die Veranstaltung wird mit den Projektbeteiligten nach Beendigung ausgewertet. Die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung des Angebotes.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8. Elterbildungsprogramme für Migrantinnen/Migranten und deren Kinder	15 Standorte mit 180 Familien (Stadtgemeinde Bremen); Auswertung Zielerreichung	fortlaufend	SAFGJS, 41
8.1 Weiterführung des Programms „Hippy“ zur Verbesserung der Sprachkompetenz von Vorschulkindern und deren Müttern			SAFGJS, 41

Bis zum 31.12.2010 konnten ca. 240 Familien (ca. 245 Kinder) am HIPPY Programm teilnehmen. Im Juni 2010 haben 62 Familien das Programm nach zweijähriger Teilnahme, 90 nach einjähriger Teilnahme (Quereinsteiger ins zweite Programmjahr) erfolgreich abgeschlossen. 85 Familien haben nach der Teil-

nahme des ersten Programmjahres mit dem zweiten Programmjahr begonnen. Es wurden ca. 155 neue Familien in das Programm aufgenommen. Die teilnehmenden Familien bis Juni 2010 hatten zu 76% einen türkischen Migrationshintergrund, 18% kamen aus dem russischen Sprachraum und 6% kamen aus verschiedenen Staaten (Bosnien, Syrien, Iran, Nigeria, Tunesien, Polen, u.a.).

Welche Form der Auswertung wurde oder wird gewählt? Teilnehmerzahl: Aufnahmebögen, Wochenberichte der Hausbesucherinnen

Die Zielzahl wird immer zu 100% erreicht, da die Nachfrage größer ist als das Angebot. Das Ziel, die Kinder auf einen guten Schulstart vorzubereiten, wird fast ausnahmslos (ca.95%) erreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.2 Weiterführung des Programms „Rucksack“ zur Verbesserung der Sprachkompetenz und schulischen Integration von Grundschulkindern und deren Müttern	6 Standorte mit insgesamt 67 Familien (Stadtgemeinde Bremen); Auswertung Zielerreichung	fortlaufend	SAFGJS, 41

Das Rucksack-Programm erbrachte in den Grundschulen, in denen es durchgeführt wurde, gute Erfolge. Mütter und Kinder kamen regelmäßig und zeigten großes Interesse. 6 Standorte (Andernacher Straße, Andernacher Straße Hausbesuch, Delfter Straße, Halmerweg, Brinkmannstraße, Glockenstraße, Buntentorsteinweg) werden im Jahr 2010 weiter betreut.

Die teilnehmenden Familien in Delfter Straße, Halmerweg, Osterhop, Glockenstraße und Buntentorsteinweg haben türkischen Migrationshintergrund und die teilnehmenden Familien in der Andernacher Straße haben arabischen Migrationshintergrund.

Von 01.01.2010 bis 30.06.2010 haben insgesamt 81 Familien mit 88 Kindern und vom 01.08.2010 bis 31.12.2010 haben insgesamt 95 Familien mit 110 Kindern am Rucksack Programm teilgenommen.

Neben den Haupt-Unterrichtseinheiten wird außerdem noch Wissen über andere Lebensbereiche vermittelt, um den Kindern auch in diesen Gebieten Unterstützung gewähren (beispielweise über die Themen Körper und Sinne, Zeit, Bauernhof, Feste feiern, Einkaufen und Zootiere)

Welche Form der Auswertung wurde oder wird gewählt? Rucksack arbeitet mit Anwesenheitslisten, die daraufhin ausgewertet werden, wie viele Mütter regelmäßig an den Gruppentreffen teilnehmen. Zum Jahresende werden Fragebögen entwickelt, um die Wirksamkeit unserer Maßnahmen beurteilen zu können. Die Ergebnisse werden für die einzelnen Themen, Gruppenleiter/innen evaluiert, um daraus Verbesserungsmöglichkeiten für das nächste Jahr ableiten zu können.

Von 2009 bis 2010 wurde die Zielzahl zu 100 % erreicht. Es besteht Interesse und Bedarf für Angebote in weiteren Stadteilen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.3 Weiterführung des Programms „Mama lernt deutsch“ zur Heranführung an einen organisierten Sprachlernprozess von Müttern 11 Standorte mit 160 TN (Stadtgemeinde Bremen); 7 Standorte mit 90 TN (Stadtgemeinde Brhvn.);6 FB- Maßnahmen jährlich	Anzahl der TN; Auswertung Zielerreichung	fortlaufend	SAFGJS, 41
8.3.1 Fortbildung von Kursleiter/innen in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk			SAFGJS, 51-9

Das Projekt Mama-lernt-Deutsch gibt es in Bremen und Bremerhaven nun inzwischen im 11. Jahr. Leitidee des Projektes ist es, dass Mütter eine sehr hohe Motivation haben, die Sprache des Ziellandes zu lernen, wenn ihre Kinder in den Kindergarten oder in die Schule kommen. Die Mütter möchten ihre Kinder nicht an die fremde Sprache „verlieren“, sondern möchten mitreden und Kontakt zu Erzieher/-innen und Lehrer/-innen halten können, um so ihren Kindern einen optimalen Start zu ermöglichen. Wenn Mütter am Lernort der Kinder die neue Sprache lernen, ist eine hohe Verknüpfung von Elternhaus und Schule möglich. Die Mütter verlieren die Angst vor der Institution Schule, erfahren – auch im Sprachkurs – Einzelheiten über das Schulleben und in umgekehrter Richtung sind die Wege von Lehrenden und Schulleitung zu den Müttern auch kürzer. Auch in den Kitas, in denen diese Sprachkurse für Mütter stattfinden, ist dieser Kontakt gegeben. Die Mama-lernt-Deutsch-Kurse sind vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als vorgeschaltetes Verbundprojekt zu den Integrationskursen anerkannt. Zielgruppe sind vor allem die Mütter, die lernungewohnt und bildungsfern sind und im Mama-lernt-Deutsch-Kurs die Möglichkeit haben, sich mit dem gesteuerten Spracherwerb vertraut zu machen.

Dieser Deutschunterricht stellt hohe Anforderungen an die Kursleiter/-innen, da die Zielgruppe sehr heterogen ist. Beispielsweise in Bezug auf Bildungsniveau, Herkunftssprachen und Aufenthaltsdauer in Deutschland. Alle Kursleiter/-innen haben eine Qualifikation, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Integrationskurse vorgeschrieben ist. Viele der Kursleiter/-innen haben Migrationserfahrung und sind somit hervorragende Mittler/-innen. Alle Kursleiter/-innen haben die Möglichkeit (und machen davon auch Gebrauch) an den internen Fortbildungen des Paritätischen Bildungswerks teilzunehmen. Darüberhinaus gibt es fünfmal im Jahr verbindliche Kursleiterinnen-Treffen, bei denen neben dem kollegialen Austausch die Auseinandersetzung mit aktuellen fachlichen Themen (mit externen Dozenten/-innen) im Vordergrund steht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.4 Weiterführung des Programms „Opstapje“ zur Förderung der Entwicklungschancen von Kindern	3 Standorte mit 45 Familien (Stadtgemeinde Bremen); Auswertung Zielerreichung	fortlaufend	SAFGJS, 41

Es wurden folgende Familien erreicht: Lüssum: 9 Familien, Tenever: 12 Familien, Hemelingen: 12 Familien, Huchting: 11 Familien. Die Familien der Opstapje-Gruppe Lüssum kommen alle aus Lüssum und Umgebung; sie haben folgenden Hintergrund:

- 7 Familien haben türkischen Migrationshintergrund
- 2 deutsche Familien.

Die Familien der Opstapje-Gruppe Tenever kommen aus dem Bereich Tenever, Blockdiek, Vahr und haben folgenden Hintergrund:

- 8 Familien haben russischen Migrationshintergrund
- 3 Familien haben türkischen Migrationshintergrund
- 1 Familie hat bulgarischen Migrationshintergrund

Die Familien der Opstapje-Gruppe Hemelingen kommen überwiegend aus dem Bereich Hemelingen, eine Familie wohnt in Arbergen und eine Familie in Hastedt; sie haben folgenden Hintergrund:

- 11 Familien haben türkischen Migrationshintergrund
- 1 Familie hat kurdischen Migrationshintergrund

Die Opstapje-Gruppe Huchting setzte sich folgendermaßen zusammen:

- 7 deutsche Familien
- 2 Familien haben libanesischen Migrationshintergrund
- 1 Familie hat polnischen Migrationshintergrund
- 1 Familie hat russischen Migrationshintergrund

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.5 Einführung des Programms „Bremer Bücher Babys“ ab 2008 in der Modellregion HB-Nord	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	Beginn 1.1.2008 Ende 31.12.2010	SAFGJS, 41

16% der Eltern von neugeborenen Kindern in HB-Nord haben einen Migrationshintergrund (ca. 150 Eltern p.a.). Angestrebt wurde davon einen Großteil zu erreichen. Das Programm wurde allerdings aus finanziellen Gründen nicht gestartet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
9. Förderung der interkulturellen Erziehung durch das Familienorientierte Integrationstraining „FIT-Eltern“	20 Kurse mit ca. 200 Teilnehmer/innen; 50 Abschlussinterviews, Auswertung 200 Feedbackbögen	2009-2011	SAFGJS, 51-8

Von Sept. 2007 bis Dezember 2010 wurden 17 FIT-Eltern-Kurse mit insgesamt 217 Teilnehmern/-innen durchgeführt. Die Kurse hatten eine Dauer von jeweils 120 Unterrichtsstunden. Die Themenschwerpunkte waren wie folgt:

- Grundlagen der Kommunikation
- Die kognitive, emotionale und psychosexuelle Entwicklung des Kindes und des Heranwachsenden
- Sprachkompetenz und Sprachförderung
- Die Bedeutung des Spielens
- Umgang mit Behinderung
- Vor- und Nachteile des Fernsehkonsums
- Das Schulsystem in Bremen und Bausteine für den schulischen Erfolg
- Besonderheiten im Jugendalter
- Bildungsverläufe und Identitätsbildungen der zweiten und dritten Migrantengeneration
- Die Bedeutung des Vaters für die Erziehung des Kindes

Die Standorte waren Blockdiek; Gröpelingen; Hemelingen; Huchting, Kattenturm; Lüssüm; Neustadt; Neue Vahr Nord; Oslebshausen; Tenever. Für die Auswertung der FIT-Eltern-Kurse 2007/2008 wurden von den Einrichtungsleiter/-innen, Kursleiter/-innen und Teilnehmer/-innen auf verschiedenen Wegen Daten erhoben. Die Informationen liegen in Form von Fragebögen, Sachberichten, Reflexionspapieren und Kurzinterviews vor. Es handelt sich um eine Erhebung von 179 Sozialdaten und 83 Abschlussinterviews mit den Teilnehmern/-innen der Kurse. Die Auswertung liegt als schriftliche Dokumentation in Form einer Broschüre vor. Die herausragenden Ergebnisse dieser Befragung sind:

- 90% der Befragten gaben an, ihre eigene Kindheit und Schulzeit reflektiert zu haben, 80% stimmten mit den Aussagen überein, dass ihre Beziehung zu ihren Kindern besser geworden ist, sie sich mit ihrem Umfeld besser verstehen, sie selbstbewusster geworden sind sowie ihre Erziehungsziele im Hinblick auf das Leben in Deutschland reflektiert haben.
- Jeweils 40% gaben an, die Erwartungen von Schule und Kita besser zu verstehen und mehr Vertrauen in die Schule ihres Kindes gewonnen zu haben.

Eine Auswertung der Kurse 2008/2009 wurde aus Sicht der Kindertageseinrichtungen, Schulleitungen und Kursleitungen vorgenommen. Auch hier liegt eine Dokumentation der Ergebnisse als Broschüre „Elternarbeit an Grundschulen und Kindertageseinrichtungen in Bremen am Beispiel der FIT-Programme“ vor. Der Zielerreichungsgrad im Hinblick auf die Anzahl der Kurse beträgt 85%; der Zielerreichungsgrad im Hinblick auf die Teilnehmer/-innenzahl beträgt 108,5%.

Eine Auswertung und Dokumentation der Kurse 2009/10 wird bis Mai 2011 erstellt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>10. Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und Kita bzw. Schule durch Qualifizierung von Kursleiter/innen (des „Familienorientierten Integrationstrainings FIT“ in Zusammenarbeit mit KiTa Bremen und Senatorin für Bildung in ihrer Rolle als Brückenbauer zwischen Elternhaus und Kita bzw. Schule und im Hinblick auf den Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich sowie im Hinblick auf Aufgaben, Ziele und Anforderungen der Schule)</p>	20 Kursleiter/innen; Teilnehmende Beobachtung, Dokumentation	2008-2011	SAFGJS, 51-8

Von März 2007 bis Februar 2008 wurden 23 und von Januar 2010 bis Dezember 2010 wurden weitere 40 Personen für das Programm FIT-Eltern qualifiziert. Von Oktober 2008 bis Juni 2009 wurden 43 Personen für das Programm FIT-Migration qualifiziert. 20 der insgesamt 106 zertifizierten Qualifizierungsteilnehmer/innen leiten heute einen FIT-Eltern-Kurs oder einen FIT-Migrationskurs.

Von 2007 bis 2010 konnten insgesamt 31 Kursgruppen mit insgesamt 407 Teilnehmer/-innen durchgeführt werden. Von den 31 Kursen fanden 23 an Bremer Schulen und Kitas statt. Diese waren: Kita Robinsbalje Huchting; Grundschule auf den Heuen; Kinderhafen Tenever, KuFz Flintacker; KuFz Kornstr.; Kita Fillerkamp, Schule Buntentorsteinweg; Tami-Oelfken-Schule, Schule Fischerhuderstr., Schule an der Landskronastr. und Schule an der Paul-Singer-Str., Schule Borchshöhe; Schule Robinsbalje, Schule an der Andernacherstr.; fünf Kurse wurden in anderen Einrichtungen wie VHS, Mütterzentrum, Bürgerhaus; Heilig-Geist-Gemeinde Neue Vahr; Bilal-I-Habesi-Moschee und Leben in Grohn e.V. durchgeführt. 3 Kurse wurden in Kooperation mit der Evangelischen Bildungsstätte in Delmenhorst durchgeführt. Diese Kurse wurden vom Land Niedersachsen finanziert.

Die bisher erzielten Ergebnisse verdeutlichen (siehe Dokumentation „Elternarbeit an Grundschulen und Kindertageseinrichtungen in Bremen am Beispiel der FIT-Programme“) und zeigen, dass die Durchführung der FIT-Programme an Schulen und Kitas sowie der in diesem Rahmen organisierte Austausch zwischen Kita- und Schulleitungen, Kursleitungen und Teilnehmern/-innen sich als eine erfolgreiche Unterstützung der Elternarbeit an Bremer Grundschulen und Kitas

herausgestellt hat. Kursleiter/-innen, sowie Kita- und Schulleitungen berichten durchweg von positiven Veränderungen bei den Teilnehmern/-innen. Für die Elternarbeit an Schulen und Kitas zeigte sich der besondere Wert dieser Arbeit in einer verbesserten Kommunikationsfähigkeit, der Öffnung der einzelnen Teilnehmer/-innen gegenüber Schule bzw. Kita, mehr Engagement der Eltern und dem gegenseitigen Austausch von Eltern und Schule/Kita. Auch eine Stärkung der Erziehungskompetenzen wurde festgestellt. So zeigten sich die FIT-Kurse als eine besonders wirksame und nachhaltige Form der Elternarbeit.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
11. Organisation regelmäßiger Austauschtreffen zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und Kitavertreter/innen bzw. Vertreter/innen der Schule	fünf Kitas und fünf Schulen pro Jahr; Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51-8

An sechs der unter Ziff. 10. genannten Standorte fanden mehrfach Austauschtreffen zwischen den Kursgruppen und der Kitaleitung statt. Themen waren der Kindergartenalltag, Erziehungsfragen, die Kommunikation zwischen Einrichtung und Eltern, gegenseitige Erwartungen, das Konzept der KiTa und das Thema Migration. Zudem fanden in zwei Einrichtungen vermehrt Einzelgespräche zwischen Kursteilnehmer/-innen und der Kitaleitung statt. Der Austausch zwischen Schulleitungen und dem Kurs war etwas geringer als der Austausch mit den Kita-Leitungen. An drei Standorten gab es mehrfach Treffen, bei denen vielfältige Themen wie das Schulsystem, der Schulalltag, der Schulwechsel, Kommunikation und Migration besprochen wurden. An drei Standorten gab es ein Treffen, bei dem es hauptsächlich um das Bremer Schulsystem und die gegenseitigen Erwartungen von Eltern und Schule ging. Als Form der Auswertung wurde eine Befragung der Kursleiter/-innen, der Schul- und Kitaleitungen gewählt. Eine Dokumentation der Ergebnisse wird bis März 2011 erstellt. Der Zielerreichungsgrad an den Kitas betrug 120%; der Zielerreichungsgrad an den Schulen betrug 60%.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.1 Versorgungsquote bei der Betreuung von unter 3-jährigen auf 20% erhöhen.	Auswertung Zielerreichung	2010	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie
Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.2 Die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen für Kinder vor der Einschulung wird ab 2008 intensiviert. Die Förderdauer beträgt 30 Wochen mit 2 Stunden Förderung. Eine Durchführung der Sprachstandserhebung zu einem früheren Zeitpunkt mit entsprechenden Fördermaßnahmen wird empfohlen.	Auswertung Zielerreichung	Ab 2008	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

12.1 Die Versorgungsquote für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren liegt in der Stadtgemeinde Bremerhaven bei ca. 13 %.

12.2 In der Stadtgemeinde Bremerhaven findet der CITO-Test weiterhin Anwendung und die Förderdauer beträgt 30 Wochen à 2 Stunden. Die Sprachstandserhebung liegt in der Stadtgemeinde Bremerhaven in der Zuständigkeit des Schulamtes und ist dort abzufragen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.3 Die Sprachförderung in Kindertagesstätten mit besonders hohem Zuwanderungsanteil (höher als 30%) wird ausgebaut. Die Sprachförderung soll sich dabei gezielt an möglichst junge Kinder richten.	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

In der Stadtgemeinde Bremerhaven nahmen im Jahr 2010 insgesamt 70 Fachkräfte an einer Fortbildung zum Thema „Sprachförderung im Alltag“ teil. Das Projekt Bücherkindergarten wurde im Jahr 2010 ausgeweitet.

Die Träger berichten im Rahmen der Zielvereinbarungen speziell zu dieser Thematik – hiernach erfolgt eine individuelle Sprachförderung im Gruppenalltag.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.4 Systematisierung des Übergangs von Kindertagesstätten in die Grundschule durch regelmäßige Übergangsgespräche und Patenschaften. Gemeinsame Fortbildungen zwischen dem Grundschulbereich und dem Elementarbereich zu unterschiedlichen Bildungsthemen sind geplant. Dabei werden auch Anforderungen von Zuwandererkindern berücksichtigt.	Auswertung Zielerreichung	Bis 2011	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

Die positiven Ansätze der Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen wurden in der Vergangenheit weiter ausgebaut.

Sowohl die Übergangsgespräche als auch konkrete Kooperationen fördern weiterhin das gegenseitige Verstehen und die Entwicklung eines gemeinsamen Bildungsverständnisses beider Bereiche.

Das Pilot-Projekt der Schulen und Kitas im Stadtgebiet Lehe wurde fortgesetzt und die Ergebnisse des Schuljahres 2009/2010 mit einer Befragung der beteiligten Einrichtungen evaluiert. Zusammenfassend hat diese ergeben, dass die gesetzten Ziele weitgehend umgesetzt werden konnten und vor allem gemeinsame Praxis- Projekte mit Gundschüler/innen und Kindertagesstätten Kindern durchgeführt wurden.

Standorte der Kooperationen sind:

- Goetheschule- Kindertagesstätte Columbus-Center
- Pestalozzi-Schule- Kindertagesstätte Dresdener Straße und Kreuzkirche
- Lutherschule- Kindertagesstätte Wicherhaus
- Alfred- Delp- Schule - Kindertagesstätte St. Willehad
- Astrid-Lindgren-Schule- Kindertagesstätte St. Michaelis
- Marktschule- DRK Kindertagesstätte Lehe

Die Kooperationsverträge mit den Zielen und Vorhaben an den einzelnen Standorten werden fortgeschrieben. Ein Schwerpunkt wird dabei, neben den gemeinsamen Praxisaktivitäten, auf Hospitationen, gemeinsamen Konferenzen und der Entwicklung weiterer inhaltlicher durchgängiger Schwerpunkte wie Kinderbeteiligung und der Arbeit mit Portfolios liegen.

Ergebnisse der Lehe- Kooperationen sollen für eine weitere gezielte Entwicklung der Kooperation in der Fläche genutzt werden. Auch an zahlreichen anderen Standorten entwickelte sich im letzten Jahr eine gute Zusammenarbeit mit gemeinsamen Aktivitäten weiter. Ein Kooperations-Projekt zwischen drei Schulen und drei Kindertagesstätten im Rahmen des „Haus der kleinen Forscher“ wurde von der SWB Bildungsinitiative unterstützt und im letzten Schul- und Kindergartenjahr an den Standorten Altwulsdorfer-Schule und Kindertagesstätte Brakhahnstraße, Pestalozzi Schule und Kindertagesstätte Dresdener Straße und der Friedrich-Ebert Schule und der Kindertagesstätte Julius-Brecht-Straße durchgeführt. Schulkinder und Kindertagesstättenkinder experimentierten und

forschten dabei gemeinsam. In einer großen Abschlussveranstaltung konnten spannende Ergebnisse präsentiert werden. Diese Kooperationen werden auf Wunsch beider Institutionen fortgesetzt und mit einer weiteren Fortbildung durch das“ Haus der kleinen Forscher“ begleitet.

Das gemeinsame Fortbildungsprogramm „Brücken bauen“ für Lehrer/innen und Erzieher/innen, bot im vierten Jahr wieder vielfältige Themen, die insbesondere die Kooperationen von Kindertagesstätten und Schulen stärkten. Im Februar diesen Jahres fand der erste gemeinsame Fachtag für Kindertagesstätten und Schulen statt. Die Dipl. Biologin Dr. Johanna Pareigis stellte in ihrem Einführungsvortrag sehr anschaulich dar, wie Kinder lernen und was dieses für die gemeinsame Arbeit von Kindertagesstätten und Schulen bedeuten kann. In Praxisworkshops planten die einzelnen Kindertagesstätten und Schulen Aktivitäten für das kommende Schul- und Kindergartenjahr. Der Fachtag für Kindertagesstätten und Schulen wird in Zukunft jährlich stattfinden

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.5 Zur Förderung der schulischen Entwicklung werden Horte auch weiterhin in Stadtteilen mit hohem Auswandereranteil vorgehalten.	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

Das Bremische Tageseinrichtungs- und Tagespflegegesetz definiert Horte als Tageseinrichtungen für Grundschul Kinder. Insofern werden für die Ermittlung der Versorgungsquote vier Jahrgänge (beginnend ab dem 6. Lebensjahr) zu Grunde gelegt. Es ergibt sich folgende Übersicht:

Kindergarten-/Hortjahr 2010/2011

Stand: 30.06.2010

Stadtteil	Angebotene Plätze	Kinder 6-<10 Jahre	Versorgungsquote in %
11-Weddewarden	0	13	0,00 %
12-Leherheide	92	544	16,91 %
13-Lehe	86	1.389	6,19 %
14-Mitte	80	285	28,07 %
21-Geestemünde	102	995	10,25 %
22-Schiffd. Damm	30	94	31,91 %
23-Surheide	10	103	9,71 %
24-Wulsdorf	30	360	8,33 %
25-Fischereihafen	0	9	0,00 %
Gesamt	430	3.792	11,34 %
Abzügl. mögl. 6jährige im Kiga		152	
Gesamt		3.944	10,90 %

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.6 Bei der Standortwahl von Krippenplätzen werden Betreuungsbedarfe von Migrantenfamilien berücksichtigt.	Auswertung Zielerreichung	läuft	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

Die Berücksichtigung erfolgt sofern dies finanziell und baulich realisierbar ist.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12.7 In den Zielvereinbarungen zur Umsetzung des Rahmenplanes für Bildung im Elementarbereich werden Projekte zur kulturellen Identität, Integration von Familien etc. verstärkt aufgegriffen.	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

Für den Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen wurde ein Qualitätsstandard zur interkulturellen Pädagogik entwickelt und umgesetzt. Eine schriftliche Evaluation erfolgt jährlich. Dies wird auch in der Portfolioarbeit mit den Kindern aufgegriffen. Weiter besteht hierzu trägerintern ein Arbeitskreis für pädagogische Fachkräfte zur Thematik „Interkulturelle Pädagogik“. Die Freien Träger berichten verbindlich im Rahmen der in den Zielvereinbarungen festgelegten Jahresberichte zu dieser Thematik.

4.2 Schulische Bildung

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Vorkurse für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger. Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse bei zugewanderten Schülerinnen und Schülern als Voraussetzung für höhere Bildungsbeteiligung an den allgemein bildenden Schulen.		2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16
1.1 Vorkurse in der Grundschule der Stadtgemeinde Bremen Eine Evaluation der Vorkurse wird zum 31.12.2007 abgeschlossen. Fortführung der Kurse in der bisherigen Struktur bei inhaltlicher und konzeptioneller Weiterentwicklung	15 regionale Vorkurse; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Neu zugezogene Schülerinnen und Schüler, die ohne Deutschkenntnisse oder mit sehr geringen Kenntnissen in der deutschen Sprache erstmals eine deutsche Schule besuchen werden, sollen vor ihrer Einschulung in diesen Vorkursen eine intensive Förderung in der deutschen Sprache erhalten, um grundlegende Sprachkenntnisse zu erwerben. Die Vorkurse sind regional an 15 Standorten eingerichtet und werden von Freien Trägern durchgeführt.

Die Vorkurse in der Grundschule für zugewanderte Schülerinnen und Schüler werden in unveränderter Form durchgeführt. Die Vorkurse haben sich in den vergangenen Jahren gut etabliert und bewähren sich. Im Entwicklungsplan Migration und Bildung werden konzeptionelle Weiterentwicklungen für diesen Bereich vorgeschlagen, die dem inklusiven Schulsystem Rechnung tragen.

Eine Evaluation der Vorkurse wurde mit hausinternen Mitteln der Senatorin für Bildung und Wissenschaft im Schuljahr durchgeführt und ist abgeschlossen. Die Organisation der Vorkurse über freie Träger und die inhaltliche Durchführung haben sich bewährt. Durch die Einführung der Inklusion erfolgt perspektivisch eine konzeptionelle Neuausrichtung der Vorkurse.

Jährlich werden ca. 100 Schülerinnen und Schüler in die Vorkurse für den Primarbereich aufgenommen. Darüber hinaus werden jährlich ca. 300 Schülerinnen und Schüler integrativ von den Vorkursleiterinnen und Vorkursleitern gefördert, die nach dem Besuch eines Vorkurses weiterhin einen Sprachförderbedarf haben.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2 Vorkurse in der Sekundarstufe I der Stadtgemeinde Bremen Eine Evaluation der Vorkurse wird zum 31.12.2007 abgeschlossen. Fortführung der Kurse in der bisherigen Struktur bei inhaltlicher und konzeptioneller Weiterentwicklung	20 regionale Vorkurse; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Die Vorkurse in der Grundschule für zugewanderte Schülerinnen und Schüler werden in unveränderter Form durchgeführt. Die Vorkurse haben sich in den vergangenen Jahren gut etabliert und bewähren sich. Im Entwicklungsplan Migration und Bildung werden konzeptionelle Weiterentwicklungen für diesen Bereich vorgeschlagen, die dem inklusiven Schulsystem Rechnung tragen.

Eine Evaluation der Vorkurse wurde mit hausinternen Mitteln der Senatorin für Bildung und Wissenschaft durchgeführt und ist abgeschlossen. Die Organisation der Vorkurse über freie Träger und die inhaltliche Durchführung haben sich bewährt.

Jährlich werden ca. 200 Schülerinnen und Schüler in die Vorkurse der Sekundarstufe I aufgenommen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.3 Vorkurse in der Sekundarstufe II der Stadtgemeinde Bremen	2 Vorkurse; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Die Vorkurse in der Sekundarstufe II für zugewanderte Schülerinnen und Schüler werden in unveränderter Form durchgeführt. Die Vorkurse haben sich in den vergangenen Jahren gut etabliert und bewähren sich. Im Entwicklungsplan Migration und Bildung werden konzeptionelle Weiterentwicklungen für diesen Bereich vorgeschlagen, die dem inklusiven Schulsystem Rechnung tragen.

Eine Evaluation der Vorkurse wurde mit hausinternen Mitteln im Schuljahr durchgeführt und ist abgeschlossen. Das Angebot an Vorkursen stellt eine wichtige Voraussetzung für den Einstieg in das Bremer Schulsystem dar.

Jährlich werden ca. 10 Schülerinnen und Schüler in die Vorkurse aufgenommen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. 2. Durchführung von Sommercamps Sommercamps für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund der 3. Jahrgangsstufe. Die Sommercamps finden in umliegenden Schullandheimen und Jugendherbergen statt.	150 Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

In den Sommerferien finden seit 2004 Sommercamps für Schülerinnen und Schüler der 3. Jahrgangsstufe mit Migrationshintergrund statt. Das erste Camp wurde in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und der Jacobs-Foundation ins Leben gerufen, seit 2005 finden die Sommercamps in Kooperation mit dem Goethe-Institut Bremen statt.

In den letzten drei Wochen der Sommerferien erhalten die Schülerinnen und Schüler eine intensive Sprachförderung und erarbeiten in den drei Wochen eine Theateraufführung auf Basis von Kinderbüchern. In den ersten beiden Jahren wurde das Buch „Der Sprachabschneider“ inszeniert. In den Jahren 2007- 2009 wurde das Kinderbuch „Potilla“ von Cornelia Funcke gelesen und zur Aufführung gebracht. In den Sommercamps 2010 wurden Märchen gelesen und aufgeführt. Neben der Sprachförderung und der Theaterpädagogik hat die Freizeitbetreuung einen gleichwertigen Stellenwert. Die Kinder erhalten in den Heimen und in den Schulen ein qualifiziertes und abwechslungsreiches Programm.

Eine wissenschaftliche Auswertung des ersten Camps ist erfolgt und hat den hohen Stellenwert von Sommercamps in der Sprachförderung dokumentiert. Die Konzeption der Sommercamps wurde in den vergangenen Jahren fortlaufend weiter entwickelt. 2008 wurden zusätzlich zu den Schullandheimen erstmalig Ganztagsgrundschulen als Sommercampstandorte aufgenommen. Mit dieser Modifikation wurde den Evaluationsergebnissen der vergangenen Jahre, sowie den Wünschen einiger Ganztagsschulen Rechnung getragen.

Die Sommercamps werden bundesweit beachtet. Mehrere Städte haben dieses Modell übertragen, die lokale Presse im Umland und in Bremen berichtet regelmäßig.

Das Goetheinstitut hat in den vergangenen Jahren durch regelmäßige Neuausrichtung der Konzeption und durch eine fundierte Fortbildung der Kursleiterinnen und Kursleiter zu einer stabilen inhaltlichen Weiterentwicklung der Sommercamps beigetragen. Ein Großteil der Betreuerinnen und Betreuer sowie der Kursleiterinnen und Kursleiter ist seit Jahren für die Sommercamps tätig.

Die Grundschulen geben durchweg positive Rückmeldungen über die Sommercamps. Lehrkräfte berichten von besseren Deutschkenntnissen und stabilerem sozialem Verhalten.

Personal: Für die Sprachförderung und die Theaterarbeit werden vom Goethe-Institut qualifizierte Kursleiterinnen und Kursleiter eingesetzt. Die Freizeitpädagoginnen und Freizeitpädagogen verfügen über eine pädagogische Ausbildung, Lehramtsstudierende stellen einen hohen Anteil. 2010 wurde in Zusammenarbeit mit dem Schulzentrum der Sekundarstufe II der Delmestraße angehende Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt, die die schulische Phase der Ausbildung durchlaufen haben und in das Anerkennungsjahr überwechseln.

Die ersten Sommercamps wurden vom Max-Planck-Institut wissenschaftlich begleitet. Seitdem erfolgt eine jährliche Evaluation der Sommercamps durch das Goethe-Institut und die SfBW. Die wissenschaftliche Begleitung hat den hohen Stellenwert von Sprachcamps belegt. Die Evaluationen der SfBW und des Goethe-Instituts belegen die positiven Effekte auf die Lern- und Sprachentwicklung der Grundschul Kinder. Die Rückmeldungen der Schulen sind durchweg positiv.

Schülerinnen und Schüler

2004 ca. 150 Schülerinnen und Schüler

2005 ca. 150 Schülerinnen und Schüler

2006 ca. 150 Schülerinnen und Schüler

2007 ca. 155 Schülerinnen und Schüler

2008 ca. 165 Schülerinnen und Schüler

2009 ca. 165 Schülerinnen und Schüler

2010 ca. 170 Schülerinnen und Schüler

Die angemeldeten Schülerinnen und Schüler 2010 stammen aus mehr als 30 Herkunftsländern. Die größte Anzahl an angemeldeten Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verfügt über eine deutsche Staatsangehörigkeit. Schülerinnen und Schüler mit türkischem Migrationshintergrund stellen die größte Gruppe dar. Der Anteil an Mädchen und Jungen ist seit Jahren ausgeglichen. Die Annahme, dass insbesondere muslimische Eltern Sorge haben ihr Kind in ein Schullandheim zu geben, bestätigt sich nicht. Über die Jahre konnte in Schulen und bei Eltern ein großes Vertrauen und eine hohe Wertschätzung aufgebaut werden.

Die an den Sommercamps teilnehmenden Kinder stammen aus ca. der Hälfte der Grundschulen. Die Zahl der Anmeldungen ist sehr stark davon abhängig, wie unterstützend Schulleitungen und das Kollegium für die Sommercamps werben. Während einige Schulen für die Sommercamps 1 - 3 Schülerinnen und Schüler angemeldet haben, werden von anderen Grundschulen mehr als 10 Schülerinnen und Schüler angemeldet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>3. Unterstützung durch das START – Stipendiatenprogramm Im Rahmen des START-Stipendiaten-Programms werden zur Zeit 42 Schülerinnen und Schüler aus Bremen und Bremerhaven unterstützt. Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm sind gute bis sehr gute schulische Leistungen und gesellschaftliches Engagement. Ziel des Programms:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Entwicklungschancen befähigter und bildungswilliger Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund verbessern • den Übergang in die gymnasiale Oberstufe erleichtern • zur Wahl eines höheren Bildungsweges ermutigen • die Konzentration auf die Schule ermöglichen. <p>Kooperationspartner: Gemeinnützige Hertiestiftung</p>	<p>Verstetigung und Ausweitung des Programms; Auswertung Zielerreichung</p>		<p>SfBW, 21-7 SfBW, 21-16</p>

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das START-Schülerstipendienprogramm im Jahre 2002 mit rund 20 Stipendien in Hessen begonnen. Heute unterstützen über 100 Kooperationspartner das Programm – Stiftungen aus Deutschland und den USA, Kultusministerien, Kommunen, Privatpersonen, Unternehmen und Vereine. Seit 2007 führt die START-Stiftung gemeinnützige GmbH als Tochtergesellschaft der Hertie-Stiftung das Programm durch. Im Schuljahr 2010/2011 werden insgesamt rund 700 Schülerinnen und Schüler aus rund 70 Herkunftsländern gefördert. Zusammen mit den Stipendiaten, die bereits das

Abitur abgelegt haben, profitier(t)en rund 1.200 Stipendiaten von dem Programm. START ist in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm sind gute bis sehr gute schulische Leistungen und gesellschaftliches Engagement.

Ziel des Programms:

- die Entwicklungschancen befähigter und bildungswilliger Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund verbessern
- den Übergang in die Gymnasiale Oberstufe erleichtern
- zur Wahl eines höheren Bildungsweges ermutigen
- die Konzentration auf die Schule ermöglichen.

Im Herbst 2010 wurde der 6. Stipendiatenjahrgang in Bremen aufgenommen. Im Rahmen des START-Stipendiaten-Programms werden zur Zeit 49 Schülerinnen und Schüler aus Bremen und Bremerhaven unterstützt.

Die START-Stiftung hat auf Basis der Hochrechnung des Mikrozensus 2005 das Potenzial an möglichen Stipendiaten für das jeweilige Bundesland ermittelt. Die START-Stiftung geht von zwei Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aller Schulformen als Zielgruppe für das START-Stipendium aus. Bremen übertrifft das von der START-Stiftung errechnete Potenzial für Bremen an 18 Stipendien mit real 49 Stipendien um 312 Prozent und liegt somit weit an der Spitze der teilnehmenden Bundesländer.

Das START-Stipendiatenprogramm wird bundesweit über die START-Stiftung evaluiert. Das START-Programm ist in Deutschland und in Bremen sehr erfolgreich und stellt einen wichtigen Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund dar. Die Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten in Bremen ist mit 50 Stipendiatinnen und Stipendiaten im Vergleich zu anderen beteiligten Ländern überdurchschnittlich hoch.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>4. Angebot des Mercator-Förderunterrichts Durchführung des Projekts "Förderunterricht der Mercator-Stiftung – Bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund". Im Zentrum des Projekts steht die individuelle fach- und sprachspezifische Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch Lehramtsstudierende am Standort Universität Bremen. Der Unterricht erfolgt in Einzel- und Kleingruppen. Die Förderlehrerinnen und Förderlehrer selbst sind Lehramtsstudierende höherer Semester, die durch ihre Beteiligung am Projekt eine Vertiefung und Erweiterung ihrer allgemeinen didaktischen und fachlichen Kenntnisse sowie interkulturellen Kompetenzen erhalten und Erfahrungen in der fachübergreifenden Sprachförderung mit unterschiedlichen Schülergruppen machen, die sie später gewinnbringend im Regelunterricht der Schulen einbringen können. Derzeit werden 100 Schülerinnen und Schüler gefördert. Kooperationspartner: Universität Bremen, Mercator - Stiftung</p>	<p>Ausweitung des Projektes auf die Sekundarstufe II und Sicherung des Projektes nach auslaufender Finanzierung durch die Stiftung; Auswertung Zielerreichung</p>	<p>2007 - 2011</p>	<p>SfBW, 21-7 SfBW, 21-16</p>

Das Programm hat sich in Bremen ausgesprochen gut etabliert. Die Schulen geben sehr positive Rückmeldung über diese Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Das Programm wurde für die Sekundarstufe II um das Programm MiCoach ergänzt. Dieses Projekt richtet sich an Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die über das Coachingprogramm eine zusätzliche Unterstützung erfahren. Der Mercator-Förderunterricht wird über die Universität Bremen und bundesweit über die Mercator-Stiftung evaluiert. Zur Zeit nehmen ca. 200 Schülerinnen und Schüler am Mercator-Förderunterricht in Bremen teil.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>5. Angebot des Programms FÖRMIG Das Programm FÖRMIG konzentriert sich auf die sprachliche Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Es werden in 10 Bundesländern innovative Ansätze entwickelt, erprobt und überprüft, die sich für die Förderung der sprachlichen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, die in zwei oder mehr Sprachen leben, möglichst optimal eignen.</p>	<p>Auswertung Zielerreichung</p>		<p>SfBW, 21-7 SfBW, 21-16</p>

An Förmig waren eine Reihe von Bremer Schulen und eine Vielzahl von Schulklassen beteiligt. Im August 2007 bzw. August 2008 endete die Projektlaufzeit in Bremen. Die Teilprojekte wurden von der Universität Bremen, dem Landesinstitut sowie dem Programmträger evaluiert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.1 „Erzählwerkstatt“ – Geschichtenerzählen zur Förderung des Zweitspracherwerbs von Migrantenkindern im Elementar- und Primarbereich – Ein Programmelement im BLK-Programm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“	Übertragung und Verbreitung der im Modellversuch erreichten Ergebnisse und deren Verstärkung; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2008	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16
Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.2 Projekt „Performative Spiele zur Sprachförderung von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Sekundarstufe I“ Ein Programmelement im BLK-Programm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“	Übertragung und Verbreitung der im Modellversuch erreichten Ergebnisse und deren Verstärkung; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2008	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Siehe 5.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.3 Förderung von Sprachkompetenz und Selbstwirksamkeit (SuS) – Verbesserung der Zugangschancen zur Berufsbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund zur Berufsbildung Ein Programmelement im BLK-Programm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“. Das Projekt zielt durch eine Erhöhung der individuellen Sprachkompetenz und der Erhöhung der –Selbstwirksamkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund darauf ab, den Übergang zur Berufsbildung zu erleichtern und den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung zu unterstützen. Es erfolgt eine enge Kooperation zwischen den beteiligten Schulzentren des Sekundarbereichs I und den beruflichen Schulen.	Übertragung und Verbreitung der im Modellversuch erreichten Ergebnisse und deren Verstärkung; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2008	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Siehe 5.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
Neu ! 5.4 Zertifizierung von Herkunftssprachen Türkischstämmige Schülerinnen und Schüler sollen ab 10/2010 die Möglichkeit erhalten, ihre Sprachkenntnisse auf Basis des europäischen Referenzrahmens auf einem B1 Niveau zertifizieren zu lassen. Dieses Angebot soll perspektivisch um ein B2 Niveau erweitert werden. Für weitere Herkunftssprachen sollen ebenfalls Zertifikate erworben werden können, wenn die entsprechenden Tests vom Vertragspartner entwickelt wurden.	Auswertung Zielerreichung		SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Die Vereinbarungen mit dem Institut Telc gGmbH sind erfolgt. Im Frühjahr 2010 wurden die Türkischlehrkräfte über Fortbildungen auf die neue Aufgabe fortgebildet. Um die Qualität des Unterrichts in Herkunftssprachen und um den Stellenwert der Herkunftssprachen zu verbessern, werden in einigen Ländern Diskussionen geführt, um eine Zertifizierung von Herkunftssprachen auf Basis des europäischen Referenzrahmens zu realisieren. Zwei weitere Länder bieten seit Kurzem die Möglichkeit der Zertifizierung von Herkunftssprachen für das Fach Türkisch an.

Der Vorteil einer Zertifizierung:

- Die Aussicht auf einen sowohl qualifizierten als auch qualifizierenden Abschluss erhöht gerade im Rahmen der freiwilligen Maßnahmen die Motivation der Schülerinnen und Schüler. Im Nachhinein, d.h. nach Bestehen, erhöht ein Sprachzertifikat nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern ganz konkret die Chancen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.
- Die Lernziele und Lernerfolge werden auch für Eltern transparent. Die Investition in eine Sprachprüfung ist sehr überschaubar. Die Auswirkungen auf Qualität und Verbindlichkeit des Sprachlernangebotes sowie auf die Entwicklungs- und Berufschancen des eigenen Kindes werden anschaulich gemacht. Ein herkunftssprachlicher Kompetenznachweis ist ein wichtiger psychosozialer Faktor, der für Familien mit Migrationshintergrund gleichzeitig identitätsstiftend und integrierend wirkt.
- Das Anstreben einer abschließenden, kommunikativen Sprachprüfung erlaubt Schulen und Lehrkräften eine noch größere curriculare Konsequenz und methodisch-didaktische Zielorientierung. Das kann sich positiv sowohl auf eine moderne, effiziente Unterrichtsvorbereitung der Lehrkräfte als auch auf das Qualitätsmanagement und die Prestigebildung von Schulen und Schulbehörden auswirken. Der europäische Maßstab fördert im Übrigen nicht nur die Objektivität der Kompetenzmessung, sondern auch die grenzüberschreitende Vergleichbarkeit der Ergebnisse, ob nun als Ergänzung eines Schulzeugnisses oder im Rahmen eines Sprachenportfolios.

Über die telc gGmbH wurden 2010 die Türkischlehrkräfte auf diese Aufgabe über mehrere Fortbildungen qualifiziert. Die Türkischlehrkräfte haben eine Prüferlizenz für die Zertifizierung erhalten.

Eine Auswertung ist noch nicht möglich. Die Zielzahl für die Zertifikate wurde mit ca. 50 Prüfungen jährlich festgelegt. Ab dem Frühjahr 2011 können türkische Schülerinnen und Schüler ein Zertifikat über ihre Türkischkenntnisse ablegen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Maßnahmen der Migrantenförderung im Rahmen des Sozialstrukturbedarfs an Schulen	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Über diese Maßnahmen werden eine Vielzahl von Schülerinnen und Schüler gefördert. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Angebote und der sehr unterschiedlichen Verwendung der Ressourcen der einzelnen Schulen ist eine genaue statistische Angabe nicht möglich. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass auf dem Hintergrund der bekannten Situation von Schülern mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihres Schulerfolges, der Anteil männlicher Jugendlicher und Kinder in diesem Maßnahmenkomplex signifikant höher ist, als bei den übrigen hier referierten Maßnahmen. Die Evaluationen finden schulintern statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>6.1 Im Rahmen des Sozialstrukturbedarfs werden den Schulen Personalressourcen zugewiesen, um Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendlichen mit besonderen Bedarfen zu realisieren.</p> <p>Die Schulen orientieren sich an den folgenden Verwendungszwecken und Möglichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • besondere Fördermaßnahmen im Bereich der sprachlichen Förderung • besondere Förder- und Integrationsmaßnahmen bei Verhaltensauffälligkeiten und Schulvermeidungsverhalten • Maßnahmen zur Förderung von Schlüsselqualifikationen und Grundfertigkeiten • Hausaufgabenunterstützung • unterrichtsergänzende Angebote im Nachmittags- und Betreuungsbereich, die der Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in besonderen Problemlagen dienen • gezielte Maßnahmen zur Vermeidung von Nichtversetzung oder zur Begleitung nach Nichtversetzung • Maßnahmen zur Förderung besonderer Begabungen und allgemeiner Hochbegabung 			SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Den Schulen der Stadtgemeinde Bremen werden im Schuljahr 2010/11 2238 Lehrerwochenstunden zugewiesen. Die den Schulen zusätzlich zur regulären Unterrichtsversorgung bereitgestellten Förderstunden werden auf Basis eines Indexes zugewiesen, der die Größe und die Sozialstruktur der Schule berücksichtigt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2 Programm Sozialintegrative Maßnahmen Mit dem Programm „Sozialintegrative Maßnahmen“ soll erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche mit besonderen pädagogischen Bedarfen über die bestehenden Unterrichtsangebote hinaus Hilfestellungen und Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, um sich ihren Voraussetzungen entsprechend optimal zu entwickeln. Schulen in schwierigen sozialen Lagen erhalten Geldmittel zur Realisierung von sozial-integrativen Maßnahmen.	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Den Schulen der Stadtgemeinde Bremen werden im Schuljahr 2010/11 244.000 Euro an Honorarmitteln zugewiesen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Projekte zur Verbesserung der Elternpartizipation			SfBW, 21-7 SfBW, 21-16
7.1 „Rucksack in der Grundschule“ Ein Projekt zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung; mit dem „Rucksack-Projekt“ sollen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unter Einbeziehung der Mütter gefördert werden, um ihre Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn zu verbessern. Wesentliche Programmziele sind, die Mütter mit der grundschulspezifischen Arbeitsweise vertraut zu machen und an die aktive Teilnahme am Schulbesuch ihrer Kinder heranzuführen. Das schulische Lernen der Kinder wird durch gezielte Mutter-Kind-Aktivitäten unterstützt. Das Projekt wird in Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und dem Deutschen Roten Kreuz (als Träger) durchgeführt.	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Das Elternbildungsprogramm wurde während der vergangenen Jahre an mehreren Grundschulen erfolgreich durchgeführt. Im Schuljahr 2010/11 wird das Projekt an folgenden Grundschulen angeboten:

Standorte		
	SNR	Schule
	011	Schule an der Andernacher Straße
	020	Schule an der Brinkmannstraße
	024	Schule am Buntentorsteinweg
	043	Schule an der Glockenstraße
	051	Schule am Halmerweg
	129	Schule an der Delfter Straße

Evaluation durch die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, siehe Bericht der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>7.2 „Hand in Hand“ Ziel des Projektes an der Tami-Oelfken-Schule ist es, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern zu verbessern, so dass die Kinder eine adäquate Unterstützung während ihrer Schulzeit bekommen. Dabei sollen sich insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund und Schule näher kommen, sich verständigen und gemeinsam am schulischen Alltagsgeschehen teilhaben. Die Projektarbeit soll an der unmittelbaren Lebensrealität der Eltern ansetzen, ihrer Migrationserfahrung Rechnung tragen, ihre Handlungskompetenz stärken und zur Identifikation mit der Schule ihrer Kinder beitragen. Das Projekt richtet sich insbesondere an die Elternschaft und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund der beiden ersten Klassen. Kooperationspartner: Universität Bremen</p>	<p>Weiterführung des Projektes nach Ablauf der Projektphase; Auswertung Zielerreichung</p>	<p>2007 - 2008</p>	<p>SfBW, 21-7 SfBW, 21-16</p>

Die Projektzeit ist im Juli 2008 ausgelaufen. Eine Auswertung erfolgte durch die Universität Bremen

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7.2 „Mama lernt deutsch“ Weiterführung des Programms zur Heranführung an einen organisierten Sprachlernprozess von Müttern. Das Projekt wird in Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und dem Deutschen Roten Kreuz (als Träger) durchgeführt.	Auswertung Zielerreichung	2007 – 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Das Elternbildungsprogramm wurde während der vergangenen Jahre an mehreren Grundschulen erfolgreich durchgeführt. Im Schuljahr 2010/11 wird das Projekt an folgenden Grundschulen angeboten:

Standorte		
	SNR	Schule
	007	Schule an der Alfred-Faust-Straße
	013	Schule Aumund
	035	Schule am Ellenerbrookweg
	045	Schule Grambke
	077	Tami-Oelfken-Schule
	082	Schule an der Melanchthonstraße
	085	Schule an der Nordstraße
	091	Schule am Pfälzer Weg
	105	Schule an der Robinsbalje
	106	Schule an der Fischerhuder Straße

Evaluation durch die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, siehe Bericht der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>7.3 Förderung der interkulturellen Erziehung durch das Familienorientierte Integrationstraining „FIT-Eltern“</p> <p>Im Hause der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, im Referat Zuwandererangelegenheiten und Integrationspolitik ist zum Zwecke der Unterstützung und Beschleunigung des Integrationsprozesses von Zuwandererfamilien das Familienorientierte Integrationstraining FIT entwickelt worden. Die Umsetzung dieses Programms erfolgt unter Beteiligung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft sowie Kita-Bremen.</p>	Auswertung Zielerreichung	2007 – 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Die Hauptziele von FIT-Eltern sind (aufbauend auf den Inhalten von FIT-Migration) die Heranführung der Eltern an eine interkulturelle Erziehung und Stärkung des Dialogs zwischen Elternhaus, Schule und KiTa.

Des Weiteren dient FIT-Eltern dazu, mit den TeilnehmerInnen der Kurse gemeinsam Möglichkeiten zu erörtern, wie Kinder und Jugendliche trotz migrationsbedingter Nachteile sich zu starken Persönlichkeiten entwickeln und auch persönliche, schulische oder berufliche Erfolge erlangen.

In der abschließenden Betrachtung ist das Familienorientierte Integrationstraining 2008/2009 eine äußerst erfolgreiche Unterstützung der Elternarbeit an Bremer Schulen und Kinder- und Familienzentren. Schließlich wurden über die FIT-Kurse die Eltern von über 300 Kindern erreicht.

Kursleiterinnen und Kursleiter, sowie KiTa- und Schulleitungen berichteten durchweg von positiven Veränderungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Für die Elternarbeit an Schulen und Kinder- und Familienzentren zeigte sich der besondere Wert dieser Arbeit in einer verbesserten Kommunikationsfähigkeit, der Öffnung der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegenüber Schule, bzw. KiTa, mehr Engagement der Eltern und dem Austausch über die gegenseitigen Erwartungen von Eltern und Schule/KiTa. Auch eine Stärkung der Erziehungskompetenzen wurde festgestellt. So zeigten sich die FIT-Kurse als eine besonders wirksame und nachhaltige Form der Elternarbeit.

In diesen Ergebnissen zeigt sich ein großer Schritt hin zu dem Ziel, dass sich Fachkräfte und Eltern als Teil einer Erziehungspartnerschaft verstehen und gemeinsam und zum Wohle der Kinder handeln. Die dafür erforderliche gegenseitige Anerkennung, Wertschätzung und kritische Auseinandersetzung ist ein Prozess, der durch die FIT-Kurse verstärkt gefördert wurde.

Für den Erfolg des Familienorientierten Integrationstrainings spricht außerdem, dass alle KiTa- und Schulleitungen und alle Kursleiterinnen und Kursleiter die FIT-Kurse in Zukunft fortführen wollen. Auch der Bedarf und das Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind nach wie vor vorhanden.

Hervorzuheben sind auch die Veränderungsprozesse in den Einrichtungen. So entstanden zumindest teilweise Erkenntnisse, neues Wissen und neue Sichtweisen bei den Leitungen, Lehrkräften und Erzieherinnen durch den Austausch. Diese Erkenntnisse und die Wissenserweiterung ermöglichen es den Vertreterinnen und Vertretern der Einrichtungen mehr Verständnis für die Lebenswelt der Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund zu entwickeln, einen besseren Zugang zu ihnen zu bekommen und sie besser fördern zu können.

Standorte		Es wurden und werden an folgenden Standorten Kurse angeboten
	SNR	Schule
	010	Schule auf den Heuen
	011	Schule an der Andernacher Straße
	018	Schule Borchshöhe
	024	Schule am Buntentorsteinweg
	077	Tami-Oelfken-Schule
	083	Schule an der Landskronastraße
	094	Schulen an der Paul-Singer-Straße
	105	Schule an der Robinsbalje

Siehe auch Bericht der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8. Sinti- und Romakinder –Förderung an Schulen Die schulische Unterstützung von Sinti- und Romakindern wird seit dem Schuljahr 1993/94 in der Stadt Bremen realisiert. Ziel des Projektes ist die Integration von Sinti- und Romakindern in die Regelschule. Senkung der Fehlzeiten soll erreicht und Schulabbrüche verhindert werden. Eine weitere Unterstützung wird über eine Beratungsstelle angeboten. Die Sinti- und Roma-Förderung bietet Förderunterricht an. Die für diese Aufgabe beauftragten Kolleginnen und Kollegen sind über das Stadtgebiet an vielen Schulen tätig. Weiterhin sind weitere pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Förderung tätig.	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Das Projekt Bildungsförderung für Roma-Kinder betreut seit 1993 in Bremen an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I Kinder und Jugendliche, die einer Förderung bedürfen, die sie von ihrer Familie nicht erhalten können.

Das Projekt wird von Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (REBUZ) koordiniert und inhaltlich begleitet. In dem Projekt arbeiten Lehrerinnen sowie zwei Schulassistentinnen.

Die Lehrkräfte sind jeweils in einzelnen Regionen der Stadt tätig. Eine Schulassistentin ist einem Förderzentrum und den angrenzenden Grundschulen in Bremen-Blumenthal zugeordnet. Die zweite Schulassistentin ist für die Schulen in Bremen-Vegesack tätig. Aufgrund ihres Romahintergrundes wird diese Assistentin in Einzelfällen auch stadtweit als Dolmetscherin und Kulturmittlerin eingesetzt.

Ziel des Projektes Bildungsförderung für Roma-Kinder ist die Sicherung der Teilhabe der Roma-Kinder an Bildungsprozessen und ihre Integration in die Regelschule, Sicherung des Schulbesuches, Senkung der Fehlzeiten und Verhinderung von Schulabbrüchen.

Das Projekt arbeitet ressourcenorientiert. Im Einzelfall wird mit allen Beteiligten geklärt, ob die angefragte Unterstützung mit den fachlichen und personellen Ressourcen zu leisten ist, und wer in dem Fall welche Rolle und welche Aufgabe übernimmt. Die Arbeit des Roma-Projekts stellt keinen Ersatz der schulinternen Förderarbeit dar. Das Roma-Projekt hat ein eigenständiges Förderkonzept, welches die internen Bemühungen der Schulen unterstützt und ergänzt und ist dementsprechend mit diesen abzustimmen.

Die Schülerinnen und Schüler erhalten Förderunterricht mit dem Ziel, sie in den regelhaften Schulablauf und die Schul-/Klassengemeinschaft zu integrieren und ihnen einen (höheren) Schulabschluss zu ermöglichen. Diese Förderung wird sowohl als Einzelbetreuung, in Kleingruppen als auch in der Klasse angeboten.

Jedes Kind soll sein Potential ausschöpfen können und einen möglichst guten Schulabschluss erreichen.

Die Kolleginnen des Projektes halten engen Kontakt zu den Eltern der von ihnen betreuten Kinder und führen viele vertrauensbildende Gespräche und unterstützen die Familien bei Außenkontakten.

Die Bereitschaft der Eltern für eine Zusammenarbeit muss vorhanden sein, um sinnvoll und effizient in den Familien arbeiten zu können. Über die Schaffung von „Vorbildern“ sollen weitere Familien Interesse an der schulischen Bildung ihrer Kinder entwickeln.

Die Mitarbeiterinnen des Projektes beraten Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen und Eltern bei auftretenden Problemen. Ziel ist es, einen auf gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung basierenden Kontakt zwischen Schule und Elternhaus aufzubauen.

Die Förderung von Roma-Schülerinnen und Schülern wird in unveränderter Form durchgeführt. Im Schuljahr 2010/11 werden 159 Roma-Schülerinnen und Schüler durch Lehrkräfte und Schulassistentinnen gefördert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
9. Angebot Muttersprachlichen Unterrichts Der Unterricht wird sowohl über Angebote der Senatorin für Bildung und Wissenschaft als auch in der Verantwortung der jeweiligen Konsulate realisiert.	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Siehe unter 11.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
10. Beratungsstelle für schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Die Beratungsstelle wurde in das neugegründete Zentrum für Beratung integriert.	Auswertung Zielerreichung		SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Die Beratungsstelle wurde in das Zentrum für unterstützende Pädagogik integriert. Aktuell erfolgt die Integration dieser Ressource in die sich im Aufbau befindlichen REBUZ-Strukturen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
11. Förderung von Herkunftssprachen	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16
11.1. Herkunftssprachen als Zweite Fremdsprache	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans und der gemeinsamen Erklärung der Kultusministerkonferenz: „Integration als Chance“ vom Dezember 2007 verpflichten sich die Länder zur Förderung der Herkunftssprachen. Bremen hält seit vielen Jahren ein breites Angebot zur Förderung der Herkunftssprachen vor. Herkunftssprachen werden als Zweite Fremdsprache sowie über muttersprachliche Angebote realisiert. Die Angebote der Zweiten Fremdsprachen werden in der Sekundarstufe I und II vorgehalten. Folgende Sprachen werden als Herkunftssprachen angeboten: Polnisch, Russisch, Türkisch.

Die Angebote an Herkunftssprachen in Bremen haben ihre Basis und Begründung in folgenden Empfehlungen und Selbstverpflichtungen:

- Entschließung des Europäischen Parlaments zur Mehrsprachigkeit vom 24.03.2009
- Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit. Gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz und der Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund vom Dezember 2007
- Grünbuch: Migration & Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme der Europäischen Kommission

Auf Basis der genannten Beschlüsse und Empfehlungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit werden im Bremer Schulentwicklungsplan 2008 die Leitlinien zur Förderung der Herkunftssprachen benannt.

Neben dem Erwerb der deutschen Sprache erkennt Bremen die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für alle Schülerinnen und Schüler an. Dies schließt die Herkunfts- oder Familiensprachen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein. In Zeiten von großer Mobilität, Migrationsprozessen und internationaler Zusammenarbeit kann das sichere Beherrschen dieser Sprachen ein wichtiger Baustein für die erfolgreiche berufliche Entwicklung sein. Bremen hält ein großes Angebot vor, um das Prinzip der Mehrsprachigkeit im Schulalltag angemessen zu verankern. Angebote als Zweite Fremdsprachen in Türkisch, Russisch und Polnisch stellen einen Beitrag dar, die Mehrsprachigkeit von Schülerinnen und Schülern aus diesen Herkunftsländern zu unterstützen. Die Angebote für die genannten Sprachen werden weiter angeboten. Im Vergleich zu anderen Ländern hält Bremen weiterhin ein herausragend großes Angebot an Herkunftssprachen vor. Für die Türkischangebote erfolgte eine Reaktivierung der Angebote an einem Standort, sowie eine Ausweitung der Standorte an weiteren Oberschulen.

Polnisch als Zweite Fremdsprache (Stand 01.10.2010)

	Standorte
SNR	Schule
409	Oberschule an der Koblenzer Straße
505	Oberschule an der Hermannsburg
506	Oberschule am Leibnizplatz
508	Oberschule an der Carl-Goerdeler-Straße
512	Gerhard-Rohlf's-Oberschule
602	SZ Sek. II Bördestraße
	Ressourcen
39	Lehrerstunden

Die Polnischangebote werden schulübergreifend angeboten.

Schüler	Anzahl	männlich	weiblich
Gesamt	46	22	24

Türkisch als Zweite Fremdsprache (Stand 01.10.2010)

	Standorte
SNR	Schule
307	Alexander-von-Humboldt-Gymnasium
404	Wilhelm-Olbers-Oberschule
410	Oberschule an der Lerchenstraße
414	Oberschule an der Lehmhorster Straße
430	Oberschule am Waller Ring
436	Wilhelm-Kaisen-Oberschule
444	Neue Oberschule Gröpelingen
510	ISS Pestalozzistraße
699	SZ Sek. II Rübekamp
	Ressourcen
125	Lehrerstunden

Schüler	Anzahl	männlich	weiblich
Gesamt	248	125	123

Russisch als Zweite Fremdsprache (Stand 01.10.2010)

	Standorte
SNR	Schule
320	Gymnasium Obervieland
404	Wilhelm-Olbers-Oberschule
409	Oberschule an der Koblenzer Straße
412	Oberschule Roter Sand
413	ISS Obervieland
425	Schulzentrum an der Julius-Brecht-Allee
431	Roland zu Bremen Oberschule
503	Oberschule Lesum
505	Oberschule an der Hermannsburg
602	SZ Sek. II Bördestraße
	Ressourcen
76	Lehrerstunden

Schüler	Anzahl	männlich	weiblich
Gesamt	424	225	199

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
11.2. Herkunftssprachen als muttersprachlicher Unterricht	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfBW, 21-7 SfBW, 21-16

Angebote im muttersprachlichen Unterricht werden in unterschiedlicher Weise organisiert. Es gibt Angebote, die durch Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft realisiert werden. Weiterhin wird muttersprachlicher Unterricht von den jeweiligen Konsulaten bzw. in Selbstorganisation von Migranten durchgeführt. Folgende Sprachen werden angeboten:

- Türkisch (Lehrkräfte der SfBW, Konsulat)
- .Polnisch (Lehrkräfte der SfBW)
- Kurdisch (Lehrkräfte der SfBW)
- Persisch (Lehrkräfte der SfBW)
- Italienisch (Lehrkräfte des Konsulats)
- Griechisch (Lehrkräfte des Konsulats)
- Portugiesisch (Lehrkräfte des Konsulats)
- Tamilisch (Migrantenverein)
- Chinesisch (Huawei Chinesisch-Schule e.V.)

In der Grundschule und der Sekundarstufe I und II werden über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft freiwillige muttersprachliche Angebote für die Sprachen Türkisch, Polnisch, Persisch und Kurdisch realisiert. In Verantwortung der jeweiligen Konsulate werden Türkisch, Portugiesisch, Italienisch, Serbisch und Griechisch als Herkunftssprachen angeboten. Die herkunftssprachlichen Angebote werden schulbezogen oder schulübergreifend realisiert. In Verantwortung von Migrantenorganisationen werden Chinesisch, Persisch und Tamilisch schulübergreifend angeboten.

Türkisch als muttersprachlicher Unterricht über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Stand 01.10.2010)

	Standorte
SNR	Schule
018	Schule an der Borchshöhe
020	Schule an der Brinkmannstraße
024	Schule am Buntentorsteinweg
043	Schule an der Glockenstraße
051	Schule am Halmerweg
091	Schule am Pfälzer Weg
105	Schule an der Robinsbalje
404	Wilhelm-Olbers-Oberschule
410	Oberschule an der Lerchenstraße
430	Oberschule am Waller Ring
510	ISS Pestalozzistraße
	Ressourcen
101	Lehrerstunden

Schüler	Anzahl	männlich	weiblich
	720	351	369

Polnisch als muttersprachlicher Unterricht über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Stand 01.10.2010)

	Standorte
SNR	Schule
014	Schule am Wasser
091	Schule am Pfälzer Weg
409	Oberschule an der Koblenzer Straße
512	Gerhard-Rohlf's-Oberschule
	Ressourcen
10	Lehrerstunden

Schüler	Anzahl	männlich	weiblich
	105	51	53

Kurdisch als muttersprachlicher Unterricht über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Stand 01.10.2010)

	Standorte
SNR	Schule
011	Schule an der Andernacher Straße
014	Schule am Wasser
045	Schule Grambke
051	Schule am Halmer Weg
064	Schule an der Kantstraße
077	Tami-Oelfken-Schule
091	Schule am Pfälzer Weg
105	Schule Robinsbalje
	Ressourcen
44	Lehrerstunden

Schüler	Anzahl	männlich	weiblich
	192	91	101

Persisch als muttersprachlicher Unterricht über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Stand 01.10.2010)

Standorte	
SNR	Schule
508	Oberschule an der Carl-Goerdeler-Straße
505	Oberschule an der Hermannsburg
425	Schulzentrum an der Julius-Brecht-Allee
	Stadtteilschule Bremen e.V.
Ressourcen	
25	Lehrerstunden

Schüler	An- zahl	männ- lich	weib- lich
	99	36	63

Türkisch als muttersprachlicher Unterricht über das türkische Konsulat (Stand 31.07.2010)

Schüler	An- zahl
	408

Italienisch als muttersprachlicher Unterricht über das italienische Konsulat (Stand 31.07.2010)

Schüler	An- zahl
	21

Griechisch als muttersprachlicher Unterricht über das griechische Konsulat (Stand 31.07.2010)

Schüler	An- zahl
	13

Portugiesisch als muttersprachlicher Unterricht über das portugiesische Konsulat (Stand 31.07.2010)

Schüler	Anzahl
	76

Serbisch als muttersprachlicher Unterricht über das serbische Konsulat (Stand 31.07.2010)

Schüler	Anzahl
	17

Tamilisch als muttersprachlicher Unterricht über den Tamilischen Bildungsverein (Stand 31.07.2010)

Schüler	Anzahl
	100

Chinesisch als muttersprachlicher Unterricht über die HUAWEI CHINESISCH-SCHULE BREMEN e.V. (Stand 31.07.2010)

Schüler	Anzahl
	92

4.3 Sprachförderung für Neuzuwanderer und bereits länger hier lebende Migranten und Migrantinnen

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Bereitstellung eines differenzierten Sprachkursangebotes für Neuzuwanderer und bereits länger in Bremen lebenden Migrantinnen und Migranten sowie Bereitstellung besonderer Sprachkursangebote (Frauenintegrationskurse mit Kinderbetreuung, Jugendintegrationskurse, Alphabetisierungskurse) einschließlich Werbung und Information	TN-Zahlen; Steigerungen im Längsschnitt; Auswertungen nach Sprachstand; wiss. Auswertung durch Bund	Jeweils Jahresende	SAFGJS, 51-6, Sprachkursträger, VHS

Zum 1.1.2008 wurde das System der Integrationskurse deutlich verbessert. Die Stundenzahl wurde von 600 auf 900 Stunden in spezifischen Kursen aufgestockt. Für den Aufbausprachkurs (300 Stunden) gibt es eine Wiederholungsmöglichkeit. Weitere positive Veränderungen sind eine Kostenerstattung (50%) bei erfolgreicher Prüfung, Neuregelungen zur Fahrtkostenerstattung, Teilnahmemöglichkeit auch für Deutsche, Einführung eines bundeseinheitlichen Test Orientierungskurs (1.1.2009) und die Erweiterung auf 45 Stunden Orientierungskurs sowie die Einführung einer skalierten Sprachprüfung (1.7.2009).

Insgesamt erfahren die Integrationskurse in Bremen mit rd. 5.500 Integrationskursabsolventen/-innen vom 2007 – 6/2010 eine hohe Akzeptanz. Der relativ hohe Anteil von „Altzuwanderern“ (zwischen 1,5% und 1,7% an allen Teilnehmern bundesweit) und der niedrige Anteil verpflichteter „Altzuwanderer“ dokumentiert die hohe Bereitschaft zur freiwilligen Kursteilnahme. Der Anteil der in Bremen durch die beiden Argen verpflichteten Neuzuwanderer ist von nur 0,1% aller Verpflichtungen im Bundesgebiet (2007) auf 1,1% (2010) gestiegen. Die Teilnehmerstruktur in Bremen weist einen hohen Anteil von Alphabetisierungskursteilnehmern (2010 2,0%) und Förderkursteilnehmern (Integrationskurs im Umfang von 900 Stunden, 2010 3,7%) aus.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.1. Optimierung der Wirksamkeit der Integrationskurse durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren (BAMF, Träger, Ausländerbehörden, Arbeitsverwaltung, BAgIS, ARGE Job-Center-Brhv, Migrationsberatung und Jugendmigrationsdienste)	Anzahl Verbundprojekte, TN Verbundprojekte; Steigerungen im Längsschnitt; Auswertungen nach Zugängen zum Arbeitsmarkt; Selbstevaluation		SAFGJS, 51-6, Sprachkursträger, VHS

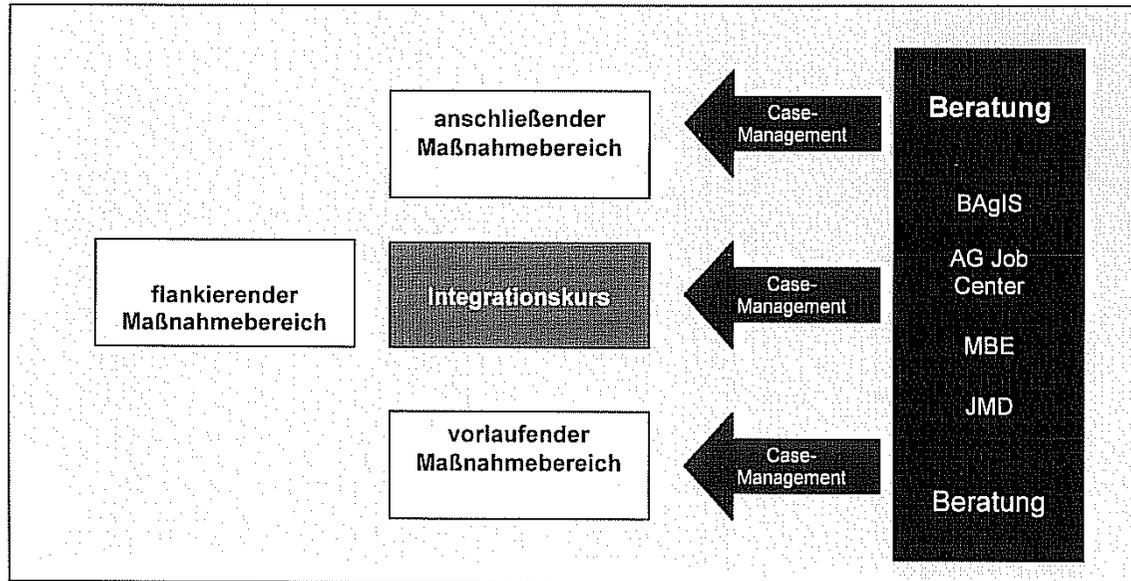
Zwischen den Trägern der Integrationskurse, der Migrationsberatung für Erwachsene, den Jugendmigrationsdiensten und der BAgIS wurden Kooperationsverträge abgeschlossen, in den die Zusammenarbeit der Akteure verbindlich geregelt ist. In zwei Fachtagungen wurde die Zusammenarbeit konkretisiert und nachjustiert. Als Ergebnisse wurden regionale Integrationsteams etabliert, die sich in fünf Bremer Regionen regelmäßig im Quartal treffen. Damit konnte die Kommunikation und Zusammenarbeit deutlich verbessert werden. Eine Einbeziehung der Ausländerbehörde erfolgt themen- und fallorientiert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2 Integrationskursergänzende Maßnahmen für eine verbesserte Nachhaltigkeit der Sprachförderung (Verbundprojekte)		2007 - 2011	SAFGJS, 51-6, Sprachkursträger, VHS

Unter Verbundprojekten werden seit 2007 Projekte und Maßnahmen verstanden, die konzeptionell auf den Integrationskurs zugeschnitten sind beziehungsweise auf dessen Inhalten und Zielen systematisch aufbauen. Dabei sind drei Maßnahmebereiche zu unterscheiden:

- Vorlaufende Maßnahmen, das sind Projekte, die zum Integrationskurs hinführen. Dazu gehören Maßnahmen, die Zuwanderer mit nicht ausreichenden Sprachkenntnissen zur Teilnahme am Integrationskurs motivieren beziehungsweise die die Grundlagen für einen erfolgreichen Abschluss legen, beispielsweise durch ein vorbereitendes niederschwelliges Sprachförderangebot wie z.B. die Kursangebote des Projektes „Mama lernt Deutsch“.
- Flankierende Maßnahmen, darunter sind Projekte zu verstehen, die zeitlich parallel zum Integrationskurs laufen.
- Anschlussmaßnahmen, das heißt Projekte, die gezielt auf den im Integrationskurs vermittelten Sprachkenntnissen aufbauen wie z.B. weiterführende berufsspezifische Sprachkurse oder Maßnahmen der direkten beruflichen Integration, wie z.B. Bewerbungstrainings oder Jahrespraktika.

Das Konzept der Verbundprojekte lässt sich wie folgt darstellen:



Nachfolgend die Liste der Bremer Verbundprojekte. Einzelne Projekte waren so interessant, dass sie vom BAMF in eine Bundes-Best-Practice-Liste aufgenommen wurden. Eine Evaluation ist vom BAMF für 2011 vorgesehen:

Lfd. Nr.	Name der Maßnahme	Ziele	Art der Verknüpfung mit IK	Zielgruppe	Inhalte	Projektorte & Laufzeit/Dauer
1	Mama-lernt-Deutsch (Best-Practice-Verbundprojekt)	Hinführung von bildungsfernen Zielgruppen an einen organisierten DaZ-Sprachlernprozess Verbesserung der schulischen Chancen von Kindern aus Migrantenfamilien Ziel ist die Sprachprüfung A1 oder A2	vorbereitende Maßnahmen, Quereinsteige je nach individuellem Niveau - Kurse haben analoge Systematik	Bremerinnen & Bremerhavenerinnen aus aller Welt Mütter von Kindergarten- bzw. Grundschulkindern	DaZ + Lebensweltorientierung	Bremen: Aumund, Lüssum, Grambke, Gröpelingen, Walle, Huchting, Kattenturm, Sebaldsbrück, Osterholz-Tenever, Bremerhaven: Lutherschule, Allmersschule, Karl-Marx-Schule, Humblodtschule, KTH Fröbelkindergarten, Laufz.: jederz. Einstiegsmöglichk., D.: 100 UE

2	SprINT - Sprach- und Integrationsmittlerinnen (Best-Practice-Verbundprojekt)	Ressourcenorientierung, Qualifizierung, Beschäftigung im Bereich von Gesundheitswesen und sozialer Arbeit, Tätigkeit als Sprach- und Kulturmittler/-innen, Diversifizierung der beteiligten Organisationen, Berufsorientierung und Lebensplanung usw.	anschließende Maßnahme	BremerInnen mit ALG II-Bezug, guten muttersprachlichen Kenntnissen in Wort und Schrift und guten Deutschkenntnissen	Projekt mit Qualifizierungs- und Praxisphasen, verschiedene Einsatzorte und Praxisstellen im Bereich von Gesundheit und sozialer Arbeit	PBW, Faulenstr. 31, 28195 Bremen, Laufzeit bis 31.03.2011
3	MeMi-Projekt (Best-Practice-Verbundprojekt)	Vermittlung von Paten an neue Zuwanderer und Zuwanderinnen, Förderung der Eigenständigkeit durch Hilfen zur Selbsthilfe, Förderung der Integration durch direkte Beteiligung der Bürger/innen	vorlaufende und flankierende Maßnahme	Neuzuwanderer	Anwerbung von Paten zur ehrenamtlichen Mitarbeit, Anwerben von Neuzuwanderern zur Vermittlung an Paten, Vorbereitung und Begleitung der Paten sowie der Zuwanderer im Rahmen der Maßnahme	Bremen, fortlaufend
4	Berufsbezogene Sprachförderung "Deutsch für den Beruf", Kurse: A2, B1, B1 für Akademiker/-innen, durchgeführt im Trägerverbund	Stärkung mündlicher und schriftlicher berufsbezogener Fertigkeiten (berufsfeldübergreifend)	anschließende Maßnahme	Menschen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter (18 - 65 Jahre) mit ausreichenden Sprachkenntnissen (A2 -B1 nach GERR) im ALG I- oder II-Bezug	Berufsbezogenes, berufsfeldübergreifendes Deutsch (Vokabeln, Redewendungen, Grammatik für den Arbeitsalltag, Schwerpunkt Schriftsprache), Qualifizierung (Bewerbungstraining, Berufskunde, Betriebsbesichtigungen), Praktikum	Trägerverbund: BWU e. V., Töferbohmstr. 8, 28195 Bremen (16.11.09 - 18.05.10 und 15.02. - 27.08.10); PBW LV Bremen, Faulenstr 31, 28195 Bremen (30.11.09 - 02.06.10), VHS Bremen, Faulenstr. 69, 28195 Bremen (04.01. - 23.06.10), insges. 730 UE
5	START - Training, Sprachstandserhebung und Profiling für MigrantInnen	Die Maßnahme schafft die Voraussetzungen für eine verbesserte Beratung und Vermittlung in weiterführende Maßnahmen durch die BAglS	anschließende Maßnahme	Bremer/innen aus aller Welt, die den I-Kurs abgeschlossen haben, ALG II beziehen und Kund/innen der BAglS sind	Bestandsaufnahme und Kompetenzbilanz, Empfehlungen, Training in den Bereichen DaZ, Arbeit und Beruf	PBW, Faulenstr. 23, 28195 Bremen, Laufzeit bis 31.12.2010, Dauer: 160 UE, Einstiege sind 2-wöchentlich möglich
6	Trainingszentrum Berufsfachsprache Deutsch für MigrantInnen	Vermittlung von Berufsfachsprache Deutsch für den Beruf (unterschiedliche Berufsbereiche),	anschließende Maßnahme	MigrantInnen ab Niveau A 2, die die Berufsfachsprache für unterschiedliche Berufsbereiche erlernen wollen	Berufsfachsprache: Einzelhandel /gewerblich-technische Berufe / Gesundheitsberufe / Erziehungsberufe / Büro und Verwaltung, Bewerbungstraining unter interkulturellen Aspekten, betriebliche Kommunikation	Bremen-Mitte, 20.04.2009 - 05.01.2013, mit ständigem Einstieg, Teilnahme individuell bis zu 12 Monaten möglich

7	Einblicke in die Berufswelt	Kennen lernen von Betrieben, versch. Berufsfelder kennen lernen, Verbesserung der beruflichen Integration, Erstellung von Bewerbungsunterlagen	anschließende Maßnahme	Jugendliche SpätaussiedlerInnen	Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Betriebsbesuchen, Bewerbungstraining, Stärkung der Kompetenz der TN	Gerhard-Rohlf's-Str. 17/18, 28757 Bremen, jederzeitiger Einstieg möglich, Dauer: 25.05. bis 31.03.2010, Verlängerung geplant
8	Deutsch für Schule, Ausbildung und Beruf	Verbesserung der Sprachkenntnisse	flankierende oder anschließende Maßnahme	SpätaussiedlerInnen und junge MigrantenInnen bis 27 Jahre	Kommunikationstraining, Erstellung von Bewerbungsunterlagen	Kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul (Gemeindezentrum), Eichenhof 3, 28759 Bremen-St. Magnus, Kurs läuft bis 31.03.2010, mittwochs 15.30 - 17.30 Uhr, Verlängerung geplant
9	Deutsch intensiv: Wortschatz - Ausdruck - Grammatik	Verbesserung des schriftlichen und mündlichen Ausdrucks	anschließende Maßnahme	Frauen und Männer	Beruflich orientiertes Material	VHS Zweigstelle Süd Theodor-Billroth-Straße 5, 28277 Bremen, Bildungsurlaub (30 UE), jedes Frühjahrs- und Herbstsemester
10	Frauen tun etwas für sich	Verbesserung der Sprachkompetenz	flankierende und anschließende Maßnahme	Frauen	Frauen unterschiedlicher Herkunftsländer treffen sich zum angeleiteten Schneidern und um sich hierbei in deutscher Sprache zu unterhalten	SZ Obervieland, Dependance, Theodor-Billroth-Straße 7, 28277 Bremen, jedes Frühjahrs- und Herbstsemester
11	Wege in die Stadt - Niedrigschwelliger Zugang für Migrant/innen zur Ermöglichung von lokaler gesellschaftlicher Teilhabe	Orientierungshilfe für TeilnehmerInnen aus Integrationskursen, Förderung der Integration	flankierende Maßnahme	TeilnehmerInnen der Integrationskurse	Konkret werden in den Modulen im Rahmen von "Wege in die Stadt" anknüpfend an die Erfahrungen der Migration, mit Mitteln der kulturellen und ästhetischen Bildung, der Stadtteil Gröpelingen und Möglichkeiten der Mitwirkung im öffentlichen Leben erkundet.	Bremer Volkshochschule West, Gröpelinger Heerstraße 226, 28237 Bremen; Laufzeit: 15.12.2009 - 30.09.2010
12	Sprachcafé Deutsch	Verbesserung der Sprachkompetenz, Abbau von Sprechhemmungen, Förderung des interkulturellen Dialogs	flankierende Maßnahme	TeilnehmerInnen der Integrationskurse	Im Sprachcafé treffen sich Mutter- und Zweitsprachler/-innen. In angenehmer Atmosphäre sprechen die TeilnehmerInnen über verschiedene Themen und tauschen Erfahrungen aus.	Bremer Volkshochschule West, Gröpelinger Heerstraße 226, 28237 Bremen; Laufzeit: Frühjahrs- und Herbstsemester 2010

13	Café International	Orientierungshilfen für TeilnehmerInnen aus Integrationskursen	flankierende Maßnahme	TeilnehmerInnen der Integrationskurse	Begleitend zu den Deutschkursen werden den TeilnehmerInnen Aktivitäten unterschiedlichster Inhalte angeboten. Ziel ist das gegenseitige Kennenlernen, der Austausch untereinander und eine Orientierung im Lebensumfeld und -alltag.	VHS-Nord Kirchheide 49 28757 Bremen Laufzeit analog zu den VHS-Semestern
14	Kurse zur gesellschaftlichen Integration von ausländischen Frauen und Mädchen (Frauenkurse)	Förderung der Integration und Selbständigkeit, Gesprächstraining zur Alltagsbewältigung	vorlaufende oder flankierende Maßnahme	Ausländische Frauen und Mädchen	Alphabetisierung unterstützend für lernunbewohnte TN, Selbständigkeit im Alltag für TN mit geringem Bildungsniveau	Gröpelingen, Heerstr. 228, Dauer: bis zu 100 UE pro TN
15	Gesundheitsförderung für Migrantenkinder (MIKI)	Verbesserung der gesundheitlichen Situation bei Migrantenkindern	flankierende Maßnahme	Eltern von Migrantenkindern im Kindergarten- und Grundschulalter	Gesundheitsvorsorge für Kinder, Ernährung in der Familie, Spiele, Sport und Bewegung, Umgang mit Stress, Stärkung des Selbstwertgefühls	Bremen-Gröpelingen, Dauer: 01.08.2008 bis 31.07.2011
16	Seminarmaßnahmen zur Integration ausländischer Frauen („Frauenkurse“)	Bewusstmachung der eigenen Kultur, eigene Migrationsgeschichte; Sprachorientierung, Vorbereitung auf IK, Kenntnis über die deutsche Gesellschaft	vorlaufende Maßnahme	Ausländische Frauen mit einem auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus ab 16 Jahren ohne eine in Deutschland erworbene Schul-/Berufsausbildung, v.a. junge Frauen und Mütter, Frauen nach der Familienphase, Frauen der 1. Generation	Ein Kurs umfasst 20 Zeitstunden, die -je nach Kursinhalt- flexibel aufgeteilt werden können. Die AWO bietet seit Jahren zwischen 4-8 Kurse pro Jahr an. Die Themen sind unterschiedlich, z.B.: Aufarbeitung der eigenen Migrationsgeschichte, Kennenlernen der neuen Heimat für Neuzuwanderinnen, Überwindung der Isolation als Angebot für ältere Frauen, die bislang sehr abgeschlossen in der bzw. für die Familie gelebt haben Aufarbeitung von Defiziten wie z.B. erste Einführung in die Arbeit am PC, erste Sprachorientierung, um die Teilnahme am IK zu ermöglichen	Bremen (verschiedene Stadtteile), Dauer: 20 Zeitstunden

17	Integrationshilfen zur Wiedereingliederung in das Berufsleben (Berufstraining etc.)	Migranten, welche nach Beendigung des Integrationskurses noch nicht befähigt sind an einer Fortbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahme der Agentur für Arbeit teilzunehmen.	anschließende Maßnahme	Erwachsene Migranten/innen	Unterstützung der Teilnehmer in schriftlicher und mündlicher Korrespondenz; Hilfestellung bei der Entwicklung beruflicher Perspektiven; Überprüfung von Stellenangeboten; Kooperation mit anderen Beratungsdiensten.	Bremen-Mitte (AWO, Am Wall 113), Bremen-Huchting (An der Schüttenriehe 8), Kulturhaus Pusdorf, Woltmershauser Straße 444, 28197 Bremen, Dauer: fortlaufend
18	Alphabetisierungskurs für ältere Migranten	Beschult werden soll der Personenkreis der älteren Spätaussiedler, welcher durch Deportationen oftmals nur 1-2 Klassen in einer Grundschule besuchen konnten. Die geringen Kenntnisse wurden durch die Zwangsannahme der russischen Sprache überdeckt und verlernt.	vorlaufende Maßnahme	Ältere Migranten überwiegend aus den ehemaligen GUS-Staaten, aber auch aus anderen Ländern.	Durch die Übersiedlung nach Deutschland treten diese Defizite zunehmend in den Vordergrund. Anhand von einfachen Beispielen sollen die Teilnehmer befähigt werden, Lesen und Schreiben zu lernen	Kulturhaus Pusdorf, Woltmershauser Straße 444, 28197 Bremen, Dauer: fortlaufend
19	U25 Injob	Vorbereitung auf eine BVB-Maßnahme mit Hauptschulabschluss Praxisfelder: Metall, Elektro, Verwaltung	anschließende Maßnahme	Junge Erwachsene, 25-30 Jahre ohne Hauptschulabschluss mit ALG II-Bezug	Prüfungsfächer für den Hauptschulabschluss, Grundkenntnisse in Metall, Elektro und Verwaltung zusätzliche Sprachförderung für Migranten	Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstr. 12-19 28203 Bremen Laufzeit 01.10.2009 bis 30.09.2010
20	"Einfach mitreden"	MigrantInnen sollen zum Spracherwerb und zur Sprachverfestigung motiviert werden, Abbau von Hemmungen/Sprachbarrieren, Bewältigung von Alltagssituationen	flankierende Maßnahme	MigrantInnen aus Bremen	Sprachliche Übung, Informationen über Alltagsthemen, Diskussionen, Orientierung im Sozialraum	Bürgerzentrum Neue Vahr und bei der VHS Kattenturm, fortlaufend
21	Perspektiven in Hafen und Logistik	Eignungsfeststellung im Hinblick auf eine Tätigkeit im gewerblichen Logistikbereich und Weiterbildung nach individuellem Qualifizierungsplan	anschließende Maßnahme	Männer und Frauen aus dem ALG-2-Bereich mit ausreichenden Sprachkenntnissen, um dem Unterricht folgen zu können (ab B1 nach GERR), Bereitschaft zur Schichtarbeit, möglichst mit Führerschein	Informationen Berufsfeld, Kommissionieren, Lagerwesen, Umschlag, Gabelstaplerschein (auf Wunsch), Sozialkompetenz, individuelle Lernzielplanung	Bremen, Walle / Überseestadt, 4x pro Jahr, 8 Wochen (davon auf Wunsch 3 Wochen Praktikum)

22	SLOGA (Best-Practice-Verbundprojekt)	Wohn- und Betreuungsangebot für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund	anschließende Maßnahme	Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund, insbesondere aus den ehemaligen Anwerbeländern	Wohnen in einer Hausgemeinschaft, Beratung und Begleitung bei der Inanspruchnahme ambulanter Pflegeleistungen, häuslicher Hilfen, bei Suchtproblemen sowie Angebote für Begegnung und Freizeitaktivitäten im Stadtteil	Meisenstr. 5-7, Bremerhaven, zeitlich unbefristetes Angebot
23	Berufsbezogene Sprachförderung "Deutsch für den Beruf", Kurs: A2, durchgeführt im Trägerverbund	Stärkung mündlicher und schriftlicher berufsbezogener Fertigkeiten (berufsfeldübergreifend)	anschließende Maßnahme	Menschen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter (18 - 65 Jahre) mit ausreichenden Sprachkenntnissen (A2 -B1 nach GERR) im ALG I- oder II-Bezug	Berufsbezogenes, berufsfeldübergreifendes Deutsch (Vokabeln, Redewendungen, Grammatik für den Arbeitsalltag, Schwerpunkt Schriftsprache), Qualifizierung (Bewerbungstraining, Berufskunde, Betriebsbesichtigungen), Praktikum	Pädagogisches Zentrum Bremerhaven, Hafenstr. 154, 27576 Bremerhaven (voraussichtlich 04.01. - August 2010), insgesamt 730 UE
24	Deutsch B 2: Konversation	Ausbau/Vertiefung von Sprachkenntnissen (Ausgangsniveau B 1) mit Schwerpunkt mündliche Sprachanwendung	anschließende Maßnahme	Erwachsene MigrantInnen (auch berufsbegleitend)	Sprachtraining, vorwiegend auf der Grundlage von Zeitungsartikeln, Themenschwerpunkte: Aktuelles - interkulturell betrachtet- Typisch Deutsch?-Bremerhaven	27568 Bremerhaven Kaufmännische Lehranstalten Max-Eyth-Platz, Dauer: 20 Zeitstunden
25	Deutsch B 2: Grammatik und Rechtschreibung	Ausbau/Vertiefung von Sprachkenntnissen (Ausgangsniveau B1) mit den Schwerpunkten schriftliches Deutsch und Sprachrichtigkeit	anschließende Maßnahme	Erwachsene MigrantInnen (auch berufsbegleitend)	Sprachtraining, Themenschwerpunkte gemäß Bedürfnissen und Bedarfen	27568 Bremerhaven Kaufmännische Lehranstalten Max-Eyth-Platz
26	Deutsch B 2: Mittelstufenkurs	Ausbau/Vertiefung von Sprachkenntnissen (Ausgangsniveau B 1) mit Hinführung zum Zertifikat Deutsch B 2	anschließende Maßnahme	Erwachsene MigrantInnen, die das Niveau B 2 erreichen möchten	Allgemeines Sprachtraining	Lloydstr. 15 27568 Bremerhaven, Dauer: 300 UE in 4 - 5 Modulen
27	Brücken bauen- Zusatzjobs für Migrantinnen und Migranten	Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, Verbesserung der Sprachkompetenz	anschließende Maßnahme	von der ARGE zugewiesene Migrantinnen und Migranten im ALG-II-Bezug	Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs) für Migrantinnen und Migranten; begleitende sozialpädagogische Betreuung und Qualifizierung	Bremerhaven, afz (Frau Christen, Tel.: 0471/98399-28), 01.10.2009 - 30.09.2010, Dauer. individuell

28	Aktivierende Begleitung auf dem Weg in die Selbständigkeit	Existenzgründung	anschließende Maßnahmen	MigrantInnen und Migranten, die eine Selbstständigkeit in Erwägung ziehen	Eingangsberatung zur Ermittlung des beruflichen Hintergrundes und der Geschäftsidee; Beratung über Voraussetzungen und Bedingungen einer Existenzgründung; Informationen über Fördermöglichkeiten und Beschaffung von Kapital; Coaching bei der Umsetzung der Geschäftsidee; ggfls. Abbera- tung und Suche nach alternativen Berufsperspektiven	Bremerhaven, DLZ Grünhöfe, Auf der Bult 5, Herr Jerzewski 01.01.2008 - 31.12.2010, Dauer: individuell
29	Berufliche Beratung für MigrantInnen	Berufsorientierung, Integration in den Arbeitsmarkt, Existenzgründung	anschließende Maßnahmen	Frauen mit Migrationshintergrund	Inform. u. Beratung zur berufl. Orientierung, zur Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen; Vermittlung in Umschulung, Fortbildung; Praktika; Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungen und bei der Arbeitssuche	Bremerhaven, DLZ Grünhöfe, Auf der Bult 5, Frau May-Bouhaddi, 01.01.2008 - 31.12.2010, Dauer: individuell
30	Frauenkurse	Niederschwellige Integration ausländischer Frauen	vorlaufende Maßnahme	Ausländische Frauen	Sprachorientierung, eigene Kultur, Kenntnisse über die deutsche Kultur	Dienstleistungszentrum Grünhöfe, Familienzentrum Lerchenstr., Familiencafe Leherheide, Dauer: 10 x 2 Stunden, 8 - 10 Kurse pro Jahr
31	"EMMI" - Qualifizierung von Migrantinnen zur Erbringung haushaltsnaher Dienstleistungen	Qualifizierung von Frauen, Vermittlung in Arbeit, selbständige Beschäftigung oder weiterführende Qualifizierungsmaßnahme	anschließende Maßnahmen	Migrantinnen im ALG II-Bezug aus dem Stadtteil Leherheide	Praktika - 1. Arbeitsmarkt - Qualifizierungsmodule Bereich "Haushaltsnahe Dienstleistungen", Textilpflege, Ernährung, Personen bezogener Service, Kommunikation, fachspezifische Deutschförderung	FamilienCafe Leherheide, Louise-Schroeder-Str. 9b, 27578 Bremerhaven, Dauer: 01.07.2008 bis 31.12.2010

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.3 Begleitung und Förderung der Integrationsteilnehmer durch Migrationserstberatung und Jugendmigrationsdienste	w.o.		SAFGJS, 51-6, Sprachkursträger, VHS

Nach dem Zuwanderungsgesetz erfolgt die sozialpädagogische Begleitung und Förderung durch die Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) und den Jugendmigrationsdienste (JMD). Durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit den Integrationskursträgern konnte die Zusammenarbeit deutlich verbessert werden. Die Evaluation erfolgt im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung des BAMF und SAFGJS. (Statistik zu den Integrationskursteilnehmern siehe 4.3.1)

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.4 Zielgruppenbezogene und stadtteilbezogene Sprachförderangebote Abstimmung der Angebotsstrukturen mit Integrationskurssystem (Mama lernt Deutsch, WiN, LOS etc.)			SAFGJS, 51-6, Sprachkursträger, VHS

Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz werden durch die Träger auch dezentral angeboten. Eine Ergänzung erfolgt im Rahmen der Programme bzw. Projekte wie z.B. „Mama lernt Deutsch“ (siehe 4.1.8.3. und 4.2.7.2) und „WiN“ (siehe 6.1.).

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Bereitstellung vorbereitender, begleitender wie auch aufbauender Angebote zum praktischen Spracherwerb und zur gesellschaftlichen Orientierung			SAFGJS, 51-6, Sprachkursträger, VHS

Siehe 4.1.3.2.

5. Leitbild Integration durch Ausbildung, Beschäftigung und Selbständigkeit

5.1 Ausbildung, Beschäftigung und Existenzgründung

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Verstärkung der Berufsausbildungsbemühungen für junge Menschen mit Migrationshintergrund	Sonderuntersuchung der Agentur für Arbeit Bremen im Jahr 2010	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-4

Bildung und Ausbildung sind zentrale Elemente einer greifbaren gesellschaftlichen Integration. Um jungen Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg in Ausbildung und Beruf zu erleichtern, soll durch ein gemeinsames Vorgehen aller an Berufsbildung beteiligter gesellschaftspolitischer Gruppen ermöglicht werden, dass das Angebot/ der Zugang für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu den Ausbildungsmärkten in Bremen und Bremerhaven verbessert wird.

Am 26. März 2008 wurden die „Bremer Vereinbarungen 2008-2010 für Bremen und Bremerhaven“ unterzeichnet. 31 Partner (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kammern, Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften, Magistrat Bremerhaven und der bremische Senat) haben für die Dauer von drei Jahren Maßnahmen vereinbart, mit denen auch die Ausbildungsintegration Jugendlicher mit Migrationshintergrund verbessert werden sollte. Ein Ziel war z.B. die Erhöhung des Anteils der Migrantinnen und Migranten am mittleren Schulabschluss. Dies ist gelungen, wie die Ausführungen der Bildungssenatorin unter Punkt 4.3 belegen.

Die Bremer Vereinbarungen (BV) sind mit konkreten, jährlich zu überprüfenden Zielzahlen für neu geschaffene Ausbildungsplätze und zusätzliche Ausbildungsbetriebe hinterlegt. Die Bilanz lässt hier allerdings keine Differenzierungen hinsichtlich des Nutzens für Migrantinnen und Migranten zu. Auch in den sonstigen Statistiken von Kammern und Bundesagentur für Arbeit gibt es nach wie vor keine Angaben zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Insofern ist das „gefühlte“ Ergebnis, dass mit den erreichten und weit übertroffenen Zielzahlen auch das Anliegen einer stärkeren Integration dieser Personengruppe erreicht ist, zahlenmäßig nicht zu belegen.

Die Ergebnisse einer Sonderuntersuchung aus dem Jahr 2010 lassen auch eher den Schluss zu, dass noch viel zu tun ist. Die Agentur für Arbeit Bremen hat im Zuge der Umsetzung der Verabredungen der Bremer Vereinbarungen biografische Daten zu langjährig Ausbildungsplatzsuchenden (sog. „Altbewerberinnen und Altbewerber“) erhoben. Informationen über 815 Jugendliche wurde zum Stichtag 15. Mai 2010 ausgewertet. Dabei wurde auch der Aspekt „Migrationshintergrund“ beachtet:

Über 40% der Altbewerber/innen (327 Personen) haben einen Migrationshintergrund. Der Anteil liegt also erheblich über dem Ausländeranteil, der zwischen 10 bis 15 % schwankt. Zugleich wurde festgestellt, dass diese Jugendlichen über eine gute Schulbildung verfügen: 5,8 % haben das Abitur, 41,7 % verfügen über die Mittlere Reife und 21,4% über die Fachhochschulreife. Lediglich 1,5% der Altbewerber/innen mit Migrationshintergrund haben die Schule ohne Abschluss beendet.

Die Berufswünsche der Altbewerber/innen mit Migrationshintergrund beziehen sich auf ein breites Spektrum, so dass konkrete Anhaltspunkte vorliegen, um die Zielgruppe besser in Ausbildung integrieren zu können. Für 2011 sind dafür Maßnahmen verabredet worden. Die Sondererhebung hat deutlich gemacht, wie unverzichtbar genaue Kenntnisse über den biografischen Hintergrund und die konkreten Berufswünsche der Zielgruppe sind.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.1 Intensivierung des Netzwerkes der Ausbildungspartner (Intensivierung und Konzentration der Beratungsarbeit)	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm 2007-2013 BAP-Berichterstattung	Jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-4

Für die Stärkung der individuellen Arbeitsmarktchancen setzt das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) auf Beratungsangebote, um die Erwerbsbeteiligung zielgerichtet zu unterstützen. Zu den wichtigsten Beratungsangeboten gehört die „Offene Beratung für Arbeitssuchende und Beschäftigte in Umbruchsituationen“. Hier ist die regionale Einbindung in die Stadteile in Bremen und Bremerhaven besonders wichtig. Bei den „zentralen Frauenberatungsstellen“ geht es darum, der geschlechtsspezifischen Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Ergänzend zu den Angeboten der Berufsberatungen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter werden „junge Menschen an der Schnittstelle Schule und Beruf“ unterstützt.

Die Förderpolitik des BAP sieht vor, dass auch in den Beratungsprozessen grundsätzlich Migrantinnen und Migranten erreicht werden müssen. Es gibt Zielvorgaben für die einzelnen Projekte, die einem strikten Controlling unterliegen. Die Beratungsangebote des BAP haben in 2008 rd. 3.400, in 2009 über 4.000 und in 2010 mehr als 9.000 Personen in Anspruch genommen. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund lag ca. 30%, bzw. 34% und 40% aller beratenen Personen.

Die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit hat in ihrer Sitzung am 16. Dezember 2010 der Fortführung der arbeitsmarktpolitischen Beratungsprojekte im Land Bremen zugestimmt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2 Verstärkung des Einsatzes des ausbildungsmarktpolitischen Instrumentes „Einstiegsqualifizierung“	Verabredung von Zielzahlen im Rahmen der BV 2008-2010	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-4, Agentur für Arbeit

Mit dem Instrument "Einstiegsqualifizierung (EQ)" (§ 235b SGB III) soll für noch nicht ausbildungsfähige oder langjährig ausbildungsplatzsuchende Jugendliche die Möglichkeit eines betrieblichen Einstiegs in Ausbildung nach Abschluss der 10. Klasse geschaffen werden. Ziel ist die spätere Übernahme in die duale Ausbildung, wobei Teile der in der EQ erworbenen Qualifikationen möglichst auf die Ausbildungszeit angerechnet werden sollen. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft bietet EQ-Teilnehmer/innen zusätzlich die Möglichkeit, am Berufsschulunterricht teilzunehmen.

Die Datenlage lässt zur Zeit keinen Schluss zu, dass Migrantinnen und Migranten an diesen betrieblichen Einstiegsqualifizierungen besonders partizipieren konnten. Für 2011 ist deshalb verabredet worden, das Instrument verstärkt für die Zielgruppe zu nutzen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.3 Einwerbung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen (Einwerbung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen bei Unternehmen mit Migrationshintergrund)	45 Ausbildungsplätze p.a., BAP-Berichterstattung	zum 31.12.	SAFGJS, 23-4

Gemeinsam mit den zuständigen Partnern für Berufsbildung (s.a. Präambel der Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013) soll die Thematik "Ausbildung" mit dem Ziel der beruflichen Integration von ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen jungen Menschen mit Migrationshintergrund intensiviert werden. Hierbei sollen nicht nur die Jugendlichen selbst, sondern auch deren Eltern über die in den meisten Herkunftsländern unbekanntenen dualen Ausbildungen überzeugt und über deren Vorteile informiert werden. In diesem Prozess sollen auch Betriebe, die von Inhabern mit Migrationshintergrund geführt werden, für die Ausbildung gewonnen werden.

Im Rahmen des BAP werden diese Aktivitäten seit Jahren unterstützt. Das Vorhaben wurde bis Oktober 2010 von der AWO Bremen in enger inhaltlicher Abstimmung mit und räumlicher Anbindung an das Ausbildungsbüro durchgeführt. Seit November 2010 findet die Förderung in einem gemeinsamen Projekt des Ausbildungsbüros statt. Eine personelle Kontinuität ist sichergestellt, so dass auf den bisherigen Kontakten zu migrantischen Unternehmen aufgebaut werden kann. Die Zielzahlen werden mit 54 Ausbildungsplätzen für Migrant/innen erreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.4 Verbesserung der Ansprache von jungen Migranten/innen durch Ausbildungsmessen		jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 23-4

Auf den Ausbildungsmessen in Bremen und Bremerhaven erhalten Jugendliche von den Betrieben direkt Informationen und Beratung über Ausbildungsmöglichkeiten. Eine gezielte Ansprache an junge Menschen mit Migrationshintergrund findet statt, in den letzten Jahren auch vermehrt, weil Betriebe diese Messen als Akquisitionsforum für den Fachkräftenachwuchs nutzen.

Auf den Ausbildungsmessen werden zwar keine personenbezogenen Daten erhoben, aber die Messeausrichter gehen aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen davon aus, dass von den ca. 10.000 Besucherinnen und Besuchern der Ausbildungsmessen 2010 im Land Bremen (davon 4.000 Besucher in Bremen, 6.000 in Bremerhaven) ca. 40% und 50% der Personen einen Migrationshintergrund hatten.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.5 Unterstützung von Trägern zur Einwerbung weiterer Mittel, z.B. Jobstarter	Sonderauswertung (vgl. geplante Vorlage für die Deputation für Arbeit und Gesundheit im April 2011)	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-4

Es sollen Dienstleister bei der Einwerbung von Fördermitteln auf Bundes- und EU - Ebene unterstützt werden, um damit eine Verbesserung der Ausbildungsmärkte in Bremen und Bremerhaven zu ermöglichen.

Mit der aktiven Unterstützung durch die Kommunen waren bremische Antragsteller bei der Mitteleinwerbung erfolgreich. Insbesondere im Bundesprogramm JOBSTARTER, in dem gezielt auch die Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert werden sollte.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.6 Einsatz von Mitteln des Europäischen Sozialfonds für Ausbildungsprojekte (Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ - Nutzung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des BAP)	Sonderauswertung Datawarehouse	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 23

Mit dem Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ werden die beiden Ziele des BAP „Ausbildungsplätze schaffen – Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen“ (Unterfonds 2.2.) sowie „Ausbildungsqualität erhöhen – Ausbildungsfähigkeit steigern“ (Unterfonds 2.3) realisiert. Das Programm wird ausschließlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Bei einer rechnerischen Betrachtung des Landesprogramms „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ im Hinblick auf die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ergeben sich folgende Anschläge: In Programmlaufzeit von 2008 bis 2011 wurden bis zum 31.12.2009 Finanzmittel in Höhe von fast € 1,5 Mio. ausgezahlt. Ca. 500 Jugendliche mit Migrationshintergrund, das waren 30% aller Teilnehmer/innen, haben davon profitiert. Das entspricht einem Budgetanteil von 420 T€

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Integration in Arbeit durch den Ausbau beruflicher Qualifizierung und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten	Auswertungen zum BAP	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-4

Die dauerhafte Erwerbsfähigkeit in einer sich immer schneller entwickelnden Gesellschaft hängt von der Bereitschaft zum lebenslangen Lernen ab. Für Menschen mit Migrationshintergrund, die einen immer größer werdenden Anteil an der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, aber auch an der Zahl der Arbeitslosen darstellen, sollen gezielt Qualifizierungen angeboten werden, bei denen sie ihre Stärken einbringen und Defizite abbauen können. Aber auch die Integration in sog. Ersatzarbeitsmärkte gehört zum Leistungsspektrum für langzeitarbeitslose Migrantinnen und Migranten.

Für die Beteiligung von Migrant/innen an den Programmen des BAP existieren jeweils eigene programmbezogene Zielzahlen, diese werden im Folgenden dargestellt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1 Erhöhung des Qualifizierungsangebots mit dem Programm „Bremer Fachkräfteinitiative“	Unterschiedliche prozentuale Anteile: Auswertung Datawarehouse	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-1

Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007 - 2013 das Programm "Fachkräfteinitiative des Landes Bremen" umgesetzt. Es bezieht sich auf die Ziele „Technologische Innovationen flankieren – Qualifikationen weiterentwickeln“ (Unterfonds 1.1), „Innovationen im Dienstleistungssektor und Handwerk flankieren – Flexibilität steigern“ (Unterfonds 1.2) sowie „Qualifizierung Arbeitsloser verbessern – verwertbare Abschlüsse und Kompetenzen fördern“ (Unterfonds 2.4)

Damit soll eine Steigerung der Qualifizierung von Beschäftigten und Arbeitsuchenden erreicht werden. Je nach Projekt sollen bei dieser Qualifizierungsoffensive 10% bis 30% - Personen mit Migrationshintergrund partizipieren.

2010 nahmen knapp 600 Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den beiden Aktionsfeldern der Unterfonds 1.1 und 1.2 teil. Das entspricht einem Anteil von 15% bzw. 13%. an der Gesamtteilnehmerzahl von Personen. Die Planzahlen von 7% bzw. 13% wurden damit teilweise übertroffen. In 2009 lag die Zahl noch bei über 300 Personen (Anteil von 16% bzw. 22% gegenüber Planzahlen von 7% bzw. 13%).

Bei der Zahl der arbeitssuchenden Qualifizierungsteilnehmer/innen (Unterfonds 2.4) liegt der Anteil von Migrant/innen 2010 mit knapp 800 Teilnehmer/innen bei 29%, die Planzahl von 38% wird damit unterschritten. In 2009 nahmen 400 Personen mit Migrationshintergrund (34% gegenüber der Planzahl von 38%) an den Maßnahmen teil.

Trotz der dargestellten Abweichungen von den Zielzahlen kann insgesamt von einer erfolgreichen Partizipation von Migratinnen und Migranten an der Fachkräfteinitiative ausgegangen werden. Die Zielgruppe wurde in einem von fünf sog. Leitprojekten erreicht. Das Vorhaben „Vielfalt in Arbeit“ hat sich um die Veränderungen der Strukturen verdient gemacht, in denen Beschäftigte wie Arbeitssuchende, aber auch Multiplikatoren mit Migrationshintergrund angesprochen werden. In diesem Vorhaben, das mit erheblichen Mitteln gefördert wurde, sind auf Grund der Projektstruktur (viele Tagesseminare) keine Teilnehmerzahlen erhoben worden, um die Personenzahlen nicht künstlich hoch zu rechnen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Erhöhung des Beschäftigungsangebots mit dem Programm „Bremen produktiv und integrativ“	Sonderauswertung Datawarehouse	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-5

Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm mit dem Programm "Bremen produktiv und integrativ" eine Steigerung des Anteils von langzeitarbeitslosen Menschen mit individuellen Hemmnissen im Arbeitsmarkt erreicht werden. Dazu werden Mittel aus dem ESF der Förderperiode 2007 – 2013 eingesetzt.

Beim Programm „Bremen Produktiv und Integrativ“, das im Laufe des Jahres 2008 implementiert worden ist, liegt die Zielzahl für die Beteiligung von Migrant/innen bei 40%. Effektiv haben in 2009 ca. 880 und in 2010 insgesamt 1060 Migrant/innen am Programm partizipiert. Das entspricht einem Anteil von 28% (2009: 29%). Damit wurde die Zielzahl von 40% nicht erreicht.

Eine gezielte Steuerung wäre nur denkbar gewesen, wenn die Projekte Einfluss auf die Zuweisung der Teilnehmer/innen hätten nehmen können. Das war aber nicht möglich. Für 2011 ist eine Nachsteuerung im Programm veranlasst worden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.3 Erhöhung des Beratungsangebots mit dem Programm „Arbeitsmarktorientierte Beratungsangebote im Land Bremen“			SAFGJS, 22-3

2.3 kann entfallen, bereits unter Punkt 1.1 dargestellt

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Unterstützung von Existenzgründungen und Vorbereitung auf Selbständigkeit	Auswertung Zielerreichung	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22-2

Aufgrund des mit 26,3% überdurchschnittlichen Anteils von Personen mit Migrationshintergrund im Land Bremen (Bundesdurchschnitt 2008: 19%) und einer Quote von ca. 11,6% der Selbstständigen hat sich die Existenzgründungsberatung verstärkt auf diese Personengruppe ausgerichtet.

Die enge Verzahnung der Förderprogramme „Starthilfefonds“ und „Gründungsfabrik Bremen“ im Unterfonds 1.6 des „Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms“ (BAP) hat sich dabei als sinnvoll und effektiv erwiesen. Mit qualifizierter Beratung im Vorfeld einer Existenzgründung sowie der direkten finan-

ziellen Unterstützung der Gründerinnen und Gründer durch eine individuell angepasste Darlehensförderung wird die Zielsetzung des BAP „Gründungsintensität und –qualität erhöhen – Arbeitsplätze schaffen“ erreicht.

Zur Umsetzung wird die B.E.G.IN- Gründungsleitstelle als zentraler Ansprechpartner für Existenzgründungen im Land Bremen und das Arbeitsförderungs-zentrum (AFZ) in Bremerhaven genutzt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.1 Erhöhung der Selbständigenquote für Zuwanderer	Sonderauswertung Starthilfe-fonds	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 22

Die Erhöhung der Selbständigenquote ist keine eigenständige Kennziffer der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm.

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bietet mit dem Landesprogramm „Starthilfefonds“ potentiellen Existenzgründerinnen und Existenzgründern die Möglichkeit, durch Inanspruchnahme von zinsgünstigen Darlehen ihre Unternehmensgründung finanziell abzusichern. Dieses Angebot ist Teil des Instrumentenkoffers, der von der B.E.G.IN-Gründungsleitstelle bereitgehalten wird.

Über die Starthilfefonds haben in 2009 und 2010 jeweils 11 Migrant/innen finanzielle Unterstützung bei ihrer Unternehmensgründung erhalten, das waren 19 % aller geförderten Gründer/innen. In 2008 lag der Anteil bei 6%.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2 Steigerung des Anteils der Zuwanderer an der Vorbereitung auf Selbstständigkeit	Sonderauswertung Gründungs-fabrik	jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 2

Mit dem Landesprogramm „Gründungsfabrik Bremen“ sollen arbeitsmarktpolitische Zielgruppen, insbesondere auch Personen mit Migrationshintergrund, durch eine qualifizierte Beratung im Vorfeld einer selbstständigen Tätigkeit/Unternehmensgründung unterstützt werden.

Dieses Förderinstrument ist in Kooperation mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen, den Jobcentern Bremen und Bremerhaven, den beiden Agenturen für Arbeit und dem Magistrat Bremerhaven entwickelt worden.

Im Fokus steht dabei eine prozessorientierte Gründungsberatung mit Bausteinen wie „Offene Sprechstunde“, „Erstberatung“, „Profiling“, Orientierungsseminare und Prozessberatung. Die Beratung erfolgt mehrsprachig.

Im Rahmen der Gründungsfabrik Bremen/Bremerhaven sollte laut Prioritätensetzung im Zeitraum 2008 bis 2010 der Anteil der beratenden Personen mit Migrationshintergrund ca. 20% betragen.

Das tatsächliche Ergebnis lag weit höher als die Zielzahl. In 2008 wurden 155 Personen (44% der Gesamtzahl) beraten, in 2009 lag der Migrant/innenanteil mit 230 Personen bei 48%. Dieser Wert konnte auch im Jahr 2010 prozentual mit 47 % gehalten werden. Wegen der Krise sank die absolute Zahl in 2010 auf 174 Personen mit Migrationshintergrund. Die Gesamtauswertung hat ergeben, dass in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 1.188 potenzielle Existenzgründer/innen beraten wurden, davon hatten 559 Personen (47%) einen Migrationshintergrund.

Die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit hat in ihrer Sitzung am 16. Dezember 2010 zugestimmt, das Vorhaben in 2011 an beiden Standorten Bremen und Bremerhaven fortzusetzen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Nachqualifizierungsangebote zur Förderung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse	Auswertung Zielerreichung	Jährlich zum 31.12.	SAFGJS, 51-6

Bremen hat sich im Rahmen der Konferenz der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder, der Länderarbeitsgemeinschaft für Integration und Flüchtlingsfragen (ArgeFlü) und der Konferenz der Integrations-, Migrations- und Ausländerbeauftragten der Länder für eine Vereinfachung der Verfahren eingesetzt und entsprechende Beschlussfassungen unterstützt. Die Bundesregierung wird noch im Jahr 2011 einen Gesetzesentwurf zur Vereinfachung der Anerkennungsverfahren vorlegen. Ende Februar 2010 wurde ein Bremer Anerkennungswegweser der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Rahmen der Umsetzung der EU-kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik und des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) in Bremen und Bremerhaven wurden verschiedene Projekte gefördert und umgesetzt wie z.B. Berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin/Erzieher oder berufsbegleitende Altenpflegeausbildung.

6. Leitbild Integration durch soziale Stadtentwicklung und Förderung des sozialen Zusammenlebens

6.1 Soziale Stadtteilentwicklung

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation, Stärkung der Mitwirkung von Zuwanderern an der Quartiersentwicklung und Förderung von Eigeninitiative in Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteilen (Lüssum-Bockhorn, Grohn, Gröpelingen, Neue Vahr, Tenever, Hemelingen, Kattenturm, Huchting) im Rahmen der Programme Soziale Stadt, WiN und LOS	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung Durchgeführte Projekte 2007: 371 2008: 393 2009: 375 2010: 447	2007 – 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

In elf Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf (Lüssum-Bockhorn, Grohn, Gröpelingen, Neue Vahr, Tenever, Hemelingen, Kattenturm, Huchting, Oslebshausen, Schweizer Viertel und Huckelriede) gibt es entwickelte und durch hauptamtlich eingesetztes Quartiermanagement abgesicherte Kooperations- und Arbeitsstrukturen. Insbesondere die lokalen Foren der öffentlich tagenden Stadtteilgruppen sind langjährig erprobte und wirksame Instrumente der Meinungsbildung, Projektentwicklung und Prozesssteuerung der sozialen Stadtteilentwicklung. Insgesamt wurden 2007 bis 2010 in diesen Gebieten 1586 Projekte durchgeführt.

Darüber hinaus werden zum Stichtag einige weitere Quartiere durch - allerdings deutlich geringeren - Ressourceneinsatz für einzelne Projekte aus den Landesprogrammen WIN und LOS unterstützt.

Die jeweiligen Projektträger bzw. das Quartiermanagement berichten den Stadtteilgruppen von der Durchführung der bewilligten Projekte. Eine weitere inhaltliche Erörterung gelaufener Projekte findet in aller Regel im Rahmen der Jahresplanung und der Fortschreibung der integrierten Handlungskonzepte für die einzelnen Quartiere statt. Darüber hinaus gibt es einen regelmäßigen Austausch der Quartiermanagerinnen und -manager insbesondere über den Verlauf außergewöhnlicher Projekte.

Es werden Daten bezüglich der Projektträger, der durch die Projekte angesprochen Handlungsfelder, der Dauer und der (Zuschuss)Kosten der Projekte gespeichert. Darüber hinaus mit den Verwendungsnachweisen gelieferte Daten bezüglich der erreichten Zielgruppen und der Zielerreichung sind projektbezogen verfügbar, werden aber nicht statistisch erfasst.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.1. Aktivitäten und Maßnahmen in Lüssum-Bockhorn	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Lebensbedingungen von Zuwanderern • Verbesserung der Bildungssituation der Bewohner/innen 	2007: 26 2008: 36 2009: 31 2010: 39		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 32 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für Lüssum-Bockhorn gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 132 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	31 Projekte
Soziale Infrastruktur	12 Projekte
Bildung	43 Projekte
Sonstige	46 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2. Aktivitäten und Maßnahmen in Grohn	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Lebensbedingungen von Zuwanderern • Verbesserung der Bildungssituation der Bewohner/innen 	2007: 35 2008: 39 2009: 31 2010: 29		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 23 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt. Auf Grundlage des für Grohn gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 134 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten. Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Verbesserung der Lebensbedingungen	65 Projekte
Verbesserung der Bildungssituation	29 Projekte
Sonstige	40 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.3. Aktivitäten und Maßnahmen in Gröpelingen	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation von Zuwanderern • Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit von Migranten • Förderung außerschulischer Bildungsangebote 	2007: 38 2008: 40 2009: 29 2010: 28		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 21 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für Gröpelingen gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 135 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation	52 Projekte
Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit von Migranten	6 Projekte
Förderung außerschulischer Bildungsangebote	12 Projekte
Sonstige	65 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.4. Aktivitäten und Maßnahmen in Neue Vahr	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Beschäftigungsförderung • Stadtteilkultur, Sport und Freizeit 	2007: 32 2008: 40 2009: 35 2010: 40		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 34 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für die Neue Vahr gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 147 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	21 Projekte
Bildung und Beschäftigungsförderung	49 Projekte
Sonstige	77 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.5. Aktivitäten und Maßnahmen in Tenever	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen in Tenever als Beitrag gegen die zunehmende Spaltung der Stadt • Sicherung und Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens • Unterstützung der Sozialen Infrastruktur und Förderung der sozialen und kulturellen Potentiale Tenevers 	2007: 53 2008: 60 2009: 60 2010: 61		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 36 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für Tenever gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 234 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Verbesserung der Lebensbedingungen	16 Projekte
Soziale und kulturelle Infrastruktur	76 Projekte
Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens	23 Projekte
Sonstige	119 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.6. Aktivitäten und Maßnahmen in Hemelingen	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Stadtteilkultur, Sport und Freizeit • Soziale Infrastruktur • Bildung 	2007: 40 2008: 44 2009: 37 2010: 44		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 36 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt. Auf Grundlage des für Hemelingen gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 165 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten. Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	67 Projekte
Soziale Infrastruktur	34 Projekte
Bildung	29 Projekte
Sonstige	35 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.7. Aktivitäten und Maßnahmen in Huchting	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens • Stärkung der Stadtteilkultur, Sport- und Freizeitmöglichkeiten • Ausbau der sozialen Infrastruktur • Verbesserung der Bildungssituation 	2007: 57 2008: 53 2009: 53 2010: 56		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 40 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für Huchting gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 219 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	88 Projekte
Soziale Infrastruktur	42 Projekte
Bildung	15 Projekte
Nachbarschaftliches Zusammenleben	21 Projekte
Sonstige	53 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.8. Aktivitäten und Maßnahmen in Kattenturm	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • 1.8.1. Stadtteilkultur, Sport, Freizeit • Soziale Infrastruktur • Bildung 	2007: 63 2008: 53 2009: 49 2010: 64		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Im Projektgebiet fanden vom 1.1.2007 bis 31.12.2010 insgesamt 34 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für Kattenturm gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 229 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	99 Projekte
Soziale Infrastruktur	35 Projekte
Bildung	31 Projekte
Sonstige	64 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.9. Aktivitäten und Maßnahmen in Oslebshausen	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • 1.8.1.Stadtteilkultur, Sport, Freizeit • Soziale Infrastruktur • Bildung 	2007: 0 2008: 1 2009: 15 2010: 22		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Oslebshausen gehört mit eigenem Budget erst seit 2008 zur Förderkulisse WiN/Soziale Stadt. Bis zum 31.12.2010 fanden dort insgesamt 22 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für Gröpelingen gültigen Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) beschloss das lokale Forum Wohlers Eichen in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 38 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IHK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	2 Projekte
Soziale Infrastruktur	9 Projekte
Sonstige	27 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.10. Aktivitäten und Maßnahmen im Schweizer Viertel	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • 1.8.1.Stadtteilkultur, Sport, Freizeit • Soziale Infrastruktur • Bildung 	2007: 0 2008: 0 2009: 20 2010: 38		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Das Schweizer Viertel partizipiert erst seit 2009 an den Förderprogrammen der sozialen Stadtentwicklung. Bis zum 31.12.2010 fanden 15 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage des für das Schweizer Viertel gültigen Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) beschloss die "Stadtteilgruppe" in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 58 Projekten die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgen.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, im IEK als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	22 Projekte
Soziale Infrastruktur	11 Projekte
Sonstige	25 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.11. Aktivitäten und Maßnahmen in Huckelriede	Anzahl der Projekte, TN-Zahlen; Steigerungszahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72
Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • 1.8.1. Stadtteilkultur, Sport, Freizeit • Soziale Infrastruktur • Bildung 	2007: 0 2008: 0 2009: 20 2010: 21		SAFGJS, 5-WiN, SUBVE, Ref. 72

Huckelriede partizipiert erst seit 2009 an den Förderprogrammen der sozialen Stadtentwicklung. Bis zum 31.12.2010 fanden 11 Sitzungen des öffentlichen lokalen Forums Stadtteilgruppe statt.

Auf Grundlage der für Huckelriede erfolgten Voruntersuchung, auf deren Basis ein Integriertes Handlungskonzept erarbeitet wird, beschloss die Stadtteilgruppe in dieser Zeit die Durchführung von insgesamt 30 Projekten, die jeweils eine oder mehrere der unter 6.1. genannten Zielsetzungen verfolgten.

Die Projekte verteilten sich auf die folgenden, als Schwerpunkte benannten Handlungsfelder:

Stadtteilkultur, Sport, Freizeit	7 Projekte
Soziale Infrastruktur	8 Projekte
Bildung	15 Projekte

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Teilnahme an einer Fallstudie in einem bremischen Stadtteil zu „Integration und Stadtteilpolitik“ mit fünf weiteren Großstädten	Empirische Ergebnisse durch wiss. Untersuchung	2007 - 2008	SAFGJS, 5; SUBVE, Ref. 72

2007 war der Stadtteil Gröpelingen mit dem Thema „Stärkung der lokalen Ökonomie“ an der Studie „Migration, Integration und Stadtteilpolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) beteiligt. Zur angewandten Methode heißt es in der 2010 veröffentlichten Studie: „Zu den umfassendsten amtlichen Datengrundlagen unterhalb der kommunalen Gebietsabgrenzungen zählen die Daten der Innerstädtischen Raumbearbeitung (IRB), die in Kooperation des BBR mit verschiedenen Städten erhoben werden. Zum Zeitpunkt der Auswertung umfasste der Datensatz 45 Städte mit Indikatoren auf einer statistischen Ebene (Stadtteile) von durchschnittlich etwa 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Datensatz erfasst Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie diejenigen deutschen Bewohnerinnen und Bewohner, die eine weitere Staatsangehörigkeit haben (Doppelstaatler). Die Datengrundlage der IRB ermöglicht es, in den insgesamt 45 IRB-Städten 2.124 Stadtteile als innerstädtische Gebietseinheiten zu betrachten. Die Spannweite der Ausländeranteile in diesen Stadtteilen reicht dabei von 0 bis knapp 89 Prozent. Im Vergleich hierzu variiert der gesamtstädtische Ausländeranteil in den IRB-Städten lediglich von etwa 3 bis 31 Prozent.

Auffällig ist zunächst, dass es auch in den Städten mit vergleichsweise geringen gesamtstädtischen Ausländeranteilen (weniger als 10 Prozent) einzelne Stadtteile mit einer stärkeren Konzentration von Ausländerinnen und Ausländern (mehr als 30 Prozent) gibt. Zudem besteht kein kleinräumiger Zusammenhang der Ausländerdichte mit der Dichte der Doppelstaatler (Deutsche mit einer zweiten Staatsangehörigkeit, die rund 3,6 Prozent der Bevölkerung in den IRB-Städten ausmachen). D.h. in den beobachteten IRB-Stadtteilen kann es bei einem hohen Anteil Doppelstaatler sowohl sehr hohe als auch sehr niedrige Ausländeranteile geben. Auswertungen des IRB-Datensatzes durch das BBR (2007) zum Ausmaß der ethnischen Segregation zeigen, dass die Segregationsindizes in den westdeutschen Städten bei einer Skala von 1 bis 100 bei etwa 25 liegen. Ausländerinnen und Ausländer in ostdeutschen Städten leben bei insgesamt deutlich geringeren Ausländeranteilen dagegen stärker räumlich segregiert.

Vergleicht man nicht mehr alleine die Wohnsituation aller Ausländer gegenüber der deutschen Bevölkerung, sondern betrachtet die räumliche Ungleichverteilung (Dissimilaritätsindex) der türkei-stämmigen Bewohnerinnen und Bewohner (sowohl diejenigen ohne als auch mit deutschem Pass und Doppelstaatsangehörigkeit) als größte Gruppe der Migrantinnen und Migranten, ergibt sich eine deutlich stärkere räumliche Ungleichverteilung. Hier reichen die Indexwerte bis auf über 50 heran.

Kleinräumige Analyse auf Basis von Marktdaten

Mit den sozialräumlichen Fragestellungen der Studie und dem gleichzeitigen Anspruch bundes-weite Ergebnisse zu liefern, stoßen die amtlichen Datengrundlagen bisher an ihre Grenzen. Für einen Großteil der Städte und Gemeinden können bisher keine – oben beschriebenen – Auswertungen erfolgen. Daher werden ergänzend kommerzielle Marktdaten ausgewertet. Die methodischen Hintergründe und die Validierung der Daten werden im Anhang detailliert erläutert. Im Ergebnis der Überprüfung zeigt sich, dass die kleinräumige Ebene der Marktdaten mit Blick auf die Fragestellungen räumlich präzisere Aussagen ermöglicht und trotz einzelner Unschärfen für die Auswertung geeignet ist.

Ein vergleichbarer Ansatz erfolgt mit der Zusatzauswertung des Soziökonomischen Panels (SOEP), das ebenfalls nach quartiersbezogenen Kriterien ausgewertet wird. Auf der Grundlage eines für diese Studie entwickelten gewichteten Integrationsindex (vgl. Anhang) erfolgen Auswertungen zu wohnräumlichen Merkmalen.

Auch bei den schulischen Daten gibt es keine bundesweiten Datengrundlagen, die sozialräumliche Einschätzungen zu den Unterschieden der Kompetenzen von Schülern erlauben. Aus diesem Grund werden ergänzend zu den Daten der unterschiedlichen Schülerzusammensetzungen in den Grundschulen Daten der PISA-Studie ausgewertet. Die entsprechende methodische Erläuterung erfolgt im Anhang.

Empirische Befragung in größeren Städten

Im Rahmen der vorliegenden Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ wurden kommunale Strategien vor Ort empirisch untersucht. Im Frühjahr 2007 wurde eine flächendeckende schriftliche Befragung bei allen 164 deutschen Städten ab 60.000 Einwohnern durchgeführt. Es wurden die Bürgermeister persönlich angeschrieben, wobei in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg die Bezirksämter kontaktiert wurden. Der Fragebogen wurde mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund abgestimmt.

84 Städte haben den ihnen zugesandten Fragebogen ausgefüllt und zurückgesandt. Bei den Städten, die auf die schriftliche Anfrage nicht geantwortet haben, wurde eine flächendeckende Nachrecherche durchgeführt. Es konnten in 40 weiteren Städten telefonische Interviews (entsprechend dem versandten Fragebogen) geführt werden. Einige wenige Städte haben nach dem Telefonkontakt den Fragebogen ausgefüllt (in oben genannter Zahl zurückgesandter Fragebogen enthalten).

Empirische Befragung in kleinen Städten, Gemeinden und Landkreisen

Im Frühjahr 2008 wurde eine ergänzende Befragung in 87 Landkreisen und 108 kleinen Städten und Gemeinden durchgeführt. Während die Städte ab 60.000 Einwohnern flächendeckend befragt wurden, erfolgte die empirische Untersuchung bei den Landkreisen und kleinen Städten und Gemeinden nach einer Vorauswahl des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Das Auswahlverfahren hat sich auf die Kommunen konzentriert, von denen bekannt ist, dass sie Integrationsmaßnahmen durchführen. 35 % der befragten kleinen Städte und Gemeinden sehen einen Handlungsbedarf, bei den Landkreisen trifft dies auf 47 % zu.

Auswertung aktuell verfügbarer Studien und Veröffentlichungen

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist eine Bestandsaufnahme und Auswertung verfügbarer Studien und Veröffentlichungen zum Thema Integration aus städtebaulicher und wohnungs-wirtschaftlicher Perspektive erfolgt. Aus der Vielzahl der Beiträge haben in den vergangenen Jahren insbesondere die Arbeiten der Schader Stiftung sowie der Bertelsmann Stiftung eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit, u. a. auch durch themenspezifische Veranstaltungen und eine ergiebige Internetpräsenz erreicht. Die Ergebnisse dieser beiden Studien fließen vorrangig in den vorliegenden Bericht ein.

Vertiefende Analyse von Fallstudien

13 Wohnquartiere und zwei Landkreise wurden vertiefend als Fallstudien untersucht. Die Fallstudien sind so ausgewählt, dass unterschiedliche Handlungsfelder und besondere Verfahren, wie z.B. Kooperationsprojekte oder zielgruppenspezifische Beteiligungsverfahren berücksichtigt sind.“ (Migration/Integration und Stadtteilpolitik - Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration BMVBS Online-Publikation, Nr. 08/2010 Seite 13ff).

Das Fazit der Gröpelinger Erfahrungen

„In Gröpelingen ist es gelungen, durch die Verknüpfung von niedrigschwelligen, kleinräumigen und lokal bezogenen Maßnahmen mit dem Ausbau vorhandener Kooperationen und Netzwerke die lokale Ökonomie in Ansätzen zu stärken. Gerade wegen der komplizierten Situation der Gröpelinger Klein- und Mittelbetriebe ist das Projekt notwendig. Nur über die Stärkung der Potenziale vor Ort können die Nahversorgung sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert werden. Besonders positiv ist zu konstatieren, dass ein Großteil der Firmeninhaberinnen und -inhaber sehr aufgeschlossen ist und Interesse an den Angeboten des Projektes zeigt. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um die umfassende Zielsetzung des Modellvorhabens erreichen zu können.

In einem Quartier wie Gröpelingen besteht erheblicher Bedarf an unterstützenden Maßnahmen für kleine Unternehmen, um sie mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten zu stärken und Insolvenzverfahren zu verhindern. Erfolgreich können solche Maßnahmen allerdings nur sein, wenn sie über mehrere Jahre angesetzt sind.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der lokalen Ökonomie sind im Wesentlichen aufgrund der Gebäudestruktur eingeschränkt. Es fehlen gewerbliche Hinterhöfe und somit die Möglichkeit, die Angebotsstruktur auf über den Stadtteil hinausgehende Dienstleistungen auszuweiten. Ein großes Entwicklungs- und Integrationspotenzial wird aber in der Erweiterung des Kundenkreises gesehen. Die Beschränkung auf Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe sowie teilweise mangelhafte oder fehlende Deutschkenntnisse verhindern die Gewinnung deutscher Kunden, die immerhin über die Hälfte der Gebietsbevölkerung ausmachen. Hier werden Tätigkeitsfelder für die jetzt laufende zweite Projektphase gesehen.“ (ebenda Seite 69)

Die Schlussfolgerungen der in der Fallstudie dokumentierten Gröpelinger Erfahrungen sind in die kontinuierliche Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil eingeflossen, auf dessen Grundlage die von den Senatsressorts Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, sowie Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales verantworteten Programme Wohnen in Nachbarschaften, Soziale Stadt und Lokales Kapital für Soziale Zwecke umgesetzt werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Bremerhaven			
3.1 Betreuungs- und Orientierungshilfen für Zuwanderer, die in Übergangseinrichtungen untergebracht sind	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven, Herr Wilkens

In allen städtischen Übergangwohnheimen haben die BewohnerInnen eine Anlaufstelle, die jeweils mit einer hauptamtlichen Kraft und zwei Hilfskräften (Bürgerarbeit) besetzt ist. In Kooperation mit dem Pädagogischen Zentrum werden für die BewohnerInnen weiterhin Deutschkurse, Alphabetisierungskurse, Frauenkreise und diverse Spielaktivitäten angeboten und Malkurse für Kinder und Erwachsene angeboten.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2. Einrichtung von stadtteilbezogenen Spielkreisen und Hausaufgabenhilfen im Übergangwohnheim	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven

In den städtischen Übergangwohnheimen wurden die Hausaufgabenhilfen und Spielkreise fortgeführt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.3 Freizeitangebote für alleinstehende Männer	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven

In einem geringen Umfang wurden sportliche Aktivitäten wahrgenommen. Es besteht weiterhin die Absicht, den Teilnehmerkreis ständig zu erweitern.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.4 Einstellung von Betreuungspersonal mit Migrationshintergrund	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven

Von den hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen haben 50 % einen Migrationshintergrund. Neueinstellungen sind zurzeit nicht vorgesehen. Bei den Hilfskräften schwankt der Anteil der Kräfte mit Migrationshintergrund zwischen 30 – 40 %.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.5 Durchführung von Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, um die interkulturelle Kompetenzen der Mitarbeiter/innen zu stärken	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	Sozialamt Bremerhaven

Von den hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen haben bisher 50 % an speziellen Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen. Die Hilfskräfte werden laufend durch den Beschäftigungsträger Faden e. V. qualifiziert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.6 Durchführung von stadtteilorientierten Informationsveranstaltungen in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer, ARGE Bremerhaven, Versicherungsamt und Ausländerbehörde	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven, Frau Lemke

Im Jahr 2010 wurden im Auftrag des Sozialamtes Bremerhaven und in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen vier Informationsveranstaltungen sowie eine Kulturveranstaltung mit migrationsrelevanten Inhalten in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt. An diesen Veranstaltungen haben über 500 Personen teilgenommen, davon rd. 70 % mit Migrationshintergrund. Außerdem fand eine Informationsfahrt nach Bremen zur Arbeitnehmerkammer statt, verbunden mit einer Präsentation der Arbeitnehmerkammer sowie einem Referat über das neue kommunale Wahlrecht.

In Kooperation mit dem Pädagogischen Zentrum fand eine interkulturelle Schifffahrt unter dem Motto „Leinen los – mehr Dialog für Integration“ statt. Ferner wurde dem Pädagogischen Zentrum eine Zuwendung für die Beteiligung am Familienspiel- und Sportfest gewährt.

Im Auftrag und in Kooperation mit dem Sportverein Olympischer Sportclub (OSC) wurden insgesamt drei Schwimmkursen für Migrantinnen durchgeführt, an denen insgesamt 45 Migrantinnen teilgenommen haben. Ziel ist hier, dass der OSC in absehbarer Zeit als Förderschwerpunkt durch den LSB anerkannt wird.

Für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wurde der Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven eine Förderung zur Teilfinanzierung eines stadtteilbezogenen Projektes „Kontakta-Bus“ gewährt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.7. Durchführung von Integrationsprojekten in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven

In Kooperation mit dem LSB und diversen anderen Vereinen wurde im Sommer 2010 ein großes interkulturelles Spiel- und Sportfest veranstaltet, an dem über 1.000 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund teilgenommen haben.

Vom LSB wurden im Rahmen der Migrationsarbeit zwei Bremerhavener Sportvereine als Förderschwerpunkte anerkannt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.8. Weiterentwicklung und Verstärkung der Netzwerkarbeit	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Sozialamt Bremerhaven

In Bremerhaven hat sich vor Jahren das Netzwerk für Zuwanderinnen und Zuwanderer Bremerhaven gebildet, dem neben Sozialamt Bremerhaven und anderen städtischen Fachämtern diverse Institutionen und Vereine angehören. Die Arbeit des Netzwerkes hat vielfach dazu beigetragen, das Thema Integration von Zugewanderten stärker in den Focus der Politik und der Öffentlichkeit zu rücken. Auf Betreiben des Netzwerkes fand am 16.04.2010 der 1. Integrationstag in Bremerhaven statt, an dem rd. 150 Menschen teilgenommen haben. Anlässlich dieser Veranstaltung wurde auch erstmalig der Integrationspreis an zwei Migranten durch den Stadtrat für Soziales vergeben, die sich in besonderer Art um die Integration von Migranten und Migrantinnen verdient gemacht haben.

6.2 Förderung des sozialen Zusammenlebens

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.1 Beratung und Orientierung			
1. Bereitstellung und Optimierung eines Beratungssystems für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer und integrationsbedürftigen bereits länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten	Fallzahlen; Steigerungszahlen; Zugänge zum Arbeitsmarkt; Feedback-Auswertungen; wiss. Begleitung durch Bund		SAFGJS, 51-6

Die dezentrale Ausrichtung der Migrationsberatung wurde abgeschlossen. Ein Flyer der LAG der Wohlfahrtsverbände informiert über die örtlichen Angebote und Ansprechpartner. Die abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen mit den Integrationskursträgern und der BaGIS systematisiert die Zusammenarbeit der Akteure. Die Flüchtlings- und Rückkehrberatung der AWO wurde in die Migrationsberatung einbezogen und eine Zielvereinbarung abgeschlossen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.1. Vernetzung der Angebote der Migrationserstberatung und Jugendmigrationsdienste mit den Angeboten der BAgiS und ARGE Job-Center-Brhv (Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit Aufgabenfestlegungen)		2008	SAFGJS, 51-6

Siehe 4.3.1.1.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2. Begleitung von Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Härtefallregelungen und Fälle der Härtefallkommission		Jeweils Jahres- ende	SAFGJS, 51-6

Eine Begleitung und Förderung erfolgt im Rahmen der MBE bzw. Flüchtlingsberatung der Arbeiterwohlfahrt. Besondere Einzelfälle sind durch die Härtefallkommission nicht benannt worden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.3. Begleitung und Förderung der Integrationsteilnehmer durch Migrationserstberatung und Jugendmigrationsdienste		Jeweils Jahres- ende	SAFGJS, 51-6

Siehe 4.3.1. und 4.3.1.1

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Angebot pädagogisch angeleiteter Orientierungshilfen durch das Programm FIT-Migration			SAFGJS, 51-8
2.1 Qualifizierung von Kursleiter/innen für das Programm FIT-Migration	20 Kursleiter und Kursleiterinnen	2009-2011	SAFGJS, 51-8

Von Oktober 2008 bis Juni 2009 wurden insgesamt 27 Frauen und 16 Männer für das Programm FIT-Migration qualifiziert. Die Qualifizierung umfasste 384 Unterrichtsstunden und wurde an 54 Tagen (meist Wochenenden) durchgeführt. Die Module der Qualifizierung umfassen:

- Grundlagen der Kommunikation
- Phasen von Migrationsprozessen
- Familie in der Migration
- Vorurteilsanfälligkeit und Diskriminierung

Zusätzliche Inhalte: „Emotionale Kulturentwicklung“, „Identität und Leitungsrolle“, „Entwicklungen – Prozessbegleitung und Kommunikation“, „Der Begriff der Ehre im interkulturellen Kontext“ u.v.m.; die QualifizierungsteilnehmerInnen stammen aus folgenden Ländern: Albanien, Belgien; Brasilien, Bosnien; Deutschland, Griechenland, Guatemala, Libanon, Nigeria, Philippinen, Ruanda, Russland, Syrien, Türkei, Ukraine. Vier Personen, die an der Qualifizierung teilgenommen hatten, waren ohne Migrationshintergrund.

Die Berufe der Qualifizierungsteilnehmer/-innen sind wie folgt: Erzieher/-innen, Familienhelfer/-innen, Sozialpädagogen/-innen, Soziologen/-innen, Psychologen/-innen, Lehrer/-innen, Polizeibeamte/-innen, Integrationslotsen/-innen, Köchin, Diplompolitikwissenschaftler/in, Kaufmännische Angestellte/r, Friseur/in Hausfrau, Ton und Telekommunikationstechniker/-in, Freie Journalisten, Mitarbeiter/-innen des Amtes für Soziale Dienste (Bereich Jugend) Zahntechniker/-in Bibliothekar/-in u.v.m.

An den Geburtsländern und der Berufe der Qualifizierungsteilnehmer/-innen wird deutlich, dass durch die heterogene Zusammensetzung der Gruppe sowie durch den biografischen Ansatz des Qualifizierungsprogramms ein breit gefächertes Erfahrungsspektrum für den Einzelnen möglich wurde. Diese interkulturellen Erfahrungen sind eine stabile Basis, von der ausgehend die Kursleiter/-innen und Multiplikatoren/-innen sowohl in ihren privaten und beruflichen als auch in ihren ehrenamtlichen Wirkungskreisen überzeugend das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen fördern können.

Ehrenamtliche Wirkungskreise der Qualifizierten im institutionalisierten Rahmen sind: Schura (Dachverband islamischer Gemeinschaften im Lande Bremen), Migrantinnenrat Bremen e.V.; Jüdische Gemeinde; Schülerförderungsverein; Integrationslotsen (Niedersachsen); UETD (Union Europäisch Türkischer Demokraten; EZB (Elternzentrum zur Bildungsförderung); Polizei Bremen; Polizei Niedersachsen ; Amt für Soziale Dienste; KiTa Bremen. Am 23. Oktober 2009 erhielten die Qualifizierungsteilnehmer/-innen durch Senatorin Rosenkötter ihre Zertifikate. Mit diesem Zertifikat sind sie berechtigt, mit den Arbeits- und Lehrmaterialien des Programms FIT-Migration Kurse und Fortbildungen anzubieten.

Insgesamt 8 von 43 zertifizierten Qualifizierungsteilnehmern/-innen haben im Anschluss an die Qualifizierung einen FIT-Migrations-Kurs durchgeführt. Die übrigen Qualifizierungsteilnehmer/-innen können nach eigenen Angaben das erworbene Wissen und die interkulturellen Erfahrungen, die sie im Rahmen der Qualifizierung FIT-Migration machen konnten, sehr gut in ihren jeweiligen beruflichen Tätigkeitsfeldern als Erzieher/-innen, Sozialarbeiter/-innen, Psychologen/-innen; Polizeibeamte/-innen; Familienhelfer/innen nutzen und können auch als Multiplikatoren/-innen der Inhalte des Programms FIT-Migration fungieren. Die Dokumentation „FIT für Vielfalt“ - Auswertungsergebnisse der Qualifizierung FIT-Migration von Oktober 2008 bis Juni 2009 liegt vor.

Folgende Form der Auswertung wurde gewählt:

- Auswertung der Sozialdaten der Qualifizierungsteilnehmer/-innen
- Auswertung der Reflexionspapiere der Qualifizierungsteilnehmer/-innen zu den jeweiligen Modulen des Programms FIT-Migration auf der Grundlage der Fragen nach persönlichen und beruflichen Lernergebnissen
- Gesamtbeurteilung der Qualifizierung durch die Teilnehmer/-innen anhand von Fragen zu den Arbeits- und Lehrmaterialien, zu der methodischen Vorgehensweise und zur Gruppendynamik, Organisation und Leitung.

Der Zielerreichungsgrad im Hinblick auf die Anzahl der qualifizierten Multiplikatoren/-innen lag bei 215%.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Aufbau und Angebot von Kursen	20 Kurse mit 250 TN; 50 Abschlussinterviews und Feedbackbögen der TN	März 2009 bis Dez. 2009 2009-2011	SAFGJS, 51-8

Es fanden von September 2008 bis November 2010 in Kooperation mit Bremer Schulen und Kindertagesstätten 13 FIT-Migration Kurs-Gruppen statt.. 4 Kurse fanden in Räumlichkeiten der Kitas und 6 in Räumlichkeiten der Schulen statt. Ein Kurs wurde in der Bilal-I Habesi Moschee in der Neustadt durchgeführt. Am Standort Delmenhorst fanden zwei FIT-Migrations-Kurse in Kooperation mit der Evangelischen Familienbildungsstätte Delmenhorst statt. Die Dauer der Kurse betrug jeweils 33 Wochen mit 4 Unterrichtsstunden. Die Teilnehmer/-innenzahl der 13 Kurse betrug insgesamt 169.

Für die Auswertung der FIT-Kurse konnten Sozialdaten wie Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Migrationsgrund, Familienstand; Anzahl der Kinder und Enkelkinder, Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse, Schulbildung, Berufstätigkeit etc. erhoben werden. Auf Abschlussinterviews mit den Teilnehmerinnen der Kurse sowie auf die Auswertung von Feedbackbögen wurde zugunsten einer Befragung der Kita-; Schul- und Kursleiter/-innen verzichtet. Diese wur-

den im Hinblick auf ihre Erfahrungen mit den FIT-Kursen interviewt. Schul- und Kitaleitungen gaben an, folgende Veränderungen bei den Teilnehmer/-innen der FIT-Kurse beobachtet zu haben:

- mehr Offenheit und Vertrauen gegenüber Schule und Kita
- TN sprachen immer mehr und unbefangener Deutsch
- offener für die Probleme ihrer Kinder
- positive Entwicklungen im sozialen Engagement, in der Eigenaktivität
- positivere Einstellung gegenüber anderen Kulturen.

Die Dokumentation der Jahre 2008/2009 liegt als Broschüre „Elternarbeit an Grundschulen und Kindertageseinrichtungen in Bremen am Beispiel des FIT-Programms“ vor; sie wurde im April 2010 herausgegeben. Der Zielerreichungsgrad im Hinblick auf die Anzahl der Kurse beträgt 65%, im Hinblick auf die Anzahl der Teilnehmer/-innen 67,6%.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Bremerhaven			
3.1 In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil sollen vorrangig Familienzentren als Orte der Begegnung und Unterstützung aufgebaut werden. Durch diese Angebote soll die elterliche Erziehungs- und Sprachkompetenz gestärkt werden.	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

Die Einrichtung von Familienzentren im Stadtteil Lehe und Geestemünde ist umgesetzt. Ein Gesamtkonzept für alle Familienzentren in Bremerhaven wurde verabschiedet. Eine Umsetzung von 4 weiteren Familienzentren soll bis Ende 2012 erfolgen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2. Das Sprachprogramm „Mama lernt Deutsch“ oder Angebote ähnlicher Art werden aufgrund der Niedrigschwelligkeit des Angebotes vorrangig in Kindertagesstätten durchgeführt.	Anzahl TN; Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Bremerhaven: Amt für Jugend und Familie

Im Bereich der Kindertagesstätten werden weiterhin verstärkt Maßnahmen zu Unterstützungsprogrammen für Familien/Eltern durchgeführt. Zum Erwerb der deutschen Sprache wurde weiterhin das Programm „Mama lernt deutsch“ an sieben Standorten in Schulen angeboten.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.2 Gesundheitsversorgung			
1. Sensibilisierung/Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheits- und Sozialwesen für migrationsspezifische Fragen durch Fortbildungsangebote.	TN-Zahlen, Veranstaltungszahlen; Auswertung Zielerreichung	Laufend	Gesundheitsamt Bremen Migration und Gesundheit (MuG)
1.1 Ausrichtung von/Beteiligung an Workshops, Fachtagungen und -veranstaltungen: Durchführung einer Fachtagung für Pflegeeinrichtungen in Bremen: „Interkulturelle Öffnung – Ein Zukunftsfeld für Pflegeeinrichtungen?“; Ganztags-Workshop zum gleichen Thema		16.10.2007	GA Bremen, MuG
1.2 Erfassung potenzieller Teilnehmer/Teilnehmergruppen für Fortbildungsaktivitäten		2. Quartal 2008	GA Bremen, MuG

Im Jahr 2010 wurden vom Referat Migration und Gesundheit insgesamt 16 Veranstaltungen für Auszubildende (Auszubildende in Gesundheits- und Krankenpflege, Verwaltungsausbildungen) und Fachkräften (Mediziner, Pflegepersonal) zur Information über migrationsspezifische Gesundheitsfragen durchgeführt. Die Gruppengrößen lagen zwischen 12 – 30 Personen pro Veranstaltung. Diese gewachsenen Verbindungen zu Ausbildungsstätten sollen in der Zukunft durch die im Referat Migration und Gesundheit vorhandene erwachsenenpädagogische Kompetenz vermehrt für Fortbildungsangebote genutzt werden. Die Fortbildungsangebote für Auszubildende in Kooperation mit den Ausbildungsstätten sind ein neu entwickelter Schwerpunkt des Referats Migration und Gesundheit. Er bietet eine hohe multiplikatorische Wirkung und bewirkt langfristig einen besseren Umgang mit Diversität und eine höhere Interkulturelle Kompetenz im Bremer Gesundheitswesen.

Das Referat Migration und Gesundheit hat seit 2008 die Koordinierungsfunktion der Arbeit des ign Bremen (Interkulturelles Gesundheitsnetzwerk Bremen) inne. In diesem Rahmen unterstützt das Referat die zehn thematisch unterschiedlichen Arbeitsgruppen (AGs) des ign bei der Ausrichtung von Mitgliedertreffen und/oder Fachveranstaltungen/ -tagungen. Im Jahr 2010 wurden neben zwei Plenumsveranstaltungen vier AG-Treffen in den Räumen des Gesundheitsamts ermöglicht. Seitens der AG 1 „Psychische und psychosoziale Gesundheit“ fand 2010 eine sehr gut besuchte Fachtagung statt, außerdem eine ebenfalls erfolgreiche Fachtagung der AG „Migrantinnengesundheit“. Im Herbst fanden drei Termine der AG „Suchtkrankenhilfe“ im Rahmen eines Kolloquiums im Gesundheitsamt statt.

Durch die Verleihung eines Preises in Höhe von 5.000,- € als innovatives Netzwerk für das ign Bremen Ende 2009 wurde neben der Erstellung eines Infoflyers und einem eigenen Internetauftritt zudem ein professionell moderierter Prozessworkshop zur Weiterentwicklung des ign möglich, der im Herbst 2010 stattfand. Mittlerweile hat das ign über 60 Mitglieder und verstärkt die öffentliche Aufmerksamkeit hinsichtlich der Herausforderungen der interkulturellen Öffnung im Bremer Gesundheitswesen. Ca. 180 Personen/Institutionen sind im erweiterten Verteilerkreis des ign verzeichnet. Die Arbeit des ign Bremen soll auch in Zukunft vom Referat Migration und Gesundheit begleitet und kooperativ weiter entwickelt werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Herstellung zielgruppenspezifischen muttersprachlichen Infomaterials für Migrantengruppen zum Thema Gesundheit/Pflege/Altenhilfe	Auswertung Zielerreichung	Laufend	GA Bremen, MuG
2.1 Planung/Erstellung/Verteilung einer Broschüre zum Thema „Inkontinenz“ auf russisch/deutsch und türkisch/deutsch		Mitte 2008	GA Bremen, MuG
2.2 Identifizierung und Bearbeitung dringender weiterer Gesundheitsthemen		laufend	GA Bremen, MuG

Bedingt durch die Haushaltssperren 2009 und 2010 wurde die Herausgabe weiteren zielgruppenspezifischen Informationsmaterials verschoben. Die Broschüre „Wer hilft mir im Alter?“ mit türkisch- und russischsprachigen Informationen zu Gesundheits- und Pflegeangeboten für Migrantinnen und Migranten in Bremen-Nord wurde Anfang 2010 veröffentlicht. Sie ist über den Sozialen Arbeitskreis Bremen-Nord (Herausgeber) und das Sozialzentrum Bremen-Nord kostenfrei zu beziehen.

Die Broschüre „Harninkontinenz der Frau – Informationen und Hilfen“ in den gleichen Sprachen wird im Moment gedruckt und wird ab Februar 2011 zu Verfügung stehen.

Die Herstellung von weiteren zielgruppenspezifischen Informationsmaterialien insbesondere für gering integrierte Migrantinnen und Migranten der ersten Generation zu den Themengebieten Gesundheit und Krankheit im Alter, Einrichtungen der Altenhilfe und soziale/gesundheitliche Rechte wird zwar vom Referat Migration und Gesundheit grundsätzlich befürwortet. Die entstehenden Produkte (Flyer; Broschüren) müssen aber nicht nur verteilt, sondern auch durch Veranstaltungen für die Zielgruppe und mit weiterer Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Dies ist personell von Seiten des Referats Migration und Gesundheit künftig nicht in nennenswertem Umfang zu leisten. Hier ist an die Leistungsträger (Kranken-, Pflegekassen, Sozialhilfeträger) und -erbringer (Altenhilfeanbieter, Medizinische Einrichtungen, ambulante Dienstleister wie Ärzte, Pflegedienste etc.) im Gesundheits- und Sozialbereich zu appellieren, sich selbst vermehrt den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft durch muttersprachliche Informationen und Entwicklung interkultureller Kompetenz zu stellen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Entwicklung geeigneter Handlungsstrategien zur Integration älterer Migrantinnen und Migranten in das Bremer Gesundheits- und Altenhilfesystem	Auswertung Zielerreichung	laufend	GA Bremen, MuG/ SAFGJS, Referat Ältere Menschen
3.1 Kooperationsausbau mit beteiligten Institutionen aus Altenhilfe, Behörden, etc.			GA Bremen, MuG/ SAFGJS, Referat Ältere Menschen

Neben der Entwicklung von altenhilfespezifischen muttersprachlichen Informationen durch das Gesundheitsamt wurde die Integration von älteren Migrantinnen und Migranten in das Gesundheits- und Altenhilfesystem durch die AG „Altenhilfe“ des 2008 gegründeten ign Bremen in den Fokus gerückt. Eine 2009 durchgeführte Umfrage bei allen Altenhilfeanbietern (über 300 Fragebögen wurden versandt) zu spezifischen Angeboten für ältere Migrantinnen und Migranten durch diese AG konnte bislang personell bedingt noch nicht ausgewertet werden. Aufgrund dieser noch zu erstellenden Informationsbasis ist geplant, vorrangige Bedarfe an Altenhilfeangeboten für diese Zielgruppe zu formulieren. Die AG „Altenhilfe“ fördert durch regelmäßige Treffen den Austausch über Wissen und Erfahrungen ganz verschiedener Altenhilfeanbieter. Sie wird vom Referat Ältere Menschen der Senatorin für Soziales koordiniert und ihre Arbeit wird fortgesetzt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Weiterentwicklung des Dolmetscherdienstes Bremen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Nutzern und Akteuren im Bremer Gesundheitswesen	Auswertung Zielerreichung	laufend	GA Bremen, MuG
4.1 verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Etablierung des Dolmetscherdienstes in die gesundheitliche/soziale Regelversorgung			GA Bremen, MuG
4.2 Organisation fachlicher Weiterqualifizierung der Dolmetscher			GA Bremen, MuG

Die Nutzung des seit Ende 2005 vom Gesundheitsamt Bremen in Kooperation mit Refugio e.V. angebotenen Dolmetscherdienstes Bremen (DDB) hat deutlich zugenommen. Der Bedarf an Sprach- und Kulturmittlung im Gesundheits- und Sozialbereich ist jedoch viel höher als durch die Zahlen des DDB deutlich werden kann. Die Kostenfrage hält aber sowohl Klienten/Patienten als auch Anbieter/Kostenträger von der vergleichsweise bereits sehr günstigen Nutzung des DDB ab. Durch die Erfahrungen der letzten Jahre wird momentan eine Ausweitung des Dolmetscherangebots auf das Telefondolmetschen geprüft. Dies würde – trotz einiger abzuwägender Nachteile – die Kosten pro Einsatz um ca. 50 % reduzieren. Von besonderer Bedeutung ist aber, dass so auch akut not-

wendige Übersetzungen durch erfahrene Sprach- und Kulturmittler angeboten werden können. Im Jahr 2011 wird dieses neue Angebot probeweise intern aufgebaut und bei einem positiven Evaluationsergebnis breit angeboten. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Refugio e.V. wird die Öffentlichkeitsarbeit bei Etablierung dieses erweiterten Angebots geplant und durchgeführt werden.

Tabelle 1: Dolmetschereinsätze DDB pro Jahr (Quelle: eigene Auswertung)

Jahr	Einsätze
2006 bis 2008	Jeweils ca. 100
2009	153
2010	179

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Aktualisierung/Erweiterung des Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten in Zusammenarbeit mit Gesundheitsdienstleistern	Auswertung Zielerreichung	2008	GA Bremen, MuG
5.1 Sammlung eingehender Änderungs- und Erweiterungshinweise			GA Bremen, MuG
5.2 verbesserte Nutzung und Aktualisierung des Gesundheitswegweisers durch Schaffung von Internetzugriffsmöglichkeit – Kostenabschätzung			GA Bremen, MuG

Der hohe Bekanntheits- und Verteilungsgrad des 2003 erschienenen gedruckten Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten und die überwiegend positiven Rückmeldungen waren Gründe für die Planung einer aktualisierten im Internet zugänglichen Neuauflage des Gesundheitswegweisers. Aus personellen und finanziellen Gründen war dieses Ziel jedoch in der Laufzeit dieses Integrationskonzepts nicht zu leisten. Für eine Neuauflage sind nach Schätzungen des Gesundheitsressorts mindestens 5.000 € zu veranschlagen, die Kosten für die notwendige laufende Aktualisierung des Informationsportals würden zusätzlich mit mind. 2.000 – 3.000 €/Jahr zu Buche schlagen. Ob dieses sinnvolle und wichtige Ziel eines online zugänglichen Suchportals für Sprachkompetenzen im Bremer Gesundheitswesen realisiert werden kann, hängt neben der finanziellen Frage auch von der künftigen Personalentwicklung im Referat Migration und Gesundheit ab. In das neue Angebot eines Gesundheitswegweisers sollen die nach Möglichkeit bereits bestehenden Informationen zu Sprachkompetenzen bei Ärzten (Ärzt navigator Bremen) und Psychotherapeuten (Suchfunktion über Internetseite der Psychotherapeutenkammer Bremen) eingebunden werden. So könnte ein digitalisierter Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten die zentrale Datenbank die zentrale Datenbank für alle gesundheitlichen, pflegerischen und altenhilflichen Informationen in Bremen werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Sicherung der gesundheitlichen Versorgung papierloser Migrantinnen und Migranten in Bremen in Zusammenarbeit mit MediNetz Bremen	Auswertung Zielerreichung	2008	GA Bremen, MuG
6.1 Eruiierung der dringendsten Versorgungsbedarfe			GA Bremen, MuG
6.2 Diskussion über ggf. notwendigen Strukturausbau in der Versorgung papierloser Migrantinnen und Migranten			GA Bremen, MuG
6.3 ggf. Entwicklung von Handlungsschritten zum Aufbau regulärer Versorgungsstrukturen			GA Bremen, MuG

Nach Entwicklung eines Versorgungskonzepts durch das Gesundheitsamt im Jahr 2008 wurde im August 2009 die Humanitäre Sprechstunde in dessen Räumlichkeiten eingeführt. Eine enge regelmäßige Kooperation mit MediNetz Bremen erhöht die Bekanntheit des Angebots bei irregulären Zuwanderern (sog. „Papierlosen“) und erleichtert die Kooperation mit Leistungserbringern (kooperierenden Ärzten).

Neben der medizinischen Basisversorgung und der klärenden Aufgaben der parallel agierenden Clearingstelle, betrieben durch den Verein für Innere Mission in Bremen e.V., waren vor allem Informations- und Kooperationsaufbau prägende Tätigkeiten des ersten Jahres. Im Oktober 2010 wurde ein siebensprachiger Flyer zur Humanitären Sprechstunde veröffentlicht und in Fachkreisen bekannt gemacht.

Die Humanitäre Sprechstunde wird - als dreijähriges Modellprojekt - bis zu weitreichenderen Lösungen, die nur auf Bundesebene möglich sind, als sinnvolles und notwendiges kommunales Angebot angesehen. Das Gesundheitsamt wird in Absprache mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales nach Auswertung der Modellphase über eine Verstetigung als Regelaufgabe für den kommunalen öffentlichen Gesundheitsdienst entscheiden.

Tabelle 2: Kerndaten zur Humanitären Sprechstunde im ersten Jahr

Patienten	
Anzahl Patienten	103
Anzahl Behandlungen	203
Verteilung weiblich/männlich	71% / 29%
Durchschnittsalter Patienten	29 Jahre
Herkunftsregionen (Nennung in Reihenfolge der Häufigkeit)	EU-Länder, Afrika, europäische Nicht-EU-Länder, etc.
Häufigste Behandlungsanlässe (Nennung in Reihenfolge der Häufigkeit)	Kopf- oder Bauchschmerzen, Schwangerschaft, grippaler Infekt, Bluthochdruck, Depression, Asthma, Zahnkaries, etc.
Häufigkeit der Überweisungen an kooperierende Einrichtungen (Nennung in Reihenfolge der Häufigkeit)	Insgesamt sind in ca. 33 % aller Behandlungen Überweisungen erfolgt: Gynäkologische Arztpraxis, Kinderärztliche Praxis, Sozialpädiatrische Abteilung des Gesundheitsamts, Labor, Röntgenpraxis, Internistische Arztpraxis, Zahnarztpraxis etc.

Kosten	
Behandlungskosten	Ca. 4.100,- €
Kosten Clearingstelle	10.000,- €
Sonstige Kosten	Ca. 1.850,- €
Gesamtkosten	Ca. 15.950,- €

Quelle: eigene Auswertung

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Entwicklung einer offenen Sprechstunde in Osterholz-Tenever	Auswertung Zielerreichung	2008	GA Bremen, MuG

Die offene Sprechstunde für Migrantinnen und Migranten in Osterholz-Tenever wurde mangels Nutzung durch die Wohnbevölkerung 2009 eingestellt. Seit Herbst 2009 waren die ohnehin nicht gut geeigneten Räume in der KiTa Kinderhafen wg. Umnutzung des Raums nicht mehr zugänglich. Eine offene Gesundheitsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten besteht grundsätzlich zweimal wöchentlich in den Räumen des Gesundheitsamtes fort. In der Zukunft könnte eine Neuausrichtung dieses Beratungsangebots auf nicht krankenversicherte (Neu)-EU-Bürger anstehen. Überlegungen dazu stehen in enger Verbindung mit der 2009 gestarteten Humanitären Sprechstunde des Gesundheitsamtes, in der diese Personengruppe einen hohen Anteil von Patienten darstellt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8. Bremerhaven			
8.1 Anonyme Beratung und Untersuchung zu sexuell übertragbaren Erkrankungen, ggf. mit Dolmetscher Verbesserung des Kenntnisstandes zu sexuell übertragbaren Erkrankungen, Medizinische Untersuchung, im Einzelfall medizinische Behandlung, Impfberatung und ggf. Impfung, Beratung zu Sexualhygiene und Verhütung unter Berücksichtigung des jeweiligen soziokulturellen Hintergrundes, Beratung zu Möglichkeiten der Krebsvorsorge	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die niedrigschwellige und vorurteilsfreie Arbeitsweise hat sich über die letzten Jahre bewährt, was die Zahlen deutlich belegen. Es gibt eine hohe Akzeptanz seitens der Klientel und das Vertrauen in die Mitarbeiter/-innen der STD- Beratung ist groß (2010: Anteil der Migrantinnen 85%; Anteil der Migranten 53%). Hierbei ist sehr eindrucksvoll, dass auch bei den Männern im Milieu ein großes Bedürfnis nach Beratung und Betreuung besteht. Die Nationalitäten der Migrant/-innen haben sich in dem Zeitraum entsprechend der EU- Erweiterung und der wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsländern gewandelt. Aufgabe

wird es sein, weiterhin flexibel auf Änderungen innerhalb des Milieus zu reagieren. Unkonventionelle Ansprachen haben sich bewährt (MP3 Player, Workshops im Koberfenster zu Verhütung, Zahngesundheit; Weihnachtsfeier mit Live- Musik und Weihnachtsgeschenken). Die kontinuierliche aufsuchende Arbeit spiegelt sich in der großen Anzahl von betreuten Klient/-innen wider.

Der Anteil der KlientInnen mit Migrationshintergrund in der AIDS- Beratung hat sich zwar stetig erhöht, ist jedoch nach wie vor nicht ausreichend. Die Befragung der Klient/-innen wird aus diesem Grund fortgesetzt werden.

Erhobene Daten

STD- Beratung	2010	2009	2008
Untersuchungen (gesamt/ Anteil der MigrantInnen)	1144/827	1127/822	878/ 720
Beratungen in der Beratungsstelle (gesamt/ Anteil der MigrantInnen)	2585/1885	2348/1714	1561/ 1280
AIDS- Beratung	2010	2009	
HIV- Test gesamt/Anteil der MigrantInnen	214/39	258/13	

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.2 Psychosoziale Beratung und Vermittlung in weiterführende Hilfen Information und Beratung zu Möglichkeiten des Krankenversicherungsschutzes für Prostituierte, Information und Beratung über das Prostitutionsgesetz, soziale Hilfen	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die Vermittlung in weiterführende Hilfen hat auf Grund der steigenden Klient/-innenzahlen zugenommen. Der allgemeine Gesundheitszustand der Klient/-innen aus den neuen EU- Ländern ist oftmals schlecht (Zahnstatus, parasitäre Erkrankungen etc.), so dass sie weiterführende medizinische Behandlungen benötigen. Ein großes Problem stellt auch die ansteigende Zahl von unerwünschten Schwangerschaften dar, wobei viele Wege (Anmeldung Bürgerbüro, pro familia, GynäkologInnen, Kostenübernahmeregelung etc.)begleitet werden müssen.

An der Situation der Klient/-innen hat sich durch die bestehenden rechtlichen Strukturen kaum etwas geändert. Meist besteht kein Krankenversicherungsschutz, mangelnde Sprachkenntnisse und Qualifizierungen machen einen Ausstieg quasi unmöglich. 2010 ist lediglich eine Frau aus der Prostitution ausgestiegen.

Erhobene Daten

Vermittlung von weiterführenden sozialen und medizinischen Hilfen	2010	2009	2008
gesamt/ Anteil der MigrantInnen	469/398	344/282	331/ 271

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.3 Entwicklung eines Strategiekonzeptes Migration und Prostitution in der aufsuchenden Arbeit Zusammenstellung der erforderlichen Informationen für die Zielgruppe/ Teilzielgruppen, Verteilung von umfangreichem Informationsmaterial zu sexuell übertragbaren Erkrankungen, deren Prävention und Therapie in der jeweiligen Muttersprache, Vergabe eines Info- Paketes an zugereiste Prostituierte über das Angebot der AIDS- und STD- Beratungsstelle sowie Hilfen und Adressen in Bremerhaven im Rahmen der aufsuchenden Arbeit im Milieu	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die aufsuchende Arbeit wurde intensiviert. Wie oben erwähnt, war die Übersetzung der Infotexte im MP3-Format für die Klient/-innen sehr hilfreich. Fast alle kontaktierten Prostituierten suchten mindestens ein Mal die STD- Beratungsstelle auf. Hierzu hat sicherlich das Beratungsangebot vor Ort in einem kostenlos zur Verfügung gestellten Koberfenster beigetragen. Zusätzlich zum regelmäßigen Beratungsangebot erfolgten mehrere Workshops mit Dolmetscherin zu Verhütung, ein Workshop zu allgemeiner Gesundheitsvorsorge und ein Workshop in Kooperation mit dem zahnärztlichen Dienst zu Zahngesundheit. Jahresabschluss bildete die Weihnachtsfeier mit traditionellen Speisen, Live- Musik und dem Verteilen der von den Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle gepackten Weihnachtsgeschenke und dem Besuch der Gesundheitsdezernentin.

Erhobene Daten (Anzahl der Kontakte und Beratungen im Rahmen der aufsuchenden Arbeit):

Aufsuchende Arbeit	2010	2009	2008	2007
gesamt/ Anteil der MigrantInnen	2.836/ 2.127	2.435/1.745	2.053/ 1.683	2.039/ 1.442

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.4 Vermittlung von Fortbildungsangeboten durch die Beratungsstelle des Gesundheitsamtes Bremerhaven (Vermittlung zu Sprachkursen für MigrantInnen zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenz, Vermittlung zu weiterführenden berufsfördernden Maßnahmen)	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die Arbeitssituation der Prostituierten hat sich in den letzten Jahren verschärft: geringer Verdienst, lange Arbeitszeiten, Frauen sind oft in Begleitung von „Partnern“, die vornehmlich kein Interesse an Integration haben und von dem Geld der Frauen leben. Männer und Frauen aus den neuen EU- Ländern erhielten bis Ende 2010 keine Arbeitserlaubnis, so dass berufsfördernde Maßnahmen kaum griffen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.5 Verbesserung der sprachlichen und kommunikativen Verständigung zwischen Patienten/ Klienten und Akteuren des Gesundheitswesens Durchführung von Sprachkursen der Mitarbeiterinnen in der Freizeit zur Verbesserung der Kommunikation (Thailändisch, Spanisch, Polnisch), Fortbildungen zu Beratungstätigkeit	Auswertung Zielerreichung	2011 Seit 2002	Gesundheitsamt Bremerhaven

Es wurden folgende Fortbildungen 2010 besucht:

- Interkulturelle Kompetenzen für Verwaltungsmitarbeiter/-innen
- Welche Sprache spricht unser Gesundheitssystem- Fachtag zur Gesundheitsversorgung von Migrant/-innen in Bremen
- Menschen ohne Papiere in Deutschland
- Fachtag Zwangsprostitution
- AK Migration und Flüchtlinge

Eine interkulturelle Öffnung ist nicht nur von der sprachlichen Kompetenz abhängig, wandelt sich doch auch die Klientel und deren Herkunft. Der in der STD- Beratung gelebte vorurteilsfreie und niedrigschwellige Ansatz ist von wenigstens gleich großer Bedeutung und eng an die MitarbeiterInnen gebunden, die 2010 in der gleichen personellen Zusammensetzung arbeiteten wie bereits 2007. In der Zukunft wird es Aufgabe des Gesundheitsamtes sein, diese interkulturelle Öffnung insgesamt zu vollziehen.

	2010	2009
Besuchte Fortbildungen	5	4

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.6 Aufbau eines lokalen Kooperationsnetzwerkes zwischen gesundheitsrelevanten und migrationsbezogenen Einrichtungen (PädZ, ÄrztInnen mit Migrationshintergrund, Pro familia, Ausländerbehörde, Polizei, GISBU, BBMeZ)	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Das Ziel des Aufbaus eines Kooperationsnetzwerkes sowohl regional als auch überregional ist erreicht und erleichtert u. a. die Betreuung von Klient/-innen ungemein. Die Zusammenarbeit ist eng an die handelnden Akteure gebunden, wobei der persönliche Kontakt sehr wertvoll ist. Regelmäßige Treffen sind jedoch notwendig, damit diese Kooperation nicht „einschläft“.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.7 Einrichtung eines Runden Tisches zu Zwangsprostitution und Frauenhandel	Auswertung Zielerreichung	2008	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die Einrichtung eines Runden Tisches hat sich bewährt, es konnten viele Impulse und Empfehlungen in andere Gremien gegeben werden. Der Runde Tisch „Frauenhandel und Zwangsprostitution“ hat 2010 einmal getagt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.8 Teilnahme an der Sentinelstudie des Robert- Koch- Institutes Berlin	Auswertung Zielerreichung	2001	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die KABP- Studie (knowledge, attitudes, behaviour and practices) des Robert- Koch- Institutes wurde nach Abschluss der Sentinel- Studie 2010 begonnen. Sie dient der Erhebung von Verhaltensdaten in Populationen mit erhöhtem Risiko für sexuell übertragbare Erkrankungen in Deutschland und ist anonym. Die Auswertung erfolgt durch das Robert-Koch-Institut.

Anamnesebogen	2010
Frauen gesamt/ mit Migrationshintergrund	154/138

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.9 Projekt zur Prävention für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern in Kooperation mit Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Schul- und Jugendzahnpflege und Suchtprävention Bremerhavener Schulen Runder Tisch mit den Kooperationspartnern, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenstellung der erforderlichen Informationen für die Teilzielgruppen, Schulung von Multiplikatoren/innen, Durchführung des Projektes, Feedback	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Da keine Anforderung seitens migrationspezifischer Einrichtungen erfolgte, wurde das Projekt eingestellt. Ende 2010 wurde deshalb begonnen in Anlehnung an das Afrikaprojekt in Bremen etwas Ähnliches in Bremerhaven zu initiieren. Hier sind jedoch keine schnellen Erfolge zu erwarten.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.10 Info- Veranstaltungen für Aussiedler	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Die Anzahl der Präventionsveranstaltungen war zwar in der absoluten Zahl über die Jahre gering, jedoch ist es ganz wichtig über diesen Weg nachfolgend die bestehenden Ängste vor dem Gesundheitsamt zu verringern und den Zugang zu erleichtern.

	2010
Anzahl Workshop	2

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.11 Intensivierung der Kontakte zu jugendlichen Zuwanderern und deren Eltern im Rahmen von Aktionstagen (Wellnesstag für Mädchen, Jungenaktionstag, Jugendpräventionstage, Nacht der Jugend)	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Der genaue Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund kann nicht ermittelt werden, jedoch haben die Jugendlichen in diesem „gemischten“ Rahmen die Möglichkeit Informationen zu den sexuell übertragbaren Erkrankungen zu erhalten, ohne dass ihre Eltern davon erfahren. Bei Fragen rund um das Thema oder z. B. bei einer möglichen Schwangerschaft suchen die Jugendlichen später oftmals die Beratungsstelle auf, da ihnen die MitarbeiterInnen bereits bekannt sind.

Erhobene Daten (Anzahl der erreichten Jugendlichen):

Aktionen	2010	2009	2008
Jungenaktionstag	450	500	500
AIDS- Parcours	250		
Dance4life	200	200	300
Nacht der Jugend	200	300	

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.12 Prävention zu HIV/ AIDS und sexuell übertragbaren Krankheiten in Schulen (jeweils Schulung zu HIV/ AIDS und sexuell übertragbaren Krankheiten, Durchführung der „Sexrallye“, Vergabe von Info- Material zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Verhütung in verschiedenen Sprachen, Abschlussgespräch und Auswertung)	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

s. 8.11; leider konnten die Präventionsveranstaltungen auf Grund der hohen Arbeitsbelastung in der Sprechstunde in der STD- Beratung ab 2009 nicht mehr in dem vorherigen Umfang durchgeführt werden. Die Anzahl der Info- Veranstaltungen, die vornehmlich in Haupt-, Realschulen, Förder- oder Sekundarschulen erfolgten, wurde gezählt. Eine genaue Ermittlung der Zahlen, bei wem ein Migrationshintergrund vorliegt, kann nicht erfolgen.

Erhobene Daten

Infoveranstaltungen	2010	2009	2008
Gesamt	17	15	29

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.13 Beratung für Migrant/innen zu sexuell übertragbaren Krankheiten	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

s. 8.1.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.14 Koordination Suchtprävention Umgang mit Alkohol und Drogen unter Einbeziehung von kulturellen Aspekten in die Suchtprävention, Aktionstage zu Alkohol in Zusammenarbeit mit Freizeiteinrichtungen und Schulen in Kooperation mit der Polizei und der Suchtprävention Bremerhavener Schulen	Auswertung Zielerreichung	2011	Gesundheitsamt Bremerhaven

Das Ziel, Aktionstage zu Alkohol als „feste Größe“ zu installieren, wurde erreicht.

Erhobene Daten

	2010	2009	2008
Anzahl der Veranstaltungen	6	6	6

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.3 Kultur			
1. Förderung der kulturellen Öffentlichkeit in der Stadt und den Stadtteilen durch Nationalitäten übergreifende Programme der Kulturförderung in Bremen, Öffnung und Bereitstellung von Angeboten der Kultur- und Weiterbildungsinstitute der Stadt (z.B. Stadtbibliothek, Museen, VHS.)	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfK

Die gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen im Integrationsbereich, sowie die Zielerreichung geförderter Projekte werden in der Kulturförderung über einen Beirat bzw. über das Referat „Kultur und Migration“ thematisiert, beraten, begleitet und finden so Eingang in neue Förderstrategien. Statische Förderstrukturen sollen vermieden werden, um der Dynamik globaler Entwicklungen und z. B. der Situation Rechnung zu tragen, dass die Lebensweise der Elterngeneration der Migrantinnen und Migranten in Bremen oftmals nicht mehr viel mit der ihrer Kinder gemein hat.

So sind in den vergangenen Jahren immer mehr Kulturprojekte entstanden, deren Akteure sich aktiv mit der mitgebrachten aber auch vorgefundenen Kultur und Lebensweise auseinandersetzen und versuchen, eine eigene Synthese zu entwickeln.

Es ist ihr Anliegen, ein verändertes modernes Bild von Multikulturalität zu bieten.

Hier geht es sowohl um eine Erweiterung der Beiratsförderung auf Gruppen aus anderen Kulturkreisen wie aus Lateinamerika, Asien und Afrika , die sonst nicht erreicht werden und keine Möglichkeiten haben, ihre kulturellen Aktivitäten zu entfalten (Kulturarbeit für/mit ethnischen Minderheiten aus den Nicht-Anwerbeländern) als auch um Künstlerprojekte mit integrativem und kulturpädagogischem Anspruch in den Stadtteilen Bremens in allen künstlerischen Sparten.

Im Jahr 2010 konnten diesbezüglich 9 Projekte finanziell unterstützt werden. 2009 wurden 15 Projekte gefördert, 8 Projekte in 2008 und 2007 konnten 11 Projekte berücksichtigt werden. Zielgruppen waren sowohl Kinder, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler Bremer Schulen, Erwachsene und Migrantinnen und Migranten, die nicht nur aus den Anwerbeländern kommen, wie auch die allgemeine Öffentlichkeit.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Unterstützung der Pflege der eigenen Kultur der Zugewanderten durch Programme zur Projektförderung für die Vereine der Arbeitsimmigranten und ethnischen Minderheiten aus den Nicht-Anwerbeländern.	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfK

Die Kulturförderung der Nationalitätenkulturvereine wird durch einen Beirat thematisiert bzw. beraten. Die Nationalitätskulturvereine haben für bestimmte Kreise der Migrantinnen und Migranten noch eine große Bedeutung im Hinblick auf ihre kulturelle Identität und den Kontakt untereinander. Dies betrifft die 1. Generation und noch einen Teil der 2. Generation. Hier werden hauptsächlich Projekte gefördert, die die Herkunftskultur pflegen.

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen interkultureller Arbeit entscheidend verändert. Migrantinnen und Migranten leben inzwischen über mehrere Generationen in Deutschland und die Einwanderergruppen sind vielfältiger geworden. Parallel dazu ist festzustellen, dass die früher blühende Folklorelandschaft, die unter dem starken Einfluss der 1. und teilweise der 2. Generation stand, immer schwächer wurde. Dies wird u. a. dokumentiert durch die Anzahl der beantragten Kulturprojekte.

So wurden noch im Jahr

2004	16 Anträge
2005	13 Anträge
2006	9 Anträge
2007	12 Anträge
2008	8 Anträge
2009	9 Anträge
2010	2 Anträge

im Bereich der traditionellen Musik und Folklore gemäß Beiratsbeschluss bezuschusst bzw. finanziell unterstützt. Auch die Anwesenheit der Vertreter der Migrantenkulturvereine bei den Beiratssitzungen nahm in den vergangenen Jahren stetig ab. Diese Entwicklung ist vermutlich auf das fehlende Interesse der nächsten Generation an den Inhalten der Kulturprojekte der Nationalitätenkulturvereine, die sich fast nur mit Folklore und traditioneller Musik befassen, zurückzuführen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>3. Ermöglichen des Kennenlernens der Kulturen der Herkunftsländer der Zugewanderten und Schaffung von Begegnungen zwischen den verschiedenen Kulturen durch das Veranstaltungsprogramm „Bremen Stadt der vielen Kulturen“ (als ein Forum der Präsentation der Kulturen in Bremen und durch Unterstützung von Foren und Festen der Begegnung und des Austauschs: Jugendtheaterfestival „Explosive“, „Nacht der Jugend“.)</p>	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfK

„Bremen-Stadt der vielen Kulturen“ ist ein Kulturveranstaltungsprogramm mit kulturpolitischem, integrativem und künstlerischem Anspruch, regional, thematisch und zielgruppenbezogen. Es ist ein Forum für viele verschiedene Kulturen und fördert die Begegnung und den Austausch zwischen ihnen. Es unterstützt interkulturelle Projekte in professionellen und semi-professionellen Bereichen.

Die Veranstaltungsreihe „Bremen-Stadt der vielen Kulturen“ ist eine fortlaufende Maßnahme und erfolgt in Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und der Arbeitnehmerkammer.

Hierbei handelt es sich um eine Veranstaltungsreihe, die ein künstlerisch-politisches Forum der unterschiedlichen Kulturen in Bremen bietet und zugleich ein Instrument, um multikulturelle Prozesse in Gang zu setzen oder produktiv zu begleiten.

Als Veranstaltungsreihe versteht sie sich als Plattform des interkulturellen Austausches zwischen zugewanderten Menschen aus den Anwerbeländern und aus nicht europäischen Kulturkreisen wie Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie fördert interkulturelle Vermittlung d.h. die Förderung des Zusammenlebens von Menschen verschiedener kultureller Herkunft vor allem in Deutschland und ergänzend im europäischen Kontext wie auch im Austausch mit den Ländern ihrer Herkunft.

Sie macht sich zur Aufgabe, sowohl aktuelle politisch wie auch allgemein gesellschaftlich relevante kulturelle Themenbereiche zu diskutieren, zu konkretisieren und Kontexte aufzugreifen. Sie bezieht sich auf den Bereich der Bildenden Kunst, der Literatur, der Musik, Tanz, Theater und Film. Das Programm erstreckt sich auf den politischen, sozialen und ästhetischen Bereich und deckt sowohl die regionale als auch zielgruppenbezogene Ebene ab.

Personelle Veränderungen im zuständigen Referat des Senators für Kultur erforderten eine Neufassung des Programms im Jahr 2010: Beim Senator für Kultur beantragte und vom Beirat beratene interkulturelle Projekte wurden in der Programmatik der Veranstaltungsreihe gebündelt. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln der Veranstaltungsreihe und wurde ergänzt durch Fördermittel des Senators für Kultur für interkulturelle Projekte. Angestrebt wird eine Internetpräsenz und die Veröffentlichung auf einer gemeinsamen Plattform. Für das Jahr 2011 soll ein möglicher kontextueller Förderschwerpunkt im Rahmen einer Beiratssitzung beraten werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Entwicklung eigener ästhetischer Ausdrucksformen aus den unterschiedlichen Kulturen durch Entwicklung und Unterstützung von Kulturpädagogischen Projekten mit Immigranten und Immigrantinnen, in denen Künstler/innen mit ästhetischem und integrativem Anspruch in den Bremer Stadtteilen wirken.	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfK

Siehe hierzu auch Erläuterungen unter Punkt 1.

Seit dem Jahr 2010 ist dieser Aspekt inhaltlich und auch in der Förderung in das Programm ‚Bremen, Stadt der vielen Kulturen‘ integriert.

Fazit: Ziel der Förderung ist, ein verändertes modernes Bild von Multikulturalität als Beitrag zur Kommunikation und Verständigung zwischen den Menschen entstehen zu lassen, die einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben. Die kulturelle Vielfalt soll als kultureller Reichtum der Gesellschaft erfahrbar gemacht werden und zur Innovationskraft der kulturellen Gesamtentwicklung beitragen können.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.4 Sport			
1. Steigerung der Migrantenquote im organisierten Sport	Auswertung Zielerreichung; Vereine erheben keine Daten bzgl. der Herkunft ihrer Mitglieder, Tendenzen der Erhöhung sind sichtbar, messbar ist nur die Anzahl der Mitglieder aus offenen Gruppen, die in Vereine übergehen.		SAFGJS, 51-7, LSB Integrations- abteilung

2010 konnten 2 Sportvereine für die Kooperation mit offenen Sportgruppen des Projektes gewonnen werden. Außerdem wurden 2010 11 Stützpunktvereine bei ihrer integrativen Arbeit betreut.

Der BTV 1877 unterstützt seit dem Sommer eine Gruppe iranischer Sportler/innen, indem er 2 Hallenzeiten zur Verfügung stellte und der Gruppe in mehreren Gesprächen aktive Beteiligung in anderen Sportgruppen anbot. Zur Gruppe gehören ca. 20 Menschen iranischer Herkunft mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus, Männer, Frauen und Kinder.

Der Gehörlosensportverein hat zum Jahresbeginn die Gruppe um den ukrainischen Basketballtrainer Vadym Babuschkin aufgenommen und zum Saisonstart in den Punktspielbetrieb gemeldet. In der Gruppe trainieren Menschen verschiedener Nationalitäten und Gehörlose miteinander.

Durch unser Kinderschwimmprojekt sind 3 Kinder Mitglied beim TuS Huchting geworden.

Mit Umsetzung des Projektes "Boxzeile Huchting" konnten 2010 über 50 Sportler/innen für eine Mitgliedschaft beim TuS Huchting gewonnen werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.1 Steigerung der Anzahl der aktiven Sportler/innen und ehrenamtlich Tätigen mit Migrationshintergrund	Anzahl der offenen Sportangebote, Anzahl der zielgruppenspezifischen Angebote in den Sportvereinen, Durchführung der ÜL Ausbildung für Migrantinnen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Das Angebot der iranischen Sportgruppe wurde auf 2 Termine/Woche ausgeweitet.

In Lüssum wurde in Zusammenarbeit mit einer Streetworkerin eine Mädchentanzgruppe ins Leben gerufen, die von einer jungen Frau arabischer Herkunft angeleitet wird. Diese junge Frau selbst hat durch die Arbeit in der Gruppe wieder ihre eigene Lebenssituation stabilisieren können.

Die Lizenzsausbildung für Frauen wurde von 11 Teilnehmerinnen genutzt. 7 Frauen sind im Sportverein als ÜL tätig, eine Frau ist in den Iran zurückgekehrt.

In diesem Jahr wurden insgesamt 6 Frauenschwimmkurse durchgeführt. 31 Frauen haben teilgenommen. Das Angebot kann die hohe Nachfrage nicht bedienen. Im Sommer wurde in Kooperation mit dem Deutsch-Gambianischen Sportverein und dem ADFC ein Radfahrlernkurs für Frauen durchgeführt. Die Frauen nahmen leider nicht regelmäßig teil, so dass nur 5 Frauen erfolgreich Rad fahren lernten.

In Huchting wurden in Koop. mit dem TuS Huchting 2 Radfahrlernkurse mit je 10 Frauen erfolgreich durchgeführt. In Kooperation mit dem Haus der Zukunft wurden im Grohner Bad ganzjährig Frauenschwimmkurse angeboten.

Die Fußballnächte, begleitet von 5-7 Honorarkräften pro Nacht wurden auf 7 Stadtteile ausgeweitet (Huchting, Vahr, Hemelingen, Kattenturm, Gröpelingen, Marßel und Lüssum)

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2 Sensibilisierung der Sportvereine und -verbände in Bremen und Bremerhaven für die Einbeziehung der Zuwanderer in die Vereinsarbeit	Beratungsgespräche mit Vereinen, finanzielle Unterstützung; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

2010 gab es 10 Stützpunktvereine, die sich in besonderer Weise der sportlichen Integrationsarbeit widmen und dabei materielle, finanzielle und ideelle Unterstützung durch die Integrationsabteilung erfahren. Positive Entwicklungen gibt es auch hinsichtlich der Teilnahme der Sportvereine an den Seminaren "Sport Interkulturell", ca. 50% der Teilnehmer/innen sind in Sportvereinen aktiv. Auch für die Ausweitung der Sportnächte konnten weitere Sportvereine gewonnen

werden. So engagieren sich in Hemelingen der SV Hemelingen und in Lüssum der SV Türkspor und Lüssumer Sportverein. Der Landesschwimmverband konnte erneut für die Durchführung eines Kinderschwimmkurses für 15 Kinder (90% Migrationshintergrund) aus Kattenturm gewonnen werden. Der TuS Huchting unterstützte bei der Durchführung von 2 Kinderschwimmkursen in Huchting für 20 Kinder aus dem Quartier Robinsbalje.

Die DLRG öffnet sich zunehmend der Arbeit mit Migrant/innen und unterstützt uns sehr bei der Ausbildung von Rettungsschwimmer/innen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.3 Förderung der Partizipation von Migrant/innen im Sport sowohl auf sportpraktischer als auch auf Funktionärebene	Durchführung der ÜL Ausbildung für Migrantinnen, Vereinsberatung, Unterstützung, Motivation u. Beratung von Migrant/innen durch direkte Ansprache; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

In der ÜL-Ausbildung für Frauen gab es 11 Teilnehmerinnen, von denen 7 heute in einem Sportverein tätig sind. Mit dem Sportverein TuS Komet Arsten gab es bezüglich der Koop. mit einer iran. ÜL viele Vermittlungsgespräche. Ebenso beim Verein OT, um den Verein für die weitere Unterstützung des Boxsports, der von einem armenischen ÜL angeleitet wird, zu gewinnen.

Der TuS Huchting erhält über die Trägergemeinschaft der Huchtinger Boxzeile viel Unterstützung von Seiten der Integrationsabteilung beim Ausbau der integrativen Arbeit der Boxsportstätte und der Öffnung für den Stadtteil.

Über das Paritätische Bildungswerk, Träger von Sprach und Integrationskursen sowie die Durchführung von offenen Sportangeboten durch die Integrationsabteilung konnten viele Frauen zu Fragen bezüglich Bewegung, Sport und Gesundheit beraten werden. Insbesondere Kursangebote über Vereine interessieren die Zielgruppe. Seit Sept. 2010 gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den Sportvereinen in Lüssum (LSV, Türkspor, SV Kurd) zur Umsetzung des Handlungskonzeptes "Stopp der Jugendgewalt" vom Senator für Inneres und Sport.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Fortführung und Erweiterung von integrativen und gewaltpräventiven Bewegungsangeboten in den einzelnen Quartieren	Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Die Huchtinger Boxzeile als ein Modellprojekt gelungener sportlicher, gewaltpräventiver Arbeit konnte umgesetzt werden. 103 Sportler/innen sind inzwischen Mitglied beim TuS Huchting über die Boxabteilung. 75 Kinder und Jugendliche. Für die Boxsportabteilung des Sportvereins OT in Tenever sind Räumlichkeiten gefunden worden, die 2011 umgebaut werden.

Der Senator für Inneres und Sport beauftragte die Integrationsabteilung mit der Umsetzung des Handlungsprojektes "Stopp der Jugendgewalt" in Lüssum und finanzierte die Ausweitung der Sportnächte auf Lüssum, Hemelingen und Kattenturm mit. In den Stadtteilen Gröpelingen, Tenever, Lüssum und Huchting werden in Kooperation mit anderen sozialen Einrichtungen Straßenfußballmannschaften von unserer Abteilung unterstützt. Diese Mannschaften setzen sich aus Jungen und Mädchen zusammen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1 Intensivierung der Angebote für bisher nur schwer, selten bis gar nicht erreichte Zielgruppen (Mädchen, Senioren/innen, auffällig gewordene Jugendliche)	Anzahl und Art der Sportnächte, räumliche Verteilung der Nächte, Geschlechtsspezifische Angebote, gesundheitspräventive Angebote für Senioren/innen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Hier möchte ich nochmals auf die Ausweitung der Sportnächte verweisen. Diese finden inzwischen in den Stadtteilen Huchting, Kattenturm, in der Vahr, Marbel, Hemelingen, Lüssum und Gröpelingen statt. Durch die Kooperation mit Einrichtungen der Jugendarbeit bzw. Streetworkern und den Sportvereinen gelingt es sehr gut die Jugendlichen an den Veranstaltungstagen "von der Straße" in die Halle zu holen.

Ebenso erfolgreich die Einrichtung der Huchtinger Boxzeile, wodurch mehr als 50 neue Mitglieder in diesem Jahr gewonnen werden konnten. Durch die Kombination von Sport und Sozialarbeit, die von einem Sozialpädagogen und einer Sozialpädagogin mit insgesamt 10 Wochenstunden geleistet werden erfahren die Kinder und Jugendlichen mit Problemen Unterstützung.

Seit Oktober 2010 gehen wir erste Schritte zum Aufbau eines Netzwerkes für sozialpädagogisch begleitete Sportangebote für ältere Kinder und Jugendliche in Lüssum. Das Interesse der Einrichtungen im Stadtteil ist groß. Erste Gruppen sind entstanden, z.B. eine Tanzgruppe für arabische Mädchen und eine Mädchenfußballgruppe. Es fand ein Futsalturnier statt und der Jugendclub hat ein Gerät für den Fitnessraum erhalten.

Die meisten Seniorinnen mit Migrationshintergrund erreichen wir durch gesundheitsportspezifische Angebote, insbesondere Bewegungsangebote im Wasser. Aber auch die Kurse zum Erlernen des Fahrradfahrens werden oft von älteren Migrantinnen genutzt, um ihre Radfahrkenntnisse aufzufrischen. In Kooperation mit uns gab es 4 Kurse in Tenever, Blockdiek und Huchting.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Gewinnung weiterer Kooperationspartner (Sportvereine, soziale Einrichtungen, Migrantenorganisationen u.a.) für den Ausbau sportbezogener, integrativer und gewaltpräventiver Maßnahmen	Teilnahme an Sitzungen, Initiierung von AG's, Entwicklung und Durchführung von neuen Bewegungsprojekten; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Die Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk konnte 2010 ausgebaut werden. Inzwischen besuchen wir Kurse vor Ort (z.B. Sprach- und Integrationsmittler) und stellen unsere Abteilung dar. Mehrere Teilnehmerinnen für verschiedene Bewegungsangebote bzw. für die Lizenzausbildung für Frauen konnten über das Paritätische Bildungswerk gewonnen werden. Als Kooperationspartner konnten gewonnen werden: der Gehörlosensportverein für die Basketballgruppe, TuS Huchting für 2 Radfahrkurse für Frauen, Caritas Bremen Nord für ein Mädchentanzprojekt, Spielhaus Lüssum für ein Mädchenfußballangebot, der Deutsch Gambianische Kulturverein für einen Fahrradkurs. Außerdem gab es 2010 erfolgreiche Gespräche mit dem TuS International, dem SV Kurd und dem Lüssumer Sportverein sowie den Streetworkern in Lüssum.

Ebenso gab es mit dem Schulsportreferenten und der Bremer Bäder GmbH erste Gespräche bezüglich zusätzlicher Schwimmkurse für Kinder aus Migrant/innenfamilien bzw. aus einkommensschwachen Familien.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.3 Einbeziehung des organisierten Sports in die vernetzte Stadtteilarbeit (Kitas, Schulen, Polizei, Beiräte und weitere soziale Einrichtungen etc.)	Kooperation Schule- Verein, Beteiligung der Vereine in Stadtteilstreßen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Auf der Grundlage guter Kooperation mit der Grundschule Robinsbalje konnte auch 2010 das Projekt "Fußball auf die Straße" ausgebaut werden. Außerdem unterstützt die Schule die Kinderschwimmkurse mit dem TuS Huchting.

Nur durch gute Kooperation mit dem TuS Huchting, dem Jugendhilfeträger Alten Eichen, der GEWOBA dem Quartiermanagement Huchting und dem Ortsamt Huchting ist die Umsetzung unseres sozialpädagogisch begleiteten Sportprojektes "Boxzeile Huchting" möglich gewesen. 2010 wurden Räumlichkeiten einer alten Gewerbezeile zu einem Boxsportcenter umgebaut. Betreiber ist der TuS Huchting in Trägerschaft mit Gewoba, LSB und Alten Eichen. Es handelt sich um ein Modellprojekt.

Erfahrungsgemäß beteiligen sich die Sportvereine in den sogenannten sozialen Brennpunkten und sozial geförderten Stadtteilen insbesondere an den Stadtteilstreßen. Die Kollegen der Integrationsabteilung des LSB haben sich die "Betreuung" der Stadtteile nach Gebieten aufgeteilt, um sinnvolle und nachhaltige Projekte zu entwickeln und umzusetzen und für die Einrichtungen und Institutionen eine/n konkrete/n Ansprechpartner/in zu stellen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.4 Vernetzung der bereits bestehenden integrationsfördernden Angebote im Stadtteil mit vorhandenen Sportprojekten	Anzahl Verbundprojekte; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Boxsportprojekt Huchting in Trägergemeinschaft mit Jugendhilfeträger "Alten Eichen", GEWOBA und Quartiermanagement, Boxsportprojekt Tenever in Kooperation mit OT Tenever und Stadtteilprojekt Tenever, SV Hemelingen- ÜL-Ausbildung für 20 Teilnehmer/innen, Straßenfußballprojekt für Mädchen und Jungen in Huchting in Kooperation mit der Schule Robinsbalje +Quartier, Straßenfußballprojekt für Mädchen und Jungen in Lüssum mit dem Spielhaus Lüssum, Mädchentanzgruppe für arabisch sprachige Mädchen in Blumenthal mit dem Caritasverband HB Nord

Eine gute Vernetzung gib es inzwischen mit dem Paritätischen Bildungswerk, die u.a. Sprach- und Integrationsmittler/innen ausbilden. Aus den Kursen konnten 2010 12 Teilnehmerinnen für die Schwimmkurse gewonnen werden und darüber hinaus 2TN für die Lizenzausbildung und 1 Teilnehmer und 1 Teilnehmerin für die Mitarbeit bei der Begleitung der Kinderschwimmkurse.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Information über Angebote des organisierten Sports (allg. Strukturen, Vereinsangebote, Beiträge, Unterstützungsprogramme des LSB u.a.)	Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Entwicklung eines neuen Flyers der Integrationsabteilung unter dem Motto "Vielfalt gestalten - durch Bewegung" 2010. Für die einzelnen Angebote der Vereine tragen die Sportvereine die Verantwortung. Kooperieren sie mit uns, erscheint das Logo Integration durch Sport auf den Veröffentlichungen bzw. der Werbung. Bei gemeinsamen Veranstaltungen mit Vereinen und Einrichtungen informieren wir natürlich über die Veranstaltung hinaus auch über unsere Arbeit. Es werden Kontakte geknüpft und bei Interesse Termine vereinbart, z.B. bei Stadtteilstesten in Huchting, Kattenturm, Schweizer Viertel, bei der Tenever Liga, beim Bremer Friedenslauf, beim African Cup in der Pauliner Marsch und dem Spiel- und Sportfest in Bremerhaven Leherheide. Über die Teilnahme im Netzwerk Zuwanderer/innen werden diverse Migrant/innen und Soziale Organisationen über unsere Arbeit informiert. Der LSB hat eine eigene Internetseite mit einem direkten Link zur Integrationsabteilung. Über die Unterstützungsprogramme des LSB, wie z.B. die Vergabemittel der für sportbezogene Integrationsmaßnahmen und Stützpunktvereinsförderung informieren wir auf allgemeinen Informationsveranstaltungen, in der Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Integrationsarbeit, in Einzelgesprächen mit Vertreter/innen der Vereine und Institutionen und häufig auch bei telefonischen Unterstützungsanfragen. Die Anfragen diesbezüglich bleiben in den letzten 5 Jahren konstant hoch. Leider stehen uns trotz steigender Kosten immer weniger Mittel zur Verfügung, so dass wir viel Zeit auf die Einwerbung von Drittmitteln und damit verbundene Abrechnung (z. B WiN Mittel in 4 Stadtteilen) verwenden müssen. Diese Zeit fehlt an anderer Stelle in der Projektarbeit.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Erhöhung des Bekanntheitsgrades der LSB Integrationsabteilung durch Präsenz bei Veranstaltungen, Berichterstattung in den Medien, Durchführung eigener Veranstaltungen	Besuch der Integrationskurse in verschiedenen Stadtteilen, Großveranstaltungen, Anzahl der Medienkontakte; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Die Großveranstaltungen Spiel- und Sportfest in Bremerhaven Leherheide am 23. Juni 10, der Friedenslauf am 22. Juni 10, das Finalwochenende des African Fußballcup am 31.07./01.08.10, Spiel- und Sportfest im Schweizer Viertel am 11.09.10 dienten im besonderen Maße der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Integrationsabteilung. Die DOSB Internetseite [www. Integration-durch-Sport.de](http://www.Integration-durch-Sport.de) wird regelmäßig mit Berichten der Abteilung bedient.

In diesem Jahr konnte die Integrationsabteilung insbesondere durch die positiven Berichterstattungen über die neu errichtete Huchtinger Boxzeile in Presse, Fernsehen und Internet für ihre gute Arbeit werben. Von vielen Organisationen und Institutionen der Migrant/innenarbeit wurde die Integrationsabteilung als Partner der für gute Zusammenarbeit steht zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen. (Landesvereinigung für Gesundheit, Caritas e.V., Mädchenkulturhaus, Gesundheitsamt Bremen, Alten Eichen, St. Petri Kinder- und Jugendstiftung. Die Integrationsabteilung stellt im Bremer Rat für Integration einen Vertreter aus dem "Ausschuss für Soziale Arbeit" für den Sport.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen im Sport (insbesondere bzgl. interkultureller Kompetenz und Gewaltprävention)	Durchführung der Qualifikationsmaßnahme „Sport Interkulturell“, Konflikttrainingsseminare, sportfachliche Aus- und Fortbildungen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Lizenzausbildung für Frauen: 1. Teil Ostern und 2. Teil im Herbst mit 11 Teilnehmerinnen, 2 Seminare "Sport Interkulturell" mit jeweils 15 TN in Kooperation mit DOSB am 19.-21.03.2010 und 12.- 14.11.2010 in Lastrup, Konflikttraining im Sport vom 16.07 - 18.07.2010, Sportmobilschulung am 17.04.2010. Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen auf AGHE und Injob-Basis nahmen an den genannten Qualifizierungsmaßnahmen teil.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Weiterentwicklung der konzeptionellen Arbeit der Integrationsabteilung im LSB	Evaluationen; Zielvereinbarungen; Initiierung neuer Projekte; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-7, LSB Integrationsabteilung

Das Projekt "Sport Interkulturell" evaluiert jährlich seine Arbeitsergebnisse und entwickelt ausgehend davon neue Ziele für das kommende Jahr, die in der Zielvereinbarung schriftlich festgehalten werden. Bei der Entwicklung neuer Konzepte für sportbezogene Projekte zeigt sich zunehmend, dass die Grenzen der personellen Ressourcen der Sportvereine erreicht sind, zumal auch die Vernetzungsarbeit zunehmend Zeit bindet, die im Grunde nur noch von Sportvereinen mit hauptamtlichen Strukturen geleistet werden kann.

Insbesondere das Modellprojekt "Huchtinger Boxzeile" als Kooperationsprojekt zwischen Sport, Jugendhilfe und Stadtteil belegt den Erfolg sportlicher Arbeit gekoppelt an die Übernahme sozialer Verantwortung/Aufgaben für die nachhaltige Integrationsarbeit in einem Stadtteil insbesondere für Kinder und Jugendliche. Im Missverhältnis dazu steht die finanzielle Ausstattung des organisierten Sports auch im Bereich der Integrationsarbeit. Viele Projekte sind inzwischen gebunden an den Einsatz von Mitarbeiter/innen, die durch Fördermaßnahmen der BAGIS beim LSB tätig sind. Es ist zu befürchten, dass auch diese Maßnahmen zukünftig vermehrt Einsparungen zum Opfer fallen. Auf Grund der erfolgreichen Arbeit im Stadtteil Huchting bei der Umsetzung der stadtteilorientierten sportlichen Sozialarbeit (Boxprojekt) wurde die Integrationsabteilung vom Sportsenator gebeten, auch für den Stadtteil Lüssum ein entsprechendes Konzept mit gewaltpräventivem Schwerpunkt zu entwickeln.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.5 Jugend			
1. Intensivierung der Kontakte zu jugendlichen Zuwanderinnen und Zuwanderern im Rahmen der Jugendarbeit bei den Jugendfeuerwehren	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfIS, Ref. 33

Die Anregung zur Mitarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren und in den Jugendfeuerwehren wird anlässlich der Brandschutzerziehung in den Schulen und auf Veranstaltungen, auf denen sich die Freiwilligen Feuerwehren präsentieren (z.B. Schul-, Straßen- und Stadtteilstunden), weiterhin vermittelt. Hierzu trägt auch der Flyer bei, der die nötigen Informationen in türkischer, russischer, englischer und natürlich deutscher Sprache vermittelt.

Eine Auswertung kann nur aufgrund der Anmeldesituation/Anmeldezahlen bei den Jugendfeuerwehren erfolgen. Es kann nicht festgestellt werden, wie viele jugendliche Zuwanderer/-innen sich im Rahmen der Veranstaltungen über die Mitarbeit in den Jugendfeuerwehren informieren. Eine Veränderung der Anmeldesituation in diesem Bereich ist jedoch bisher nicht festzustellen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Förderung der Beteiligungsmöglichkeiten von jugendlichen Migrantinnen und Migranten	Zahl der Stadtteile in Bremen und Bremerhaven, die über eine institutionalisierte Jugendpartizipation verfügen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 42 AfSD

Mit den Jugendverbänden wurde vereinbart, dass sie – ggf. in Kooperation mit den Jugendmigrationsdiensten – verstärkt für die Qualifizierung und freiwillige Übernahme der Funktion als Jugendgruppenleiter/-in durch Jugendliche mit Migrationshintergrund werben. Durch die Umstellung des bundesweiten Antragsverfahrens zur Juleica wird voraussichtlich 2011 erstmals eine Aussage über Anteile migrantischer Jugendlicher von allen Jugendgruppenleiter/innen berichtet werden können.

Insgesamt sind Verfahren zur Partizipation von jungen Menschen als fachlicher Standard in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung eingeführt. Somit werden hier überall jugendliche Migrantinnen und Migranten intensiv einbezogen (z.B. Jugendhaus Hemelingen oder Spielplatzplanungsprojekt Schwachhsn).

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1 Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche auf Beiratsebene durch Schaffung von geeigneten Beteiligungsgremien/-foren in den Stadtteilen		nach Neufassung des Beiratsgesetzes folgt Umsetzung in der Stadtgemeinde Bremen	SAFGJS, 42 AfSD

Durch das bremische Beirätegesetz sind alle Stadtteilbeiräte verpflichtet worden, geeignete Modelle zur Partizipation von Jugendlichen an allen kommunalpolitischen Themenstellungen einzuführen und zu erproben. In mehreren Stadtteilen wurden seitdem Jugendbeiräte, Jugendforen oder Jugendbefragungen durchgeführt. An diesen Aktionsformen waren Jugendliche mit Migrationshintergrund anteilig entsprechend ihrer Verteilung in den Stadtteilen vertreten. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Böhrnsen fand am 3.2.2011 im Rathaus eine Fachveranstaltung zur Jugendbeteiligung statt, an der viele jugendliche Migrantinnen und Migranten teilnahmen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Förderung der Mitwirkungsbereitschaft und Partizipationskompetenz bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die von den Jugendeinrichtungen der Stadtteile erreicht werden, gemäß Anpassungskonzept für die Jugendförderung		fortlaufend	SAFGJS, 42 AfSD

s. Ziff. 3.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Verstärkte Einbeziehung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Kooperation; Auswertung Zielerreichung Umsetzung des Verteilerschlüssels für 2008 und 2009; Auswertung Zielerreichung	Ende 2008	SAFGJS, 42 AfSD

Durch Neuregelung des Berichtswesens zur stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendförderung im Jahr 2010 stehen ab 2011 konkretere ausdifferenzierte Struktur- und Nutzerdaten zur Verfügung, die u.a. eine Aussage über den Migrationsstatus der erreichten Jugendlichen erlauben werden

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.1 Zusammenarbeit zwischen den Jugendverbänden und den Jugendmigrationsdiensten soll ausgebaut und verstetigt werden.			SAFGJS, 42 AfSD

Die Zusammenarbeit konnte 2010 nicht weiter forciert werden. Mit den Jugendverbänden und Jugendbildungsträgern sollen Qualitätsstandards entwickelt werden, die auch ausgewiesene Kooperationsbeziehungen einfordern. Verhandlungen sind aber schwierig zu führen; es besteht erheblicher Diskussionsbedarf bei den Jugendverbänden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2 Verstärkte Berücksichtigung des Faktors Migration bei der sozial gewichteten Mittelzuweisung für Jugendarbeit soll verstärkte konzeptionelle Hinwendung auf integrative Konzepte stützen. (Risiko: zur Eckwertehaltung drohen erhebliche Kürzungen, die geeignet sind, die Zielerreichung zu verhindern)			SAFGJS, 42 AfSD

Das Konzept zur stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendförderung ermittelt die Höhe der Fördergelder in den Stadtteilbudgets unter Berücksichtigung eines sozialdemografischen Gewichtungsfaktors. Hier werden die ggf. höheren Förderbedarfe für jugendliche Migrantinnen und Migranten berücksichtigt. In Stadtteilkonzepten, die im Jahre 2010 weiterentwickelt und aktualisiert worden sind, wird auf lebenslagenbezogene Bedarfe eingegangen und entsprechende Jugendförderangebote in Einrichtungen leiten sich daraus ab. Die Diskussionen zur Fortschreibung des gesamtstädtischen Konzeptes der Jugendförderung im Jahre 2011 haben diese jugendpolitische Orientierung zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bestätigt (Stand Februar 2011).

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Bremerhaven			
4.1 Förderung von Veranstaltungen freier Verbände gegen Fremdenfeindlichkeit	Durchgängig; Auswertung Zielerreichung	Bis 2011	Bremerhaven; Amt für Jugend und Familie

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen ist in die Förderung des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ aufgenommen worden. Im Rahmen der Implementierung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplanes als gemeinsame abgestimmte Strategie für Demokratieentwicklung, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgt eine Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure und Aktivitäten.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.6 Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung			
1. Unterstützung des Programms „Stadtteil gegen Rassismus – Stadtteil mit Courage“ Anlass für diese Initiative ist die geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Bremer Landtagswahl und die Präsenz verschiedener rechter Fraktionen in einzelnen Bremer Beiräten. Mitwirkung bei der Umsetzung des Projektes in verschiedenen Bremer Stadtteilen unter Beteiligung von Schulen, Jugendeinrichtungen, Initiativen, Vereinen und Betrieben im Stadtteil; Kontaktaufnahme zu verschiedenen Bremer Stadtteilen, um sie für das Projekt zu gewinnen in Kooperation mit dem Ortsamt West	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51-9 und 51-10

Der Transfer der Initiative von 2007: „Gröpelingen gegen Rassismus – Gröpelingen mit Courage“ auf andere Stadtteile konnte nicht gelingen, da die Arbeitsschwerpunkte anderer Stadtteile in anderen Bereichen gelegen haben und die beispiellose Kooperation zwischen verschiedenen Gröpelinger Initiativen und Einrichtungen auf andere Stadtteile so nicht übertragbar war.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Angebot integrationsfördernder Kulturveranstaltungen Planung und Durchführung eines jährlich stattfindenden interkulturellen Events, wie z.B. Culture Boat	Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-10

Die Veranstaltungsreihe „Cultureboat“ fand am 23.06.2006, am 15.06.07 und am 29.08.2008 statt; sie wurde erfolgreich abgeschlossen. Insgesamt haben sich ca. 1.900 Gäste an dieser auf der „MS Oceana“ stattgefundenen Veranstaltungstrilogie beteiligt. Durch die veranstaltungsbegleitende umfangreiche Medienberichterstattung sowie der Ausstrahlung der Cultureboat-Filme im Offenen Kanal erfuhr die Veranstaltungsreihe eine weitere beträchtliche öffentliche Beachtung. Der Projektanspruch - mit dieser Veranstaltungsreihe auch Bevölkerungsgruppen anzusprechen, die mit den inhaltlichen Themenschwerpunkten dieser Veranstaltungsreihe eher weniger vertraut sind - konnte weitestgehend erreicht werden.

Am 06.03.2009 wurde eine öffentliche Lesung mit der Autorin und Schauspielerin Renan Demirkan im Cafe Weserhaus (Radio Bremen) erfolgreich realisiert; ca. 90 Gäste waren anlässlich der Lesung anwesend. Darüber hinaus wurde die Lesung ebenfalls im Offenen Kanal gesendet. Eine DVD über diese Veranstaltung wurde zugleich produziert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1. Durchführung von Migrant/innentagen in Kooperation mit dem Kulturzentrum Lagerhaus-Migration Migrant/innentage sollen eine Plattform für interkulturellen Dialog schaffen, - als Basis für mehr Toleranz, Annäherung und ein friedliches Miteinander.	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	jährlich	SAFGJS, 51-11

In Kooperation mit dem Kulturzentrum Lagerhaus-Migration fanden jährlich „MigrantInnentage ...gegen Ausgrenzung“ statt. Die Migrant/-innentage stellten sich gegen Ausgrenzung und förderten durch ihr buntes und vielfältiges Programm die Begegnung zwischen den Kulturen. Sie trugen zu Akzeptanz und Anerkennung der in Bremen lebenden Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen bei und setzten damit außerdem ein Zeichen für Respekt. Die Migrant/-innentage der Jahre 2007-2010 fanden jedes Jahr im Dezember statt und haben durchschnittlich ca. 4.000 interessierte Personen erreicht:

- 2. - 21. Dezember 2007 mit dem Schwerpunkt „Migration, Gesundheit und Einbürgerung.“
- 2. - 19. Dezember 2008 mit dem Schwerpunkt „Frauen-Migrantinnen.“
- 2. - 19. Dezember 2009 mit dem Schwerpunkt „Füreinander da sein.“
- 2. - 19. Dezember 2010 mit dem Schwerpunkt „Migrant/-innen in der Politik.“

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2. Durchführung einer jährlichen Kindertheater-Woche in Kooperation mit dem Kulturzentrum Lagerhaus-Migration Ein Stück Integrationsarbeit auf dem Weg zu mehr Toleranz, die bereits im Kindesalter aufgebaut werden muss, damit mehr Verständnis untereinander zu mehr Miteinander führt.	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	jährlich	SAFGJS, 51-11

In Kooperation mit dem Kulturzentrum Lagerhaus-Migration fanden im Rahmen der (10.-13.) Interkulturellen Kindertheaterwochen folgende Kindertheaterprojekte statt: 8.-12. Oktober 2007 Theaterstück „Der nette Nasrettin“, 17.-21. November 2008 Theaterstück „St. Nikolaus“, 9.-13. November 2009 Theaterstück „Das Hirtenmädchen und die Prinzessin“, 8.– 12. November 2010 Theaterstück „Der kleine reisende Derwisch“. Die Aufführungen fanden statt in den Grundschulen der Stadtteile Tenever, Neustadt, Mitte/Östliche Vorstadt, Lüssum, Vegesack, Findorff, Gröpelingen, in der Zionsgemeinde (Neustadt) und im Kulturbüro (Bremen Nord). Die Veranstaltungsreihe ist äußerst erfolgreich. Kulturbezogene Integrationsarbeit führt zu mehr Toleranz, die bereits im Kindesalter aufgebaut werden muss, damit mehr Verständnis untereinander zu mehr Miteinander führt. Die Kindertheaterwochen der Jahre 2007-2010 haben jährlich ca. 1.300 Kinder, Pädagogen/-innen, Erzieher/-innen und Eltern erreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.3. Jugendveranstaltungsreihe „Lampenfieber“ Fortführung der interkulturellen Jugendveranstaltungsreihe „Lampenfieber“ in Kooperation mit dem Bürgerhaus Weserterrassen;	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2007-2009	SAFGJS, 51-10

Veranstaltungen: „Battle Royale“ am 21.7.2007, „Just DoIt“ am 08.02.08, „Breakin Ultimatum“ am 05.07.08 sowie die Tanztheaterproduktion „Die kleinen Strolche“ am 11.09.09.

Die Zielsetzung dieses Kooperationsprojektes, das Eigenengagement von Jugendlichen zu stärken sowie die Zusammenarbeit von Jugendlichen mit- und ohne Migrationshintergrund zu fördern, konnte mit den vorgenannten Veranstaltungen erreicht werden. Die für die vorgenannten öffentlichen Veranstaltungen erforderlichen Planungs- und Organisationsarbeiten wurden durch eine sehr rege Beteiligung jener Jugendgruppen engagiert umgesetzt.

Die im Bürgerhaus Weserterrassen stattgefundenen Veranstaltungen erfuhen ein reges Publikumsinteresse insbesondere auch bei den Eltern der am Programm beteiligten Jugendlichen. So waren durchschnittlich ca. 200 Besucher/innen anwesend. Die im Rahmen der Breminale präsentierte Performance „Breakin Ultimatum“ wurde von ca. 400 – 500 Zuschauer/innen verfolgt. Aufgrund organisatorischer Veränderungen im Bürgerhaus Weserterrassen wurde diese Veranstaltungsreihe 2009 beendet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.4. Theaterprojekt „Osman Engin“ Auf der Basis der Veröffentlichungen des Satirikers Osman Engin wird ein Theaterstück geschrieben und durch ein interkulturelles Ensemble u.a. auch in Schulen und sonstigen Jugendeinrichtungen präsentiert werden.	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS; 51-10

Aufführungen fanden statt vom 24.09. bis 04.10.08 und vom 18.02. bis 22.02.09 im Packhaus Theater sowie am 06.11.08 im Schulzentrum a.d. Koblenzer Str. Das Theaterprojekt wurde mit der Aufführung am 22.09.09 im Packhaus-Theater sehr erfolgreich abgeschlossen. Alle Aufführungen im Rahmen der beiden Spielzeiten im Packhaustheater stießen auf ein hohes Publikumsinteresse. Besonders hervorzuheben ist die Veranstaltung im SZ Koblenzer Str., die von sehr vielen Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern mit hoher Begeisterung aufgenommen wurde. Insgesamt konnten ca 900 Zuschauer/innen mit diesem Projekt erreicht werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.5 Fortschreibung und Weiterentwicklung der kulturellen Angebote im Rahmen des Programms Bremen – Stadt der vielen Kulturen	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51-10

Durchgeführte Veranstaltungen: 2.4.08 Workshop Islam, 16.04.08 Lesung S. Obhodjas, 19.04.08 Konzert Rai Orchester, 29.04.08 Vortrag Islam Prof. Büttner, 06.05.08 Workshop Islam, 17.05.08 Konzert Kne&Gnawa, 22.05.08 Vortrag Islam i.d. Medien, 28.05.08 Lesung N. Selim, 13.06.08 Tanz der Derwische, 18.06.08 Vortrag Zwischen Pop u. Dschihad, 30.10.08 Lesung S. Mohafez, 14.11.08 Theater Clash of Culture, 13.05.09 Lesung Hatice Akyün, 29.05.09 Konzert Terakft, 17.06.09 Lesung F. De Martin u. A. Florio, 22.10.09 Lesung Yade Kara, 02. u. 03.11.09 Theater Clash of Culture.

Die Veranstaltungsreihe des Jahres 2008 stand unter dem Thema „Islam“; insofern erfuhren die einzelnen Veranstaltungspunkte ein reges Interesse. Insbesondere auch die Vortragsveranstaltungen bzw. Workshops wurden gut angenommen. Mit den 18 Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum ca. 800 – 1000 Interessenten erreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.6 „Von Amts wegen, von wegen nur Amt!“ Repräsentative Darstellung von Künstlern/innen mit Migrationshintergrund sowie dialogfördernde Kulturelemente in Dienststellen	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008-2011 (22.11.07)	SAFGJS, 51-10

Die Veranstaltung mit der Integrationsbeauftragten Berlin- Mitte, Frau Maryam Stiebenz, fand am 16.04.10 im Cafe Ambiente statt. Mit der Autorin und Journalistin Dilek Güngör wurde die Veranstaltungsreihe am 25.06.10 im Bürgerhaus Weserterrassen fortgesetzt. Mit beiden Veranstaltungen wurden ca. 100 Teilnehmer/innen erreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Regelmäßige Durchführung des Nachbarschaftsprojektes European Neighbours Day Planung und Koordinierung des jährlich stattfindenden European Neighboursday	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	30.5.06, 29.5.07, 27.5.08, 26.5.09, 28.05.10	SAFGJS, 51-10

Seit der erstmaligen Beteiligung Bremens im Jahr 2006 hat sich die Beteiligungsquote am European Neighbours' Day auf einem stabilen Niveau entwickelt. So beteiligen sich jährlich inzwischen 40 bis 50 Initiativen, Vereine, Kirchen-, Kultur- und Sporteinrichtung sowie Nachbarschaftsaktionen an der Ausrichtung dieses Europäischen Nachbarschaftstages. Eine besonders hohe Aktivitätendichte ist insbesondere in den Stadtteilen Gröpelingen, Hemelingen und

Huchting zu verzeichnen. Erstmals wurde gemeinsam mit dem Verein „Ein Haus für unsere Freundschaft“ am 28.05.10 ein zentrales Nachbarschaftsfest in Hemelingen veranstaltet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Informationsveranstaltungen für Jugendliche in Freizeitheimen und Jugendzentren in Bremen und Bremerhaven zum Zuwanderungsge- setz (Einbürgerung, Familienzusammenführung, Bleiberechtsrege- lung etc.) sowie zu den Themenbereichen interkulturelle Konflikte und Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit Aufgrund der Neustrukturierung der Jugendfreizeitheime soll die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Trägern intensiviert werden.	TN-Zahlen; Auswertung Zieler- reichung	2008	SAFGJS, 51-10 und 51-11

Mit der am 07.02.08 im Jugendfreizeitheim Marienwerder Str. stattgefundenen Informationsveranstaltung, an der sich Vertreter/innen von 6 Freizeitheimen beteiligt hatten, wurde diese Maßnahme abgeschlossen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Information kommunaler Mandatsträger über rechtsextremistische Gruppen und Parteien 1-2 Weiterbildungsmaßnahmen pro Jahr in Absprache mit den Ortsämtern und Beiräten	TN-Zahlen; Auswertung Zieler- reichung	2008-2011	SAFGJS, 51-9 und 51-10

Im Haus der Bürgerschaft fand ein Workshop mit dem Titel: „Strategien im Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/-innen in Beiräten und Parlamenten“ mit circa 20 Beiräten und Parlamentariern und interessierten Schülerinnen und Schülern statt. Gastrednerin war die Landtagspräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Brettschneider, die über Erfahrungen mit NPD-Abgeordneten im Landtag berichtete. Diese Veranstaltung fand einmalig statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Fortsetzung des Bremer Jugendpreises „Dem Hass keine Chance“ (Kinder und Jugendliche aus Bremen und Bremerhaven sollen dazu animiert werden, sich mit Themen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt auseinander zu setzen. Ein jährlich stattfindender Wettbewerb schafft Anreize, sich dieser Themen anzunehmen. Einsendeschluss ist immer der Antirassismustag am 21. März und die Preisverleihung findet unter Mitwirkung des Senatspräsidenten im Rathaus statt.)	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51-9

Jährlich findet die Preisverleihung in der oberen Rathauhalle statt. Es werden neben drei großen Senatspreisen auch bis zu 17 Sonderpreise vergeben. Beteiligt haben sich durchschnittlich circa 1000 Schüler und Schüler pro Jahr mit jeweils 50 - 60 Beiträgen. Die Preisverleihung findet immer in einem feierlichen Rahmen in der oberen Rathauhalle statt und die Senatspreise werden vom Bremer Bürgermeister überreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Durchführung eines Fachtages und von Fachseminaren zum Thema: „Gewaltprävention und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit“ (Arbeitstitel) für Lehrer/Lehrerinnen, Schüler/Schülerinnen und Eltern	Alle drei Zielgruppen verschiedener Bremer Schulen sollen an dem Fachtag beteiligt sein; anschließende Fachseminare soll es nach Bedarf geben; Auswertung Zielerreichung	2008 und 2009 2009 und 2010	SAFGJS, 51-9; SfBW, LIS

Fachtage und Fortbildungsseminare unter der Federführung des Landesinstituts für Schule zu den Themenfeldern Gewaltprävention, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sollen den Schulen Impulse und Anregungen geben, sich mit diesen Themen auseinander zu setzen; dabei ist ein engmaschiges Netzwerk zwischen Lehrpersonal, Schülern und Elternschaft zu knüpfen.

Unter dem Titel „Richtig Zoffen“ hat ein Fachtag zur Gewaltprävention für Schülerinnen und Schüler des 5. – 11. Jahrgangs und aus den Grundschulen (3. und 4. Klasse) im jährlichen Wechsel seit 2009 stattgefunden. Auch zukünftig ist die Organisation dieses Fachtages besonders für ausgebildete Streitschlichter an den Schulen geplant und findet jährlich mit wechselnden Zielgruppen statt. Es werden jeweils bis zu 7 Workshops mit circa 100 Mitwirkenden durchgeführt.

Dieser Fachtag ist eine gemeinschaftliche Initiative des LIS, der Initiative „ganztägig lernen“, der Bürgerstiftung Bremen, dem ZEBIs und der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Unterstützt wird dieser Fachtag durch ein Grußwort vom Bremer Bürgermeister und der Moderation durch den Polizeipräsidenten Bremen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>8. Angebot des Berliner Programms: „Kinderwelten. Vorurteilsbewusste Erziehung und Bildung“ in Bremer und Bremerhavener Kindergärten und Grundschulen</p> <p>Fremdenfeindliche Einstellungen entstehen bereits im Kindesalter; deshalb muss eine vorurteilsbewusste Erziehung und Bildung schon in den Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen von Kleinkindern und Grundschulkindern initiiert und gezielt gefördert werden. Mitwirkung bei der Umsetzung; Nach einer Auftaktveranstaltung in 2007 wird entschieden werden, welche Bremer und Bremerhavener Einrichtungen sich an dem Projekt beteiligen werden.</p>	Auswertung Zielerreichung	Ab 2008	SAFGJS, 51-9

Der Bremer Kompetenzkern besteht aus Vertreterinnen von 2 Kitas, 2 Grundschulen, 1 Fachschule für Sozialpädagogik und Trägervertretungen und trifft sich jährlich circa fünf Mal zur Koordination und zum Info-Austausch. Die Multiplikatoren Ausbildung erfolgte in Berlin. Eine Auftaktveranstaltung für das Projekt hat 2009 mit circa 100 TN unter dem Motto: „Wir machen uns auf den Weg“ stattgefunden. Im Juni 2010 hat der Bremer Kompetenzkern mit vielen Kolleg/-innen aus den Einrichtungen an dem überregionalen Fachtag in Berlin mit insgesamt über 1000 Beteiligten teilgenommen. Bremen war mit 5 Beiträgen vertreten; zwei Bremerinnen haben dort auch einen Fachvortrag gehalten. Für 2011 ist eine Veranstaltung in Bremen für eine interessierte Fachöffentlichkeit geplant.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>9. Prüfung der Reaktivierung des Aussteigerprogramms aus der rechten Szene und Erweiterung auf den Bereich Opferschutz für Betroffene von rechter Gewalt</p> <p>Schulveranstaltungen mit der Aussteiger-Kontaktperson aus BRH und einem Aussteiger aus der rechten Szene; Neuauflage der give-away-cards zur Verteilung in der Bremer und Bremerhavener Kneipenszene; Kontakt zu Schulen in Bremen und Bremerhaven.</p>	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51-9

Es hat eine Postkartenwerbung (in der Kneipenszene Bremen und Bremerhaven) für das Aussteigerprogramm (give-away-cards) gegeben; Pastor Scheider in Bremerhaven hat pro Jahr einige wenige Aussteigerwillige betreut.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.7 Frauen			
1. Förderung der Teilnahme an Weiterbildungsangeboten und Stadtteilaktivitäten von Frauen mit Migrationshintergrund	Auswertung: 50 Abschlussinterviews/ Feedbackbogen der TN der Kurse	2008-2011	SAFGJS, 51-8

Von Oktober 2007 bis November 2010 haben insgesamt 394 Personen an den FIT-Kursen der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales teilgenommen. Ca. 95% der Teilnehmer/-innen sind weiblich.

Ein definiertes Teilziel innerhalb der FIT-Programme ist, die Teilnehmer/-innen über Institutionen und Aktivitäten im Stadtteil zu informieren und sie zu motivieren, an diesen teilzunehmen. Zur Erreichung dieses Teilziels beinhaltet das Programm FIT-Eltern nicht nur die Auseinandersetzung mit Ängsten und Blockaden im Hinblick auf Angehörige und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, sondern es finden auch 24 Unterrichtsstunden praxisorientierte Treffen mit Vertreter/-innen einer Schule, einer KiTa, der Polizei, der WIN-Koordinatorin sowie Besuche von Einrichtungen im Stadtteil wie VHS, Haus der Familie, Mütterzentrum etc. statt. Ziel dieser Treffen und Besuche ist, die Arbeit und Erfahrungen der jeweiligen Vertreter/-innen von Institutionen als auch die Angebote der jeweiligen Einrichtungen im Stadtteil kennen zu lernen.

Welche Form der Auswertung wurde oder wird gewählt? Sozialdaten wie Geburtsort, Alter, Aufenthaltsdauer, Schulbildung und Berufstätigkeit im Ursprungsland, Schulbildung und Berufstätigkeit in Deutschland, Anzahl und Alter der Kinder, Deutschkenntnisse wurden erfasst. Im Hinblick auf die oben genannte Teilzielformulierung, die offene Frage gestellt, ob die Teilnehmerinnen in der Begegnung mit der deutschen Gesellschaft bei sich Veränderungen wahrnehmen. Von den 83 Personen, die interviewt wurden, gaben ca. 60% an, dass sich ihr Zugang zu der deutschen Gesellschaft positiv verändert hat. Sie fühlen sich sicherer und selbstbewusster (23%), haben weniger Ängste, zu kommunizieren (14%), sie haben mehr Kontakt zu Deutschen (12%). Für die Schule und die Kita ihrer Kinder haben sie mehr Verständnis; diese sind ihnen nun vertrauter. (40%)

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.1 Abbau von Hemmungen im Umgang mit der deutschen Sprache sowie des aktiven Wortschatzes im Rahmen des „Familienorientierten Integrationstrainings FIT“ und des Sprach- und Sprechprojektes des Migrantinnenrates Bremen	200 Frauen	März 2008 bis Dez. 2009	SAFGJS, 51-8
Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1.2 Kennenlernen von Einrichtungen, Angeboten und Aktivitäten im Stadtteil	200 Frauen	2008-2011	SAFGJS, 51-8

374 Frauen haben von 2007 bis 2010 an den FIT-Kursen teilgenommen. Ein Bestandteil der Kurse ist das Erlernen des jeweiligen Wortschatzes zu den Lerneinheiten der Programme. Hierzu gibt es ausgearbeitete Wortschatzhefte, die die Teilnehmerinnen als Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt bekommen. Zu Beginn eines Treffens wird der Wortschatz eingeübt.

Darüber hinaus hat der Migrantinnenrat Kleinstgruppen von 2-3 Personen koordiniert, in denen deutsche Muttersprachlerinnen sich regelmäßig einmal in der Woche für jeweils 2 Stunden mit Migrantinnen treffen, um sich in einer lockeren Atmosphäre in der deutschen Sprache zu unterhalten. Alle befragten Teilnehmerinnen dieser Kurse sagten in den Abschlussinterviews, dass sie ihre Deutschkenntnisse verbessert haben (100%); 8 deutsche Muttersprachlerinnen arbeiteten ehrenamtlich in den Jahre 2008/9 mit insgesamt 20 Migrantinnen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Förderung transkultureller Identitätsbildungsprozesse von Mädchen und jungen Frauen	zehn Gruppenleiterinnen 80 Mädchen und junge Frauen; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-8
Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1 Entwicklung eines Konzeptes		2008/09	SAFGJS, 51-8

Das Vorhaben wurde zurückgestellt. Es wurde ein neuer Schwerpunkt auf die Entwicklung eines Programms „FIT – Jugend“ gelegt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Qualifizierung von Gruppenleiterinnen		2008/09	SAFGJS, 51-8

Das Vorhaben wurde zurückgestellt. Es wurde ein neuer Schwerpunkt auf die Entwicklung eines Programms „FIT – Jugend“ gelegt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.3 Durchführung von Angeboten		2009-2011	SAFGJS, 51-8

Das Vorhaben wurde zurückgestellt. Es wurde ein neuer Schwerpunkt auf die Entwicklung eines Programms „FIT – Jugend“ gelegt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Informationen und Unterstützung von Frauen und Mädchen in Bezug auf Zwangsverheiratung Die Problematik: „Zwangsheirat“ kann mit Unterstützung einer Betroffenen in Bremerhavener und Bremer Schulen (Sek I und II) durch Info-Veranstaltungen und Gesprächskreise thematisiert werden, flankiert mit Hinweisen über Beratungsstellen und Hilfsangeboten in den beiden Städten; der Bedarf wird in Kooperation mit dem Referat 23 beim Senator für Bildung ermittelt und entsprechende Initiativen können eingeleitet werden.	Je nach Interesse der Schulen können pro Jahr 2 Veranstaltungsblöcke in HB und BRH durchgeführt werden; Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51-9

Jedes Jahr ist eine von Zwangsheirat Betroffene zur Präventionsarbeit jeweils in 4 Bremer Schulen gegangen: In 2009 und 2010 sind auch jeweils 2 Bremerhavener Schulen mit einbezogen worden; insgesamt wurden mehr als 650 Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren mit der Thematik Zwangsheirat und Menschenrechte konfrontiert. In 2009 war auch ein muslimischer Vertreter der Berliner Projektgruppe Hero in zwei Schulen anwesend und 2010 hat ein Vertreter des Bremer Jungenbüros zwei Jungengruppen zur Thematik „Ehre und Scham“ übernommen. Es hat auch jeweils noch eine Lehrerfortbildung in Bremen und Bremerhaven gegeben.

Die Broschüre: „Ich bin kein stilles Opfer mehr“ enthält als Dokumentation von 2008 und 2009 Umfrageergebnisse der Schülerinnen und Schüler, die die Veranstaltungen miterlebt haben. Deutlich wird dabei, dass viele Schülerinnen und Schüler mit dieser Thematik bisher nicht konfrontiert worden waren, dass viele das Problem Zwangsheirat mit dem Islam in kausalem Zusammenhang betrachtet hatten und dass auch Erstaunen darüber bestand, dass auch junge Männer von Zwangsheirat betroffen sein können.

Die Broschüre mit den Umfrageergebnissen steht kostenlos zur Verfügung. Einzelgespräche mit der Referentin im Anschluss an die Veranstaltungen haben gezeigt, dass die unmittelbare oder auch mittelbare Betroffenheit von Zwangsheirat durchaus bei einigen Schülerinnen und Schülern gegeben ist. Wichtig war auch, den Jugendlichen zu zeigen, dass man sich wehren kann und dass es in Bremen auch Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten gibt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Thematisierung des Problems Zwangsverheiratung In Schulen mit hohem Migrantenanteil soll die Problematik „Zwangsheirat“ in die „Schulöffentlichkeit“ getragen werden, um möglichen Betroffenen und deren Umfeld mehr Rückhalt zu geben, sich mit diesem Thema kritisch auseinander zu setzen und Informationen über Hilfsangebote zu kennen.	s. o.; Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51-9

vgl. o. g. Dokumentation mit den Umfrageergebnissen: „Ich bin kein stilles Opfer mehr!“ Im Mai und November 2007 hat in HB (60 TN) und BRH (30 TN) eine Fortbildung zur Problematik Zwangsheirat für Lehrer/-innen, Sozialpädagog/-innen, Polizei, Mitarbeiter/-innen aus den Ressorts Justiz, Inneres, Bildung, Soziale Dienste und Jugendeinrichtungen. Referentinnen waren Sozialpädagoginnen aus dem AWO-Fachdienst Migration & Integration sowie eine Rechtsanwältin und eine Frauenärztin. Im März 2011 wird wieder eine Fortbildung zum Thema organisiert werden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2.8 Ältere			
1. Unterstützung eines Begleitungs- und Beratungsangebotes in der Altenhilfe und Pflege durch Ehrenamtliche für ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 52, 52-2

Das Projekt „Köprü“ (türk. für Brücke) des Zentrums für Migranten und interkulturelle Studien e. V. (ZIS) profitiert von einem gründlichen Vorlauf, der aus einer Bedarfsevaluation im Quartier und einer Qualifizierungsmaßnahme für ehrenamtlich Tätige bestand. Das Angebot der Beratung und Begleitung älterer Migranten in Bezug auf Unterstützung und Pflege ist seit Dezember 2009 im Bremer Westen aktiv und wird von der Zielgruppe rege in Anspruch genommen. Interesse wird auch aus anderen Stadtteilen Bremens angemeldet und im Rahmen der Kapazitäten beantwortet. Zum Selbstverständnis des Projektes gehört eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. ZIS kooperiert auf der Basis schriftlicher Vereinbarungen mit 11 Einrichtungen der Altenhilfe und Pflege im Bremer Westen; mit weiteren Partnern besteht regelmäßige Zusammenarbeit. Das Projekt wird aus Mitteln der Altenhilfe nach dem Bremischen Ausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz gefördert. Es besteht eine Förderentscheidung für drei Jahre.

Das ZIS-Projekt „Köprü“ hat 2010 an einem europäischen Kommunalwettbewerb teilgenommen und ist in die engere Auswahl gekommen.

In 2010 erreichte ZIS 934 Migrantinnen und Migranten, davon 506 über Sprechstundenangebote an zwei Tagen pro Woche, 276 über aufsuchende Beratungen, 92 Personen über Informationsveranstaltungen an verschiedenen Orten sowie 48 regelmäßige Teilnehmer über wöchentliche Gruppenangebote/-beratungen. Insgesamt sind 12 Seniorenbegleiter/innen im Einsatz.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Erstellung einer Informationsschrift für Zuwanderinnen und Zuwanderer zu den Angeboten von Altenhilfe und Pflege	Auswertung Zielerreichung	2008	SAFGJS, 52, 52-2 Gesundheitsamt Bremen

Die aus Mitteln der Altenhilfe geförderte Informationsschrift über Angebote der Altenhilfe ist in einer russischsprachigen und in einer türkischsprachigen Fassung in Bremen-Nord in Kooperation verschiedener Stellen (Gesundheitsamt Bremen, Amt für Soziale Dienste, Dienstleistungszentren und Pflegedienste in Bremen Nord) erarbeitet und in Bremen-Nord über einen Verteiler der Altenhilfe in Umlauf gebracht worden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1 Förderung der Erstellung der Informationsschrift in zwei Sprachen			SAFGJS, 52, 52-2 Gesundheitsamt Bremen

siehe 2.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen			SAFGJS, 52, 52-2 Gesundheitsamt Bremen

siehe 2.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
<p>3. Berücksichtigung der besonderen Bedarfe von Zuwanderern in der Altenpflegeausbildung über eine Erweiterung des Curriculums um interkulturelle Aspekte in der Pflege (Seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege im August 2003 finden im Lernfeld „Unterstützung alter Menschen bei der Lebensgestaltung“ insbesondere die ethnischen und interkulturellen Aspekte von Migranten besondere Berücksichtigung. Dieses Lernfeld wird durchgängig über alle drei Ausbildungsjahre mit einem Stundenumfang von insgesamt 120 Stunden unterrichtet.)</p>	fortlaufend seit 2003		SfAFGJS, 52-3

32 % der Auszubildenden in der Altenpflegeausbildung haben einen Migrationshintergrund (Stand 1.11.2009). Gleichzeitig wird in immer stärkerem Umfang sowohl im ambulanten wie im stationären Bereich Pflege an pflegebedürftigen Migranten durchgeführt. Vor diesem Hintergrund bearbeiten die Altenpflegeschulen des Landes Bremen interkulturelle Aspekte mittlerweile in allen Lernfeldern der theoretischen und der praktischen Ausbildung, eine Begrenzung auf das Lernfeld „Unterstützung alter Menschen bei der Lebensgestaltung“ findet nicht mehr statt. Da interkulturelle Aspekte wie ein sog. roter Faden die gesamte Ausbildung begleitet, ist der Stundenumfang nicht bezifferbar, sicherlich aber weit höher als insgesamt 120 Stunden.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Bremerhaven			
4.1 Verbesserung des Angebotes für ältere Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte Information	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	Sozialamt Bremerhaven, Abt. Hilfe für Senioren

Durch das Sozialamt Bremerhaven wurde im Jahr 2010 die Gründung einer Seniorenaussiedlergruppe im Stadtteil Grünhöfe, der einen überdurchschnittlich hohen Migrantenanteil in der Wohnbevölkerung ausweist, initiiert. In Kooperation mit dem Pädagogischen Zentrum wird die Fortführung und Ausweitung der Gruppenaktivitäten unterstützt. Aus dieser Gruppe wurde ein Mitglied in den Ältestenrat des Seniorentreffpunktes gewählt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4.2 Beratungsangebote	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	Sozialamt Bremerhaven, Abt. Hilfe für Senioren

In Zusammenarbeit zwischen dem Sozialamt Bremerhaven und der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e. V. wurden im Jahr 2010 erstmalig drei Veranstaltungen für ältere Migraninnen und Migranten zu den Themen Gesundheit, gesunde Ernährung sowie gesund altern im Stadtteil veranstaltet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Bildung einer Arbeitsgruppe Altenhilfe aus Akteuren der Altenhilfe, Pflege und Wissenschaft im Interkulturellen Gesundheitsnetzwerk Bremen (beim Gesundheitsamt Bremen); Planung von Arbeitsschritten 2008 ff unter der Überschrift ‚Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe‘	Formulierung von Aufgaben	Weitere AG-Termine etwa fortlaufend im Quartalsabstand	52-2 Kooperation: Gesundheitsamt Bremen

Die AG trifft sich 3-4mal im Jahr abwechselnd in ihren Einrichtungen und tauscht sich thematisch aus. Die Gruppenarbeit wird fortgeschrieben im Rahmen des IGN beim Gesundheitsamt Bremen.

7. Leitbild Integration durch Interkulturelle Öffnung

7.1 Interkulturelle Öffnung

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Erhöhung des Anteils der Bewerbungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern bei der Polizei durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit	Einstellung von 10 Personen mit Migrationshintergrund; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2010	SfIS, Ref. 34 (Polizei Bremen, Magistrat Bremerhaven)

Von den zum 01.10.2010 eingestellten 120 Polizeikommissaranwärter/-innen haben 8 einen Migrationshintergrund. Damit haben 6,66 % der zum 01.10.2010 eingestellten PK-A bei der Polizei Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven einen Migrationshintergrund.

2007 -	15 Polizeikommissaranwärter/-innen	=	19,20 %
2008 -	4 Polizeikommissaranwärter/-innen	=	5,06 %
2009 -	11 Polizeikommissaranwärter/-innen	=	10,47 %

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Beibehaltung der Einstellungsquote von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den Ausbildungsberufen „Verwaltungsfachangestellte/r“ und „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“ beim Aus- und Fortbildungszentrum für den bremischen öffentlichen Dienst (AFZ) auf dem diesjährigen hohen Niveau.	25 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Überprüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst – 40 –

Zum 01.08.2010 wurden beim AFZ 25 Auszubildende in dem Beruf „Verwaltungsfachangestellte/r“ eingestellt, 9 Personen dieser Gruppe haben einen Migrationshintergrund (36 %). In dem Beruf „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“ werden seit 2008 keine Auszubildenden mehr ausgebildet, entsprechend kann dieser Beruf zukünftig aus der Zielformulierung herausgenommen werden. Der Migrationshintergrund der neu eingestellten Auszubildenden wurde auf Basis einer anonymisierten Befragung nach den Kriterien des Mikrozensus erhoben.

Vergleich der Einstellungszahlen bei auszubildenden Verwaltungsfachangestellten 2008 - 2010:

Jahr	Einstellungen insgesamt	davon Migranten	In %
2008	15	1	6,66
2009	20	4	20
2010	25	9	36

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Steigerung des Anteils von Zuwanderinnen und Zuwanderern bei der Bewerber/innen-Quote	20 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Überprüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst - 40 -

Auf die entsprechende Stellenausschreibung haben sich insgesamt 509 Personen für eine Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten zum 01.08.2010 beim AFZ beworben, 131 (25,73 %) von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Die Einschätzung des Migrationshintergrundes erfolgte auf Basis der aus den Bewerbungsunterlagen entnommenen Informationen, z.B. Angaben zum Geburtsort oder zur Staatsangehörigkeit.

Vergleich der Bewerberzahlen bei auszubildenden Verwaltungsfachangestellten 2008 - 2010:

Jahr	Bewerbungen insgesamt	davon Migranten	in %
2008	298	87	29,19
2009	301	59	19,6
2010	509	131	25,73

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Erhöhung der Einstellungsquote von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den kaufmännischen und gewerblich-technischen Ausbildungsverhältnissen bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG) auf das Niveau, das bereits bei den bedarfsbezogenen Berufen des AFZ erreicht wurde.	23 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Überprüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst - 40 -

Seit 2009 werden bei der ABiG nur noch Auszubildende eingestellt, die bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz Benachteiligung erfahren haben. Hierbei handelt es sich oftmals um Personen, die der ABiG über eine vorangegangene Maßnahme z.B. von der Arbeitsagentur zugeleitet wurden. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Auswahl sind hier reduziert. Eingestellt wurden 33 Auszubildende, davon 11 mit Migrationshintergrund (33,33 %). Der Migrationshintergrund der neu eingestellten Auszubildenden wurde auf Basis einer anonymisierten Befragung nach den Kriterien des Mikrozensus erhoben.

Vergleich der Einstellungszahlen von Auszubildenden bei der ABiG 2008 - 2010:

Jahr	Einstellungen insgesamt	davon Migranten	in %
2008	190	39	20,52
2009	40	9	22,5
2010	33	11	33,33

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.0 Steigerung des Anteils von Zuwanderinnen und Zuwanderern bei der Bewerber/innen-Quote	18 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Überprüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst - 40 -

Seit 2009 werden bei der ABiG nur noch Auszubildende eingestellt, die im Vorfeld auf ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz Benachteiligung erfahren haben. Hierbei handelt es sich oftmals um Personen, die der ABiG über eine vorangegangene Maßnahme z.B. von der Arbeitsagentur zugeleitet wurden. Die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Auswahl ist hier erheblich reduziert. Aus diesem Grund wurde eine Erhebung der Bewerber/innen-Quote nicht vorgenommen; dieses Ziel wird zukünftig wegfallen.

Vorhaben/Ziel neu!	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.1 neu Erhöhung der Einstellungsquote von Verwaltungsinspektor-anwärter(inne)n mit Migrationshintergrund	15 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Über- prüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbil- dungszentrum für den öffentlichen Dienst – 40 –

Zum 01.10.2010 wurden beim AFZ 11 Verwaltungsinspektor-anwärter/innen für das Studium Public Management (B.A.) eingestellt, 2 Personen dieser Gruppe haben einen Migrationshintergrund (18,18 %). Der Migrationshintergrund wurde auf Basis einer anonymisierten Befragung nach den Kriterien des Mikrozen-sus erhoben.

Vergleich der Einstellungszahlen von Verwaltungsinspektor-anwärter(inne)n 2008 - 2010:

Jahr	Einstellungen insgesamt	davon Migranten	in %
2008	5	0	0
2009	6	0	0
2010	11	2	18,18

Vorhaben/Ziel neu!	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.2 neu Steigerung der Bewerbungsquote von Menschen mit Migra-tionshintergrund für die Ausbildung zum/zur Verwaltungsinspektor-anwärter/in	15 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Über- prüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbil- dungszentrum für den öffentlichen Dienst - 40 -

Auf die entsprechende Stellenausschreibung haben sich insgesamt 432 Personen beworben, 67 (15,50 %) von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Die Einschätzung des Migrationshintergrundes erfolgte auf Basis der aus den Bewerbungsunterlagen entnommenen Informationen, z.B. Angaben zum Geburtsort oder zur Staatsangehörigkeit.

Vergleich der Bewerberzahlen bei den Verwaltungsinspektoranwärter/-innen 2008 - 2010:

Jahr	Bewerbungen insgesamt	davon Migranten	in %
2008	Keine Daten vorhanden	Keine Daten vorhanden	Keine Daten vorhanden
2009	429	66	15,38
2010	432	67	15,50

Vorhaben/Ziel neu!	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.3 neu Erhöhung der Einstellungsquote von Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den „Sonstigen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz“	25 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Überprüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst - 40 -

Seit 2009 werden Auszubildende in den „Sonstigen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz“ nicht mehr bei der ABiG, sondern – wie vor 2005 – beim AFZ eingestellt. 129 Auszubildende wurden 2010 eingestellt, 31 von ihnen haben einen Migrationshintergrund (24,03 %). Der Migrationshintergrund wurde auf Basis einer anonymisierten Befragung nach den Kriterien des Mikrozensus erhoben.

Jahr	Einstellungen insgesamt	davon Migranten	in %
2008	190	39	20,53
2009	161	31	19,25
2010	129	31	24,03

Vorhaben/Ziel neu!	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.4 neu Steigerung des Anteils von Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund an den „Sonstigen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz“	20 %; Auswertung Zielerreichung	Jährliche Überprüfung zum 01.10.	Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst – 40 –

Beworben haben sich insgesamt 1.898 Personen, davon haben 361 (19,02 %) einen Migrationshintergrund. Die Einschätzung des Migrationshintergrundes erfolgte auf Basis der aus den Bewerbungsunterlagen entnommenen Informationen, z.B. Angaben zum Geburtsort oder zur Staatsangehörigkeit.

Vergleich der Bewerberzahlen bei den „Sonstigen Berufen“ 2008 - 2010:

Jahr	Bewerbungen insgesamt	davon Migranten	in %
2008	2490	427	17,15
2009	1450	284	19,59
2010	1898	361	19,02

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Verbesserung der interkulturellen Kompetenz und der Interkulturellen Öffnung sowie Befähigung zum interkulturellen Dialog bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der kommunalen Eigenbetriebe und Bremischen Gesellschaften	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	SAFGJS, 51, 51-9

Es wurde eine Fachtagung: „Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung“ mit über 60 Teilnehmenden in 2007 organisiert; referiert wurde über die Ausbildung von Migrantinnen und Migranten bei der Polizei und in der öffentlichen Verwaltung. Dies war eine Auftaktveranstaltung zu mehr Initiativen, die interkulturelle Kompetenz von Beschäftigten einzufordern und Menschen mit Migrationshintergrund als Bewerber/-innen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Zwei ESF-geförderte Projekte zur Interkulturellen Kompetenz sind ab 2008 bis 2011 in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk und der Wisoak organisiert worden (siehe auch weitere Maßnahmen unter 7.1 Interkulturelle Öffnung).

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.1 Jährliche Informationsveranstaltung zur Sensibilisierung und zum Informationsaustausch in bezug auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung in Kooperation mit verschiedenen Weiterbildungsträgern	Erhöhung der Qualifizierungsquote der Mitarbeiter/innen im ÖDI; Auswertung Zielerreichung	2007 – 2011	SAFGJS, 51

Im November 2007 hat die Veranstaltung zur Interkulturellen Öffnung der bremischen Verwaltung mit mehreren regionalen und einem überregionalen Referenten und mehr als 80 Teilnehmer/innen aus der Bremer Verwaltung, von Initiativen und Eigenbetrieben stattgefunden. Die Wisoak hat in Kooperation mit der Senatorin für Finanzen im November 2009 eine weitere Veranstaltung als Fachtagung zur Interkulturellen Öffnung in der bremischen öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Aus diesen Veranstaltungen resultierte das Fortbildungsprogramm zu Ziff. 8.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.2 Jährliche Herausgabe eines Fortbildungskatalogs „Interkulturelle Kompetenz“ für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der freien Träger	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	SAFGJS, 51-9 und 51-12

Jährlich werden bis zu 35 Veranstaltungen von mehr als 15 Veranstaltern in dem „Fortbildungskatalog Interkulturelle Kompetenz“ zusammengefasst und der Öffentlichkeit kostenlos in 900 Exemplaren zur Verfügung gestellt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.3 Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zum Thema: „Interkulturelle Kompetenz“ durch das Referat 51 bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales in Kooperation mit anderen Dienststellen/Trägern für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der freien Träger	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2007-2011	51-9

Im Jahr 2008 wurden vier Workshops bzw. Fachtagungen zu den Themen Integrationslotsen, Nationaler Integrationsplan, Evaluation und Sinus-Studie zu Migrantenmilieus durchgeführt. Im Jahr 2009 wurden 6 Fachveranstaltungen u.a. mit folgenden Themen angeboten: Jüdische Immigranten, Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Diskriminierung, Teilhabe. Im Jahr 2010 wurden die Veranstaltungen „Jüdische Immigration aus den GUS-Staaten nach Deutschland“, „Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen“ und „Diskriminierung - und wie kann Antidiskriminierungsarbeit gelingen?“ durchgeführt.

Für 2011 wurden wiederum 5 Veranstaltungen geplant. An der Fachtagung Integrationslotsen nahmen 48 Personen teil, die weiteren Veranstaltung waren mit bis zu 25 TN – insbesondere MitarbeiterInnen aus der Verwaltung und den Migrantenvereinen gut besucht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6.4 Öffentlichkeitsarbeit und bürgernaher Zugang zur Ombudsfunktion des Migrations- und Integrationsbeauftragten	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	51

Der Zugang erfolgt durch Informationen auf der Homepage des Referates Zuwandererangelegenheiten und Integrationspolitik; Migrations- und Integrationsbeauftragter, welche in den Jahren 2008 und 2010 inhaltlich erweitert wurde. Der Zugang ist auch durch die ständige Präsenz des Referates im Bremer Rat für Integration und im Netzwerk für Zuwanderer und Zuwanderinnen im Lande Bremen gewährleistet. Dort wird regelmäßig auf die Möglichkeit der allgemeinen Beratung und der Beratung in Härtefallkommissionsfällen aufmerksam gemacht. Das Referat ist durch eine Mitarbeiterin und einen Mitarbeiter (als Stellvertreter) als festes Mitglied in der Härtefallkommission vertreten. Der bürgernahe Zugang zur Beratung wird auch durch die Beratungsmöglichkeit in türkischer Sprache unterstützt. Die Ombudsfunktion wird in rund 80 Fällen jährlich in Anspruch genommen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Beteiligung Bremens an der Charta der Vielfalt Unterstützung durch das Land Bremen und durch Bremer Betriebe auf dem Hintergrund realisierter Maßnahmen der interkulturellen Öffnung	Auswertung Zielerreichung	2009	SAFGJS, 51, 51-9

Die Charta der Vielfalt wurde für den Senat vom Bürgermeister, der Bürgermeisterin und der Senatorin für Soziales als „Integrations senatorin“ unterzeichnet. 9 weitere Bremer Betriebe unterstützen die Charta der Vielfalt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8. Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen des bremischen öffentlichen Dienstes im Themenfeld „Interkulturelle Kompetenz“ im Rahmen der ressortübergreifenden Fort- und Weiterbildung der Senatorin für Finanzen.	Alljährliche Überprüfung im Rahmen der Fortbildungsplanung	Alljährliche Überprüfung im Rahmen der Fortbildungsplanung	SfF 33

Das in Kooperation mit der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer gGmbH (Wisoak) im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Senatorin für Finanzen im Herbst 2008 gestartete Projekt „Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung: Qualifizierung und Beratung von Beschäftigten“ endete im November 2010. Das Ziel 350 Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes interkulturell zu schulen wurde erreicht. Im Rahmen des Projektes haben Grundlagenschulungen, Vertiefungsseminare, Erfahrungsaustausche und Workshops zu Ländern mit unterschiedlichen Kulturen statt gefunden bzw. wurden durchgeführt.

Um das Thema „Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung“ weiterzuführen wurde das Projekt „ikö II“ konzipiert. In dem neuen Projekt werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bremischen öffentlichen Dienstes zu interkulturellen Trainerinnen bzw. Trainern ausgebildet, um nach Beendigung der Ausbildung eigenständig interkulturelle Trainings in bremischen Dienststellen durchführen zu können. In dem Projektzeitraum vom 1. Dezember 2010 bis 28. Februar 2013 werden in drei Ausbildungsgängen bis zu 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu interkulturellen Trainerinnen und Trainern ausgebildet.

Darüber hinaus gibt es weitere Angebote im Rahmen der zentralen Fortbildung z.B. Sprachschulungen (Englisch/Türkisch), Veranstaltungen zur Kulturreichhaltigkeit im Berufsalltag (Arabische, Türkische Identitäten).

Form der Auswertung: Auswertung der Fortbildungsprogramme der Senatorin für Finanzen 2009/2010 und 2010/2011.

Insgesamt wurden in 2010 im Rahmen des ikö Projektes 10 Grundlagenschulungen mit insgesamt 155 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Darüber hinaus haben zwei Vertiefungsseminare mit 37 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sowie jeweils ein Workshop mit dem Schwerpunkt afrikanisch-, russisch- bzw. chinesischsprachigen Migrantinnen und Migranten in Bremen mit insgesamt 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden. Ferner wurden 4 Sprachschulungen mit 49 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und zwei Veranstaltungen zu Kulturreichhaltigkeit im Berufsalltag (Türkischen Identitäten) mit 36 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern durchgeführt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.1 Beibehaltung als universelles Qualifizierungsangebot im Themenbereich „Dienstleistungsqualität und Kundenorientierung“			SfF 33

Der Themenbereich „Interkulturelle Kompetenz“ ist in den Programmbereich „Managing Diversity“ eingeflossen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.2 Beibehaltung als Themenbaustein im Lehrgang „Kunden und Serviceorientierung“			SfF 33

Im Fortbildungsprogramm der Senatorin für Finanzen wird der Lehrgang „Kunden- und Serviceorientierung“ angeboten. Das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ ist als fester Bestandteil in das Curriculum des Lehrgangs eingebunden.

Form der Auswertung: Auswertung der Fortbildungsprogramme der Senatorin für Finanzen 2009/2010 und 2010/2011.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.3 Integration als Themenbaustein in den Aufstiegslehrgang für die Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste			SfF 33

Durch die Schaffung der Lehreinheit im Aus- und Fortbildungszentrum „Diversity Management“ im Jahr 2008 ist das Angebot und die Umsetzung eines Qualifizierungsbausteins „Interkulturelle Kompetenz“ sichergestellt worden und in das Curriculum sowohl der Ausbildung als auch der Aufstiegslehrgänge implementiert worden. Darüber hinaus werden die Mitarbeiterin und der Mitarbeiter der Lehreinheit im Rahmen der Einführungsfortbildung für den Nachwuchs-pool der Laufbahngruppe 2 - 1. und 2. Einstiegsamt - tätig.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.4 Integration als Themenbaustein in die Führungskräftequalifizierung			SfF

Entsprechende Veranstaltungen für Führungskräfte sind im Fortbildungsprogramm 2010/11 und 2011/12 vorgesehen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
9. Jährliche Herausgabe des „Interkulturellen Kalenders“ für freie Träger und die interessierte Öffentlichkeit	Auswertung Zielerreichung	2007-2011	51-9

Mit wechselnden Bildmotiven aus den Städten Bremen und Bremerhaven wird der interkulturelle Kalender in einer Auflagenhöhe von 4000 Exemplaren der Öffentlichkeit jährlich kostenlos zur Verfügung gestellt. Gedenktage und religiöse Festtage sind dort festgehalten. Die jährliche Nachfrage ist erheblich; das Interesse geht weit über Bremen hinaus.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
10. Durchführung von Seminaren „Interkulturelle Kompetenz“ für Polizeibeamte im Land Bremen; Änderung: Durchführung von Seminaren „Grundlagen für Interkulturelle Kompetenz im Polizeidienst“	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008 - 2009	SfIS, Ref. 34 (Polizei Bremen, Magistrat Bremerhaven)

Vorjahre:

2008	18.11. - 19.11.2008	23 Teilnehmer
2009	26.02. – 27.02.2009	17 Teilnehmer
	18.11. – 19.11.2009	11 Teilnehmer

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
11. Durchführung von Seminaren „Muslimische Honoratioren als Mittler polizeilicher Prävention“ für Polizeibeamte im Land Bremen; Änderung: Durchführung von Seminaren für Kontaktpolizisten „KoP-Modul Migration und Interkulturelle Bildung“	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008 -2010	SfIS, Ref. 34 (Polizei Bremen, Magistrat Bremerhaven)

Es wurde vom 01.12. – 02.12.2010 ein Seminar mit 20 Teilnehmern veranstaltet.

Vorjahre:

2008	01.09. – 05.09.2008	20 Teilnehmer
2009	03.09. – 04.09.2009	12 Teilnehmer

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
12. Durchführung von Seminaren „Interkulturelle Kompetenz“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde Bremen	TH-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SfIS, Ref. 20; Stadtamt, SfF, Ref. 33

Die Senatorin für Finanzen hat in Kooperation mit der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH (Wisoak) die Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes angeboten. Die Seminare, an denen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde teilgenommen haben, wurden im September 2008 begonnen und haben im November 2010 geendet.

(Auswertung der Fortbildungsprogramme der Senatorin für Finanzen 2008/2009, 2009/2010 und 2010/2011.)

Ziel des Projektes war es, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei zu unterstützen, aktiv an der interkulturellen Öffnung ihrer Behörde mitzuwirken, indem sie für Potentiale und Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten sensibilisiert und befähigt werden, interkulturelle Herausforderungen und Konflikte angemessen und professionell zu begegnen.

Seit Beginn der Seminarreihe 2008 wurden 25 Grundlagen-Fortbildungen à 32 Unterrichtsstunden durchgeführt. An diesen Fortbildungsmaßnahmen haben insgesamt 368 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bremischen öffentlichen Verwaltung teilgenommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde Bremen haben dieses Fortbildungsangebot zahlreich genutzt und bringen jetzt die gewonnen Fähigkeiten in ihre tägliche Arbeit mit Migrantinnen und Migranten ein. Die Fortbildungsreihe wurde 2010 mit einem positiven Fazit aller Beteiligten beendet. Die Senatorin für Finanzen beabsichtigt, eine weitere Fortbildungsreihe zur interkulturellen Kompetenz durchzuführen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
13. Durchführung eines Seminars „Jugendsachbearbeitung in der Polizei für Polizeibeamte im Land Bremen; u.a. mit einem Vortrag zum Thema „Religiöser und kultureller Hintergrund muslimischer Jugendlicher Änderung: Durchführung eines Seminars für den Zivilen Einsatzdienst – Themenorientierte Fortbildung „Ausländer und Migranten im Einsatzalltag“		2009	SfIS, Ref. 34 (Polizei Bremen, Magistrat Bremerhaven

Vorjahr:

2009: 05.11. – 06.11.2009, 14 Teilnehmer

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
14. Fünf Sprach- und Integrationsmittler werden verschiedene Polizeireviere in der Stadt Bremen mit dem Ziel besuchen: Verbesserung von Kontakten der Polizei zu unterschiedlichen Migrantengruppen und Erweiterung der Interkulturellen Kompetenz von Polizeibeamten; Verbesserung der Akzeptanz polizeilicher Arbeit bei Migranten	Sprach- und Integrationsmittler haben an verschiedenen Polizeirevieren in der Stadt Bremen mit dem folgenden Ziel hospitiert: -Verbesserung von Kontakten der Polizei zu unterschiedlichen Migrantengruppen -Erweiterung der Interkulturellen Kompetenz von Polizeibeamten -Verbesserung der Akzeptanz polizeilicher Arbeit bei Migranten	2008 - 2010	SfIS, Ref. 34 (Polizei Bremen, Magistrat Bremerhaven

Bei einer Informationsveranstaltung beim Paritätischen Bildungswerk wurde seitens der auszubildenden Sprachmittler der Wunsch eines Praktikums geäußert. Darauf hin haben sie Initiativbewerbungen an die Polizei gerichtet; wonach im Jahr 2010 vier Sprachmittler bei der Polizei Bremen hospitiert haben.

Vorjahre:

2008: 5 Sprach- und Integrationsmittler haben im Zeitraum 6.10. bis 14.11.2008 hospitiert; 2009: 3 Sprachmittler haben bei der Polizei Bremen hospitiert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
15. Im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Polizeivollzugsbeamten/-innen werden folgende Seminare mit den folgenden Inhalten angeboten: a) Führungskräftequalifizierung (8 Std. „Interkulturelle Kompetenz/Diversity“) b) Führungskräftefortbildung (3 Std. „Interkulturelle Kompetenz“) Ausbildung im geh. PVD (Modul 13 „Interkulturalität“)		2008 -2010	SfIS, Ref. 34 (Polizei Bremen, Magistrat Bremerhaven)

Im Rahmen der Qualifizierung von Führungskräften – FQ - (Fortbildungsmaßnahme an der HfÖV) wurde 2010 folgendes Seminar durchgeführt:
 Thema: „Grundlagen der interkulturellen Kompetenz“ 16 TN/ 6 Lehrveranstaltungsstunden

Vorjahre:

2008	FQ-Fortbildung	23 Teilnehmer – 11 Lehrveranstaltungsstunden
2009	FQ-Fortbildung	24 Teilnehmer – 8 Lehrveranstaltungsstunden

Zusätzliche Angebote: Zwischen den Kontaktpolizisten (KOP`S) findet ein Austausch über aktuelle und anlassbezogene Themen im Bereich Migration und Integration „Islam und Islamismus“ statt. Durchführungszeitraum: 3 x Jahr 3 Std. sowie 1 x ein zweitägiger Austausch. Ebenfalls wird im Rahmen des Bachelorstudiums Polizeivollzugsdienst an der HfÖV das Modul 13 zur Interkulturalität gelehrt.

2008:

- Durchführung von zwei Seminaren „Polizei und Moscheegemeinde“ für Polizeibeamte im Lande Bremen am 09./10.10. und 15./16.10.2008 mit jeweils 15 Teilnehmern.
- Rund um das Ausländer- und Zuwanderungsrecht für Polizeibeamte im Lande Bremen mit jeweils 15 Teilnehmern in den Zeiträumen 03./04.04.2008, 10./11.04.2008, 09./10.10.2008.

2009:

- Durchführung eines Seminars „Jugendsachbearbeitung in der Polizei für Polizeibeamte im Land Bremen, u.a mit Vortrag zum Thema „Religiöser und kultureller Hintergrund muslimischer Jugendlicher im Zeitraum 25. – 29.02.2009, 15 Teilnehmer.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
16. Durchführung von Seminaren „Interkulturelle Kompetenz“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde Bremen	TN-Zahlen; Auswertung Zielerreichung	2008 und 2009	SfIS, Ref. 20 Stadtamt

s. Ziff. 12

8. Leitbild Integration durch Bürgerbeteiligung und Partizipation

8.1 Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Durchführung von Bremischen Integrationskonferenzen mit Vertreter/innen von Migrant*innenorganisationen und religiösen Vereinigungen	Auswertung Zielerreichung	2008, 2009, 2010	SAFGJS, 51, Senatskanzlei

In der Woche vom 2. - 10.11.2008 wurde eine Bremer Integrationswoche mit dem Titel „Labskaus“ durchgeführt. Rund 200 zentrale und dezentrale Veranstaltungen fanden statt, organisiert von bremischen Migrant*innenorganisationen und anderen in der Integrationsarbeit aktiven Institutionen, sowie unter Beteiligung religiöser Vereinigungen sowohl zentral als auch in den Stadtteilen. Es konnten rd. 1000 Teilnehmer/innen erreicht werden.

Am 23.9.2009 wurde der 1. Bremer Integrationsgipfel durchgeführt. Es wurden eine Eröffnungs- und Anschlussveranstaltung im Rathaus sowie sechs Workshops angeboten. Am Integrationsgipfel 2009 haben rund 400 Personen an der Eröffnungsveranstaltung, 350 Personen an den Workshops und rd. 150 Personen an der Anschlussveranstaltung teilgenommen. Der Senat hat sich in seiner Sitzung am 26.1.2010 mit den Empfehlungen des Bremer Integrationsgipfels, welche in den Workshops anlässlich des Integrationsgipfels erarbeitet und dem Senat überreicht wurde, befasst. Zu den einzelnen Empfehlungen wurden die Stellungnahmen der Fachressorts im Senat behandelt. Der Senat war der Auffassung, dass der Bremer Rat für Integration den Diskussionsprozess über die Themen weiterführen sollte. Die Aufstellung mit den Ergebnissen der Workshops und der vom Senat erbetenen Rückäußerungen wurden dem Bremer Rat mit der Bitte um weitere Befassung in seinen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen übersandt.

In der Woche vom 15. – 21.8.2010 wurde die zweite Bremer Integrationswoche „Labskaus“ durchgeführt. Wiederum konnten über 200 Veranstaltungen angeboten und eine große Beteiligtezahl erreicht werden. Ab 12/2010 laufen die Vorbereitungen für die 2. Bremer Integrationswoche 2011.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Regelmäßige Durchführung von Willkommensempfängen für Neubürger/innen aus dem Ausland	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	SAFGJS, 51

Im Jahr 2007 wurde ein Willkommensempfang durchgeführt. Ab 2008 sind infolge des Rückganges der Zuwanderer/innenzahlen keine Empfänge durchgeführt worden. Ersetzt wurden die Willkommensempfänge durch eine intensive und wertschätzende Beratungsarbeit der Migrationsberatungsstellen, auf deren

Arbeit bereits nach der ersten Vorsprache neuer Zuwanderer/innen in der Ausländerbehörde hingewiesen wird. Neben der Orientierung auf die Integrations- und Orientierungskurse werden über diverse Projekte auch persönliche Patenschaften vermittelt. Hinzu kommen mit den Einbürgerungsfeiern sowie mit den Ansprachen zu den Integrationswochen „Labskaus“ 2008 und 2010 und zum Integrationsgipfel 2009 weitere wertschätzende Elemente. Integrationswochen und Integrationsgipfel waren dezentral ausgerichtet und boten ausführliche Gelegenheiten zur Beteiligung.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Förderung des Engagements von Migranten in ihren Selbstorganisationen	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 51-7

Integrationsfördernde Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen werden dauerhaft durch Institutionelle Förderung von Trägern der Integrationsarbeit und jeweils zeitlich befristet im Rahmen der Selbsthilfe- und Projektförderung unterstützt. Die Träger werden ausführlich beraten. Die Vergabe der Projektmittel erfolgt unter Beteiligung eines Gremiums, in dem Mitwirkende von Migrantenselbstorganisationen vertreten sind. Eine Auswertung erfolgt im Bereich der Institutionellen Förderung durch Evaluation der für das lfd. Förderjahr abgeschlossenen Zielvereinbarung. Im Bereich der Projektförderung durch Auswertung der Verwendungsnachweise. Bei der Institutionellen Förderung wird der Grad der Zielerreichung auf Basis der in der Zielvereinbarung genannten Einzelziele ermittelt. Im Bereich der Projektförderung durch Auswertung der Sachberichte. Erfasst u. ausgewertet werden u.a. die Anzahl der Teilnehmer/innen, deren Nationalität, die inhaltliche Ausrichtung der Projekte und deren Verteilung auf die Stadtteile (siehe 3.2).

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.1 Öffentliche Anerkennung des integrationsfördernden Engagements von Migrantinnen und Migranten und ihrer Organisationen			SAFGJS, 51-7

Der Bremer Rat für Integration hat in den Jahren 2006 - 2008 einen Bremer Förderpreis für Integration ausgeschrieben und vergeben. Die Preisverleihung an die insgesamt rund 15 Träger der Bremer Integrationsarbeit fand im Rathaus mit öffentlicher Würdigung und entsprechendem Medienecho statt. Eingeladen wurden jeweils sämtliche Bewerber, die sich um den Förderpreis beworben hatten. Auch für 2009 wurde ein Förderpreis ausgeschrieben, der allerdings mit einer sehr geringen Preissumme ausgestattet war und offensichtlich dadurch nicht angenommen wurde. Für 2010 wurde wiederum ein Förderpreis für gute Integrationsprojekte ausgelobt und anlässlich der Bremer Integrationswoche im August 2010 vergeben.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2 Unterstützung aus Mitteln der Selbsthilfeförderung	TN-Zahlen, Schwerpunkte	2007 - 2010	SAFGJS, 51-7

Im Zeitraum von 2007-2010 wurden insgesamt ca. 470 Projekte im Rahmen der Selbsthilfe- und Projektförderung gefördert. Die Anzahl der geförderten Projekte lag im Schnitt bei 117, die durchschnittliche Förderhöhe betrug rund 1.100 €. Das Antragsvolumen lag in den letzten vier Jahren (2007-2010) bei durchschnittlich 265.000 €, das Fördervolumen betrug im Mittel ca. 130.000 €.

Nach Auswertung der Verwendungsnachweise wurden durch die Gruppen- und Beratungsangebote von 2007 bis 2009 jährlich rund 2.400 Bremerinnen und Bremer erreicht; die Veranstaltungen erreichten ein Publikum von rund 11.550 Personen. Die Auswertung der Verwendungsnachweise für die im Jahre 2010 geförderten Projekte bezüglich der Teilnehmerzahlen ist derzeit noch nicht abgeschlossen (Stand 14.02.2011).

Tabelle 1: Entwicklung der Förderung von 2007 bis 2010

Jahr	Gesamtförder- volumen in €	Anzahl der ge- förderten Projekte	Durchschnittliche Förderhöhe in €	Antragsvolumen in €
2007	128.000	121	1.060	260.000
2008	126.000	113	1.115	260.000
2009	130.000	111	1.160	260.000
2010	135.000	124	1.088	280.000

Tabelle 2: Entwicklung inhaltlicher Schwerpunkte von 2007 bis 2010

Jahr	Beratung	Gesprächs- kreise/ Gruppen- angebote	Medien- projekt	Schulunter- stützend	Sprach- erwerb	Sport	Veran- staltung	Nähkurs
2007	7%	33%	7%	21%	5%	4%	13%	1%
2008	6%	32%	5%	22%	4%	5%	12%	
2009	5%	34%	4%	24%	5%	4%	14%	
2010	7%	33%	1%	19%	6%	4%	17%	

Tabelle 3: Verteilung der Projekte nach Zielgruppen von 2007 bis 2010

Jahr	Frauen	Jugendliche	Flüchtlinge	Mädchen	Senioren	übergreifend
2007	26%	24%	5%	7%	4%	35%
2008	22%	27%	6%	6%	4%	35%
2009	18%	43%	5%	5%	5%	25%
2010	22%	30%	7%	5%	4%	32%

Tabelle 4: Verteilung der Projekte nach Nationalitäten von 2007 bis 2010

Jahr	sonstige	übergreifend	Brasilien	Iran	Italien	Polen	Türkei	Tunesien
2007	6%	80%	1%	2%	1%	1%	14%	1%
2008	5%	84%	0%	2%	1%	1%	11%	1%
2009	5%	86%	0%	3%	1%	0%	9%	1%
2010	2%	84%	0%	2%	1%	0%	10%	1%

Tabelle 5: Förderung nach Regionen im gesamten Förderzeitraum von 2007 bis 2010

Jahr	Mitte	Süd	Ost	West	Nord	Bremerhaven	Land Bremen
2007	14,62%	10,21%	32,38%	13,87%	3,84%	6,59%	18,50%
2008	22,53%	6,86%	32,08%	14,20%	3,35%	4,74%	16,25%
2009	23,20%	10,61%	33,42%	11,73%	6,54%	5,31%	9,19%
2010	24,82%	10,37%	30,06%	13,21%	9,62%	6,30%	5,62%

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Unterstützung und Aufwertung der Arbeit des Bremer Rates für Integration	Auswertung Zielerreichung	2007, 2009	SAFGJS, 51
4.1 Erweiterung des Vorstandes und Bildung von Arbeitsgruppen			SAFGJS, 51

Im September 2007 hat der Bremer Rat für Integration einen Vorstand gewählt und eine Reihe von Arbeitsgruppen eingerichtet. Nach Beendigung der ersten Amtsperiode wurde der Bremer Rat für Integration im August 2009 neu konstituiert. Insgesamt wurden 28 Personen plus Stellvertreter/innen von der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration benannt. Im 2. Halbjahr 2009 hat der Bremer Rat für Integration neue Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfeldern eingerichtet, die regelmäßig tagen und aktiv tätig sind.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4.2 Berufung kompetenter Migrantinnen und Migranten sowie von Vertretern/innen von Akteursgruppen in den Bremer Rat für Integration			SAFGJS, 51

Die Neukonstituierung hat im August 2009 stattgefunden. Neben vorgeschlagenen Mitgliedern aus den Akteursgruppen Wohlfahrtsverbände, Arbeitsmarkt, Bildung und Weiterbildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung, Medien, Sport, Religiöse Gemeinschaften, Flüchtlingsorganisationen, Zentralelternbeirat sowie Vertreter/innen aus Bremerhaven (insg. 20) sind 8 Mitglieder mit Migrationshintergrund im Zuge von Bewerbungen und Vorschlägen aus den Migrantenorganisationen als „Akteuresgruppe der in der Integrationsarbeit besonders erfahrenen Personen“ von der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration ernannt worden. Alle Mitglieder besitzen eine/n Stellvertreter/in, die im Falle der Verhinderung der Mitglieder stimmberechtigt sind, jedoch auch ansonsten in allen Arbeitsgruppen und bei Sitzungen mitwirken können. Von den 56 Mitgliedern und Stellvertreter/innen besitzen 40 einen Migrationshintergrund (71 %). Der Frauenanteil liegt bei 54 %.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Bremer Rates für Integration	Auswertung Zielerreichung	ganzjährig	Bremer Rat für Integration SAFGJS, 51
5.1 Information über die aktuelle Arbeit des Bremer Rates für Integration und über allgemeine Integrationsthemen	Produktion von jährlich bis zu 6 Ausgaben der Publikation MITEINANDER; Auswertung Zielerreichung	ganzjährig	Bremer Rat für Integration SAFGJS, 51

Im Berichtszeitraum ist die Zeitung Miteinander 18 x mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Themen erschienen. Es besteht eine Homepage, die im Jahr 2010 optimiert wurde. Die Geschäftsstelle des Rates ist einmal wöchentlich besetzt und versendet regelmäßig einen Newsletter mit allgemein interessierenden integrationspolitischen Themen und Veranstaltungen. Die allgemeine Pressearbeit wird vom Vorstand des Rates mit Unterstützung einer professionellen Journalistin geleistet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5.2 Einrichtung einer Homepage des Bremer Rates für Integration für zeitnahe Veröffentlichung von aktuellen Informationen, Einladungen und Protokollen der Ratssitzungen; Schaffung von Möglichkeiten der Kontaktaufnahme per e-mail	Auswertung Zielerreichung	05/2008	Bremer Rat für Integration SAFGJS, 51

Seit März 2008 ist die Homepage des Bremer Rates für Integration im Netz. Sie trägt die Adresse www.bremer-rat-fuer-integration.de. Eine Kontaktaufnahme per Email ist möglich, Einladungen und Protokolle werden öffentlich eingestellt. Die Homepage wurde 2010 überarbeitet und optimiert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Berücksichtigung von Migranten/innen im Rundfunkrat und anderen politischen bzw. politiknahen Gremien	Auswertung Zielerreichung		SAFGJS, 51

Mit Beschluss vom 2.4.2008 ist eine Vertreterin des Bremer Rates für Integration in den Rundfunkrat von Radio Bremen entsandt worden. Sie und ihr/e Vertreter/in besitzen einen Migrationshintergrund. Ein Vorstandsmitglied des Bremer Rates für Integration ist im Beirat des Abschiebegewahrsams vertreten. Die Vorsitzende wird zu den Sitzungen der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration sowie zu den Sitzungen des Deputationsausschusses für Integration und Migration eingeladen. Sie erhält alle relevanten Vorlagen und Informationen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Verstärkung der Zusammenarbeit und des Dialogs mit Vertretern/innen muslimischer und anderer religiöser Vereinigungen	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 51

Die Zusammenarbeit findet regelmäßig mit Unterstützung der Senatskanzlei statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8. Nutzung des Bürgerrundfunks Bremen zur Vermittlung von Informationen über Migrationsthemen im Lande Bremen und über das damit verbundene soziale und kulturelle Geschehen	Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 51-7, Bürgerrundfunk Bremen

Mit dem Projekt „361°bremen“ wurde ein Format geschaffen, unter dem Kreative ihre Filme über Zuwanderung und Integration in Bremen verwirklichen und im Radio-Weser TV (ehemals Bürgerrundfunk) senden können. Interessenten erhalten fachliche und technische Unterstützung, z.B. Kurse in Kamera- und Schnitttechnik. Eine Homepage (www.361gradbremen.de) informiert über das Projekt sowie das aktuelle Programm. Zum Jahresende 2009 gab Radio Weser TV seine bisherigen Räume und damit das Sendestudio in Bremen Findorff auf. Die Ausstrahlung von Sendebiträgen erfolgt über den OK Bremerhaven, dort stehen auch Studioräume für Live-Übertragungen zur Verfügung. In Bremen wurde eine Kooperation mit dem Kulturzentrum Westend unter Nutzung der dortigen Infrastruktur fortgesetzt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.1 Etablierung eines festen Sendeplatzes für das Thema „Migration und Integration“ im Bürgerrundfunk Bremen	12 Sendungen pro Jahr; Auswertung Zielerreichung	ganzjährig	SAFGJS, 51-7

Jährlich wurden bis 2009 16 Sendungen im Radio Weser TV ausgestrahlt, an jedem 3. Mittwoch um 20:00 auf dem festen Sendeplatz „361° bremen“ in Bremen und am 3. Donnerstag um 12:00 in Bremerhaven. Die Beiträge wurden zudem zu unterschiedlichen Zeiten im Rahmen des laufenden Programms von Radio Weser TV wiederholt.

Mit der Ausstrahlung von insgesamt 58 migrationspezifischen Sendebiträgen wurde das Projektziel innerhalb des Berichtszeitraumes erreicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.2 Durchführung regelmäßiger Treffen interessierter Filmschaffender im Rahmen des Arbeitskreises „361° bremen“, Anregung zur Gestaltung und Produktion von Filmbeiträgen, Programmgestaltung des Sendeplatzes, Förderung des Interesses von Zugewanderten an der Ergreifung eines Medienberufes	10 jährliche Sitzungen; Auswertung Zielerreichung	ganzjährig	SAFGJS, 51-7

2009 gab es 4 Treffen des Arbeitskreises mit durchschnittl. 5 - 7 Teilnehmer/-innen; bei stetiger Fluktuation. Einige Mitwirkende haben zwischenzeitlich Medienberufe (auch außerhalb Bremens) ergriffen, dafür sind neue Interessierte hinzugekommen. 2009 war geprägt von der Unsicherheit über den Fortbestand des TV-Bereiches von Radio Weser TV (siehe Ziffer 8.a); daraus resultiert die zurück gegangene Zahl der Treffen des Arbeitskreises.

Über das Projekt und die aktuelle Fortentwicklung informierte jedoch weiterhin die Homepage www.361gradbremen.de. Aufgrund der organisatorischen Veränderungen im Bereich des Bürgerrundfunks (Schließung des Studios) waren die Planungsarbeiten für die Sendereihe im Jahr 2010 unterbrochen. Entsprechende Planungstreffen für die organisatorische Neuausrichtung und Revitalisierung der Sendereihe fanden am 21.06., 27.09.2010 und 31.01.2011 statt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.3 Bewertung von Projektanträgen und Entscheidung über die Förderung	Förderung von 6 – 10 Filmbeiträgen; Auswertung Zielerreichung	ganzjährig	SAFGJS, 51-7

Die Entstehung von 58 Filmbeiträgen (s. 8.1) wurde im Rahmen der Projektförderung unterstützt.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
9. Öffnung der Freiwilligenagenturen für mehr Menschen mit Migrationshintergrund	Auswertung Beteiligungsquoten, Auswertung Beratenden-Anteil; Auswertung Zielerreichung	2007 - 2011	SAFGJS, 54
9.1 Ansprache auch durch Informationen in türkischer und russischer Sprache			SAFGJS, 54
9.2 Steigerung des Anteils der Beratenden um rd. 20 %			SAFGJS, 54
9.3 Steigerung der Beteiligungsquote in Selbsthilfegruppen und Initiativen um rd. 20 %			SAFGJS, 54

Die Freiwilligen Agentur Bremen (FAB) ist die älteste Freiwilligenagentur Deutschlands. Aufgrund des Wechsels des Beratungsstandortes vom Kapitel 8 (evangelische Kirche) in die Zentralbibliothek fand eine Öffnung in alle Kulturkreise statt. Die Zahlen der Beratungen in der Zentralbibliothek bezüglich der Arbeit der Freiwilligen Agentur sind leider nicht aussagekräftig, da ein Großteil der Engagementwilligen sich direkt über das Internet informieren und Angebote einholt. Von der Bremerhavener Freiwilligenagentur liegen noch keine Zahlen vor, da sie erst Ende des letzten Jahres gegründet wurde.

In den „gestandenen“ Projekten der FAB sind trotz vieler Versuche (z. B. Aktivoli, Suche per Internet bzw. Printmedien) keine Menschen mit Migrationshintergrund vertreten. In den jungen Projekten (Balu und Du etc.) liegt der Anteil der Engagierten schon bei 30 %. Dieser Personenkreis erarbeitet zur Zeit auch Informationsmaterial für die FAB in unterschiedlichen Sprachen.

8.2 Aufenthaltsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht; Wahlrecht

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
1. Optimierung der Informationen über das Aufenthaltsrecht durch Ausbau der Internetpräsentationen der Ausländerbehörden Bremen und Bremerhaven	Auswertung Zielerreichung	laufend	SfIS, Ref. 20 Stadtamt, Magistrat Bremerhaven

Die Ausländerbehörden Bremen und Bremerhaven bieten im Internet allgemeine Informationen zum Ausländer- und Asylrecht an. Links führen zu weiteren Informationsangeboten. Der Senator für Inneres und Sport veröffentlicht die Erlasse zu diesem Rechtsgebiet regelmäßig im Internet. Eine Erweiterung und Ergänzung dieses Informationsangebotes erfolgt laufend.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2. Ausbau der Serviceleistungen durch Vernetzung der Maßnahmen der verschiedenen Behörden, insbesondere im Hinblick auf Integrationsmaßnahmen	Auswertung Zielerreichung	2008	SfluS, Ref. 20 SA,F,G,JuS, 51, Stadtamt, Magistrat Bremerhaven

Die Ausländerbehörden Bremen und Bremerhaven sowie der Senator für Inneres und Sport stehen in regelmäßigem Kontakt zu verschiedener Behörden, Institutionen und Trägern von Integrationsmaßnahmen. Durch intensiven Informationsaustausch werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Beteiligten transparent und eine gezieltere Planung von Integrationsmaßnahmen ermöglicht. Die räumliche Einbindung der Migrationserstberatung in die Räume der Ausländerbehörde Bremen wurde von der Beratungsstelle zum 31. März 2010 aufgegeben und durch anlassbezogene Kontakte zwischen der Ausländerbehörde und der Beratungsstelle ersetzt.

Die Ausländerbehörde Bremen und der Senator für Inneres und Sport haben als Mitglieder im Begleitausschuss des Bremer Integrationsnetzes, deren vier Träger Bleibeberechtigte und Flüchtlinge bei ihrer Integration unterstützen, Anregungen für die Umsetzung der Altfallregelung gegeben und die betroffenen Migrantinnen und Migranten gezielt auf die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten hingewiesen.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.1 Führen von Integrationsgesprächen		2007	SfluS, Ref. 20 SA,F,G,JuS, 51, Stadtamt, Magistrat Bremerhaven

Fortlaufend. Die Ausländerbehörden Bremen und Bremerhaven weisen im Rahmen von Vorsprachen Ausländerinnen und Ausländer auf Integrationsbedarfe und –angebote hin. Insbesondere ist durch die gesetzliche Altfallregelung, die von der Innenministerkonferenz Anfang Dezember 2009 beschlossene Bleiberechtsregelung und die landesrechtliche Regelung zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für integrierte geduldete Ausländerinnen und Ausländer ein erhöhter Beratungsbedarf entstanden, da bestimmte Integrationsmerkmale wie z.B. die Aufnahme bzw. Fortführung einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit die Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Regelungen sind.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
2.2 Abschluss von Integrationsvereinbarungen		2007	SfluS, Ref. 20 SA,F,G,JuS, 51, Stadtamt, Magistrat Bremerhaven

Es hat sich gezeigt, dass die Arbeitsgemeinschaften zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialhilfeträgern in der Regel bereits Vereinbarungen mit Betroffenen abgeschlossen haben, die vom Inhalt und der Zielrichtung einer ausländerrechtlichen Integrationsvereinbarung entsprechen, so dass auf zusätzliche Vereinbarungen zwischen den Betroffenen und der Ausländerbehörde in den meisten Fällen verzichtet werden konnte.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3. Optimierung der Informationen über Einbürgerungsvoraussetzungen	Auswertung Zielerreichung		SfluS, -21- SAFGJS, -51-

Die von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge herausgegebene Broschüre zum Thema „Wege zur Einbürgerung – Wie werde ich Deutsche – wie werde ich Deutscher?“ liegt für interessierte Personen bei mehreren Stellen, z.B. Staatsangehörigkeitsbehörden, Ausländerbehörden, Bürger-Service-Center, Volkshochschulen, aus.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.1 Intensivierung der Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales		2007	SfluS, -21- SAFGJS, -51-

Die Ressorts haben im Rahmen der länderoffenen Arbeitsgruppe „Einbürgerung attraktiv gestalten“ (siehe Ziff. 5) in gegenseitiger Abstimmung mitgearbeitet.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
3.2 Erarbeitung einer gemeinsamen Informationsbroschüre		2008	SfluS, -21- SAFGJS, -51-

Der Punkt ist erledigt, siehe Ziffer 3.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
4. Prüfung des Aufbaus eines Terminmanagements für Erstberatungen in den Einbürgerungsbehörden	Auswertung Zielerreichung	2008	SfluS, -21-

Der Aufbau eines Terminmanagements ist weiterhin nicht erforderlich, weil die Wartezeiten bei den Einbürgerungsbehörden in Bremen und Bremerhaven nur gering sind.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
5. Prüfung der Durchführung einer Einbürgerungskampagne	Auswertung Zielerreichung	2008	SfluS, -21- SAFGJS, -51-

Das Vorhaben ist abgeschlossen. Im Rahmen der Einbürgerungskampagne 2009 sind unter Nutzung verschiedener Kommunikationswege vielerlei Informationen über die Möglichkeiten einer Einbürgerung an mögliche Bewerberinnen und Bewerber gegeben worden. Ein erheblicher Teil der Teilnehmer der durchgeführten Fragebogenaktion hat angegeben, dass die durchgeführte Kampagne die Entscheidung für eine Einbürgerung beeinflusst hat. Die Ergebnisse der

Kampagne sind ausführlich im Bericht des Senators für Inneres und Sport vom 07.09.2009 dargelegt worden. Der ausführliche Bericht wurde veröffentlicht und ist auf der Homepage des Senators für Inneres und Sport jederzeit abrufbar (<http://www.inneres.bremen.de>).

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
6. Prüfung der Einführung eines kommunalen Wahlrechts in Bremen	Auswertung Zielerreichung		SfJV

Für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger) ist das Wahlrecht zur Stadtbürgerschaft in Bremen und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven durch Gesetz vom 1. Oktober 1996 (Brem.GBl. S. 303) zur Umsetzung der Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 eingeführt worden. Eine Erweiterung auf Staatsangehörige anderer Staaten ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG vom 31.10.1990 – 2 BvF 3/98 zum Wahlrecht für Ausländer zu den Bezirksversammlungen in Hamburg sowie BVerfG vom 31.10.1990 – 2 BvF 2 ;6/89 zum Kommunalwahlrecht für Ausländer in Schleswig-Holstein) und des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen (StGH vom 8.7.1991 – St 2/991 zum Wahlrecht für Ausländer zu den Beiräten in Bremen) bedürfen die Kommunalvertretungen als Organe der Staatsgewalt der Legitimation durch das Volk, die durch Wahlen hergestellt wird. Volk im Sinne des Grundgesetzes und damit auch der verfassungsmäßigen Ordnung in den Ländern sind die im jeweiligen Wahlgebiet ansässigen Deutschen. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Kommunalwahlrecht für Ausländer sind nach § 31 Bundesverfassungsgerichtsgesetz für Bund und Länder verbindlich, die Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist nach § 11 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof für die Verfassungsorgane, Gerichte und Behörden in Bremen verbindlich. Das Kommunalwahlrecht für Unionsbürger ist demgegenüber im Grundgesetz ausdrücklich zugelassen. Der die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern betreffende Artikel 28 Absatz 1 GG ist im Jahr 1992 entsprechend ergänzt worden. Für ein weitergehendes Kommunalwahlrecht von Ausländern gibt es keine solche Rechtsgrundlage.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
7. Prüfung der Einführung des Wahlrechts für Unionsbürger zur Bremischen Bürgerschaft (Landtag)	Auswertung Zielerreichung		SfJV

Auch hier gilt das zu Ziff. 6 Gesagte. Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 GG ermöglicht es den Ländern, bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden Unionsbürgern das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen. Für die Wahlen zu den Landesparlamenten eröffnet das Grundgesetz diese Möglichkeit nicht.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.1 Optimierung der bestehenden Ausländerorganisationsstrukturen in Zusammenarbeit mit den neu gewählten Rat der ausländischen Mitbürger/innen	Auswertung Zielerreichung	Ab Mai 2007	Sozialamt Bremerhaven, RAM

Die Arbeit des Rates ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bremerhaven (RaM) wurde durch das Sozialamt Bremerhaven finanziell und organisatorisch unterstützt. In Abstimmung mit dem RaM wurde sowohl die Satzung als auch die Wahlordnung für den RaM überarbeitet und erweitert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.2 Förderung der kulturellen Aktivitäten der Nationalitätenvereine	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	Sozialamt Bremerhaven

Im Laufe der Legislaturperiode wurden diverse Veranstaltungen gefördert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.3 Unterstützung der Möglichkeiten zur Pflege der eigenen Kultur und zur Begegnung der Kulturen miteinander	Auswertung Zielerreichung	2008-2011	Sozialamt Bremerhaven

Im Laufe der Legislaturperiode wurden diverse Veranstaltungen gefördert.

Vorhaben/Ziel	Messbare Daten (z.B. Zielzahlen, prozentuale Anteile); Formen d. Begleitung bzw. Auswertung	Termine	Verantwortlich
8.4 Förderung der „Interkulturellen Woche“	Auswertung Zielerreichung	Durchgängig	Sozialamt Bremerhaven

Die Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e. V. wurde zur Durchführung von Bildungsveranstaltungen bzw. Seminaren für Teilnehmer/-innen mit Migrationshintergrund finanziell gefördert.

Erster Bericht zum
Integrationsmonitoring der Länder
2005 – 2009

Teil 1
Ergebnisse

Verfasser

**Länderoffene Arbeitsgruppe
„Indikatorenentwicklung und Monitoring“
der Konferenz der für Integration
zuständigen Ministerinnen und Minister /
Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK)**

Herausgeber

**Konferenz der für Integration
zuständigen Ministerinnen und Minister /
Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK)**

Impressum

Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005–2009

Teil 1 Ergebnisse

Herausgeber

Konferenz der für Integration
zuständigen Ministerinnen und Minister /
Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK)
Vorsitz Oktober 2010 bis September 2011: Rheinland-Pfalz

Verfasser

Länderoffene Arbeitsgruppe
„Indikatorenentwicklung und Monitoring“
der Konferenz der für Integration
zuständigen Ministerinnen und Minister /
Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK)
unter Federführung der Länder Berlin
und Nordrhein-Westfalen

Kontakt

Dr. Ulrich Raiser
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration
Tel. 030 9017 2313
E-Mail: ulrich.raiser@intmig.berlin.de

Dr. Bernhard Santel
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen
Tel. 0211 8553 593
E-Mail: bernhard.santel@mais.nrw.de

Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Datenzusammenstellung

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Erscheinungsmonat

Februar 2011

Copyright

Konferenz der für Integration
zuständigen Ministerinnen und Minister /
Senatorinnen und Senatoren (IntMK) der Länder

Vervielfältigung und Verbreitung
mit Quellenangabe gestattet

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt
- x Tabellenfach gesperrt,
weil Aussage nicht sinnvoll

Erster Bericht zum
Integrationsmonitoring der Länder
2005 – 2009

Teil 1
Ergebnisse

Ergebnisse der Studie für die Bundesländer

Integrationsindikatoren und dargestellte Ergebnisse

Datenquellen

Teil 1

Ergebnisse der Studie für die Bundesländer 6

Integrationsindikatoren
und dargestellte Ergebnisse

- A 1 **Bevölkerung 14**
Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren an der jeweiligen Bevölkerung nach Migrationsstatus 2009
- A 2 **Zu- und Fortzüge 16**
Wanderungssaldo von Ausländern 2009 nach Geschlecht
Wanderungssaldo von Ausländern 2005 und 2009
- A 3 **Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund 18**
Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren 2009 nach Geschlecht
- A 4 **Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund 20**
Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund 2009 an allen Deutschen ab 18 Jahren nach Geschlecht
- A 5 **Lebensformen 22**
Anteil der Bevölkerung in Paargemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren an allen Lebensformen nach Migrationsstatus in der jeweiligen Bevölkerungsgruppe 2009
- B 1 **Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus 24**
Ausländerinnen und Ausländer 2009 nach Aufenthaltsstatus in %
- B 2a **Einbürgerungsquote I 26**
Einbürgerungsquote I 2009 nach Geschlecht
- B 2b **Einbürgerungsquote II 28**
Einbürgerungsquote II 2009 nach Geschlecht
- C 1 **Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen 30**
Anteil der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Geschlecht
- C 2 **Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen 32**
Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Geschlecht
- C 3 **Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen 34**
Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, 2009 nach Geschlecht
- C 4 **Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern 36**
- C 5 **Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs 38**
Anteil der bestandenen Sprachprüfungen Deutsch-Test für Zuwanderer mit Zertifikat Deutsch (B1) und Zertifikat Start Deutsch 2 (A2) im ersten Halbjahr 2010
Zahl der Zertifikate im ersten Halbjahr 2010
- D 1 **Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen 40**
Anteil ausländischer und deutscher Schüler/-innen in der 8. Klasse nach Schulformen im Schuljahr 2009/2010
- D 2 **Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach erreichten Abschlüssen 42**
Anteil Schulabgänger/-innen mit ausländischer/deutscher Staatsangehörigkeit 2009 an allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger/-innen mit ausländischer/deutscher Staatsangehörigkeit
- D 3 **Höchster allgemeinbildender Schulabschluss 44**
Anteil der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren mit Hochschulreife 2009 nach Migrationsstatus
- D 4 **Studienerfolgsquote 46**
Studienerfolgsquote von Bildungsinländern und Deutschen 2009 bei Studienbeginn im Jahr 2000
- D 5 **Ausbildungsbeteiligungsquote 48**
Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen (18 bis unter 21 Jahre) 2009 nach Geschlecht
Unterschied der Ausbildungsbeteiligungsquoten zwischen Ausländern und Deutschen 2009 nach Geschlecht
- D 6 **Auszubildende nach Ausbildungsbereichen 50**
Anteil der deutschen und ausländischen Auszubildenden 2009 nach Ausbildungsbereichen
Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden 2009 nach Geschlecht

- D7 Höchster beruflicher Abschluss 52**
Anteil der Bevölkerung mit tertiärem Abschluss in der Altersgruppe 25 bis unter 65 Jahre 2009 nach Migrationshintergrund
- E1 Erwerbstätigenquote 54**
Erwerbstätigenquote 2009 nach Migrationsstatus
- E2 Stellung im Beruf 56**
Anteil der Arbeiterinnen/Arbeiter 2009 nach Migrationsstatus
Anteil der Selbständigen 2009 nach Migrationsstatus
- E3 Geringfügige Beschäftigung 60**
Anteil abhängig Erwerbstätiger mit geringfügiger Beschäftigung 2009 nach Migrationsstatus
- E4 Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) 62**
Erwerbslosenquoten 2009 für die Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen nach Migrationsstatus
- E5 Arbeitslosenquote 64**
Arbeitslosenquote 2009 nach Staatsangehörigkeit
- E 6a Armutsrisikoquote I 66**
Armutsrisikoquote I - Bundesmedian 2009 nach Migrationshintergrund
- E 6b Armutsrisikoquote II 68**
Armutsrisikoquote II - Landesmedian 2009 nach Migrationsstatus
- E7 Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts 70**
Anteil von Personen mit Erwerbstätigkeit als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts 2009 nach Migrationsstatus
- E8 Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II 72**
Anteil der Bezieher von Leistungen nach SGB II im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2009 nach Staatsangehörigkeit
- F1 Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8 74**
- G1 Eigentümerquote 76**
Eigentümerquote 2006 nach Migrationsstatus
- G2 Wohnfläche je Familienmitglied 78**
Wohnfläche je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren 2006 nach Migrationsstatus
- H1 Tatverdächtige 80**
Anteil tatverdächtiger Ausländer an allen Tatverdächtigen 2009 nach Geschlecht
- H2 Verurteilte 82**
Anteil verurteilter Ausländer an allen Verurteilten 2009 nach Geschlecht
- Datenquellen 84**
- Literatur 87**
- Anhang**
Mitglieder der Integrationsministerkonferenz **88**
- Die **Tabellen** befinden sich im **Teil 2 „Datenband“**
- Beide Teile dieses Berichts stehen unter der Adresse <http://masgff.rlp.de/integrationsministerkonferenz> zum Herunterladen zur Verfügung.

Ergebnisse der Studie für die Bundesländer

1. Einleitung

Integrationspolitik braucht verlässliche und differenzierte Daten, die Auskunft darüber geben, ob und in welcher Weise sich die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund vollzieht und in welchen Bereichen es Defizite und Handlungsbedarf gibt. In ihrem gemeinsamen Beitrag zum Nationalen Integrationsplan (NIP) haben sich die Länder 2008 aus diesem Grund für ein Integrationsmonitoring ausgesprochen. Dort heißt es: „Integration benötigt Indikatoren, die eine Beobachtung und Beschreibung von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen sowie die Beurteilung der Wirksamkeit von Fördermaßnahmen ermöglichen.“ Anlässlich ihrer Konferenz am 10. April 2008 in Kiel haben die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder die Einrichtung einer länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ unter Leitung Berlins und Nordrhein-Westfalens beschlossen. Auftrag der Arbeitsgruppe ist es, a) in Abstimmung mit dem Bund eine einheitliche Definition des Merkmals Migrationshintergrund zu erarbeiten, b) Integrationsindikatoren abzustimmen sowie c) notwendige Statistikänderungen zu benennen.

Auf ihrer 3. Konferenz am 30. September 2008 in Hannover nahmen die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder den ersten Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ zur Definition des Merkmals Migrationshintergrund zustimmend zur Kenntnis. Danach konzentrierte sich die Arbeitsgruppe auf die Entwicklung eines Kennzahlen- und Indikatorenansatzes für ein länderübergreifendes Integrationsmonitoring, der am 26. Juni 2009 auf der 4. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder zustimmend angenommen wurde. Die federführenden Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen wurden auf der 4. IntMK beauftragt, in enger Absprache mit den Ländern auf der Grundlage des erarbeiteten Indikatorenansatzes eine Pilotauswertung durchzuführen und die für eine einheitliche länderübergreifende Umsetzung erforderlichen definitorischen und statistischen Spezifikationen vorzunehmen. An der Pilotstudie haben sich die folgenden Länder beteiligt: Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz.

Die an der Pilotstudie teilnehmenden Länder haben die von der 4. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren (IntMK) beschlossenen Kennzahlen und Kernindikatoren einem Praxistest unterzogen. Die Ergebnisse zeigten, dass die Voraussetzungen für die Einführung eines alle Länder umfassenden Integrationsmonitorings gegeben sind. Die Konferenz hat den Pilotländern für ihr Engagement und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sowie dem Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) für die exzellente Unterstützung gedankt.

Die 5. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren am 18. und 19. März 2010 in Düsseldorf nahm den 3. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“, der auf den Ergebnissen der Pilotstudie basierte, zur Kenntnis. Gleichzeitig beauftragte sie die federführenden Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen, in enger Absprache mit den Ländern auf der Grundlage der Ergebnisse der Pilotstudie bis Ende 2010 eine länderübergreifende Auswertung zum Stand der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend der Pilotstudie zu erarbeiten und auf der 6. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren vorzulegen. Die länderübergreifende Auswertung soll zukünftig alle zwei Jahre fortgeschrieben und aktualisiert werden.

Ein Länderranking wird mit dem vorliegenden Kennzahlen- und Indikatorenansatz ausdrücklich nicht angestrebt. Denn für ein Länderranking, wie es z. B. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung¹ oder vom Institut der deutschen Wirtschaft² vorgenommen wurde, müsste u.a. die unterschiedliche demografische und sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Bundesländern berücksichtigt werden,

1 Berlin-Institut (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

2 Riesen, Ilona (2009): Der IW-Integrationsmonitor. IW-Trends, 1/2009.

da die ungleiche Verteilung besser oder schlechter integrierter Gruppen über das Bundesgebiet verzerrend wirkt: Aufgrund der Anwerbung von sogenannten Gastarbeitern für die sich seit den 1950er Jahren schnell entwickelnde bundesdeutsche Wirtschaft und des vor allem seit den 1970er Jahren starken Familiennachzugs lebt ein Großteil der Personen mit Migrationshintergrund heute in Westdeutschland. Wegen ihrer Wohnsitznahme in industrienahen Gebieten sind sie tendenziell eher in Ballungszentren und großen Städten als im ländlichen Raum angesiedelt. Während die nach Westdeutschland gekommenen Zuwanderinnen und Zuwanderer überwiegend aus Süd- und Südosteuropa stammten, sticht in den neuen Bundesländern der vergleichsweise hohe Anteil von aus Vietnam Zugewanderten und ihren Kindern unter den Personen mit Migrationshintergrund hervor. Hinzu kommt die unterschiedliche Verteilung der Aussiedler und Spätaussiedler. Der Zeitpunkt der Zuwanderung und die Startbedingungen der unterschiedlichen Zuwanderergruppen haben einen deutlichen Einfluss auf den sozialen Status und den Integrationsstand von Personen mit Migrationshintergrund.

Bei den Informationen aus dem Mikrozensus muss zudem beachtet werden, dass es sich nicht um eine Vollerfassung, sondern um eine repräsentative 1%-Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland handelt. An der Befragung sind jedes Jahr etwa 390 000 Haushalte mit 830 000 Menschen beteiligt. Fehlervarianzen sind daher zu berücksichtigen.

Die länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ legt nunmehr ihren Bericht vor.

2. Konzeption und Zielsetzung des Integrationsmonitorings der Länder

Das Ziel des Integrationsmonitorings der Länder ist es, den Integrationsprozess anhand von validen und nachvollziehbaren Indikatoren transparent und messbar zu machen. Der Begriff der Integration ist wissenschaftlich nicht eindeutig bestimmt. Weitgehend unstrittig ist der Stellenwert der strukturellen Integration. Diese betrifft in erster Linie die Integration in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt. Für diese Bereiche kann von einer günstigen Datenlage ausgegangen werden. Wichtig sind zudem die soziale, kulturelle und identifikatorische Integration. Hinzu kommen die sozialräumliche Integration, die interkulturelle Öffnung und die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Gesellschaft. In diesen Bereichen ist die Datenlage auf Länderebene eher ungünstig. Das Problem der Datenverfügbarkeit wird größer, je kleinräumiger die Betrachtungsperspektive ist. Ein Teil der Indikatoren, die auf der Bundesebene genutzt werden können, steht bereits auf der Ebene der Bundesländer nicht mehr zur Verfügung oder hat für kleinere Länder nur eingeschränkte Aussagekraft. Eine Übernahme des Integrationsmonitorings, wie es 2009 für den Bund vorgestellt wurde, war deshalb nicht möglich.³ Für das Monitoring der Bundesländer wurde ein eigenes Konzept entwickelt, dessen Kernindikatoren jedoch an das Monitoring des Bundes anchlussfähig sind.

Anschlussfähigkeit besteht für das Ländermonitoring auch im Hinblick auf die europäische Ebene. Das Memorandum der schwedischen Ratspräsidentschaft vom Dezember 2009 hebt hervor, dass für den Monitoringprozess a) die strukturelle Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit und soziale Integration / Inklusion im Vordergrund stehen soll, b) vorhandene Daten und Statistiken verwendet werden und c) die vorhandene statistische Erhebung weiterentwickelt bzw. die Erhebung vergleichbarer neuer Daten vorangetrieben werden sollen, wenn dafür ein Bedarf festgestellt wird.⁴ Das Ländermonitoring liegt auf einer Linie mit diesen Empfehlungen der schwedischen Ratspräsidentschaft.

Aufgrund der Kostenintensität und des hohen Koordinierungsaufwands sollten für das Integrationsmonitoring der Länder neue und aufwändige Instrumente der Datenerhebung ver-

³ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin.

⁴ Presidency conference conclusion on indicators and monitoring of the outcome of integration policies. Malmö 2009. Siehe insbesondere die Punkte 8 und 11.

mieden werden. Forderungen nach weiteren Kennzahlen und Indikatoren sind nur dann zielführend, wenn die dafür benötigte Datenbasis auch tatsächlich zur Verfügung steht oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden kann. Falls erforderlich werden die Länder aber in einem weiteren Schritt eine Erweiterung des Kennzahlen- und Indikatorensetzes für eine bessere Erfassung des Standes der Integration vornehmen. Das Set der Länder soll praxis- und anwendungsorientiert sein. Es soll diejenigen Kennzahlen und Indikatoren umfassen, für die es a) eine verlässliche Datenbasis gibt und für die b) nach Möglichkeit Daten differenziert nach Migrationshintergrund vorliegen. Liegen diese Daten nicht vor, wird auf Daten für Deutsche / Ausländer zurückgegriffen.

Aktuell umfasst der Kennzahlen- und Indikatorenset demografische Grunddaten zur Zuwanderung und zur Zusammensetzung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie Indikatoren zu den Bereichen Rechtliche Integration, Frühkindliche Bildung und Sprachförderung, Schule und Ausbildung, Arbeit, Einkommen und Lebensunterhalt, Gesundheit, Wohnen sowie Kriminalität. Ein Ergebnis der Pilotstudie für die 5. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder war, dass aufgrund von unterschiedlichen sachlichen Erfassungskriterien sowie abweichenden Definitionen des Migrationshintergrundes für einige Indikatoren noch keine einheitliche Datengrundlage in den Ländern besteht. Um innerhalb der zur Verfügung gestellten Daten weitestmöglich eine einheitliche und in sich schlüssige Datenbasis zu gewährleisten, wurde auf die Aufnahme von Indikatoren verzichtet, die innerhalb der Länder nicht einheitlich erhoben werden. Aus diesem Grund wird im vorliegenden Bericht auf die Präsentation von Länderdaten für die Indikatoren C4 „Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern“ und F1 „Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8“ verzichtet. Eine methodische und definitorische Vereinheitlichung in den Ländern ist sinnvoll und wird seitens der länderoffenen Arbeitsgruppe angeregt. Nicht aufgenommen in den Bericht wurde die Berechnung von Betreuungsquoten für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen. Eine solche Berechnung ist auf Daten aus zwei Quellen angewiesen, a) die Kinder- und Jugendhilfestatistik und b) den Mikrozensus. Fachstatistisch ist umstritten, ob angesichts abweichender Definitionen des Migrationshintergrundes Betreuungsquoten berechnet werden können.⁵ Für die Indikatoren H3 „Rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Gewalttaten“ sowie H4 „Aufklärungsquote bei rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten“ lagen nicht für alle Länder vergleichbare Ergebnisse vor. Eine Abbildung der Indikatoren im vorliegenden Bericht zum Integrationsmonitoring erfolgt daher nicht.

Die Indikatoren der Länder sollen für alle Bundesländer verfügbar sein. Sämtliche Daten werden – soweit möglich – für Männer und Frauen getrennt aufgeführt. Gerade bei Daten aus dem Mikrozensus hat es sich wegen der geringen Fallzahlen als notwendig erwiesen, die Neuen Bundesländer zusammen zu fassen.

Erstmals liegen nunmehr für die Bundesländer die wichtigsten verfügbaren Daten zur Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund gebündelt vor. Das erleichtert die sachgerechte Diskussion über den Stand der Integration. Bisher war der Datenzugang schwierig, da viele Informationen verstreut in Fachstatistiken zu finden waren. Die Länder können nun ihr Integrationsmonitoring auf einer einheitlichen Datengrundlage und auf der Basis einheitlicher Definitionen durchführen. Die grafische Darstellung und textliche Interpretation der Integrationsindikatoren in diesem Bericht sind notwendigerweise als Ausschnitt und Zuspitzung zu verstehen. Die vollständigen Kennzahlen und Indikatoren sind im gesonderten Datenband, der als Teil 2 des Berichtes in Dateiform veröffentlicht wird, zusammengestellt. Der Bericht mit komplettem Datenteil ist zum Download verfügbar unter: www.masgff.rlp.de/integrationsministerkonferenz.

⁵ Böttcher, Annica/Krieger, Sascha/Kolvenbach, Franz-Josef (2010): Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 2, S. 158-164.

2.1 Die Definition des Migrationshintergrundes

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung eines Integrationsmonitorings ist eine umfassende Definition des Migrationshintergrundes. Die bislang in der amtlichen Statistik gebräuchliche Abgrenzung über die Staatsangehörigkeit bildet das Wanderungsgeschehen und den Stand der Integration nur unzureichend ab. Da ein Teil der Zugewanderten die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler etc.) und sich ein nicht unbeachtlicher Teil der Zugewanderten mittlerweile hat einbürgern lassen, ergibt sich bei einer Fokussierung allein auf die ausländische Bevölkerung eine verzerrte Integrationsbilanz. Diese fällt günstiger aus, wenn auch die Zugewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit und die Eingebürgerten einbezogen werden. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen und Ergebnisse der Integrationsberichterstattung aus den Ländern zeigen, dass sich die beiden genannten Gruppen sozialstrukturell positiv von der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer unterscheiden.⁶ Im Einbürgerungsverfahren wird ein Mindestmaß an Integration vorausgesetzt, indem Sprachkenntnisse und die Lebensunterhaltssicherung ohne sozialstaatliche Transferzahlungen erwartet werden.

In der amtlichen Statistik wurde ein umfassendes Konzept zur Erfassung des Migrationshintergrundes erstmals mit dem Mikrozensus 2005 eingeführt.⁷ Der Mikrozensus gab keine starre Definition vor, vielmehr wurden einzelne Merkmale erhoben, die verschiedene Möglichkeiten der Kombination eröffneten (derivative Definition). Dies führte jedoch dazu, dass der Migrationshintergrund uneinheitlich definiert wurde. Eine sehr weitgehende Definition legte das Statistische Bundesamt im Jahr 2005 vor. Sie umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer, alle über die Grenzen Deutschlands zugewanderten Personen, sofern sie nicht eindeutig als Flüchtlinge und Vertriebene während und nach dem Zweiten Weltkrieg zu identifizieren sind, sowie alle Personen mit mindestens einem ausländischen, zugewanderten oder eingebürgerten Elternteil.

Die von den für Integration zuständigen Ministerinnen und Ministern / Senatorinnen und Senatoren der Länder eingerichtete Arbeitsgruppe sprach sich für einen generellen Ausschluss aller vor 1950 Zugewanderten aus, um so die Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung auszuklammern. Aufgrund der kleinen Zahl betroffener Personen und wegen der gewünschten Anschlussfähigkeit zu den Bundesergebnissen wurde für gemeinsame Veröffentlichungen die Definition des Statistischen Bundesamtes übernommen. Den Bundesländern steht es jedoch frei, für ihre eigene Integrationsberichterstattung modifizierte Definitionen zu verwenden. So wird in Nordrhein-Westfalen für die Auswertung des Mikrozensus ein anderer Ansatz herangezogen. Eine Zuwanderungsgeschichte liegt danach dann vor, wenn es sich um Ausländerinnen und Ausländer handelt, um ab dem 1.1.1950 zugewanderte Personen sowie deren Kinder. Anders als bei der Definition des Statistischen Bundesamtes haben danach beispielsweise die Kinder von in Deutschland geborenen eingebürgerten Deutschen keine Zuwanderungsgeschichte mehr. Die Abweichungen in den Daten zwischen diesem Konzept und dem des Bundes sind gegenwärtig nur gering.

Allerdings steht diese umfassende Definition des Migrationshintergrundes nur für die Indikatoren aus dem Mikrozensus zur Verfügung. Für alle anderen Indikatoren kann der Migrationshintergrund entweder auf der Basis abweichender Definitionen oder nur über die Abgrenzung nach der Staatsangehörigkeit abgebildet werden. Die komplette Übertragung der aus dem Mikrozensus abgeleiteten Definition auf andere Statistiken ist aufgrund der Komplexität der Definition nicht möglich. Eine weitgehend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes

⁶ Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen, 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration; Salentin, Wilkening (2003): Ausländer und Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55, 2, S. 278-298; Seifert, Wolfgang (2007): Integration und Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 22-23, S. 12-18.

⁷ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2007.

des in der amtlichen Statistik könnte realistisch nur dann erreicht werden, wenn die gegenwärtig aus dem Mikrozensus abgeleitete Definition vereinfacht würde. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde durch die Bundesagentur für Arbeit mit der Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung – MighEV) vom 29. September 2010 (BGBl. I S. 1372) getan. Zukünftig wird für die Zwecke der Arbeitsmarktstatistik der Migrationshintergrund erfasst.⁸

Etablierte Definitionen des Migrationshintergrundes gibt es auch in anderen Fachstatistiken. In der bundesweiten Kinder- und Jugendhilfestatistik wird der Migrationshintergrund mit der Frage erfasst, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde. Hierbei ist die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern nicht maßgeblich. So hat ein Kind, dessen Vater als deutschstämmiger Spätaussiedler aus Russland zugewandert ist, einen Migrationshintergrund. Ein Kind, dessen Vater die italienische Staatsangehörigkeit hat, der aber in Deutschland geboren wurde, hat gemäß Kinder- und Jugendhilfestatistik keinen Migrationshintergrund. Ergänzend wird zu jedem Kind erhoben, ob es zu Hause überwiegend Deutsch spricht (Familiensprache).

Um den gestiegenen Anforderungen an eine moderne länderübergreifende Bildungsstatistik zu genügen, hat die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen, einen gemeinsamen Kerndatensatz (KDS) zu entwickeln. Eine entscheidende Neuerung gegenüber dem bisherigen Verfahren der Datengewinnung besteht dabei darin, dass nicht mehr aggregierte, sondern anonymisierte Individualdaten erfasst und verarbeitet werden. Mit Hilfe des neuen Kerndatensatzes sollen auch Informationen zum Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler erfasst werden. Erfragt wird demnach 1) die Staatsangehörigkeit des Schülers/der Schülerin, 2) das Geburtsland des Schülers/der Schülerin, 3) sein/ihr Zuzugsjahr nach Deutschland und 4) die Verkehrssprache in der Familie.⁹ Informationen über die Eltern und ihren etwaigen Migrationshintergrund werden nicht erfragt. Schulstatistische Daten gemäß des gemeinsamen Kerndatensatzes (KDS) liegen allerdings noch nicht für alle Länder vor. Daher ist das vorliegende Integrationsmonitoring für schulbezogene Informationen auf Daten angewiesen, die nach Staatsangehörigkeit differenzieren.

3. Wie wird Integration gemessen?

Die Indikatoren wurden so ausgewählt, dass sie eine möglichst hohe Aussagekraft für die jeweiligen Bereiche haben. Ziel war es, mit möglichst wenigen Indikatoren und einer überschaubaren Datenmenge ein umfassendes Gesamtbild zu schaffen. Diese Beschränkung auf Kernindikatoren ist der Bildung eines Integrationsindexes vorzuziehen. Ein solcher Index hat zwar den Vorteil, dass er leicht zu erfassen ist und direkte Vergleiche über die Bundesländer ermöglicht. Allerdings müssen für die Bildung eines Integrationsindexes eine Vielzahl von Annahmen über die Wertigkeit einzelner Integrationsbereiche und der einzelnen Indikatoren getroffen werden. Bei einer Indexbildung wird häufig vernachlässigt, dass die Integrationsbereiche auch in einem Zusammenhang stehen, dass sich beispielsweise die Bildungsstruktur auf die Arbeitsmarktchancen auswirkt. Ein Index über alle Bereiche wirkt dann kumulativ, weil bestehende Defizite mehrfach gemessen werden.

- ⁸ Ein Migrationshintergrund liegt gemäß Verordnung vor, wenn 1. die Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder 2. der Geburtsort der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder 3. der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteiles in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.
- ⁹ Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) (2007): Workshop zur „Datengewinnungsstrategie für die Bildungsstatistik“ am 13.02.07 in Berlin. FAQ's – Frequently Asked Questions zum Kerndatensatz und zur Datengewinnungsstrategie, Bonn; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Schulische Bildung von Migranten in Deutschland, 2008.

Ein zentraler Faktor für die Messung von Integration ist die Veränderung der Indikatoren über die Zeit. Eine Momentaufnahme ist nur eingeschränkt aussagekräftig, da beispielsweise konjunkturelle Effekte Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration haben. Es sollte ein Vergleichszeitraum von ca. 10 Jahren angestrebt werden. Da das Konzept des Migrationshintergrundes im Mikrozensus erst seit 2005 umsetzbar ist, kann hier zunächst nur ein Vergleich der Jahre 2005 und 2009 vorgenommen werden. Die Indikatoren sind, mit Ausnahme der allgemeinen Kennzahlen, die zur Beschreibung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dienen, so angelegt, dass jeweils ein direkter Vergleich der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund vorgenommen werden kann. Dadurch kann die Entwicklung bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vor dem Hintergrund der Entwicklung bei Personen ohne Migrationshintergrund bewertet werden. Aus dieser Perspektive lassen sich Integrationsfortschritte deutlich machen, z.B. wenn der Anstieg bei den höheren Bildungsabschlüssen bei Personen mit Migrationshintergrund stärker ist als bei Personen ohne. Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, dass Unterschiede in den Ergebnissen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund nicht vereinfachend auf den Migrationshintergrund als Ursache zurückgeführt werden können. Insoweit ist das Instrument der Indikatorenberechnung nicht mit einer Ursachenanalyse gleichzusetzen. Diese bleibt den Ländern jeweils in eigener Zuständigkeit überlassen.

Im vorliegenden Bericht können nicht alle Daten des Integrationsmonitorings präsentiert werden. Eine Auswahl zu treffen ist angesichts der Fülle des statistischen Materials unumgänglich gewesen. Daher werden besonders aussagekräftige Daten aufgeführt und mit einer Grafik unterlegt. Die vollständigen Ergebnisse sind im Datenband des Monitorings abgedruckt.

4. Zentrale Integrationsbereiche

4.A Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Kennzahlensatz ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird die Altersstruktur aufgezeigt (A1) und anschließend werden die Wanderungsbewegungen betrachtet, also die jährlichen Zu- und Fortzüge über die Außengrenzen der Bundesrepublik (A2). Die Kennzahl A3 gibt den Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt im Alter von 18 und mehr Jahren wieder und die Kennzahl A4 den Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen. Kennzahl A5 schließlich differenziert nach der Lebensform.

4.B Rechtliche Integration

In diesem Abschnitt wird die ausländische Bevölkerung nach dem jeweiligen Aufenthaltsstatus dargestellt (B1). Die Einbürgerungsquote I zeigt an, wie viele Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltszeit von 8 Jahren sich einbürgern lassen (B2a). Zusätzlich wird mit der Einbürgerungsquote II (B2b) der Bezug der Einbürgerungen zu den Ausländerinnen und Ausländern insgesamt beschrieben.

4.C Sprachkenntnisse

Von großer Bedeutung ist in diesem Sektor der vorschulische Bereich. Hier wird dargestellt, wie hoch der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen ist, differenziert nach den Altersgruppen 0 bis unter 3 Jahre (C1) und 3 bis unter 6 Jahre (C2). Des Weiteren wird der Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen abgebildet, in deren Familien nicht vorrangig Deutsch gesprochen wird (C3), sowie der Anteil der Kinder, bei denen Sprachförderbedarf besteht (C4). Mit dem Indikator zu den bestandenen Sprachprüfungen (C5) wird aufgezeigt, in welchem Umfang Sprachprüfungen im Rahmen des Einbürgerungsprozesses mit welchem Zertifikat absolviert werden.

4.D Bildung

Bildung kommt eine zentrale Bedeutung für den Integrationsprozess zu. Bildung ist nicht nur bestimmend für die Platzierung auf dem Arbeitsmarkt, sie hat darüber hinaus auch entscheidenden Einfluss auf die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten.

Bildung muss hier einerseits unter einem strukturellen Aspekt, also der Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt, unabhängig davon, ob diese Qualifikationen im In- oder im Ausland erworben wurden, gesehen werden (Indikatoren D3 und D7). Diese Struktur bestimmt die Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe entscheidend.

Andererseits können als Gradmesser für Integrationserfolge derer, die das Bildungssystem zumindest teilweise in Deutschland durchlaufen haben, nur diejenigen betrachtet werden, die eine Schule in Deutschland besucht haben. Hierzu werden mit amtlichen Schuldaten die besuchte Schulform in der 8. Klasse (D1) und die an allgemeinbildenden Schulen erworbenen Abschlüsse dargestellt (D2). Einblick in die Partizipation an der beruflichen Ausbildung bietet die Ausbildungsbeteiligungsquote (D5). Anhand der Ausbildungsbereiche kann untersucht werden, ob Unterschiede bei der Verteilung über die einzelnen Ausbildungsbereiche bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen (D6). Als Indikator für den Studiuserfolg wurde die Studienerfolgsquote gewählt (D4).

4.E Arbeitsmarkt und Lebensunterhalt

Der selbständige Erwerb des Lebensunterhalts setzt in der Regel den Zugang zum Arbeitsmarkt voraus. Die durch eigene Erwerbstätigkeit erwirtschafteten Ressourcen sind wiederum bestimmend für die Partizipation in anderen Lebensbereichen. Die Integration in den Arbeitsmarkt kann somit als wesentliche Voraussetzung für das Fortschreiten der Integration angesehen werden.

Als Indikatoren des Arbeitsmarktzugangs werden die Erwerbstätigenquote (E1) sowie die Erwerbslosen- und die Arbeitslosenquote (E4 und E5) betrachtet. Als Indikator für prekäre Beschäftigung wird der Anteil geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse herangezogen (E3). Die Stellung im Beruf (E2) zeigt die Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund über die unterschiedlichen Berufshierarchien an und gibt u.a. mit dem Selbständigenanteil Auskunft über die Integration ins Erwerbsleben.

Zugewanderte sollen nach Möglichkeit in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten und ein Einkommen zu erzielen, das eine Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht. Hier wird dargestellt, aus welchen Quellen der Lebensunterhalt bestritten wird (E7), wie viele Personen mit und ohne Migrationshintergrund ein Einkommen beziehen, das unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt (E6a; E6b), und wie hoch der Anteil der Bezieher/-innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II ist (E8).

4.F Gesundheit

Ins Integrationsmonitoring aufgenommen wurde zum jetzigen Zeitpunkt die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U8 (F1). Die nach Migrationshintergrund differenzierte Datenlage für den zentralen Lebensbereich der Gesundheit ist unbefriedigend. Der Durchimpfungsgrad als ebenfalls denkbarer Indikator für gesundheitsbewusstes Verhalten kann nach den Ergebnissen des Pilotberichtes nicht abgebildet werden, da die Aussagekraft des Indikators gering ist.

4.G Wohnen

Aufgrund der starken Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den urbanen Zentren können bezogen auf die Wohnindikatoren durchaus Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bestehen, die auf die unterschiedlichen Wohnbedingungen im städtischen und ländlichen Raum zurückzuführen sind. Ein wichtiges Merkmal ist die Ausstattung mit angemessenem Wohnraum (G2). Die Eigentümerquote kann ebenfalls als Integrationsindikator gewertet werden (G1). Dies gilt im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die dauerhafte oder zumindest langfristige Aufenthaltsorientierung.

4.H Kriminalität

Eine überdurchschnittlich hohe Kriminalität bei einer Bevölkerungsgruppe weist auf eine mangelnde gesellschaftliche Integration hin. Im Fokus stehen insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene. Für diese Gruppe wird die Zahl der Tatverdächtigen (H1) und der Verurteilten (H2) betrachtet.

Bevölkerung

Definition

Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund (differenziert nach Deutschen mit Migrationshintergrund, EU-Ausländern und Nicht-EU-Ausländern) in den Altersgruppen 0 bis unter 3, 3 bis unter 6, 6 bis unter 18, 18 bis unter 25, 25 bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter

Empirische Relevanz

Die Daten zur Altersstruktur zeigen, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchschnittlich jünger ist als die ohne Migrationshintergrund. Diese jüngere Altersstruktur muss berücksichtigt werden, wenn bestimmte Indikatoren wie die Positionierung am Arbeitsmarkt oder die Einkommensposition betrachtet werden.

Bewertung der Kennzahl

Wichtige Kennzahl zur Beschreibung der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Die Bevölkerung in Deutschland ist durch Zuwanderung geprägt. Im Jahr 2009 hatten ca. 16 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte davon – 8,83 Millionen – waren deutsche Staatsangehörige. Von den 7,22 Millionen Ausländerinnen und Ausländern stammten 2,53 Millionen aus einem Land der EU.

In allen Bundesländern weist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine jüngere Altersstruktur auf. Mehr als ein Viertel (25,7 %) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war unter 18 Jahre alt. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lag dieser Wert lediglich bei 14 %. Im Gegensatz dazu waren nur 9,1 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über 65 Jahre alt, während es bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 23,6 % waren.

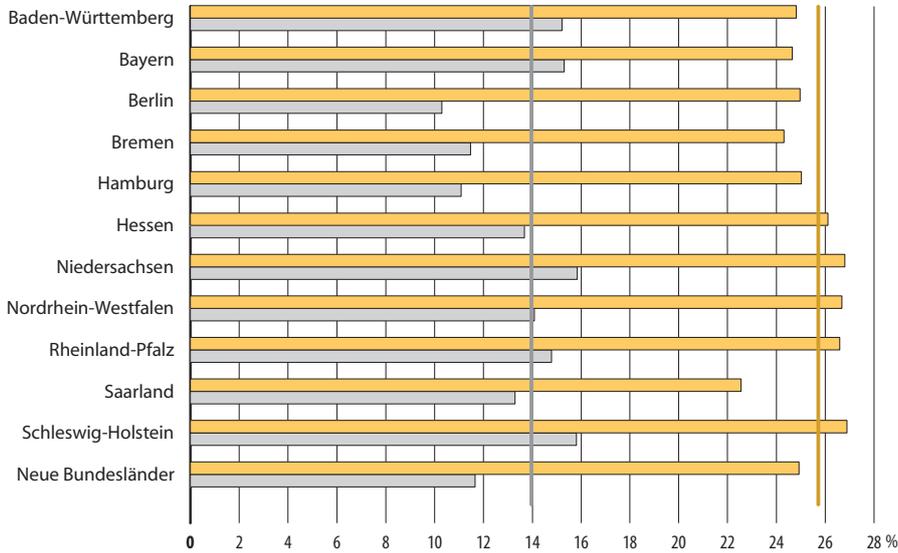
Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind eher gering. Den höchsten Anteil von unter 18-Jährigen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wiesen Schleswig-Holstein (26,9 %) und Niedersachsen (26,8 %) auf, den niedrigsten das Saarland mit 22,6 % und Bremen mit 24,3 %. Die ältere Bevölkerung betreffend weisen die Neuen Bundesländer mit 11,9 % und Baden-Württemberg mit 10,8 % den höchsten Anteil an über 65-Jährigen bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf. Die niedrigsten Anteile für diese Gruppe lagen in Berlin (6,3 %) und in Hamburg (6,6 %).

Zwischen den Jahren 2005 und 2009 ist der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt gesunken. Am stärksten fiel der Rückgang im Saarland aus (-4,9 Prozentpunkte), während der Anteil in den Neuen Bundesländern nahezu unverändert geblieben ist. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war die rückläufige Entwicklung dieser Altersgruppe in den Neuen Bundesländern mit 2 Prozentpunkten am stärksten und in Bremen am geringsten (-0,5 Prozentpunkte).

Insgesamt hatten im Jahr 2009 im Bundesgebiet 8,07 Millionen Männer und 7,98 Millionen Frauen einen Migrationshintergrund. 26,3 % der männlichen Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren unter 18 Jahre, der entsprechende Anteil bei den Frauen dieser Gruppe lag bei 25,1 %. Bei der männlichen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren 14,7 % unter 18 Jahre alt, während dies nur auf 13,2 % der Frauen zutraf.

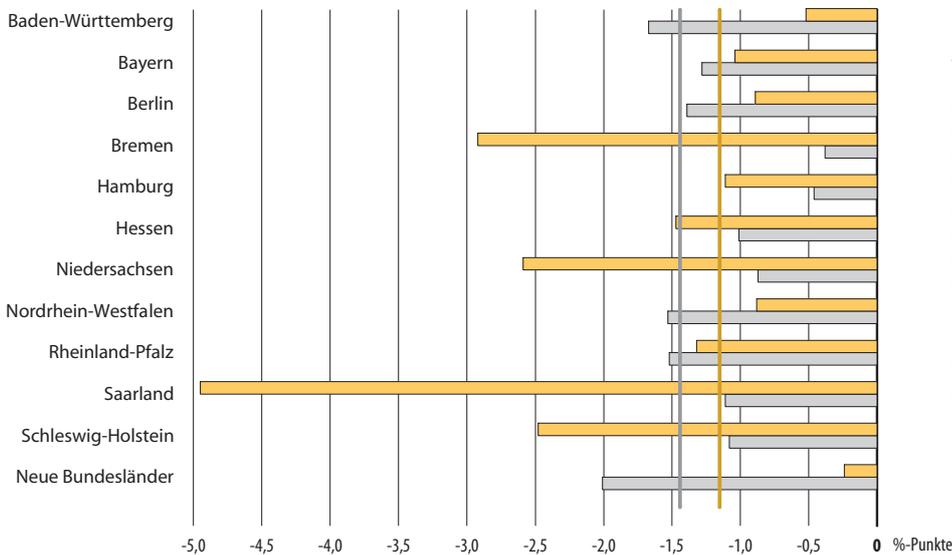
Die vollständige Kennzahl ist im Datenband abgebildet.

Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren an der jeweiligen Bevölkerung nach Migrationsstatus 2009



Migrationshintergrund	mit	ohne
Baden-Württemberg.....	24,8	15,2
Bayern.....	24,7	15,3
Berlin.....	25,0	10,3
Bremen.....	24,3	11,5
Hamburg.....	25,0	11,1
Hessen.....	26,1	13,7
Niedersachsen.....	26,8	15,8
Nordrhein-Westfalen.....	26,7	14,1
Rheinland-Pfalz.....	26,6	14,8
Saarland.....	22,6	13,3
Schleswig-Holstein.....	26,9	15,8
Neue Bundesländer.....	24,9	11,7
Deutschland.....	25,7	14,0

Veränderung 2005 – 2009



Migrationshintergrund	mit	ohne
Baden-Württemberg.....	-0,5	-1,7
Bayern.....	-1,0	-1,3
Berlin.....	-0,9	-1,4
Bremen.....	-2,9	-0,4
Hamburg.....	-1,1	-0,5
Hessen.....	-1,5	-1,0
Niedersachsen.....	-2,6	-0,9
Nordrhein-Westfalen.....	-0,9	-1,5
Rheinland-Pfalz.....	-1,3	-1,5
Saarland.....	-4,9	-1,1
Schleswig-Holstein.....	-2,5	-1,1
Neue Bundesländer.....	-0,2	-2,0
Deutschland.....	-1,2	-1,4

Zu- und Fortzüge

Definition

Zahl der jährlichen Zuzüge aus dem Ausland in die Bundesländer sowie Fortzüge aus den Bundesländern in das Ausland nach Staatsangehörigkeit (deutsch, ausländisch) und Geschlecht

Empirische Relevanz

Die Zu- und Fortzüge bilden die grenzüberschreitenden Wanderungsströme zwischen den Bundesländern und dem Ausland nach demografischen Merkmalen ab. Die Kennzahl gibt Hinweise auf den demografischen Wandel durch Wanderung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich auch hinter einem geringen Bevölkerungssaldo insgesamt eine hohe Bevölkerungsfuktuation verbergen kann.

Bewertung der Kennzahl

Die Zuzüge aus dem Ausland und die Fortzüge in das Ausland sind aussagekräftige Kennzahlen zum Wanderungsgeschehen. Eingeschränkt wird die Aussagekraft aber bei den Fortzügen – und damit auch bei den Wanderungssalden – aktuell durch Melderegisterbereinigungen (s. Methodische Besonderheiten) und generell durch die fehlende Differenzierung der Deutschen nach dem Migrationshintergrund.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die den Fortzügen 2009 ins Ausland zugrunde liegenden Angaben der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Das Ergebnis der Bereinigungen sind auch noch im Jahr 2009 nachgeholte Buchungen „Fortzug in das Ausland“, die in die Zählung der Fortzüge eingegangen sind. Der Ergebnisvergleich mit dem Jahr 2005 ist bei den Fortzügen daher nur eingeschränkt aussagekräftig.

Ergebnisse

Die Daten der Fortzüge sind auch für das Jahr 2009 noch von Effekten der Registerbereinigungen im Zuge der Einführung der Steueridentifikationsnummer im Jahr 2007 überlagert, wenn auch nach Ländern unterschiedlich und nicht mehr in dem Umfang wie im Jahr 2008. Die Interpretation der Wanderungssalden muss deshalb mit Zurückhaltung erfolgen. Außerdem ist zu beachten, dass hier die Verflechtungen mit dem Ausland betrachtet werden. Die Binnenwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen den Bundesländern sind nicht Gegenstand der Beobachtung.

Es zeigt sich, dass die Wanderungsentwicklung über die Grenzen von Deutschland in den Bundesländern im Jahr 2009 uneinheitlich ist. Während der Wanderungssaldo bei den Ausländerinnen fast durchgängig positiv ist, zeigt er bei den Ausländern ein sehr heterogenes Bild.

Bei den Neuen Bundesländern sind die Salden sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen gering. Betrachtet man die diesen Salden zu Grunde liegenden Zu- und Fortzüge über die Grenzen von Deutschland zeigt sich, dass auch diese vergleichsweise gering sind.

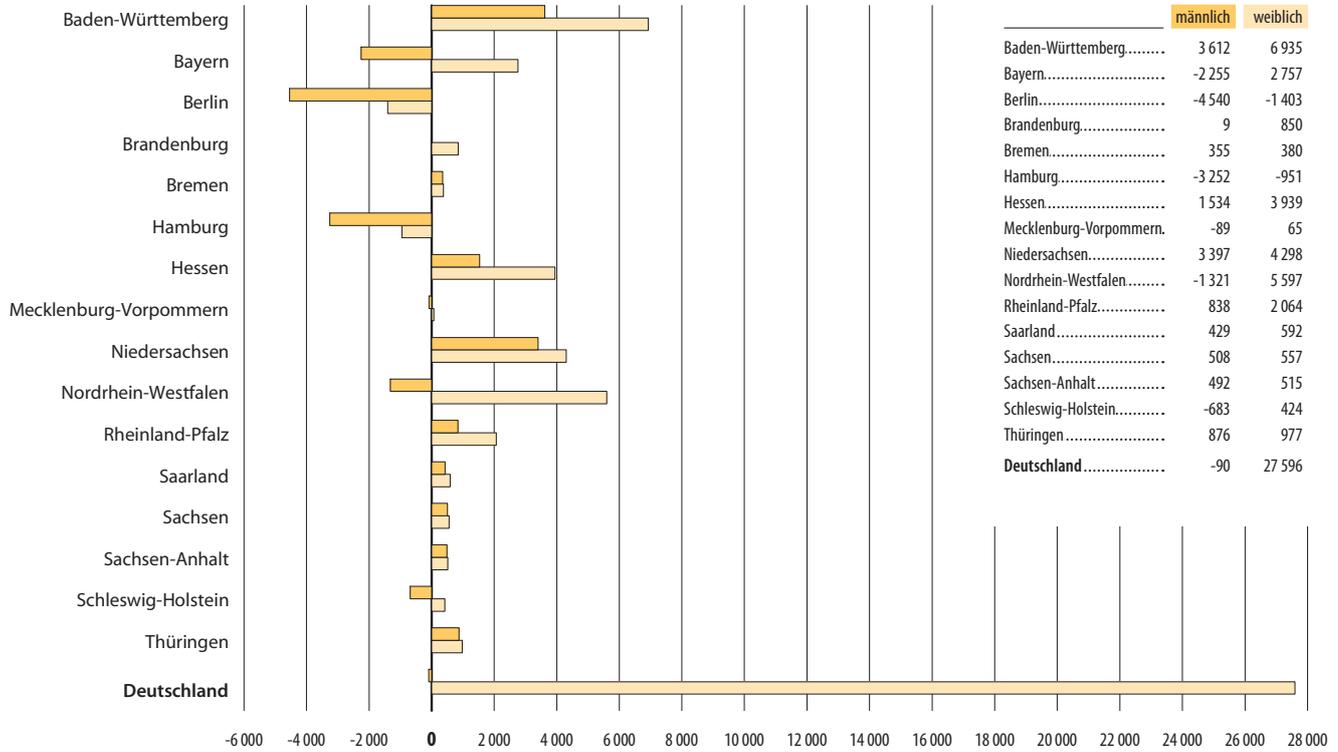
Die Zahlen für Deutschland insgesamt zeigen, dass der Wanderungssaldo im Jahr 2009 bei den Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland positiv, aber gegenüber 2005 deutlich zurückgegangen ist.

Der Wanderungssaldo im Jahr 2009 bei den Ausländerinnen für Deutschland ist positiv, bei den Ausländern dagegen ergibt sich ein praktisch ausgeglichener Saldo. Die dahinterliegenden Wanderungsbewegungen zeigen allerdings, dass die Fluktuation bei den Männern größer ist als bei den Frauen. Im Jahr 2005 war der Wanderungssaldo der Ausländerinnen und Ausländer für Deutschland noch bei beiden Geschlechtern positiv.

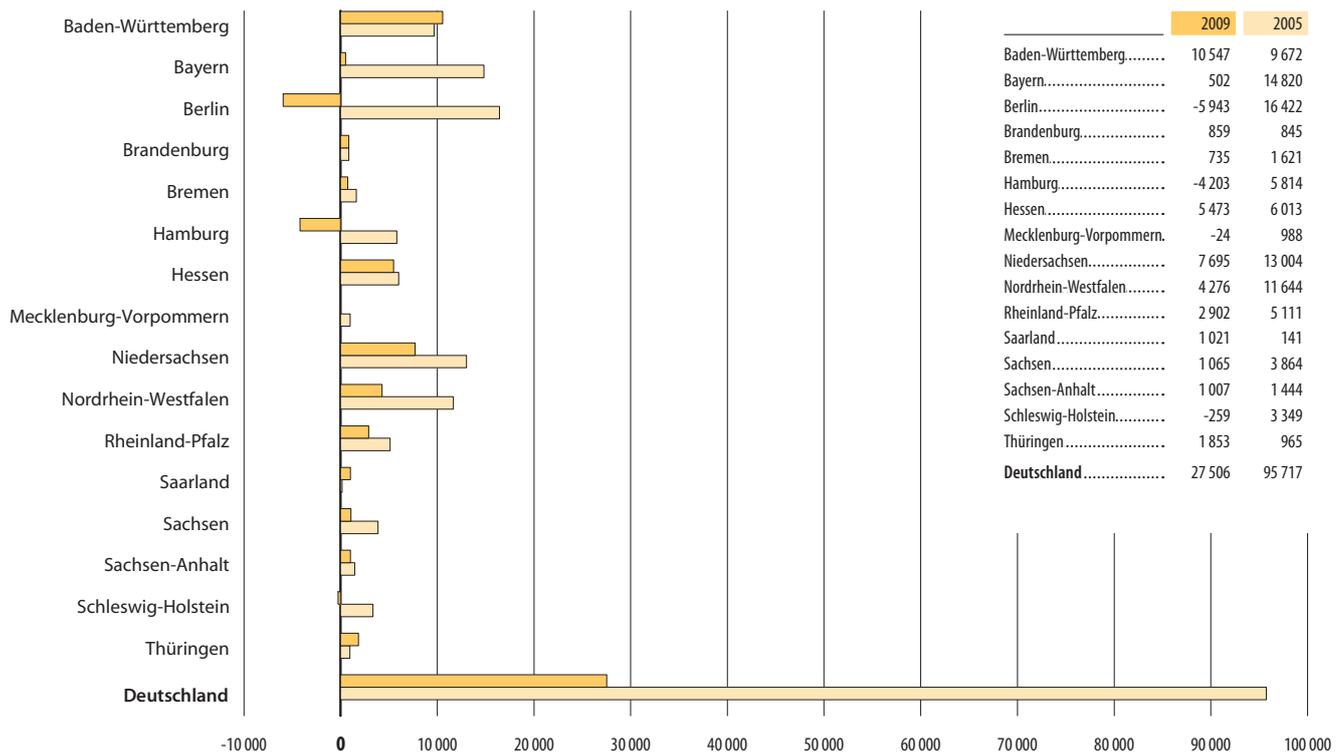
Betrachtet man als korrespondierende Größe die Zahl der Zu- und Fortzüge von Deutschen im Jahr 2009, zeigt sich – durchgängig für alle Bundesländer und beide Geschlechter – ein negativer Wanderungssaldo, insgesamt ergibt sich bei den Deutschen ein Wanderungsverlust von 40 300 Personen.

Die vollständige Kennzahl ist im Datenband abgebildet.

Wanderungssaldo von Ausländerinnen und Ausländern 2009 nach Geschlecht



Wanderungssaldo von Ausländerinnen und Ausländern 2005 und 2009



Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund

Definition

Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an den Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 18 und mehr Jahren

Empirische Relevanz

Diese Kennzahl reflektiert einerseits Einbürgerungen der ausländischen Bevölkerung und andererseits die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern.

Je höher der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund ist, desto größer ist auch der Anteil derer mit vollen politischen Partizipationsmöglichkeiten.

Bewertung der Kennzahl

Wichtiger Indikator für die politischen Partizipationsmöglichkeiten.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Im Bundesgebiet hatte im Jahr 2009 nahezu die Hälfte (48,7 %) der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit. Zwischen den Bundesländern gibt es größere Unterschiede. Den höchsten Anteil an Deutschen bei der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund wiesen die Länder Niedersachsen mit 55,2 % und Schleswig-Holstein mit 52,5 % auf, den niedrigsten Anteil Berlin (36,5 %) und Hamburg (42,7 %).

Zwischen 2005 und 2009 ist in allen Bundesländern, bis auf das Saarland (-1,4 Prozentpunkte) und Bremen (-0,9 Prozentpunkte), der Anteil der Deutschen bei der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund gestiegen. Den stärksten Zuwachs verzeichnete Hessen mit 3,3 Prozentpunkten, gefolgt von Baden-Württemberg mit 2,5 Prozentpunkten.

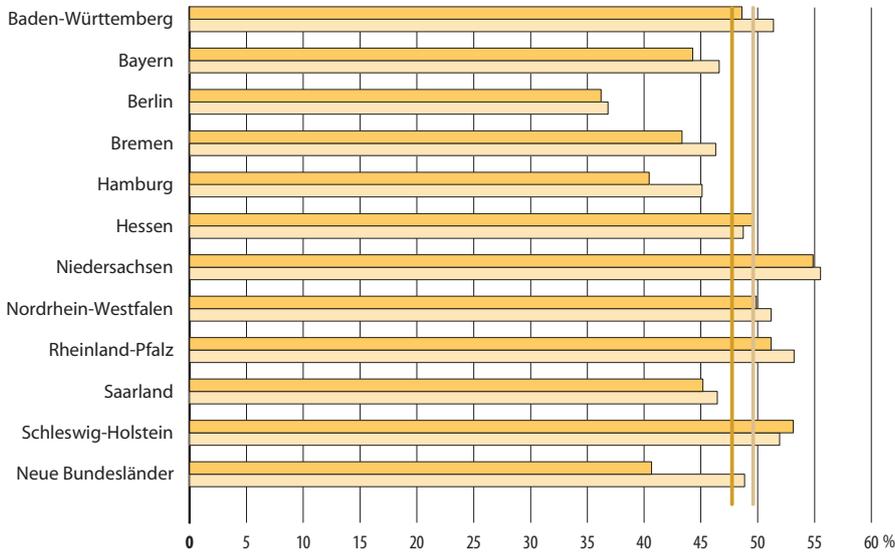
Der Anteil der Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit bei der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag insgesamt höher als der von Männern. Eine Ausnahme stellen Hessen und Schleswig-Holstein dar, dort lag der Anteil der Männer etwas höher. In den Neuen Bundesländern gibt es die größten Unterschiede zwischen erwachsenen Männern und Frauen mit Migrationshintergrund bezogen auf die deutsche Staatsangehörigkeit (8,2 Prozentpunkte).

Eine Betrachtung der Entwicklung von 2005 auf 2009 zeigt, dass in fast allen Bundesländern der Anteil der Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit stärker zugenommen hat als der entsprechende Anteil der Frauen.

Die vollständige Kennzahl ist im Datenband abgebildet.

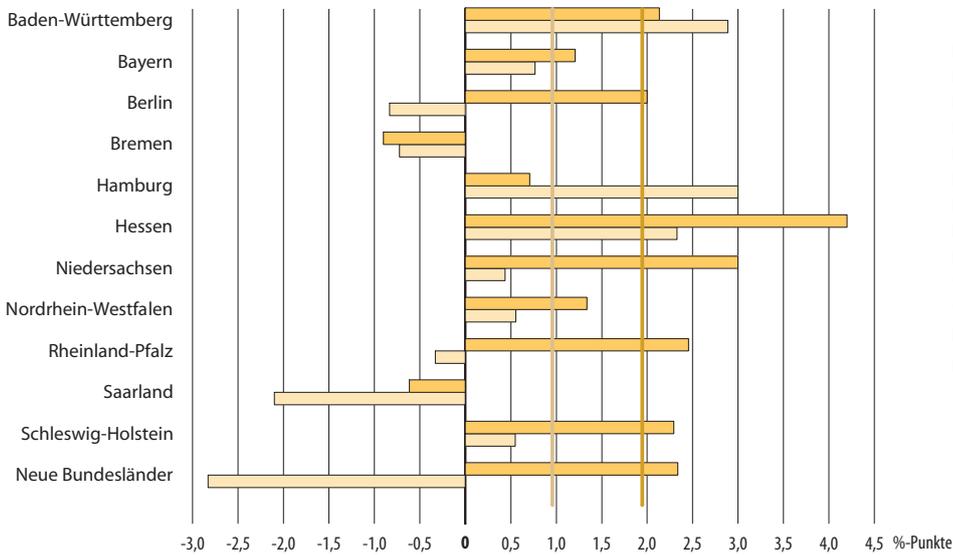
Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund

Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren 2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	48,6	51,4
Bayern.....	44,3	46,6
Berlin.....	36,2	36,8
Bremen.....	43,3	46,3
Hamburg.....	40,4	45,1
Hessen.....	49,6	48,7
Niedersachsen.....	54,9	55,5
Nordrhein-Westfalen.....	49,9	51,2
Rheinland-Pfalz.....	51,2	53,2
Saarland.....	45,2	46,4
Schleswig-Holstein.....	53,1	51,9
Neue Bundesländer.....	40,7	48,9
Deutschland.....	47,7	49,6

Veränderung 2005 – 2009



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	2,1	2,9
Bayern.....	1,2	0,8
Berlin.....	2,0	-0,8
Bremen.....	-0,9	-0,7
Hamburg.....	0,7	3,0
Hessen.....	4,2	2,3
Niedersachsen.....	3,0	0,4
Nordrhein-Westfalen.....	1,3	0,6
Rheinland-Pfalz.....	2,5	-0,3
Saarland.....	-0,6	-2,1
Schleswig-Holstein.....	2,3	0,5
Neue Bundesländer.....	2,3	-2,8
Deutschland.....	1,9	1,0

Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund

Definition

Anteil der für den Bundestag und die Landtage wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen im Alter von 18 Jahren und älter

Empirische Relevanz

Die Kennzahl zeigt, wie groß der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund an der wahlberechtigten Bevölkerung ist.

Bewertung der Kennzahl

Wichtige Kennzahl für die politischen Partizipationsmöglichkeiten.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Rechtliche Ausschlüsse vom Wahlrecht, die nicht mit der Staatsangehörigkeit zu tun haben, können nicht berücksichtigt werden. Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Im Bundesgebiet hatten 9,3 % der wahlberechtigten Deutschen einen Migrationshintergrund. Bei näherer Betrachtung der einzelnen Bundesländer lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. In den Neuen Bundesländern hatten lediglich 1,9 % der wahlberechtigten Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Auch in Schleswig-Holstein galt dies lediglich für 6,4 % der Wahlberechtigten. Die höchsten Werte wiesen Baden-Württemberg mit 14,0 % und Hessen mit 12,4 % auf.

Von 2005 auf 2009 ist der Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund in fast allen Ländern gestiegen. Ausnahmen sind das Saarland, dort ist der entsprechende Anteil geringfügig gesunken, und die Neuen Bundesländer, wo sich keine Veränderungen zeigten.

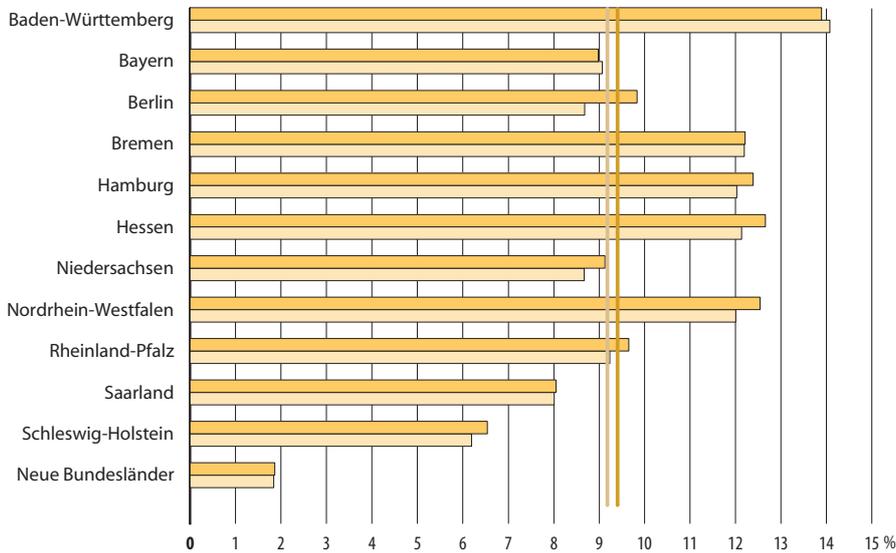
Differenziert nach dem Geschlecht zeigen sich kaum Unterschiede. Lediglich in Berlin liegt der Anteil der wahlberechtigten Frauen mit Migrationshintergrund um 1,1 Prozentpunkte niedriger als bei den Männern dieser Gruppe.

Von 2005 auf 2009 ist der Anteil der wahlberechtigten Frauen mit Migrationshintergrund in allen Ländern bis auf die Neuen Bundesländer gestiegen. Der entsprechende Anteil der Männer hat ebenfalls, außer im Saarland, zugenommen. Bei den Frauen war der Anstieg mit 1,8 Prozentpunkten in Baden-Württemberg, bei den Männern mit 1,7 Prozentpunkten in Hessen am stärksten.

Die vollständige Kennzahl ist im Datenband abgebildet.

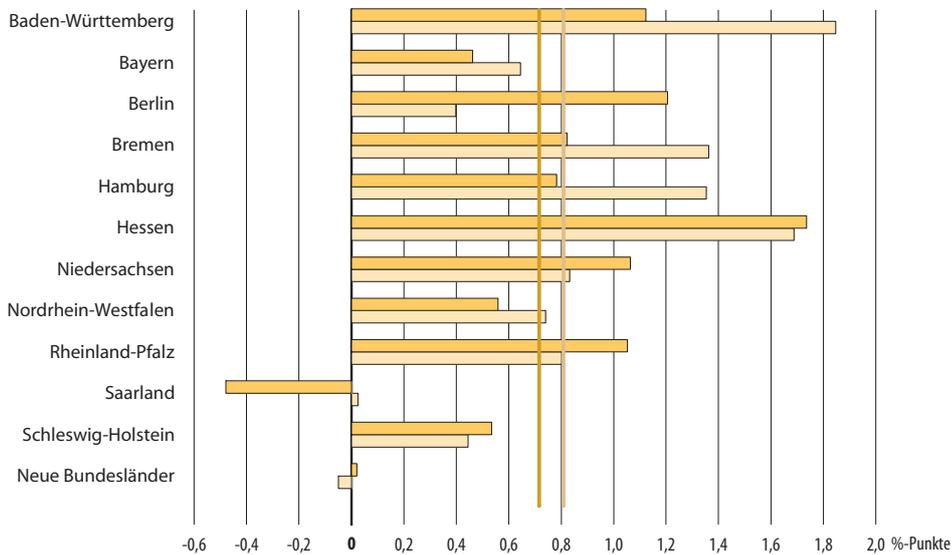
Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund

Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund 2009
an allen Deutschen ab 18 Jahren
nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	13,9	14,1
Bayern.....	9,0	9,1
Berlin.....	9,8	8,7
Bremen.....	12,2	12,2
Hamburg.....	12,4	12,0
Hessen.....	12,7	12,1
Niedersachsen.....	9,1	8,7
Nordrhein-Westfalen.....	12,5	12,0
Rheinland-Pfalz.....	9,7	9,2
Saarland.....	8,0	8,0
Schleswig-Holstein.....	6,5	6,2
Neue Bundesländer.....	1,9	1,8
Deutschland.....	9,4	9,2

Veränderung 2005 – 2009



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	1,1	1,8
Bayern.....	0,5	0,6
Berlin.....	1,2	0,4
Bremen.....	0,8	1,4
Hamburg.....	0,8	1,4
Hessen.....	1,7	1,7
Niedersachsen.....	1,1	0,8
Nordrhein-Westfalen.....	0,6	0,7
Rheinland-Pfalz.....	1,1	0,8
Saarland.....	-0,5	0,0
Schleswig-Holstein.....	0,5	0,4
Neue Bundesländer.....	0,0	-0,0
Deutschland.....	0,7	0,8

Lebensformen

Definition

Menschen mit Migrationshintergrund nach Lebensformen in Privathaushalten (Alleinstehend, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kind, Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren, Alleinerziehende) Die Prozentuierung bezieht sich jeweils auf erwachsene Personen.

Empirische Relevanz

Die Kennzahl zeigt die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über die verschiedenen Lebensformen mit Kindern und ohne Kinder.

Bewertung der Kennzahl

Die Daten zeigen die Vielfalt der Lebensformen in der Bevölkerung und verweisen dabei auf Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst. Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften werden untererfasst. Aufgrund der geringen Fallzahlen wird diese Gruppe in der Regel nicht ausgewiesen.

Ergebnisse

Im Jahr 2009 lebte in Deutschland ein Drittel (33,3 %) der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Paargemeinschaften mit minderjährigen Kindern und somit ein deutlich höherer Teil als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (19,2 %). Dies dürfte auf die jüngere Altersstruktur der Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen sein. Ein großer Teil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (39,5 %) lebte in Paargemeinschaften ohne Kind, während dies lediglich auf 29,4 % der Menschen mit Migrationshintergrund zutraf.

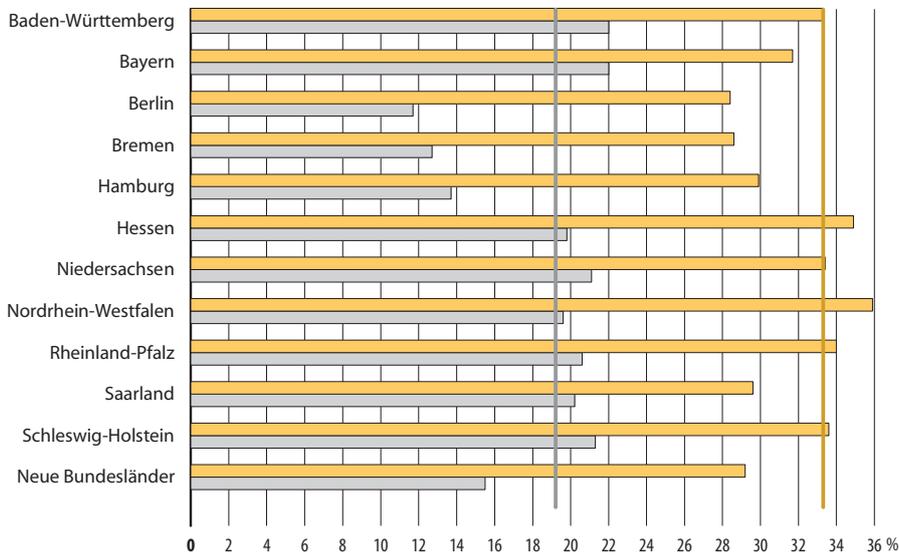
Erwachsene Personen mit Migrationshintergrund lebten in Nordrhein-Westfalen am häufigsten in Paargemeinschaften mit minderjährigen Kindern (35,9 %). Den niedrigsten Anteil an Paargemeinschaften mit minderjährigen Kindern wiesen Berlin und Bremen auf. Dies gilt sowohl für Personen mit (28,4% bzw. 28,6 %) als auch ohne Migrationshintergrund (11,7 % bzw. 12,7 %).

Von 2005 auf 2009 ist bei der erwachsenen Bevölkerung der Anteil der Paargemeinschaften mit minderjährigen Kindern gesunken. Im Bundesgebiet liegt der Rückgang bei 2,9 Prozentpunkten für Menschen mit Migrationshintergrund und bei 2,5 Prozentpunkten für Personen ohne Migrationshintergrund. Ein besonders deutlicher Rückgang ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Saarland zu verzeichnen (8,2 Prozentpunkte), während der entsprechende Anteil für Menschen ohne Migrationshintergrund am stärksten in den Neuen Bundesländern zurückgegangen ist (4,1 Prozentpunkte).

Bei einer Betrachtung differenziert nach Geschlecht lassen sich bei dieser Kennzahl kaum Unterschiede feststellen.

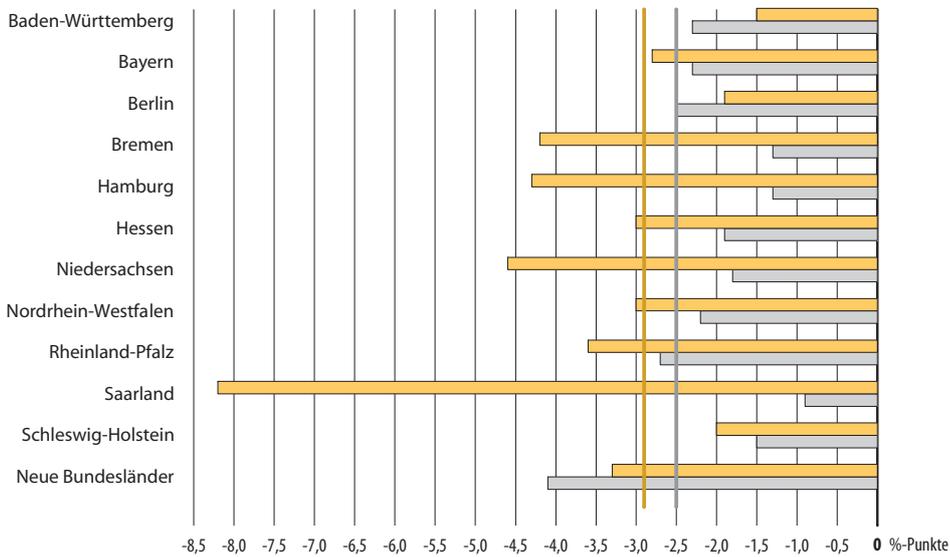
Die vollständige Kennzahl ist im Datenband abgebildet.

Anteil der erwachsenen Bevölkerung in Paargemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren nach Migrationsstatus 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	33,3	22,0
Bayern.....	31,7	22,0
Berlin.....	28,4	11,7
Bremen.....	28,6	12,7
Hamburg.....	29,9	13,7
Hessen.....	34,9	19,8
Niedersachsen.....	33,4	21,1
Nordrhein-Westfalen.....	35,9	19,6
Rheinland-Pfalz.....	34,0	20,6
Saarland.....	29,6	20,2
Schleswig-Holstein.....	33,6	21,3
Neue Bundesländer.....	29,2	15,5
Deutschland.....	33,3	19,2

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	-1,5	-2,3
Bayern.....	-2,8	-2,3
Berlin.....	-1,9	-2,5
Bremen.....	-4,2	-1,3
Hamburg.....	-4,3	-1,3
Hessen.....	-3,0	-1,9
Niedersachsen.....	-4,6	-1,8
Nordrhein-Westfalen.....	-3,0	-2,2
Rheinland-Pfalz.....	-3,6	-2,7
Saarland.....	-8,2	-0,9
Schleswig-Holstein.....	-2,0	-1,5
Neue Bundesländer.....	-3,3	-4,1
Deutschland.....	-2,9	-2,5

Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus

Definition

Zahl der Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus
Unterschieden werden EU-Bürgerinnen und -Bürger, Drittstaatsangehörige mit Niederlassungserlaubnis (immer unbefristet), Aufenthaltserlaubnis (immer befristet) sowie mit Duldung (vorübergehende Aussetzung der Abschiebung) und Aufenthaltsgestattung (Asylsuchende)

Empirische Relevanz

Die Aufenthaltstitel beschreiben den Zustand der Sicherheit/Unsicherheit des Aufenthalts in Deutschland. Die Abstufung reicht von dauerhaft sicher (EU-Aufenthaltsrecht, Niederlassungserlaubnis) über vorübergehend sicher (Aufhaltserlaubnis) bis zum unsicheren Status der Duldung bzw. der Gestattung. Ein langfristig gesichertes Aufenthaltsrecht ist in der Regel Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess.

Bewertung des Indikators

Der Indikator differenziert die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus. Je höher die Zahl der Personen mit Niederlassungserlaubnis, desto höher ist auch mittel- bis langfristig das Potenzial für Einbürgerungen. Die Niederlassungserlaubnis berechtigt in allen Fällen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, bei der Aufenthaltserlaubnis ist dies nicht immer der Fall, in gesetzlich geregelten Fällen ist sie von der Zustimmung der Arbeitsverwaltung abhängig. Die Aufenthaltsgestattung und die Duldung erlauben die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nur in bestimmten Fällen.

Datenquelle

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister (AZR) (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR) basieren in der Hauptsache auf den gemeldeten Daten der Ausländerbehörden. Das AZR erfasst grundsätzlich Daten über Ausländerinnen und Ausländer, die sich voraussichtlich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten.

Ergebnisse

Von den knapp 6,7 Millionen im Ausländerzentralregister Ende des Jahres 2009 erfassten Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland hatten 66,0 % ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Zu dieser Rubrik gehören auch die EU-Bürgerinnen und -Bürger. Eine lediglich befristete Aufenthaltserlaubnis hatten 22,6 % der Ausländerinnen und Ausländer. Der Anteil der mit einer Aufenthaltsgestattung versehenen Ausländerinnen und Ausländer (Asylsuchende) betrug bundesweit 0,5 %.

Zwischen den Jahren 2005 und 2009 nahm der zusammengerechnete Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus von 59,7% auf 66,0 % deutlich zu, während der Anteil der Asylsuchenden von 0,8 % auf 0,5 % gesunken ist.

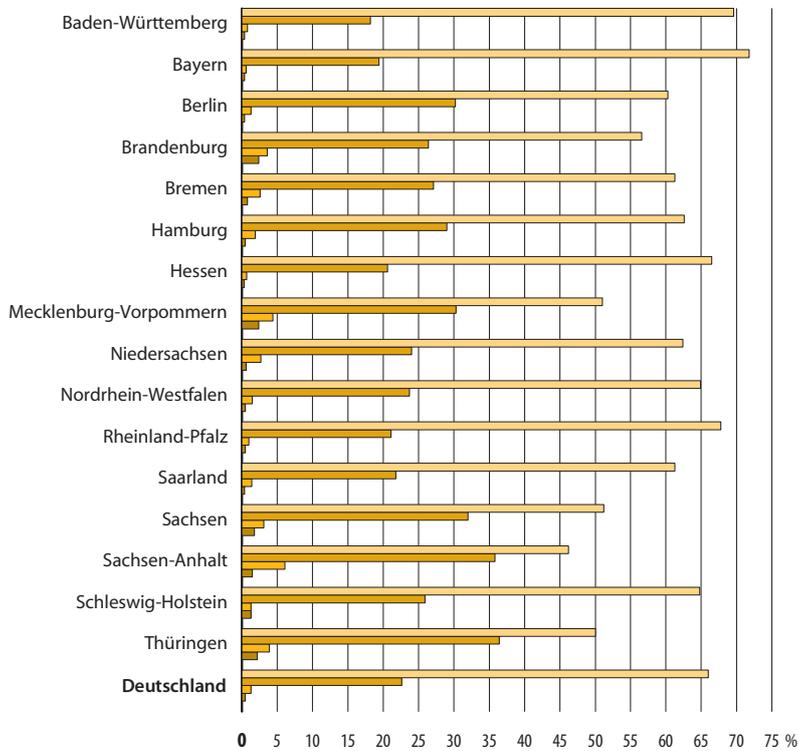
Alle Bundesländer haben im Vergleich 2005 zu 2009 einen Anstieg des Anteils an Bürgerinnen und Bürgern, die ein unbefristetes Aufenthaltsrecht haben, zu verzeichnen, der allerdings unterschiedlich stark ausfällt. Insbesondere bei den Neuen Bundesländern sind bei niedrigerem Niveau überdurchschnittliche Steigerungsraten von bis zu 10,4 Prozentpunkten (Brandenburg) zu konstatieren. In allen Bundesländern nahmen die Anteile der Ausländerinnen und Ausländer mit befristeter Aufenthaltserlaubnis, mit Duldung sowie mit Gestattung im Vergleich von 2005 zu 2009 ab.

Ausländerinnen und Ausländer, die im Ausländerzentralregister als sog. "Sonstige Fälle" bzw. als Fälle "ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung" geführt werden, sind in diesem Indikator nicht abgebildet. Im Jahr 2009 waren dies knapp 10 %.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

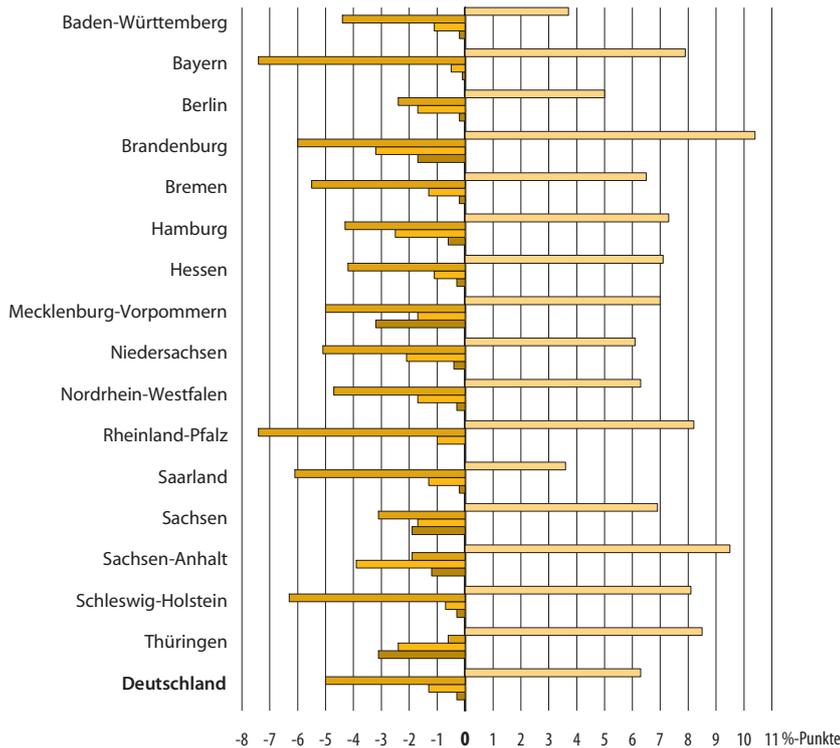
Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus

**Ausländerinnen und Ausländer 2009
nach Aufenthaltsstatus in %**



	unbefristet	befristet	Duldung	Gestattung
Baden-Württemberg	69,6	18,2	0,8	0,4
Bayern	71,8	19,4	0,6	0,4
Berlin	60,3	30,2	1,3	0,4
Brandenburg	56,6	26,4	3,6	2,4
Bremen	61,3	27,1	2,6	0,8
Hamburg	62,6	29,0	1,9	0,5
Hessen	66,5	20,6	0,7	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	51,0	30,3	4,4	2,4
Niedersachsen	62,4	24,0	2,7	0,6
Nordrhein-Westfalen	64,9	23,7	1,5	0,5
Rheinland-Pfalz	67,8	21,1	1,0	0,5
Saarland	61,3	21,8	1,4	0,4
Sachsen	51,2	32,0	3,1	1,8
Sachsen-Anhalt	46,2	35,8	6,1	1,5
Schleswig-Holstein	64,8	25,9	1,3	1,3
Thüringen	50,0	36,4	3,9	2,2
Deutschland	66,0	22,6	1,3	0,5

Veränderung 2005 - 2009



	unbefristet	befristet	Duldung	Gestattung
Baden-Württemberg	3,7	-4,4	-1,1	-0,2
Bayern	7,9	-7,4	-0,5	-0,1
Berlin	5,0	-2,4	-1,7	-0,2
Brandenburg	10,4	-6,0	-3,2	-1,7
Bremen	6,5	-5,5	-1,3	-0,2
Hamburg	7,3	-4,3	-2,5	-0,6
Hessen	7,1	-4,2	-1,1	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	7,0	-5,0	-1,7	-3,2
Niedersachsen	6,1	-5,1	-2,1	-0,4
Nordrhein-Westfalen	6,3	-4,7	-1,7	-0,3
Rheinland-Pfalz	8,2	-7,4	-1,0	0,0
Saarland	3,6	-6,1	-1,3	-0,2
Sachsen	6,9	-3,1	-1,7	-1,9
Sachsen-Anhalt	9,5	-1,9	-3,9	-1,2
Schleswig-Holstein	8,1	-6,3	-0,7	-0,3
Thüringen	8,5	-0,6	-2,4	-3,1
Deutschland	6,3	-5,0	-1,3	-0,3

Einbürgerungsquote I

Definition

Quotient aus der Anzahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer ab 8 Jahren insgesamt differenziert nach Geschlecht

Empirische Relevanz

Einbürgerung ist Ausdruck gelingender Integration. Nur wer eingebürgert ist, verfügt über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator, der anzeigt, wie sich die rechtliche Integration als ein Teilbereich der Integration insgesamt entwickelt. Eine steigende Einbürgerungsquote verringert den Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Einbürgerungsstatistik und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister (AZR) (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Bei der Interpretation der Einbürgerungsquote I ist zu beachten, dass in ihre Berechnung die ausländischen Staatsangehörigen mit einer Aufenthaltsdauer ab 8 Jahren einbezogen werden, unabhängig davon, ob sie alle weiteren rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen und damit Anspruch auf eine Einbürgerung haben.

Ergebnisse

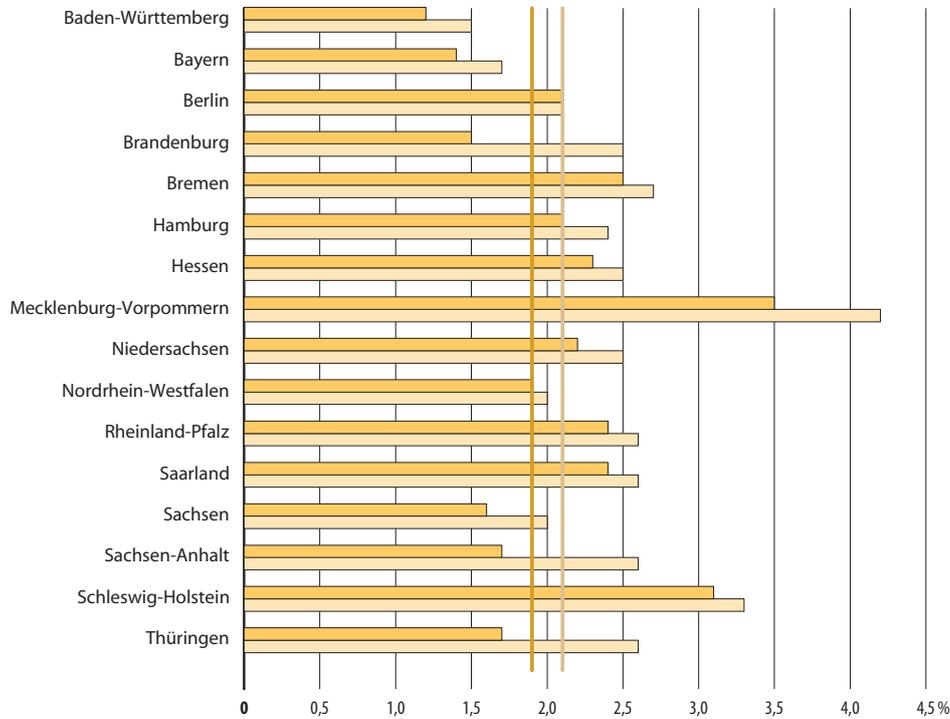
Die Einbürgerungsquote in den Bundesländern bezogen auf Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren liegt im Jahr 2009 bei Männern zwischen 1,2 (Baden-Württemberg) und 3,5 (Mecklenburg-Vorpommern) Einbürgerungen je 100 Ausländerinnen und Ausländer, die Quote für Deutschland beträgt 1,9. Bei Frauen beträgt das Intervall 1,5 bis 4,2, bei einer Quote von 2,1 für Deutschland. In der Tendenz wurden im Jahr 2009 also relativ mehr Frauen eingebürgert als Männer.

Im Vergleich mit dem Jahr 2005 zeigen sich fast durchgängig geringere Quoten. Die Veränderungen sind nur bei den Männern in Brandenburg, im Saarland sowie in Sachsen positiv. Bezogen auf ganz Deutschland sanken die Quoten bei Männern und Frauen um jeweils 0,6 Prozentpunkte.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

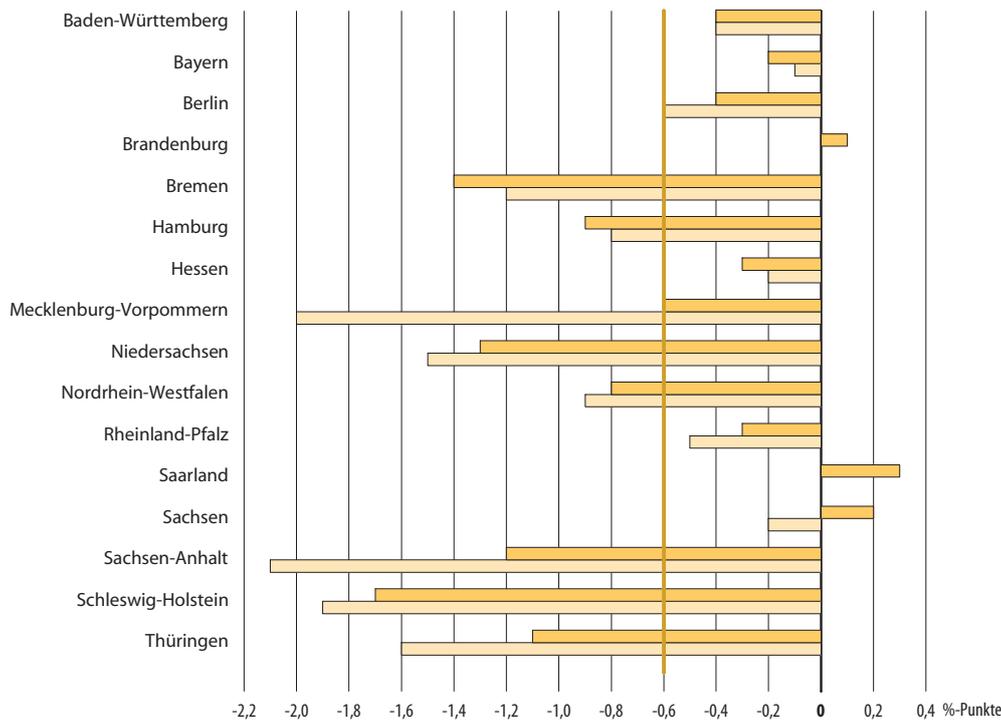
Einbürgerungsquote I

Einbürgerungsquote I
2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	1,2	1,5
Bayern.....	1,4	1,7
Berlin.....	2,1	2,1
Brandenburg.....	1,5	2,5
Bremen.....	2,5	2,7
Hamburg.....	2,1	2,4
Hessen.....	2,3	2,5
Mecklenburg-Vorpommern.....	3,5	4,2
Niedersachsen.....	2,2	2,5
Nordrhein-Westfalen.....	1,9	2,0
Rheinland-Pfalz.....	2,4	2,6
Saarland.....	2,4	2,6
Sachsen.....	1,6	2,0
Sachsen-Anhalt.....	1,7	2,6
Schleswig-Holstein.....	3,1	3,3
Thüringen.....	1,7	2,6
Deutschland.....	1,9	2,1

Veränderung 2005 – 2009



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	-0,4	-0,4
Bayern.....	-0,2	-0,1
Berlin.....	-0,4	-0,6
Brandenburg.....	0,1	0,0
Bremen.....	-1,4	-1,2
Hamburg.....	-0,9	-0,8
Hessen.....	-0,3	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	-0,6	-2,0
Niedersachsen.....	-1,3	-1,5
Nordrhein-Westfalen.....	-0,8	-0,9
Rheinland-Pfalz.....	-0,3	-0,5
Saarland.....	0,3	0,0
Sachsen.....	0,2	-0,2
Sachsen-Anhalt.....	-1,2	-2,1
Schleswig-Holstein.....	-1,7	-1,9
Thüringen.....	-1,1	-1,6
Deutschland.....	-0,6	-0,6

Einbürgerungsquote II

Definition

Quotient aus der Anzahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt differenziert nach Geschlecht

Empirische Relevanz

Einbürgerung ist Ausdruck gelingender Integration. Nur wer eingebürgert ist, verfügt über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator, der anzeigt, wie sich die rechtliche Integration als ein Teilbereich der Integration insgesamt entwickelt. Eine steigende Einbürgerungsquote verringert den Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Einbürgerungsstatistik und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister (AZR) (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Um die Ergebnisse des Monitorings mit vorliegenden Statistiken zur Einbürgerungsentwicklung vergleichen zu können, wird ergänzend zu Indikator B 2a auch die Einbürgerungsquote ohne Berücksichtigung einer 8-jährigen Aufenthaltszeit angegeben.

Ergebnisse

Die Einbürgerungsquote in den Bundesländern bezogen auf alle Ausländerinnen und Ausländer ist per definitionem kleiner als die Einbürgerungsquote I. Sie weist darüber hinaus aber auch auf Besonderheiten in der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung bezüglich der Aufenthaltsdauer hin. Die höchsten Quoten hat bei dieser Definition bei Frauen und Männern nicht mehr Mecklenburg-Vorpommern, sondern Schleswig-Holstein. Die Quoten der Länder nähern sich generell stärker an.

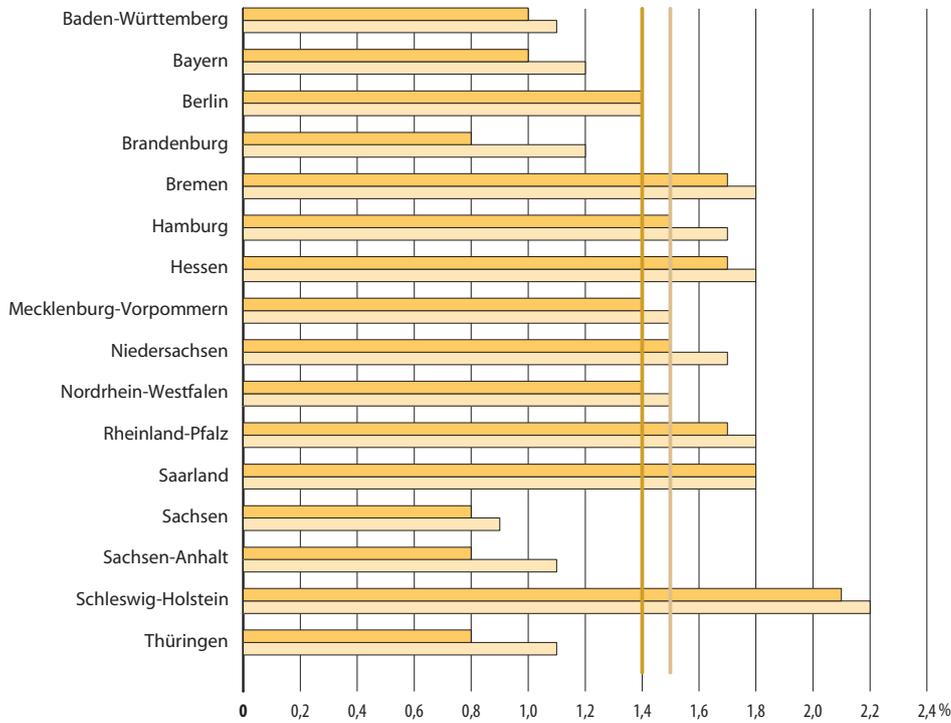
So liegt die Einbürgerungsquote II im Jahr 2009 bei den Männern zwischen 0,8 (Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, und Thüringen) und 2,1 (Schleswig-Holstein) Einbürgerungen je 100 Ausländer, die Quote für Deutschland beträgt 1,4. Bei den Frauen beträgt das Intervall 0,9 bis 2,2, bei einer Quote von 1,5 für Deutschland.

Im Vergleich mit dem Jahr 2005 zeigen sich auch für die Einbürgerungsquote II mehrheitlich geringere Quoten. Die Veränderungen liegen alle im Bereich von -0,9 bis 0,3 Prozentpunkten. Bezogen auf ganz Deutschland sanken die Quoten bei Männern und Frauen um jeweils 0,3 Prozentpunkte.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

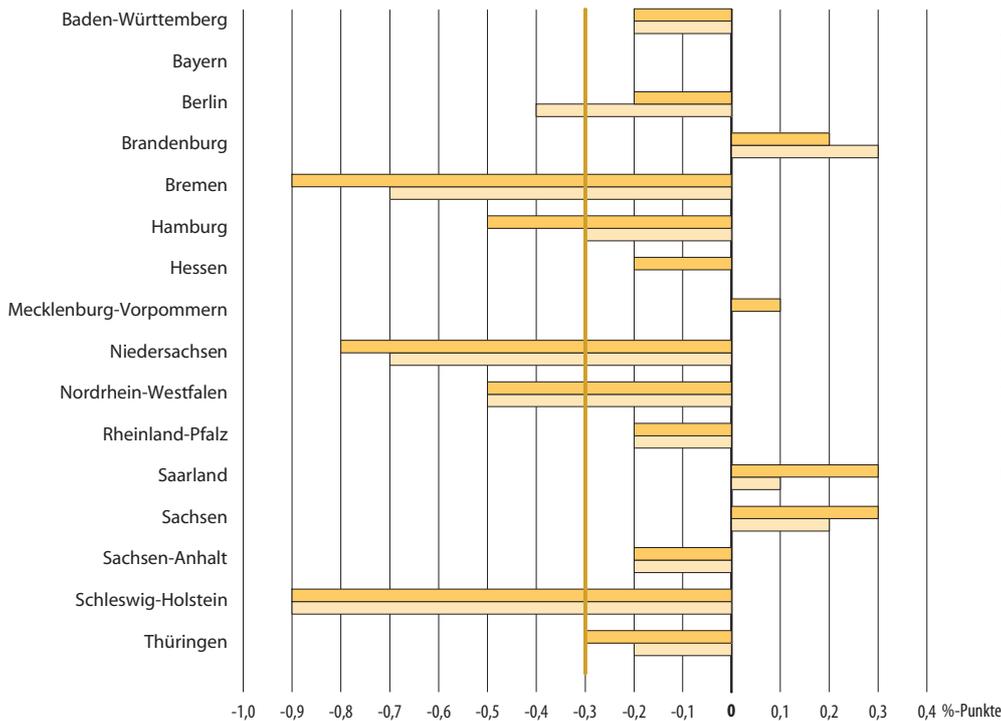
Einbürgerungsquote II

Einbürgerungsquote II
2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	1,0	1,1
Bayern.....	1,0	1,2
Berlin.....	1,4	1,4
Brandenburg.....	0,8	1,2
Bremen.....	1,7	1,8
Hamburg.....	1,5	1,7
Hessen.....	1,7	1,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	1,4	1,5
Niedersachsen.....	1,5	1,7
Nordrhein-Westfalen.....	1,4	1,5
Rheinland-Pfalz.....	1,7	1,8
Saarland.....	1,8	1,8
Sachsen.....	0,8	0,9
Sachsen-Anhalt.....	0,8	1,1
Schleswig-Holstein.....	2,1	2,2
Thüringen.....	0,8	1,1
Deutschland.....	1,4	1,5

Veränderung 2005 – 2009



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	-0,2	-0,2
Bayern.....	-0,0	-0,0
Berlin.....	-0,2	-0,4
Brandenburg.....	0,2	0,3
Bremen.....	-0,9	-0,7
Hamburg.....	-0,5	-0,3
Hessen.....	-0,2	-0,0
Mecklenburg-Vorpommern.....	0,1	-0,0
Niedersachsen.....	-0,8	-0,7
Nordrhein-Westfalen.....	-0,5	-0,5
Rheinland-Pfalz.....	-0,2	-0,2
Saarland.....	0,3	0,1
Sachsen.....	0,3	0,2
Sachsen-Anhalt.....	-0,2	-0,2
Schleswig-Holstein.....	-0,9	-0,9
Thüringen.....	-0,3	-0,2
Deutschland.....	-0,3	-0,3

Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen

Definition

Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund (ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils) und Geschlecht an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Empirische Relevanz

Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängen. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges familien- und integrationspolitisches Ziel der Länder.

Bewertung des Indikators

Der Indikator beschreibt die Zusammensetzung der Gesamtgruppe der Kinder in frühkindlicher Betreuung nach dem Migrationshintergrund.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik durchgeführte Erhebung zu „Kindern und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ ist eine jährliche Totalerhebung aktuell zum Stichtag 1. März, die seit dem Jahr 2006 mit einem erweiterten Merkmalsumfang durchgeführt wird. Erfragt wird in diesem Zuge für jedes Kind, ob mindestens ein Elternteil eine ausländische Herkunft besitzt. Somit erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik den Migrationshintergrund weniger umfassend als der Mikrozensus. Zusätzlich zur ausländischen Herkunft der Eltern bzw. eines Elternteils wird in der Erhebung „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“ nach der vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache (Deutsch – nicht-Deutsch) gefragt. Für den Indikator C1 wird das Merkmal der ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils verwendet. Die Gruppe der Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft ist zahlenmäßig größer als die Gruppe der Kinder, die zu Hause vorrangig nicht Deutsch spricht. Kinder in Kindertagespflege werden im vorliegenden Indikator nicht berücksichtigt.

Ergebnisse

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern der Altersgruppe, die eine Kindertageseinrichtung besuchten, lag im Jahr 2009 in den Bundesländern zwischen 3,2 % in Thüringen und 29,4 % in Hamburg.

Im deutschlandweiten Durchschnitt betrug der Anteil im Jahr 2009 16,8 %.

Die Unterschiede zwischen den Werten für Mädchen und Jungen sind klein – die höchste Differenz tritt mit 1,7 Prozentpunkten in Rheinland-Pfalz auf.

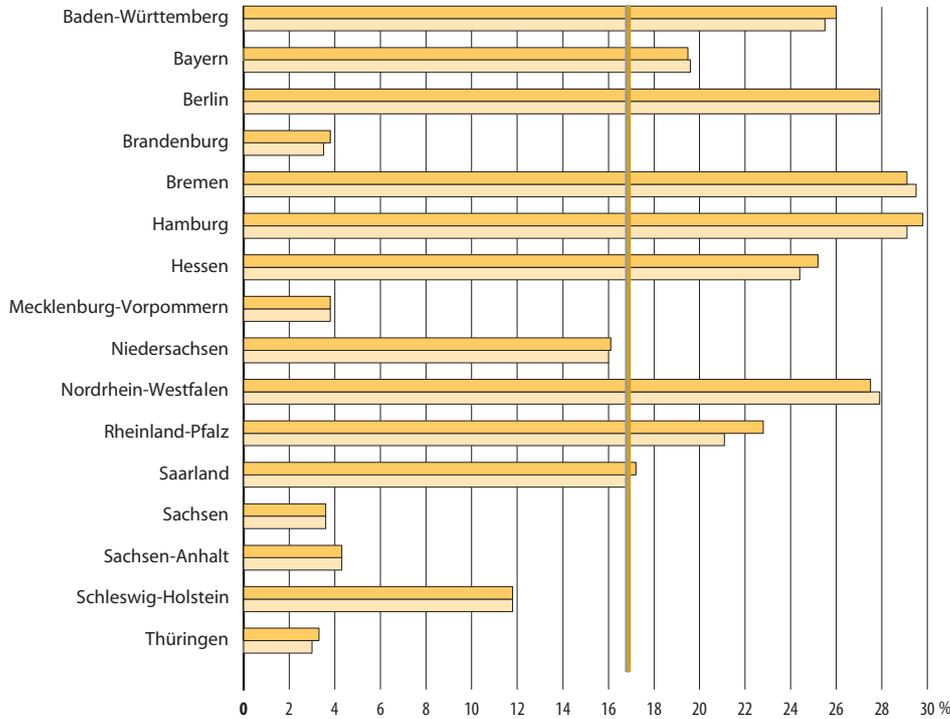
Zwischen 2006 und 2009 nahm der Anteil der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen deutschlandweit um 1,6 Prozentpunkte zu.

In den Ländern war die Veränderung unterschiedlich ausgeprägt. So sank der Anteil in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg (-5,5 Prozentpunkte), Hessen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen. Hingegen stieg dieser in den anderen Bundesländern um bis zu 4,3 Prozentpunkte (Bremen). Für Berlin konnte keine Veränderung berechnet werden, da die Statistik dort erst 2008 umstrukturiert wurde.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

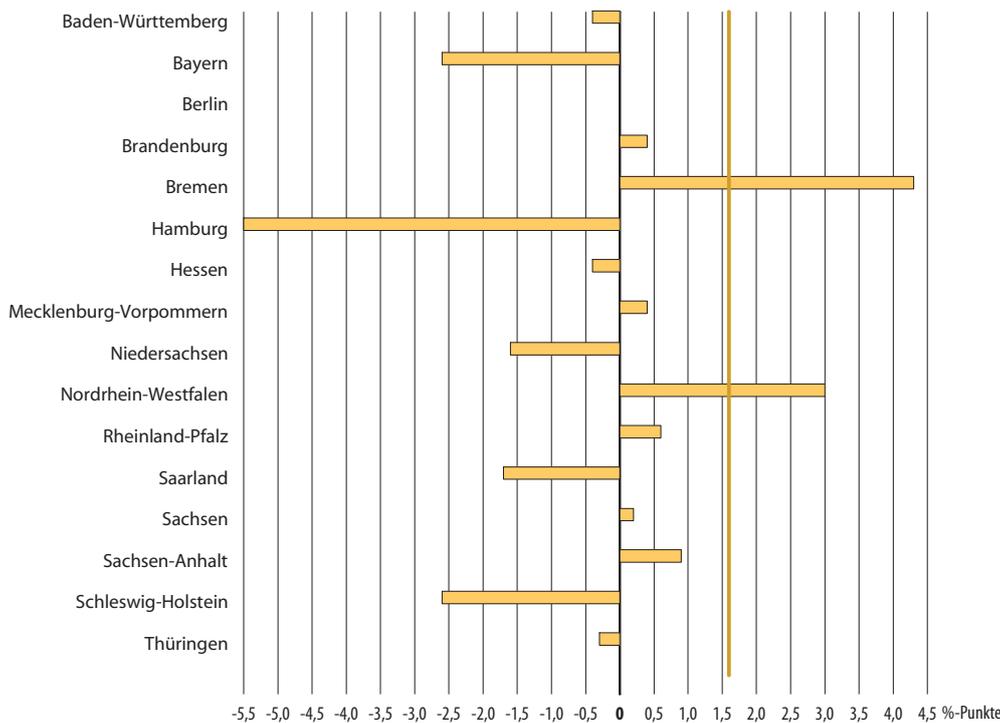
Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	26,0	25,5
Bayern.....	19,5	19,6
Berlin.....	27,9	27,9
Brandenburg.....	3,8	3,5
Bremen.....	29,1	29,5
Hamburg.....	29,8	29,1
Hessen.....	25,2	24,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	3,8	3,8
Niedersachsen.....	16,1	16,0
Nordrhein-Westfalen.....	27,5	27,9
Rheinland-Pfalz.....	22,8	21,1
Saarland.....	17,2	16,9
Sachsen.....	3,6	3,6
Sachsen-Anhalt.....	4,3	4,3
Schleswig-Holstein.....	11,8	11,8
Thüringen.....	3,3	3,0
Deutschland.....	16,9	16,8

Veränderung 2006 – 2009



	Kinder
Baden-Württemberg.....	-0,4
Bayern.....	-2,6
Berlin.....	•
Brandenburg.....	0,4
Bremen.....	4,3
Hamburg.....	-5,5
Hessen.....	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	0,4
Niedersachsen.....	-1,6
Nordrhein-Westfalen.....	3,0
Rheinland-Pfalz.....	0,6
Saarland.....	-1,7
Sachsen.....	0,2
Sachsen-Anhalt.....	0,9
Schleswig-Holstein.....	-2,6
Thüringen.....	-0,3
Deutschland.....	1,6

Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen

Definition

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund (ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils) und Geschlecht an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Empirische Relevanz

Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängen. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges familien- und integrationspolitisches Ziel der Länder.

Bewertung des Indikators

Der Indikator beschreibt die Zusammensetzung der Gesamtgruppe der Kinder in frühkindlicher Betreuung nach dem Migrationshintergrund.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik durchgeführte Erhebung zu „Kindern und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ ist eine jährliche Totalerhebung aktuell zum Stichtag 1. März, die seit dem Jahr 2006 mit einem erweiterten Merkmalsumfang durchgeführt wird. Erfragt wird in diesem Zuge für jedes Kind, ob mindestens ein Elternteil eine ausländische Herkunft besitzt. Somit erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik den Migrationshintergrund weniger umfassend als der Mikrozensus. Zusätzlich zur ausländischen Herkunft der Eltern bzw. eines Elternteils wird in der Erhebung „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“ nach der vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache (Deutsch – nicht-Deutsch) gefragt. Für den Indikator C2 wird das Merkmal der ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils verwendet. Die Gruppe der Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft ist zahlenmäßig größer als die Gruppe der Kinder, die zu Hause vorrangig nicht Deutsch spricht. Kinder in Kindertagespflege werden im vorliegenden Indikator nicht berücksichtigt.

Ergebnisse

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern der Altersgruppe, die im Jahr 2009 eine Kindertageseinrichtung besuchten, lag bei den Bundesländern zwischen 5,3 % in Mecklenburg-Vorpommern und 43,4 % in Bremen.

Im deutschlandweiten Durchschnitt betrug der Anteil im Jahr 2009 27,0 %.

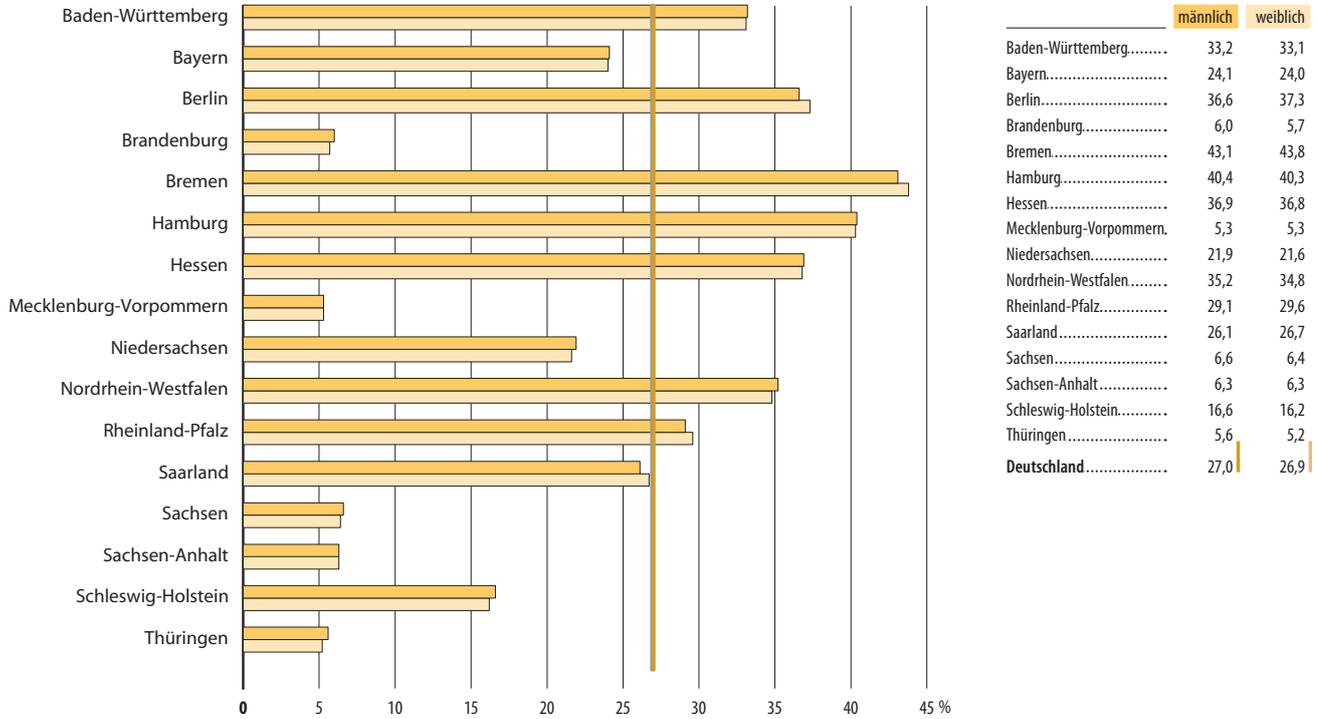
Die Unterschiede zwischen den Werten für Mädchen und Jungen sind klein. In Bremen mit einer Differenz von 0,8 Prozentpunkten gibt es den größten Unterschied.

Zwischen 2006 und 2009 nahm der Anteil in Deutschland um 2,7 Prozentpunkte zu. In den Ländern war die Veränderung unterschiedlich stark ausgeprägt, aber in allen Ländern positiv. Für Berlin konnte keine Veränderung berechnet werden, da die Statistik dort erst 2008 umstrukturiert wurde.

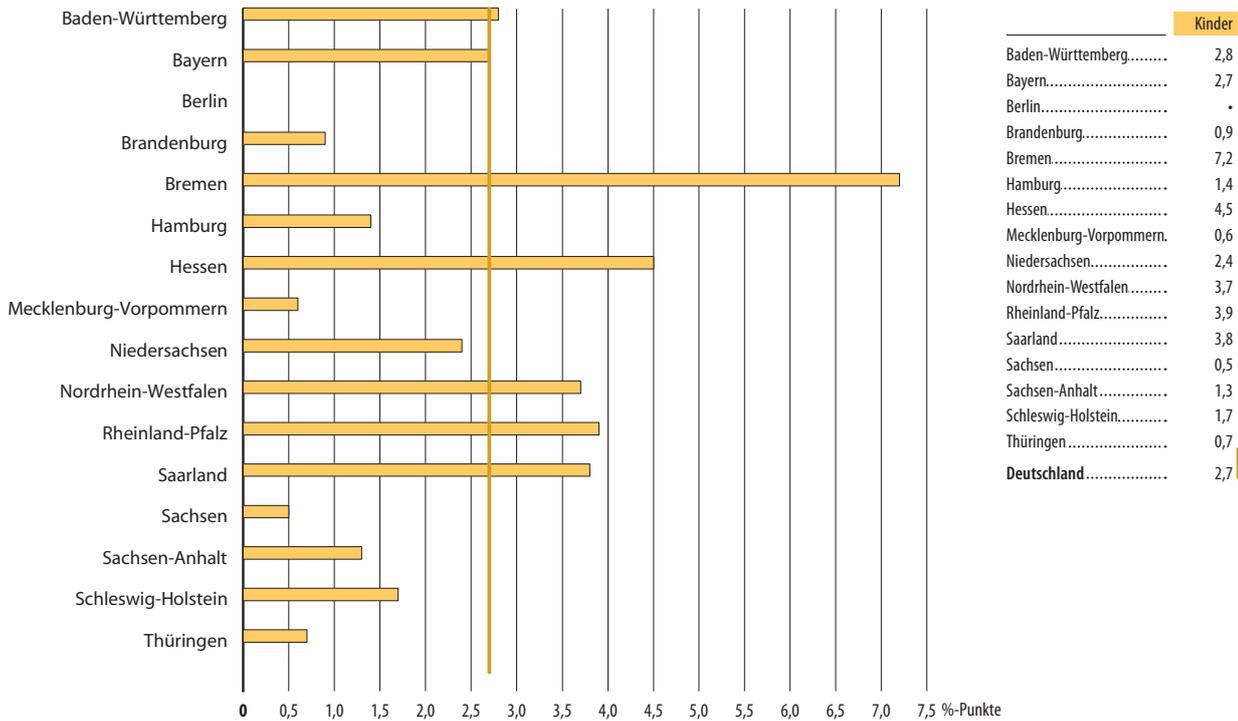
Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Geschlecht



Veränderung 2006 – 2009



Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen

Definition

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Empirische Relevanz

Der Indikator zeigt an, ob in den Familien der Kinder vorwiegend Deutsch oder eine andere Sprache gesprochen wird. Der frühe Erwerb deutscher Sprachkenntnisse erleichtert den Integrationsprozess.

Bewertung des Indikators

Der Indikator beschreibt die Zusammensetzung der Gesamtgruppe der Kinder in vorschulischer Betreuung nach der in der Familie vorrangig gesprochenen Sprache. Hohe Anteile von Kindern, in deren Herkunftsfamilie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, geben einen Hinweis auf einen erhöhten Förderungsbedarf. Die Inanspruchnahme im Zeitvergleich und das ausgewogene Verhältnis von Mädchen und Jungen sind weitere relevante Größen.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik durchgeführte Erhebung zu „Kindern und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ ist eine jährliche Totalerhebung aktuell zum Stichtag 1. März, die seit dem Jahr 2006 mit einem erweiterten Merkmalsumfang durchgeführt wird. Erfragt wird in diesem Zuge für jedes Kind, ob mindestens ein Elternteil eine ausländische Herkunft besitzt. Somit erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik den Migrationshintergrund weniger umfassend als der Mikrozensus. Zusätzlich zur ausländischen Herkunft der Eltern bzw. eines Elternteils wird in der Erhebung „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“ nach der vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache (Deutsch – nicht-Deutsch) gefragt. In der Haushaltsstichprobe des Mikrozensus ist kein Merkmal zur Herkunfts- oder Familiensprache vorhanden. Für den Indikator C3 wird das Merkmal vorrangig in der Familie gesprochene Sprache verwendet. Die Gruppe der Kinder, die zu Hause vorrangig nicht Deutsch spricht, ist kleiner als die der Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft. Kinder in Kindertagespflege werden im vorliegenden Indikator nicht berücksichtigt.

Ergebnisse

In den Bundesländern lag im Jahr 2009 der Anteil der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen, deren vorrangige Familiensprache nicht Deutsch ist, zwischen 2,6 % in Brandenburg und 30,3 % in Berlin. Die Unterschiede der Anteile von Mädchen und Jungen waren gering.

Bundesweit betrug der Anteil 17,0 %.

Im Vergleich zum Jahr 2006 hat in allen Ländern bis auf Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein der Anteil der Kinder in dieser Altersgruppe, deren vorrangige Familiensprache nicht Deutsch ist, zugenommen. Am stärksten war der Zuwachs mit 5,0 Prozentpunkten in Bremen.

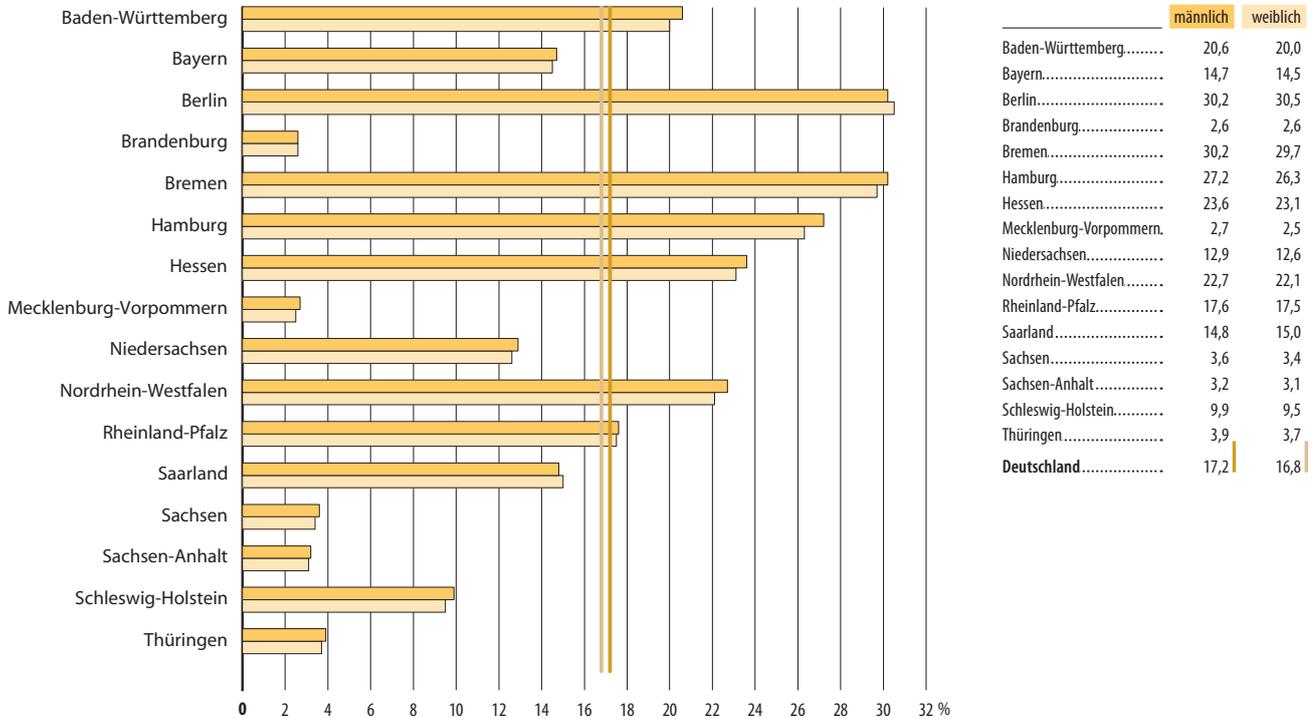
Bundesweit nahm der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen um 0,7 Prozentpunkte zu.

Für Bayern fällt im Vergleich mit dem Indikator C2 auf, dass die Entwicklungen gegenläufig sind. Nahm 2009 der Anteil der Kinder dieser Altersgruppe mit nichtdeutscher Familiensprache im Vergleich zu 2006 um 2,7 Prozentpunkte ab, zeigt der Indikator C2 für Bayern eine Zunahme des Anteils der Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft um 2,7 Prozentpunkte. Gegenläufige Entwicklungen der beiden Indikatoren zeigen sich auch für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

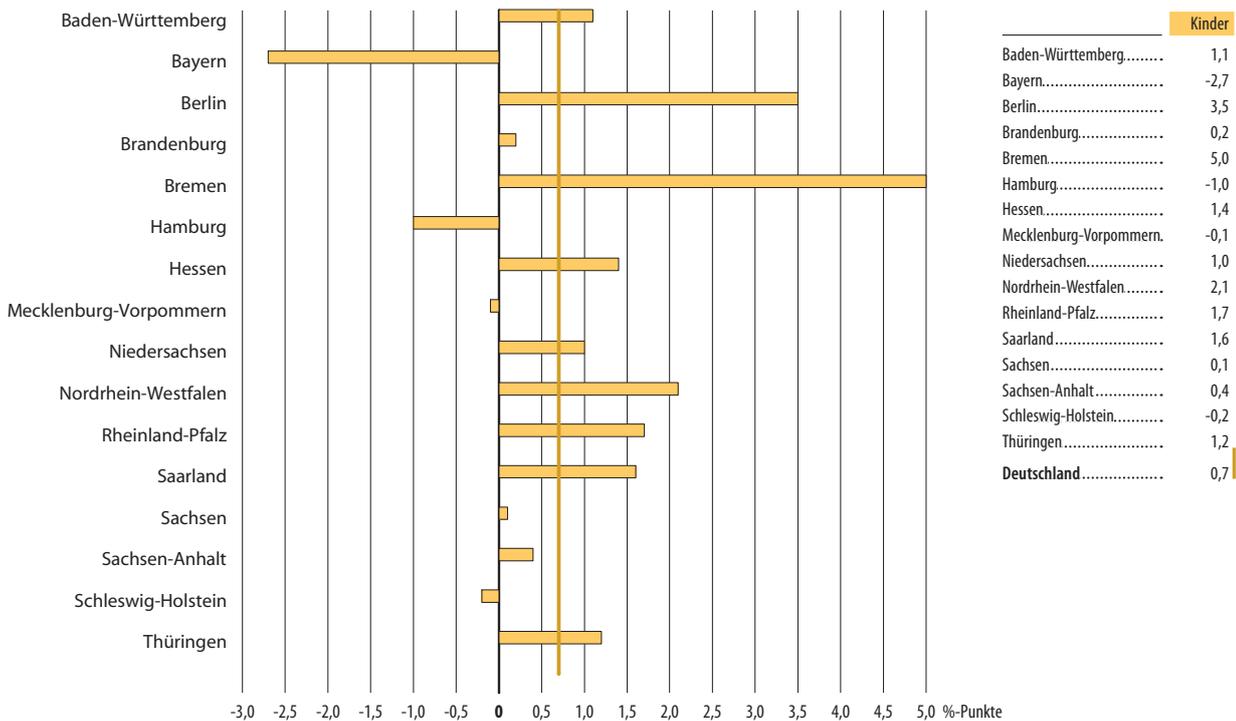
Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, 2009 nach Geschlecht



Veränderung 2006 – 2009



Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern

Definition

Anteil der Kinder im Alter von 4 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen, bei denen Förderbedarf bezüglich der deutschen Sprachkenntnisse festgestellt wurde, nach dem Migrationshintergrund

Empirische Relevanz

Eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung ist zentral für den Bildungs- und Integrationserfolg vor allem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Hohe Indikatorwerte deuten auf einen erhöhten Förderbedarf hin. Der Indikator liefert indes keinen eindeutigen Hinweis auf den etwaigen Erfolg von Fördermaßnahmen.

Bewertung des Indikators

Es handelt sich um einen wichtigen Indikator für die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Datenlage ist derzeit noch unbefriedigend.

Datenquelle

Behörden der Länder, Sprachstandsfeststellung (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Daten zur Sprachstandsfeststellung gibt es nicht für alle Bundesländer, zumindest liegen sie nicht je Land zentral vor. In den Ländern, die Sprachstandsfeststellungen durchführen, werden sie zudem unterschiedlich erhoben. Auch fehlt das Merkmal Migrationshintergrund in einigen Ländern. Es ist nicht zu erwarten, dass kurzfristig vergleichbare Daten für alle Länder vorliegen werden.

Ergebnisse

Angesichts der Datenlage erfolgt keine Darstellung von Ergebnissen.

Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern

Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs

Definition

Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs

Empirische Relevanz

Sprachkenntnisse sind eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche berufliche Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse für Neuzugewanderte sowie für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund ist die Aufgabe der 2005 eingerichteten Integrationskurse.

Bewertung des Indikators

Der Indikator weist über den Abschluss der Sprachprüfungen „Deutsch-Test für Zuwanderer (A2-B1)“ den Erfolgsgrad der Integrationskurse nach. Steigt der Anteil derjenigen, die die Sprachprüfung erfolgreich mit dem höchsten Abschluss B1 abschließen, weist dies auf verbesserte Sprachkenntnisse und damit günstigere Erwartungen mit Blick auf den Integrationsverlauf hin. Die Daten können derzeit noch nicht nach Geschlecht differenziert werden. Empfohlen wird die zusätzliche Erfassung des Geschlechts.

Datenquelle

Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Am 1. Juli 2009 löste die neue einheitliche Sprachprüfung „Deutsch-Test für Zuwanderer (A2-B1)“ die bisherigen, getrennten Sprachprüfungen „Zertifikat Deutsch“ (B1) und „Start Deutsch 2“ (A2) als abschließende Sprachprüfung der Integrationskurse ab. Daten, die vor dem Stichtag 1. Juli 2009 erhoben wurden, können deshalb nicht für Zeitvergleiche herangezogen werden. Die Graphik weist daher lediglich die Bestehensquoten für das 1. Halbjahr 2010 aus. Die Daten für die Jahre 2008 und 2009 können dem Tabellenanhang entnommen werden. Die Kompetenzstufen A2 bis B1 orientieren sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER).

Ergebnisse

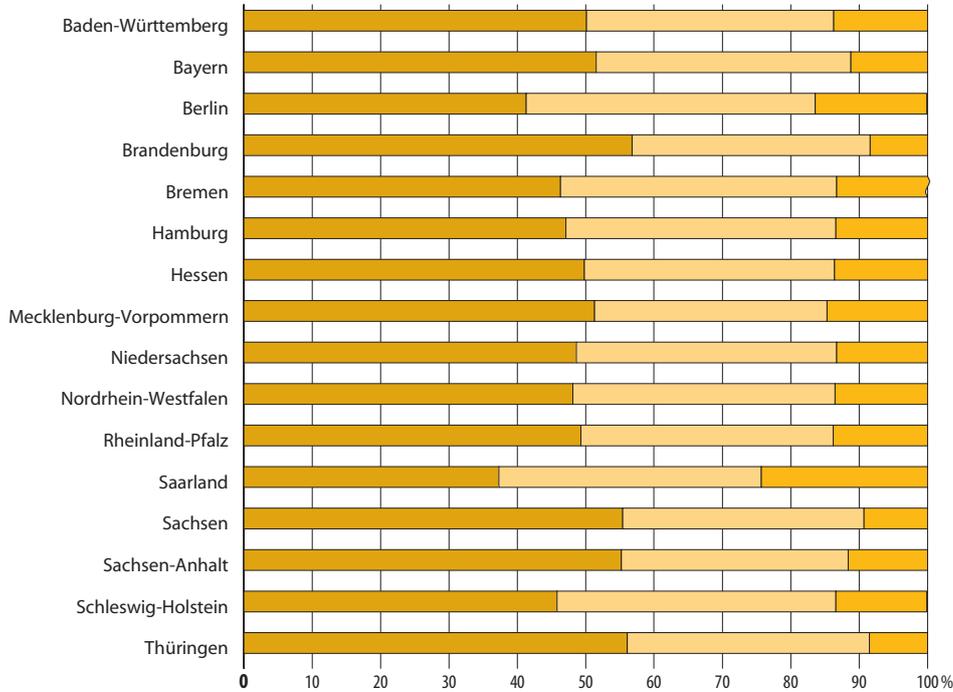
Die Sprachprüfung B1 wurde im ersten Halbjahr 2010 von knapp der Hälfte (48,7 %) der Prüfungsteilnehmer/-innen bestanden. Den Abschluss A2 bestanden mehr als ein Drittel (37,9 %). Damit verfügten über 85 % der Absolventen/-innen der Integrationskurse über ausreichende Deutschkenntnisse, um den Alltag in Deutschland zu meistern. Keinen Abschluss erlangten im Bundesdurchschnitt 13,4 %. Die höchste Erfolgsquote bei der Sprachprüfung B1 weist Brandenburg (56,8 %) aus. Am niedrigsten ist die Quote im Saarland mit 37,3 %. Am häufigsten verließen die Integrationskursteilnehmer den Kurs ohne Abschluss ebenfalls im Saarland (24,3 %) und am seltensten neben Brandenburg (8,4 %) in Thüringen (8,5 %).

Im Jahr 2008 lag die Bestehensquote B1 im Bundesdurchschnitt bei 61,3 % (s. Ergebnisse der Pilotstudie Indikatorenentwicklung und Monitoring 2005 - 2008, S. 23). Der starke Rückgang der Bestehensquote für alle Bundesländer ist auffällig, jedoch in erster Linie auf einen statistischen Effekt aufgrund des geänderten Prüfungsformats zurückzuführen. Die Integrationskursteilnehmer/-innen hatten bis zum 1. Juli 2009 die Wahl zwischen zwei Prüfungen: Start Deutsch 2 (= A2) und Zertifikat Deutsch ZD (= B1), sodass sich schwächere Teilnehmer für die A2-Prüfung anmeldeten, stärkere Teilnehmer für die B1-Prüfung. Die Bestehensquote von 61,3 % im Bundesdurchschnitt bezog sich ausschließlich auf die Teilnehmer/-innen an der B1-Prüfung. Seit dem 1. Juli 2009 sind alle Integrationskursteilnehmer/-innen zur Prüfungsteilnahme verpflichtet. Die Ergebnisse B1, A2 und unter A2 werden nun analog zu einem Schulnotensystem aufgrund der Prüfungsergebnisse vergeben. Die Bestehensquoten beziehen sich nun auf alle Teilnehmenden der Gesamtprüfung. Damit vergrößert sich die Grundgesamtheit der Prüfungsteilnehmer/-innen erheblich, die Bestehensquote für B1 sinkt folglich. Der starke Rückgang der B1-Bestehensquote ist demzufolge vor allem dem geänderten Prüfungsformat geschuldet. Ein valider Vergleich der Prüfungsergebnisse zwischen 2008 bzw. dem 1. Halbjahr 2009 und 2010 ist somit nicht möglich.

Der vollständige Indikator einschließlich der Daten für die Jahre 2008 und 2009 ist im Datenband abgebildet.

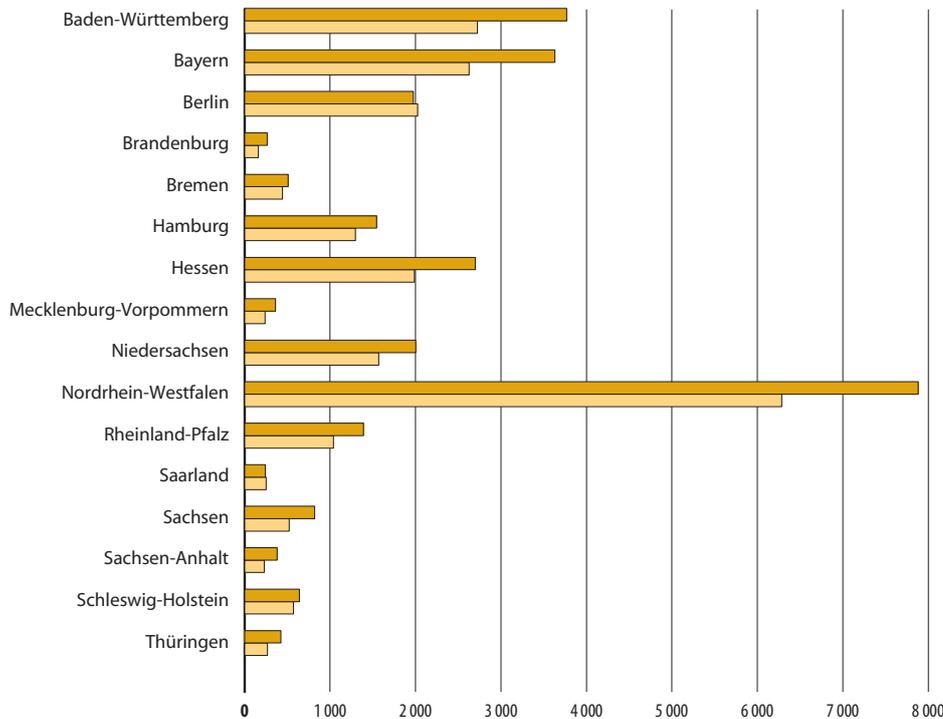
Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs

Anteil der bestandenen Sprachprüfungen Deutsch-Test für Zuwanderer mit Zertifikat Deutsch (B1) und Zertifikat Start Deutsch 2 (A2) im ersten Halbjahr 2010



	B1	A2	unter A2
Baden-Württemberg.....	50,1	36,2	13,7
Bayern.....	51,5	37,3	11,2
Berlin.....	41,3	42,3	16,3
Brandenburg.....	56,8	34,8	8,4
Bremen.....	46,3	40,4	13,4
Hamburg.....	47,1	39,5	13,4
Hessen.....	49,8	36,6	13,6
Mecklenburg-Vorpommern.....	51,3	34,0	14,7
Niedersachsen.....	48,6	38,1	13,3
Nordrhein-Westfalen.....	48,1	38,4	13,5
Rheinland-Pfalz.....	49,3	36,9	13,8
Saarland.....	37,3	38,4	24,3
Sachsen.....	55,4	35,3	9,3
Sachsen-Anhalt.....	55,2	33,2	11,6
Schleswig-Holstein.....	45,8	40,8	13,3
Thüringen.....	56,1	35,4	8,5
Deutschland.....	48,7	37,9	13,4

Zahl der Zertifikate im ersten Halbjahr 2010



	B1	A2
Baden-Württemberg.....	3 769	2 724
Bayern.....	3 630	2 627
Berlin.....	1 974	2 023
Brandenburg.....	264	162
Bremen.....	509	444
Hamburg.....	1 543	1 296
Hessen.....	2 698	1 986
Mecklenburg-Vorpommern.....	362	240
Niedersachsen.....	2 002	1 570
Nordrhein-Westfalen.....	7 883	6 287
Rheinland-Pfalz.....	1 389	1 038
Saarland.....	244	251
Sachsen.....	819	521
Sachsen-Anhalt.....	380	229
Schleswig-Holstein.....	642	572
Thüringen.....	424	268
Deutschland.....	28 809	22 446

Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen

Definition

Anteil ausländischer und deutscher Schüler/-innen in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schüler/-innen der 8. Klassenstufe

Empirische Relevanz

Der Indikator gibt einen Zwischenstand im Bildungsvorlauf zu einem Zeitpunkt vor dem Schulabschluss und bei voller Differenzierung der Bildungswege wieder.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator für die strukturelle Integration und die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülerinnen und Schülern in den verschiedenen Schulformen zeigt an, ob ausländische Schülerinnen und Schüler vergleichbare Bildungschancen haben wie deutsche Schülerinnen und Schüler.

Datenquelle

Behörden der Länder, Schulstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Schulstatistik soll gemäß einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz (KMK) künftig eine länderübergreifend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwenden, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern sollen nicht in die Ableitung des Merkmals eingehen. 2009 war der Kerndatensatz noch nicht in allen Ländern umgesetzt.

Eine methodische Schwierigkeit besteht in der Untergliederung der einzelnen, länderspezifischen Schulsysteme in Schultypen.

Ergebnisse

Im Schuljahr 2009/2010 waren in allen Bundesländern ausländische Schülerinnen und Schüler in der 8. Klassenstufe häufiger an Hauptschulen und weniger häufig an Gymnasien zu finden als deutsche Schülerinnen und Schüler. Nur in Thüringen waren die Anteile der besuchten Schulform in beiden Schülergruppen annähernd ausgeglichen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt gab es relativ geringe Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Deutlich unterschiedlich waren die Verhältnisse in den alten Bundesländern.

Schülerinnen der 8. Klasse besuchten zu einem höheren Anteil das Gymnasium und zu einem niedrigeren die Hauptschule als männliche Schüler. Dies gilt sowohl für deutsche als auch ausländische Schülerinnen und Schüler. Für Deutschland insgesamt trifft das gleiche zu.

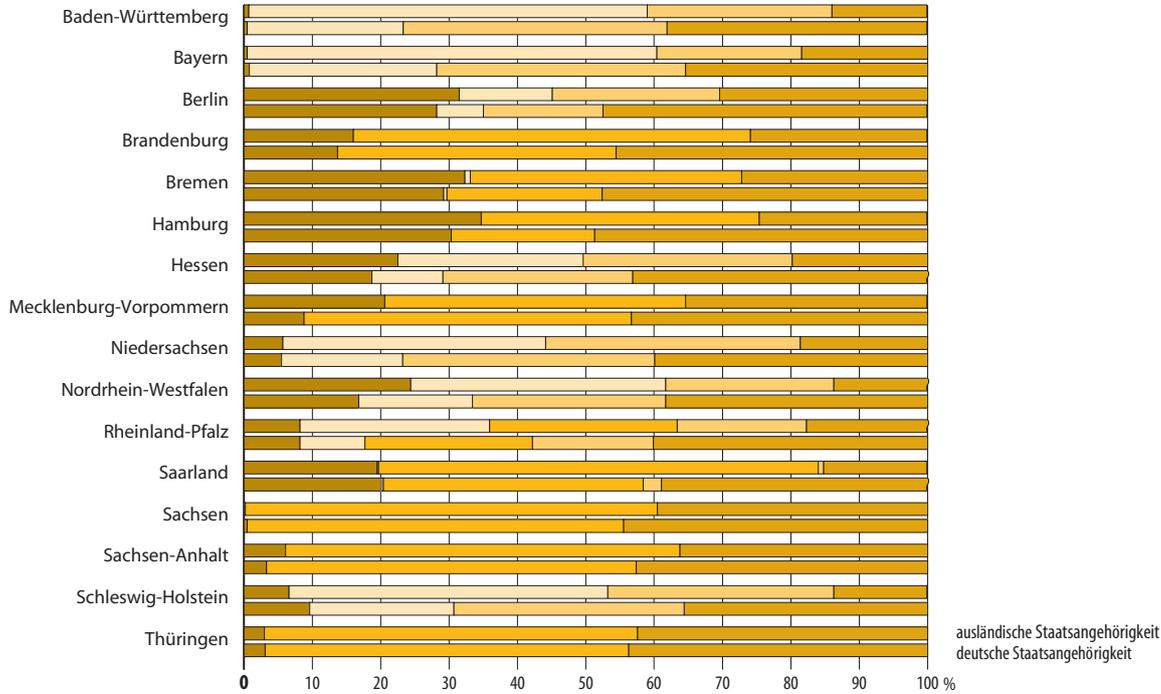
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in der 8. Klassenstufe das Gymnasium besuchten, ist von 2006 bis 2010 in den meisten Ländern angestiegen, der Anteil der Hauptschülerinnen und -schüler gesunken. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ist der Besuch des Gymnasiums bei ausländischen Schülern zurückgegangen, in Sachsen auch bei ausländischen Schülerinnen. In Schleswig-Holstein blieben die Anteile konstant.

Von allen Schulformen ist der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen am höchsten und hat von 2006 bis 2010 noch zugenommen. In Brandenburg gab es keine Zunahme, in Schleswig-Holstein sogar eine Abnahme. In der Mehrzahl der Länder hat auch an den Gymnasien der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler zugenommen. Abgenommen hat er in Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen

Anteil ausländischer und deutscher Schüler/-innen in der 8. Klasse nach Schulformen im Schuljahr 2009/2010



	Gesamtschule		Hauptschule		Verbundene H/R		Realschule		Gymnasium	
	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch
	Staatsangehörigkeit									
Baden-Württemberg.....	0,7	0,5	58,3	22,8	-	-	27,0	38,6	13,9	38,0
Bayern.....	0,5	0,8	59,9	27,4	-	-	21,2	36,4	18,4	35,4
Berlin.....	31,5	28,2	13,6	6,8	-	-	24,5	17,5	30,4	47,4
Brandenburg.....	16,0	13,7	-	-	58,1	40,7	-	-	25,8	45,6
Bremen.....	32,3	29,2	0,8	0,5	39,7	22,7	-	-	27,2	47,6
Hamburg.....	34,7	30,3	-	-	40,7	21,0	-	-	24,5	48,7
Hessen.....	22,5	18,7	27,1	10,4	-	-	30,6	27,8	19,8	43,2
Mecklenburg-Vorpommern....	20,6	8,8	-	-	44,0	47,9	-	-	35,3	43,3
Niedersachsen.....	5,7	5,5	38,4	17,7	-	-	37,3	36,9	18,6	39,9
Nordrhein-Westfalen.....	24,4	16,8	37,3	16,6	-	-	24,6	28,3	13,8	38,3
Rheinland-Pfalz.....	8,2	8,2	27,7	9,5	27,5	24,5	18,9	17,7	17,8	40,1
Saarland.....	19,5	20,1	0,2	0,3	64,3	38,0	0,8	2,7	15,1	39,0
Sachsen.....	0,2	0,5	-	-	60,3	55,0	-	-	39,5	44,5
Sachsen-Anhalt.....	6,1	3,3	-	-	57,7	54,1	-	-	36,2	42,6
Schleswig-Holstein.....	6,6	9,6	46,6	21,1	-	-	33,1	33,7	13,6	35,6
Thüringen.....	3,0	3,1	-	-	54,6	53,2	-	-	42,4	43,7

Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach erreichten Abschlüssen

Definition

Anteil ausländischer und deutscher Schulabgänger/-innen nach Schulabschluss an allen Schulabgänger/-innen eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen

Empirische Relevanz

Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei den Schülerinnen und Schülern eines Jahrgangs. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülerinnen und Schülern ist ein wichtiger Integrationsindikator.

Bewertung des Indikators

Zentraler Indikator für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss, desto besser auch die weiteren strukturellen Integrationschancen. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass dieser Indikator auf die Schulabschlüsse an den allgemeinbildenden Schulen beschränkt ist. Nicht berücksichtigt werden folglich Hochschulzugangsberechtigungen, die nach dem Abschluss einer Haupt- oder Realschule etwa im beruflichen Schulwesen (z.B. durch Fach- und Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen oder berufliche Gymnasien) erreicht werden.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Siehe die Anmerkungen zu D 1. Die Dauer des Bildungsganges und demografische Veränderungen müssen in die Betrachtung eingehen. Die relative Anteilsbildung eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen kann durch unterschiedliche Altersgruppen innerhalb einer Schulstufe und durch die Zuzüge Unschärfen beinhalten. Eine methodische Schwierigkeit besteht in der Untergliederung der einzelnen, länderspezifischen Schulsysteme in Schultypen.

Ergebnisse

Ausländische Schulabgängerinnen und Schulabgänger verließen 2009 in einem größeren Maße die allgemeinbildende Schule mit einem Hauptschulabschluss als deutsche. Die Anteile bewegen sich zwischen 11,7 % in Sachsen und 52,7 % in Baden-Württemberg. Die Hochschulreife schafften zwischen 5,1 % (Baden-Württemberg) und 41,7 % (Brandenburg) der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Bei den deutschen lagen die Quoten zwischen 25,3 % in Bayern und 48,9 % in Hamburg. Die Quoten sind in allen Ländern – teilweise um ein Mehrfaches – höher als bei den Ausländerinnen und Ausländern. Ohne Schulabschluss gingen zwischen 5,4 % (Brandenburg) und 20,0 % (Sachsen-Anhalt) der ausländischen Schülerinnen und Schüler von der allgemeinbildenden Schule ab, von den deutschen zwischen 4,4 % (Baden-Württemberg) und 12,5 % (Mecklenburg-Vorpommern). Nur in Brandenburg ist der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Schulabschluss bei den Deutschen höher als bei den Ausländern.

In den meisten Ländern ist 2009 der Anteil des Abiturs bei den Abgängerinnen höher als bei den Abgängern der jeweiligen Gruppe – mit Ausnahme Thüringens. Hier erreichen Ausländerinnen und Ausländer in gleichem Maße das Abitur. Bei den Abgängern ist dagegen sowohl der fehlende Schulabschluss als auch der Hauptschulabschluss häufiger anzutreffen als bei den Abgängerinnen – innerhalb der jeweiligen Gruppe. Ausnahmen sind Brandenburg und Sachsen-Anhalt – hier ist der Anteil des Hauptschulabschlusses bei den ausländischen Abgängerinnen höher als bei den ausländischen Abgängern.

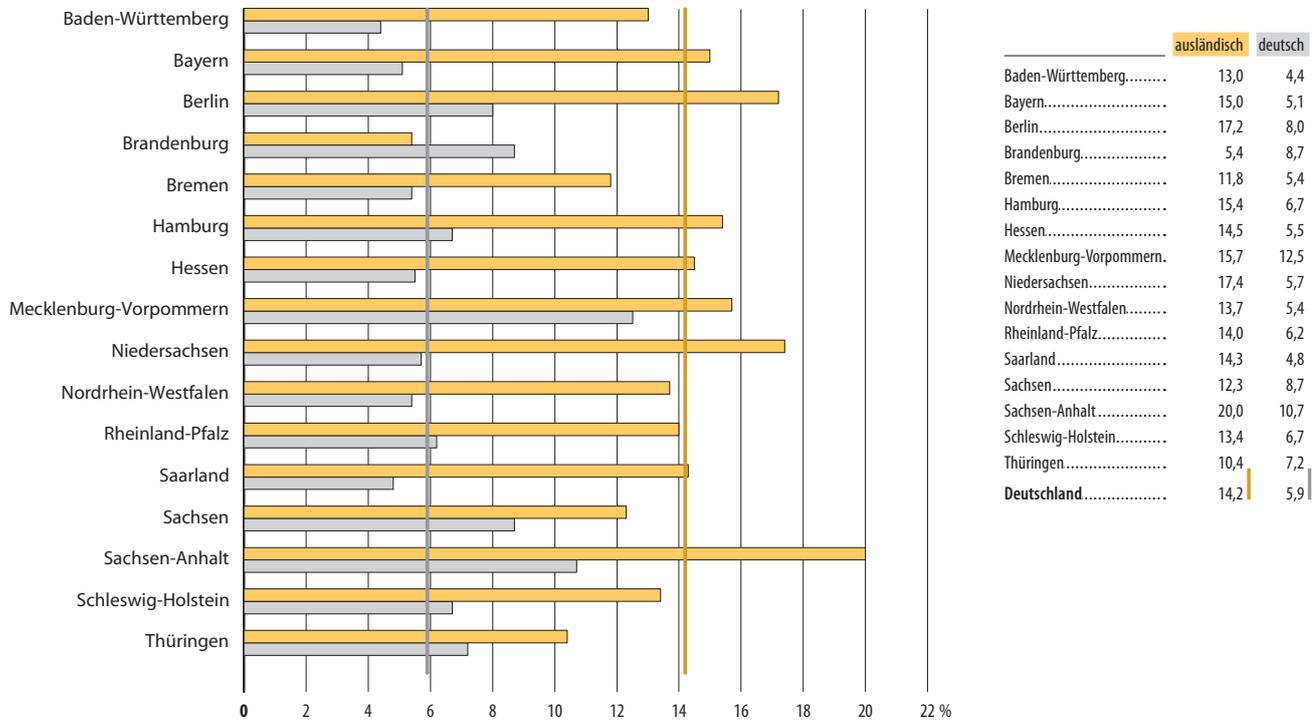
Bundesweit schlossen 2009 38,9 % aller ausländischen Abgängerinnen und Abgänger mit einem Hauptschulabschluss ab. Starke Abweichungen gab es zu deutschen Schülerinnen und Schülern bei der Hochschulreife, die von 32,1 % aller deutschen, aber nur 11,3 % der ausländischen Schülerinnen und Schülern erreicht wurde. 14,2 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler verließen 2009 bundesweit ohne Hauptschulabschluss den Bildungsgang. Der Hauptschulabschluss wurde auch von 5,9 % der Deutschen verfehlt.

Der Anteil des Hauptschulabschlusses ist zwischen 2005 und 2009 in fast allen Ländern sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Schülerinnen und Schülern zurückgegangen. Ausnahmen sind Brandenburg und Niedersachsen: Hier stieg der Anteil des Hauptschulabschlusses bei ausländischen Abgängerinnen und Abgängern. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich der Anteil des Hauptschulabschlusses sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Abgängerinnen und Abgängern. Der Anteil des Abiturs bei den ausländischen Abgängerinnen und Abgängern nahm bis auf zwei Ausnahmen (Niedersachsen und Sachsen-Anhalt) in allen Ländern zu, bei deutschen Schülerinnen und Schülern war in allen Ländern ein Anstieg des Abiturientenanteils zu verzeichnen. Der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss ist in fast allen Ländern und in beiden Gruppen seit 2005 zurückgegangen. Ausnahmen sind Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen: Hier ist nur bei den Ausländern der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Schulabschluss zurückgegangen, bei den deutschen Abgängerinnen und Abgängern aber gestiegen.

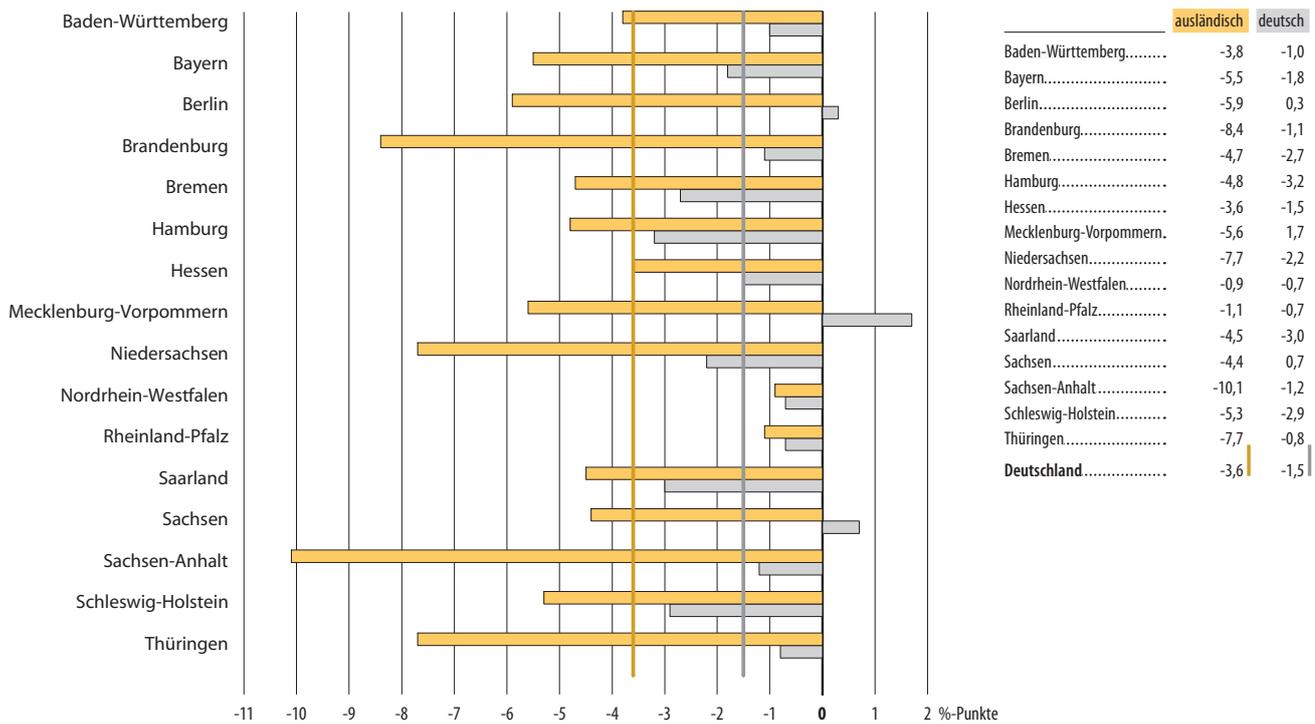
Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach erreichten Abschlüssen

Anteil Schulabgänger/-innen mit ausländischer/deutscher Staatsangehörigkeit 2009 an allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger/-innen mit ausländischer/deutscher Staatsangehörigkeit



Veränderung 2005 – 2009



Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

Definition

Höchster erreichter allgemeinbildender Abschluss (ohne Abschluss, Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Fachhochschulreife, Hochschulreife) von Personen mit/ohne Migrationshintergrund im Alter von 18 bis unter 25 Jahren bzw. 18 bis unter 65 Jahren

Empirische Relevanz

Hier wird die Bildungsstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund wiedergegeben, unabhängig davon, ob ein Abschluss in Deutschland oder im Ausland erworben wurde. Bildung ist ein zentraler Indikator für die beruflichen Ausbildungschancen, den Zugang zum Arbeitsmarkt und auch die gesellschaftliche Teilhabe.

Die Bildungsstruktur der Bevölkerung insgesamt ändert sich nur sehr langsam, da die Zahl der Bildungsabschlüsse und die Zahl der Zuwanderer pro Jahr, gemessen an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, insgesamt gering ist. Die Betrachtung der jüngeren Altersgruppe gibt Hinweise darauf, wie sich die Bildungsstruktur künftig entwickeln wird. Die Angleichung der Bildungsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an die ohne kann als Voraussetzung für die Angleichung der Beschäftigungsstruktur beider Gruppen angesehen werden.

Bewertung des Indikators

Zentraler Indikator für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Bildung ist die Bedingung für den sozialen Aufstieg. Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 18 bis unter 65 Jahren hatten häufiger keinen allgemeinbildenden Abschluss (10,3 %) als dies bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der Fall war (1,6 %). Auch über den Hauptschulabschluss verfügten Personen mit Migrationshintergrund häufiger (35,9 %) als Personen ohne Migrationshintergrund (30 %).

Ein Viertel (25,1 %) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügte über die Hochschulreife und somit ein etwas höherer Anteil als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (23,8 %). In vielen Bundesländern wies die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ebenfalls einen höheren Anteil derer mit Hochschulreife auf. Besonders deutlich waren die Unterschiede in den Neuen Bundesländern, wo 35,2 % der Bevölkerung mit und 19,9 % ohne Migrationshintergrund über die Hochschulreife verfügten. Eine Ursache dafür ist sicherlich die insgesamt jüngere Altersstruktur der Menschen mit Migrationshintergrund.

Zwischen 2005 und 2009 ist der Anteil der Personen mit Hochschulreife im Bundesgebiet bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund etwas stärker gestiegen (2,6 Prozentpunkte) als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2,1 Prozentpunkte). Diese Entwicklung zeigt sich in der Hälfte der Bundesländer, in den übrigen wies die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund einen stärkeren Anstieg auf.

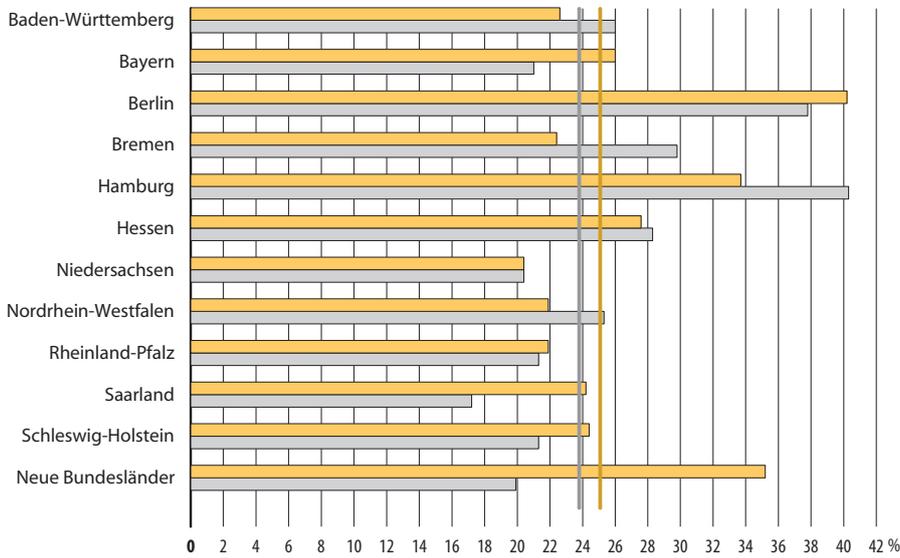
Differenziert nach dem Geschlecht zeigen sich im Vergleich zu 2005 geringe Unterschiede. Frauen mit Migrationshintergrund hatten sowohl einen höheren Anteil ohne Abschluss (um 2,4 Prozentpunkte) als auch einen höheren Anteil mit Hochschulreife (3,1 Prozentpunkte) als Männer mit Migrationshintergrund.

Dagegen ist das allgemeine Bildungsniveau von Frauen mit Migrationshintergrund von 2005 auf 2009 etwas stärker gestiegen als das der Männer dieser Gruppe. Konkret bedeutet dies, dass der Anteil der Frauen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss stärker gesunken ist als der entsprechende Anteil der Männer, und zusätzlich ist der Anteil der Frauen mit Fach- oder Hochschulreife stärker gestiegen als bei Männern.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

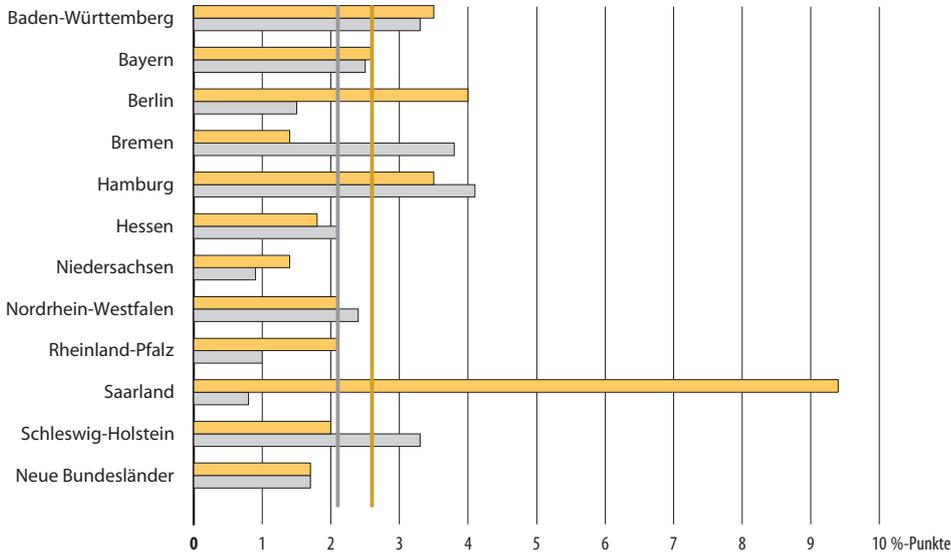
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

Anteil der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren mit Hochschulreife 2009 nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	22,6	26,0
Bayern.....	26,0	21,0
Berlin.....	40,2	37,8
Bremen.....	22,4	29,8
Hamburg.....	33,7	40,3
Hessen.....	27,6	28,3
Niedersachsen.....	20,4	20,4
Nordrhein-Westfalen.....	21,9	25,3
Rheinland-Pfalz.....	21,9	21,3
Saarland.....	24,2	17,2
Schleswig-Holstein.....	24,4	21,3
Neue Bundesländer.....	35,2	19,9
Deutschland.....	25,1	23,8

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	3,5	3,3
Bayern.....	2,6	2,5
Berlin.....	4,0	1,5
Bremen.....	1,4	3,8
Hamburg.....	3,5	4,1
Hessen.....	1,8	2,1
Niedersachsen.....	1,4	0,9
Nordrhein-Westfalen.....	2,1	2,4
Rheinland-Pfalz.....	2,1	1,0
Saarland.....	9,4	0,8
Schleswig-Holstein.....	2,0	3,3
Neue Bundesländer.....	1,7	1,7
Deutschland.....	2,6	2,1

Studienerfolgsquote

Definition

Studienerfolgsquote von Bildungsinländern und Deutschen nach Studienbeginn und nach Geschlecht

Empirische Relevanz

Gleiche Bildungschancen bei tertiären Abschlüssen sind ein wichtiges Integrationsziel. Sie drücken sich in gleichen Erfolgsquoten beim Studium aus.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Bildungsinländer sind die Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben.

Erfolgsquoten können nur für mindestens 10 Jahre alte Studienanfängerkohorten sinnvoll berechnet werden, weil sich sonst noch zu viele Personen der Kohorte im Studium befinden. Deshalb werden hier Kohorten und ein Berechnungszeitpunkt präsentiert. Die Erfolgsquoten einer Kohorte können sich zu späteren Berichtszeitpunkten noch ändern. Die Statistik erfasst keinen Migrationshintergrund, sondern nur die Staatsangehörigkeit und ob die Hochschulreife im Inland erworben wurde.

Ergebnisse

In allen betrachteten Bundesländern waren im Jahr 2009 die Erfolgsquoten der deutschen Studierenden sowohl der Studienkohorte mit der Ersteinschreibung 1997 als auch der mit der Ersteinschreibung 2000 teils erheblich höher als die der ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben (Bildungsinländer). In der Studienanfängerkohorte 2000 betragen die Spannen der Erfolgsquoten zwischen 68,9 % (Thüringen) und 33,8 % (Bremen) bei den Bildungsinländern und zwischen 78,9 % (Niedersachsen) und 59,3 % (Hamburg) für deutsche Studierende. Den geringsten Unterschied in den Erfolgsquoten zwischen den beiden Gruppen Studierender gab es im Saarland mit 1,7 Prozentpunkten, den höchsten in Schleswig-Holstein mit 34,0 Prozentpunkten. In Mecklenburg-Vorpommern lag der Anteil der noch Studierenden in der Studienanfängerkohorte 2000 bei den Bildungsinländern noch zu hoch. Deshalb werden 2009 keine Erfolgsquoten für diese Gruppe ausgewiesen.

In fast allen Ländern erreichen weibliche Studierende innerhalb der jeweiligen Gruppe höhere Erfolgsquoten als männliche Studierende. Nur in Niedersachsen und im Saarland haben die männlichen Bildungsinländer höhere Erfolgsquoten als die weiblichen Bildungsinländer vorzuweisen.

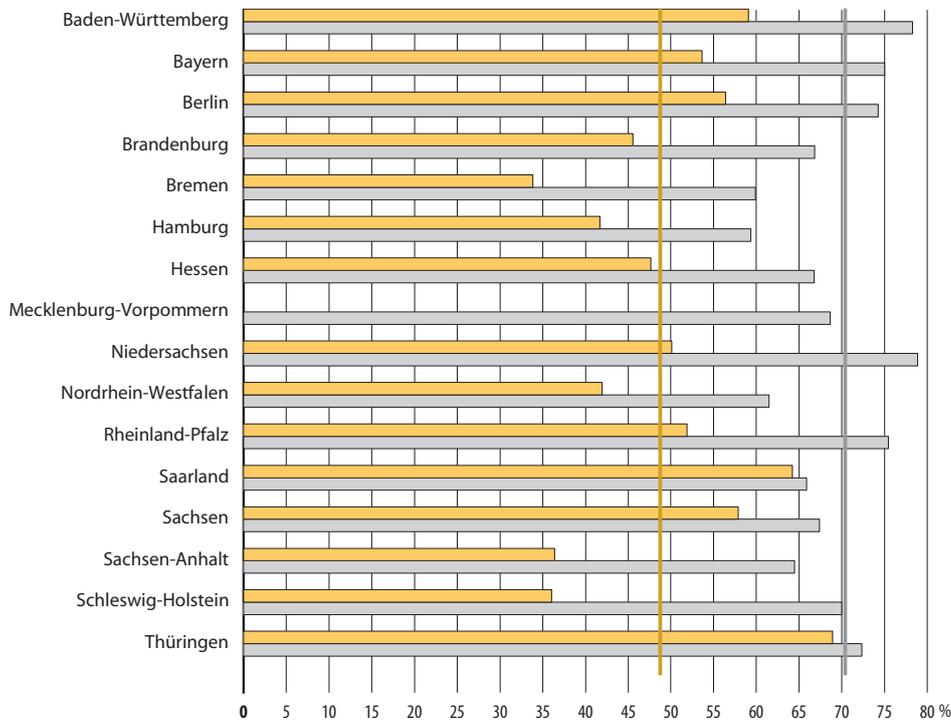
Deutschlandweit lag die Erfolgsquote im Jahr 2009 für die deutschen Studierenden bei 70,4 %, für die Bildungsinländer bei 48,7 %, jeweils für die Kohorte 2000.

In rund der Hälfte der Länder haben die Erfolgsquoten der Bildungsinländer von der Kohorte 1997 zur Kohorte 2000 zugenommen, der stärkste Anstieg ist im Saarland mit 21,9 Prozentpunkten zu verzeichnen. In Bremen hat die Studienerfolgsquote der Bildungsinländer dagegen um 32,8 Prozentpunkte abgenommen.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

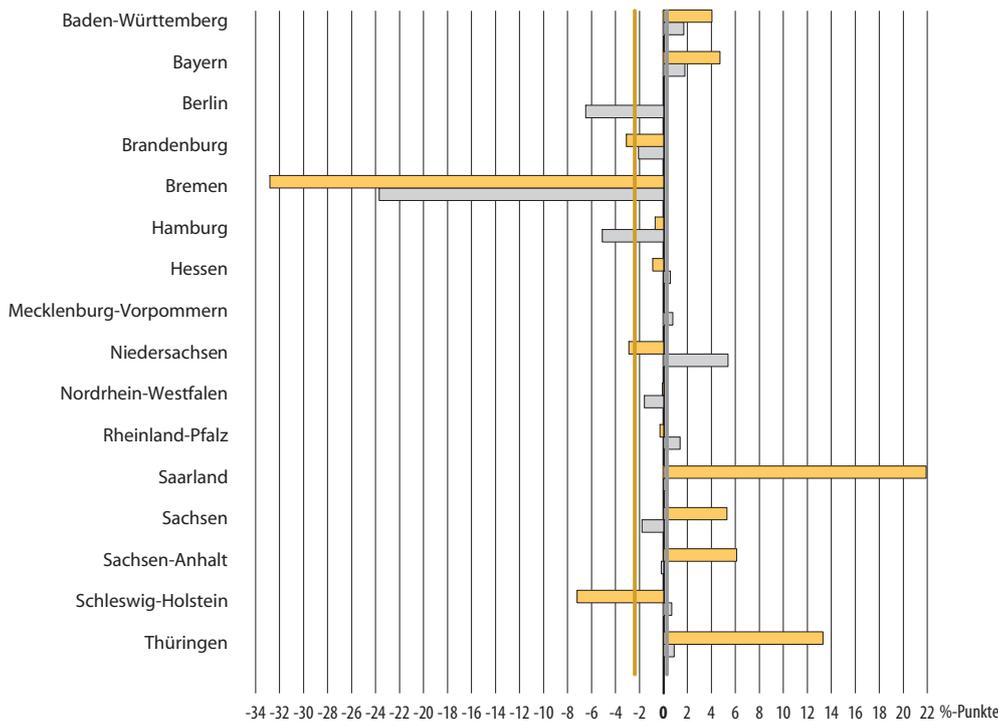
Studienerfolgsquote

Studienerfolgsquote von Bildungsinländern und Deutschen 2009 bei Studienbeginn im Jahr 2000



	Bildungsinländer	Deutsche
Baden-Württemberg.....	59,1	78,3
Bayern.....	53,6	75,0
Berlin.....	56,4	74,2
Brandenburg.....	45,5	66,8
Bremen.....	33,8	59,9
Hamburg.....	41,7	59,3
Hessen.....	47,6	66,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	/	68,6
Niedersachsen.....	50,1	78,9
Nordrhein-Westfalen.....	41,9	61,5
Rheinland-Pfalz.....	51,9	75,5
Saarland.....	64,2	65,9
Sachsen.....	57,9	67,4
Sachsen-Anhalt.....	36,4	64,5
Schleswig-Holstein.....	36,0	70,0
Thüringen.....	68,9	72,3
Deutschland.....	48,7	70,4

Vergleich der Studienanfangskohorten 1997 und 2000



	Bildungsinländer	Deutsche
Baden-Württemberg.....	4,1	1,7
Bayern.....	4,7	1,8
Berlin.....	/	-6,5
Brandenburg.....	-3,1	-2,1
Bremen.....	-32,8	-23,7
Hamburg.....	-0,7	-5,1
Hessen.....	-0,9	0,6
Mecklenburg-Vorpommern.....	/	0,8
Niedersachsen.....	-2,9	5,4
Nordrhein-Westfalen.....	-0,1	-1,6
Rheinland-Pfalz.....	-0,3	1,4
Saarland.....	21,9	0,4
Sachsen.....	5,3	-1,8
Sachsen-Anhalt.....	6,1	-0,2
Schleswig-Holstein.....	-7,2	0,7
Thüringen.....	13,3	0,9
Deutschland.....	-2,4	0,3

Ausbildungsbeteiligungsquote

Definition

Ausbildungsbeteiligungsquote (Duales System) von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Geschlecht

Empirische Relevanz

Der Berufseinstieg läuft in der Regel – bei einem nicht akademischen Bildungsgang – über eine berufliche Ausbildung. Die Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit ist heute ohne eine solche Ausbildung kaum möglich. Gleiche Teilhabechancen an der Ausbildung im Dualen System stehen für eine erfolgreiche Integration. Mit der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen wird die relevante Altersgruppe in den Indikator einbezogen.

Bewertung des Indikators

Der Indikator misst die Partizipation im Dualen System und damit eine wichtige Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Berufsbildungsstatistik ist eine Vollerhebung. Daten für 2005 sind nicht verfügbar. Die Berechnung der Quoten unter Heranziehung der Bevölkerungsstatistik kann nur für Deutsche und Ausländer erfolgen. Diese hier verwendete (vereinfachte) Berechnung der Quote ist mit dem Berechnungsverfahren des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) für deren nur auf Bundesebene veröffentlichten Quote nicht vergleichbar.

Ergebnisse

Die Ausbildungsbeteiligungsquoten im Dualen System waren 2009 in allen Ländern bei deutschen Jugendlichen höher als bei ausländischen. Die Quoten reichen von 20,6 % (Baden-Württemberg) bis 3,0 % (Brandenburg) bei den ausländischen Jugendlichen und von 35,8 % (Bremen) bis 23,3 % (Berlin) bei den deutschen Jugendlichen der betrachteten Altersgruppe. In Baden-Württemberg unterschieden sich die Quoten mit 9,0 Prozentpunkten am wenigsten, in Mecklenburg-Vorpommern mit 31,6 Prozentpunkten am meisten. Bei den männlichen Jugendlichen ist die Differenz größer als bei weiblichen. Die Ausbildungsbeteiligungsquoten der weiblichen Jugendlichen sind generell geringer als die der männlichen – jeweils bezogen auf deutsche und ausländische Jugendliche. Ausnahmen sind Berlin, Bremen und Hamburg, hier sind die Ausbildungsbeteiligungsquoten der weiblichen Ausländer höher als die der männlichen.

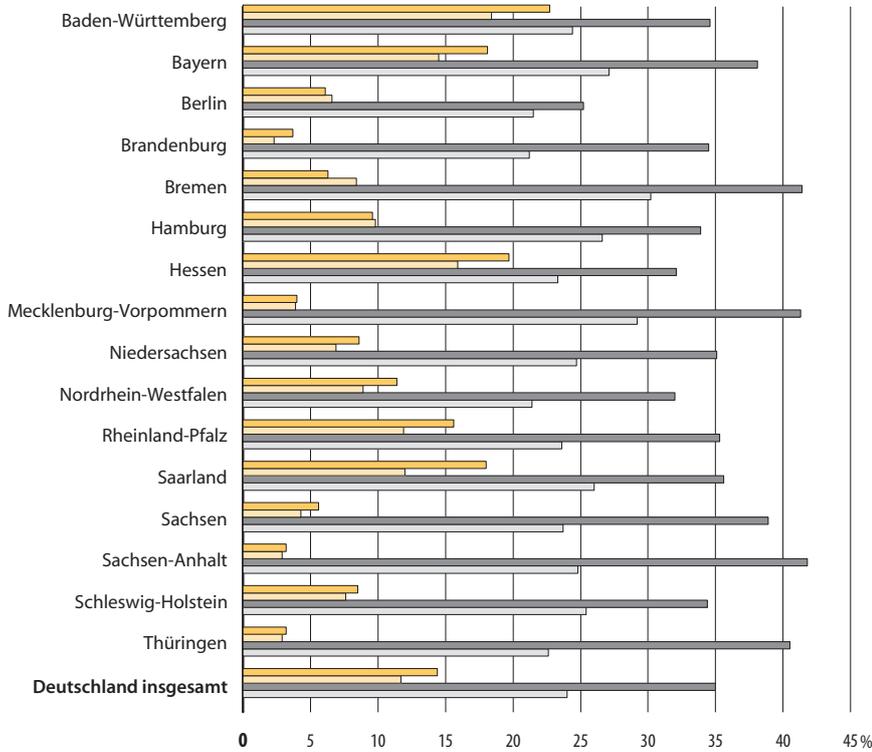
Die Ausbildungsbeteiligungsquoten der deutschen und ausländischen Jugendlichen in der betrachteten Altersgruppe betragen 2009 in Deutschland 29,6 % bzw. 13,1 % und wiesen damit eine Differenz von 16,5 Prozentpunkten auf.

In elf Ländern ist die Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen Jugendlichen von 2008 bis 2009 angestiegen und die der deutschen Jugendlichen gefallen. In Sachsen-Anhalt und dem Saarland sind beide Quoten gestiegen, in Bremen sind beide gesunken. In Rheinland-Pfalz und Brandenburg blieb die Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen Jugendlichen konstant, in Rheinland-Pfalz sank die der deutschen, in Brandenburg stieg sie an.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

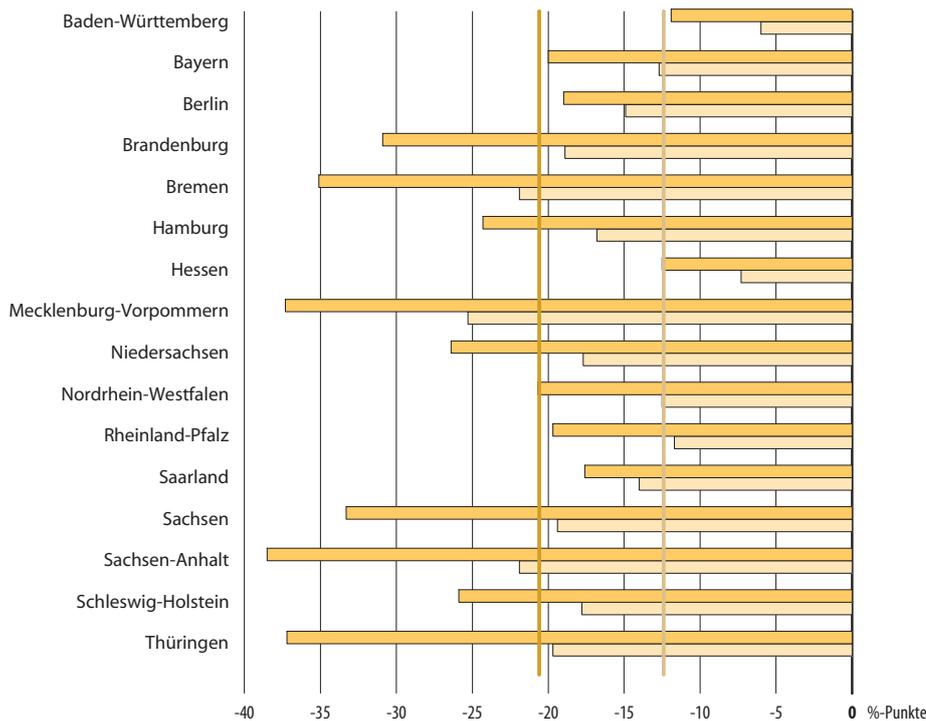
Ausbildungsbeteiligungsquote

Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen (18 bis unter 21 Jahre) 2009 nach Geschlecht



	Ausländer		Deutsche	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	22,7	18,4	34,6	24,4
Bayern.....	18,1	14,5	38,1	27,1
Berlin.....	6,1	6,6	25,2	21,5
Brandenburg.....	3,7	2,3	34,5	21,2
Bremen.....	6,3	8,4	41,4	30,2
Hamburg.....	9,6	9,8	33,9	26,6
Hessen.....	19,7	15,9	32,1	23,3
Mecklenburg-Vorpommern.....	4,0	3,9	41,3	29,2
Niedersachsen.....	8,6	6,9	35,1	24,7
Nordrhein-Westfalen.....	11,4	8,9	32,0	21,4
Rheinland-Pfalz.....	15,6	11,9	35,3	23,6
Saarland.....	18,0	12,0	35,6	26,0
Sachsen.....	5,6	4,3	38,9	23,7
Sachsen-Anhalt.....	3,2	2,9	41,8	24,8
Schleswig-Holstein.....	8,5	7,6	34,4	25,4
Thüringen.....	3,2	2,9	40,5	22,6
Deutschland.....	14,4	11,7	35,0	24,0

Unterschied der Ausbildungsbeteiligungsquoten zwischen Ausländern und Deutschen 2009 nach Geschlecht



	Differenz	
	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	-11,9	-6,0
Bayern.....	-20,0	-12,7
Berlin.....	-19,0	-14,9
Brandenburg.....	-30,9	-18,9
Bremen.....	-35,1	-21,9
Hamburg.....	-24,3	-16,8
Hessen.....	-12,5	-7,3
Mecklenburg-Vorpommern.....	-37,3	-25,3
Niedersachsen.....	-26,4	-17,7
Nordrhein-Westfalen.....	-20,7	-12,5
Rheinland-Pfalz.....	-19,7	-11,7
Saarland.....	-17,6	-14,0
Sachsen.....	-33,3	-19,4
Sachsen-Anhalt.....	-38,5	-21,9
Schleswig-Holstein.....	-25,9	-17,8
Thüringen.....	-37,2	-19,7
Deutschland.....	-20,6	-12,4

Auszubildende nach Ausbildungsbereichen

Definition

Verteilung der deutschen und ausländischen Auszubildenden (Duales System) auf Ausbildungsbereiche

Empirische Relevanz

Der Indikator gibt die Verteilung der Auszubildenden über die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Hauswirtschaft und Seeschifffahrt wieder.

Bewertung des Indikators

Abweichungen in der Verteilung zwischen Deutschen und Ausländern geben Hinweise auf den unterschiedlichen Zugang zum Ausbildungsmarkt. Da hiervon die Teilhabechancen für den Arbeitsmarkt wesentlich abhängen, ist die Entwicklung der Indikatorwerte wichtig für die Einschätzung des strukturellen Integrationsprozesses.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Dass lediglich die Staatsangehörigkeit erhoben wird, schränkt die Aussagekraft des Indikators ein.

Die im Jahr 2007 erfolgte Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten sowie die Einführung neuer bzw. Änderung bereits vorhandener Erhebungsmerkmale können sich auf die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse in einzelnen Bereichen der Statistik auswirken.

Ergebnisse

Die Profile der Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit weichen in allen Ländern von denen der deutschen Auszubildenden ab. Ausländische Azubis wählen vor allem Berufe in Industrie und Handel, hier reicht die Spanne 2009 von 69,3 % (Thüringen) bis 44,0 % (Rheinland-Pfalz). Auch deutsche Azubis lassen sich vor allem in Industrie und Handel ausbilden. Die Anteile reichen von 70,7 % (Hamburg) bis 51,8 % (Schleswig-Holstein). Im Handwerk erhielten zwischen 40,7 % (Schleswig-Holstein) und 18,8 % (Sachsen) der ausländischen Azubis ihre Ausbildung, bei den deutschen waren es zwischen 34,0 % (Schleswig-Holstein) und 19,2 % (Hamburg). Der öffentliche Dienst bildet zwischen 21,5 % (Sachsen) und 0,1 % (Hamburg) der ausländischen Azubis aus, von den deutschen zwischen 4,0 % (Berlin) und 1,2 % (Hamburg). In Sachsen-Anhalt werden deutsche und ausländische Azubis gleichermaßen im öffentlichen Dienst ausgebildet. In Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gibt es bei der Ausbildung in Industrie und Handel kaum Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern. Eine Ausbildung im Handwerk erhalten deutsche und ausländische Azubis in Bayern und Berlin in gleichem Maße. Ansonsten gibt es große Unterschiede im Anteil der Ausbildungsbranchen bei deutschen und ausländischen Azubis. In Hamburg absolvierten 70,7 % aller deutschen Auszubildenden ihre Ausbildung in Industrie und Handel, aber nur 55,9 % der ausländischen Auszubildenden. In Mecklenburg-Vorpommern ist es umgekehrt: 64,7 % der ausländischen Azubis lernen in Industrie und Handel und 59,9 % der deutschen. Das Handwerk ist in Hamburg mit 9,5 Prozentpunkten häufiger bei ausländischen Azubis zu finden, mit 8,7 Prozentpunkten Unterschied in Sachsen-Anhalt häufiger bei deutschen Azubis. In Sachsen ist der öffentliche Dienst überproportional bei ausländischen Azubis vertreten, der Unterschied zu deutschen Azubis beträgt 18,4 Prozentpunkte. In den übrigen Ländern hat sich dieses Verhältnis zuungunsten der ausländischen Azubis ausgeprägt.

Deutschlandweit befanden sich die meisten ausländischen Auszubildenden 2009 in Industrie und Handel, jedoch mit einem niedrigeren Anteil als die deutschen. An zweiter Stelle rangiert das Handwerk, das bei ausländischen Auszubildenden stärker repräsentiert ist als bei deutschen. Eine eher untergeordnete Rolle spielte der öffentliche Dienst bei ausländischen Auszubildenden.

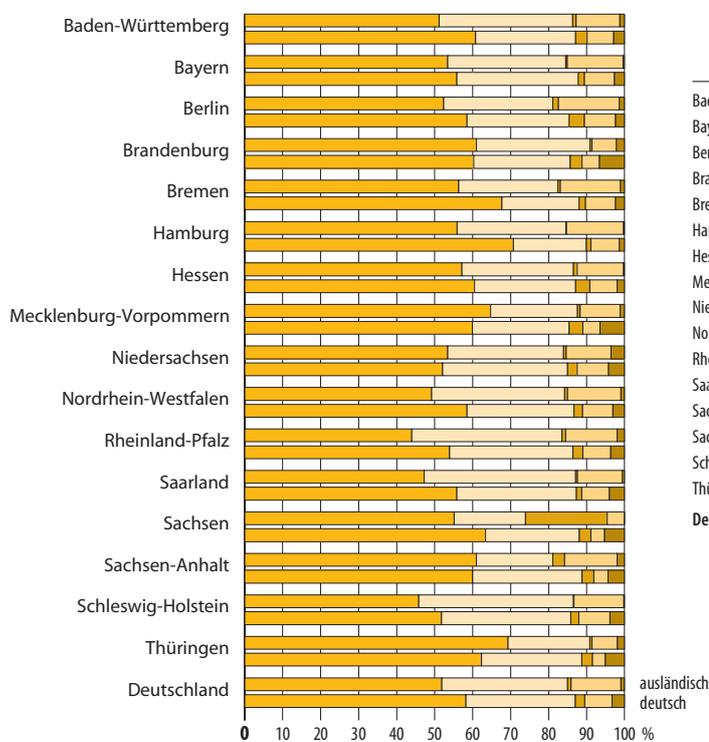
Industrie und Handel sowie das Handwerk sind bei männlichen Azubis häufiger zu finden, eine Ausbildung im öffentlichen Dienst häufiger bei weiblichen. Dies gilt jeweils für deutsche und ausländische Auszubildende.

Deutschlandweit hat in beiden Gruppen die Ausbildung in Industrie und Handel zugenommen, die Ausbildung im Handwerk und im öffentlichen Dienst dagegen abgenommen. Die Unterschiede in den Ausbildungsprofilen zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden haben sich verringert.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

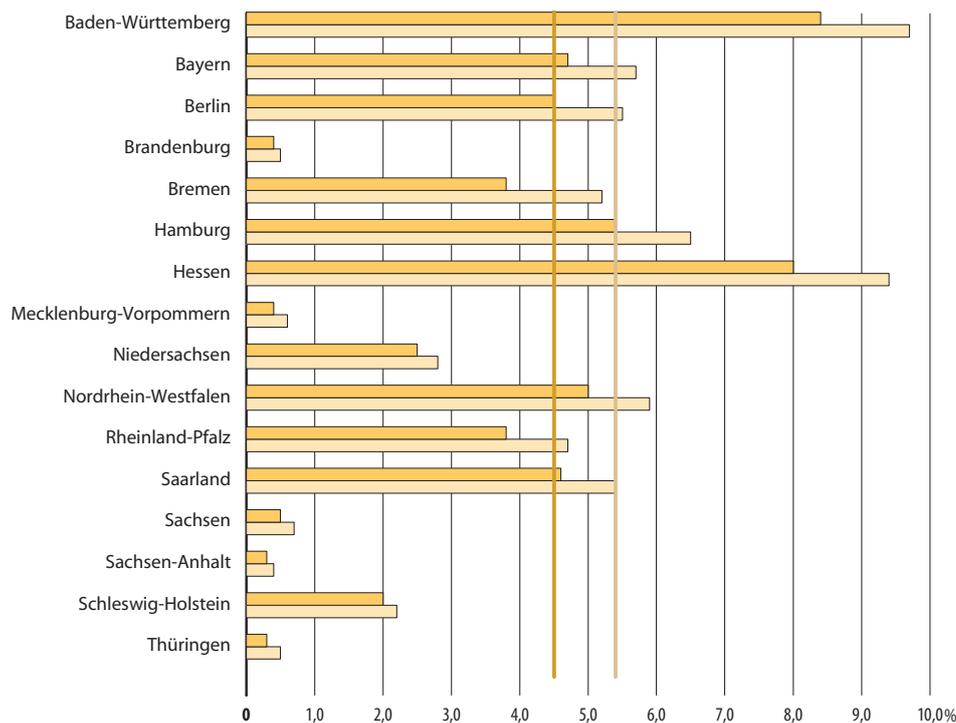
Auszubildende nach Ausbildungsbereichen

Anteil der deutschen und ausländischen Auszubildenden 2009 nach Ausbildungsbereichen



	Industrie und Handel		Handwerk		Öffentlicher Dienst		Freie Berufe		Sonstige	
	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch	ausl.	deutsch
Baden-Württemberg	51,2	60,8	35,1	26,3	0,9	3,0	11,5	7,0	1,3	3,0
Bayern	53,4	55,8	31,1	32,0	0,4	1,6	14,7	7,9	0,3	2,6
Berlin	52,4	58,5	28,7	26,9	1,5	4,0	16,0	8,2	1,3	2,5
Brandenburg	61,0	60,3	29,9	25,4	0,5	3,1	6,4	4,6	2,1	6,6
Bremen	56,3	67,7	26,1	20,3	0,7	1,7	15,8	7,9	1,1	2,3
Hamburg	55,9	70,7	28,7	19,2	0,1	1,2	15,0	7,5	0,4	1,5
Hessen	57,2	60,5	29,3	26,6	1,0	3,7	12,2	7,2	0,3	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	64,7	59,9	22,9	25,5	0,7	3,6	10,5	4,5	1,3	6,5
Niedersachsen	53,4	52,1	30,5	32,9	0,7	2,5	11,8	8,3	3,6	4,3
Nordrhein-Westfalen	49,2	58,5	35,0	28,2	0,8	2,2	14,0	8,0	1,0	3,0
Rheinland-Pfalz	44,0	53,9	39,5	32,5	1,0	2,6	13,5	7,3	2,0	3,7
Saarland	47,2	55,8	39,9	31,5	0,5	1,4	11,8	7,3	0,7	4,0
Sachsen	55,1	63,4	18,8	24,7	21,5	3,0	4,6	3,6	-	5,3
Sachsen-Anhalt	61,0	60,0	20,1	28,8	3,1	3,1	13,8	3,7	1,9	4,5
Schleswig-Holstein	45,8	51,8	40,7	34,0	0,2	2,1	13,1	8,2	0,2	4,0
Thüringen	69,3	62,3	21,5	26,4	0,6	2,8	6,7	3,4	1,8	5,1
Deutschland	51,9	58,2	33,1	28,8	0,9	2,5	13,1	7,2	1,0	3,4

Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden 2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	8,4	9,7
Bayern	4,7	5,7
Berlin	4,5	5,5
Brandenburg	0,4	0,5
Bremen	3,8	5,2
Hamburg	5,4	6,5
Hessen	8,0	9,4
Mecklenburg-Vorpommern	0,4	0,6
Niedersachsen	2,5	2,8
Nordrhein-Westfalen	5,0	5,9
Rheinland-Pfalz	3,8	4,7
Saarland	4,6	5,4
Sachsen	0,5	0,7
Sachsen-Anhalt	0,3	0,4
Schleswig-Holstein	2,0	2,2
Thüringen	0,3	0,5
Deutschland	4,5	5,4

Höchster beruflicher Abschluss

Definition

Höchster beruflicher Abschluss (ohne Abschluss, mit abgeschlossener Berufsausbildung, mit tertiärem Bildungsabschluss) von Personen mit/ohne Migrationshintergrund im Alter von 25 bis unter 35 Jahren bzw. 25 bis unter 65 Jahren in %

Empirische Relevanz

Berufliche Qualifikationen sind, wie die allgemeinbildenden Schulabschlüsse, ein zentrales Merkmal der strukturellen Integration und beeinflussen die Position am Arbeitsmarkt sowie die gesellschaftliche Teilhabe.

Auch für die berufliche Qualifikationsstruktur der Bevölkerung gilt, dass sie sich insgesamt nur langsam ändert. In den höheren Altersgruppen befinden sich viele Zuwanderinnen und Zuwanderer, die ihre beruflichen Qualifikationen im Herkunftsland erworben haben oder gerade aufgrund dieser Qualifikation zugewandert sind (Hochqualifizierte). Die Betrachtung insbesondere der jüngeren Altersgruppe gibt deshalb Hinweise darauf, wie sich die Qualifikationsstruktur zukünftig entwickeln wird. Die Angleichung der Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund kann als Voraussetzung für die Angleichung beispielsweise der Beschäftigungsstruktur beider Gruppen angesehen werden.

Bewertung des Indikators

Zentraler Indikator für die strukturelle Integration.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Der Mikrozensus fasst die Berufsabschlüsse „Meister/Techniker“, sowie Fachhochschulabschlüsse und Hochschulabschlüsse als tertiären Bildungsabschluss zusammen.

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Im Jahr 2009 wies die Altersgruppe der 25- bis unter 65-Jährigen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wesentlich öfter keinen beruflichen Bildungsabschluss auf als die ohne. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügten 39,5 % über keinen beruflichen Abschluss, während es bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur 11,3 % waren.

Ein Fünftel (20,5 %) der Bevölkerung mit und 28 % ohne Migrationshintergrund erreichten einen tertiären Abschluss. Unterdurchschnittlich oft besaßen Personen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen (16,2 %), Nordrhein-Westfalen (16,5 %) und Rheinland-Pfalz (17,4 %) einen tertiären Abschluss. Die höchsten Anteile wiesen hier die Neuen Bundesländer (34 %) und Berlin (30,8 %) auf. In den Neuen Bundesländern, wo der Anteil der zugewanderten Bevölkerung vergleichsweise klein ist, wies sogar ein höherer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund einen tertiären Abschluss auf als diejenigen ohne Migrationshintergrund. Für alle anderen Bundesländer gilt das Gegenteil.

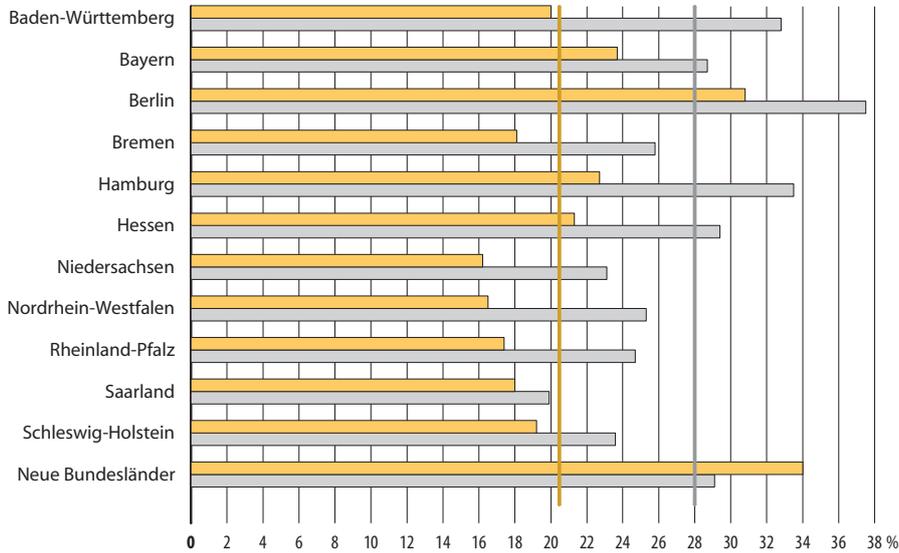
Bei Betrachtung der Entwicklung von 2005 auf 2009 zeigt sich bei Personen mit Migrationshintergrund und tertiärem Abschluss im Saarland (3,6 Prozentpunkte) und in Berlin (um 2,8 Prozentpunkte) ein stärkerer Anstieg als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In den Neuen Bundesländern war der Anteil derjenigen mit tertiären Abschlüssen – unabhängig vom Migrationshintergrund – sogar rückläufig.

In Deutschland besitzen Männer und Frauen mit Migrationshintergrund zu etwa gleichen Anteilen einen tertiären Berufsabschluss (20,9 % bzw. 20 %). Der höchste Anteil an Frauen mit Migrationshintergrund und tertiärem Abschluss findet sich mit 41,1 % in den Neuen Bundesländern, den höchsten entsprechenden Anteil bei den Männern hat Berlin mit 28,7 %. Der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund und tertiärem Bildungsabschluss hat in den meisten Bundesländern, mit Ausnahme von Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz, stärker zugenommen, als dies bei Frauen ohne Migrationshintergrund der Fall war. Für Männer mit Migrationshintergrund gilt die umgekehrte Entwicklung, sie haben in den meisten Bundesländern einen geringeren Zuwachs an tertiären Bildungsabschlüssen als Männer ohne Migrationshintergrund.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

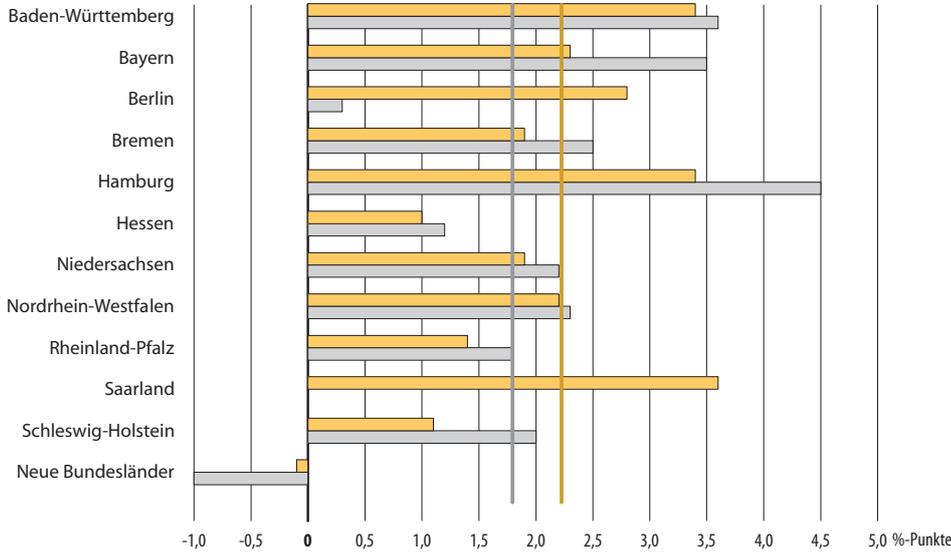
Höchster beruflicher Abschluss

Anteil der Bevölkerung mit tertiärem Abschluss in der Altersgruppe 25 bis unter 65 Jahre 2009 nach Migrationshintergrund



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	20,0	32,8
Bayern.....	23,7	28,7
Berlin.....	30,8	37,5
Bremen.....	18,1	25,8
Hamburg.....	20,9	38,6
Hessen.....	21,3	29,4
Niedersachsen.....	16,2	23,1
Nordrhein-Westfalen.....	16,5	25,3
Rheinland-Pfalz.....	17,4	24,7
Saarland.....	18,0	19,9
Schleswig-Holstein.....	19,2	23,6
Neue Bundesländer.....	34,0	29,1
Deutschland.....	20,5	28,0

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	3,4	3,6
Bayern.....	2,3	3,5
Berlin.....	2,8	0,3
Bremen.....	1,9	2,5
Hamburg.....	3,4	4,5
Hessen.....	1,0	1,2
Niedersachsen.....	1,9	2,2
Nordrhein-Westfalen.....	2,2	2,3
Rheinland-Pfalz.....	1,4	1,8
Saarland.....	3,6	0,0
Schleswig-Holstein.....	1,1	2,0
Neue Bundesländer.....	-0,1	-1,0
Deutschland.....	2,2	1,8

Erwerbstätigenquote

Definition

Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen der entsprechenden Bevölkerungsgruppe nach Migrationsstatus und Geschlecht

Empirische Relevanz

Die Erwerbstätigenquote ist einer der wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren. Eine stabile Verankerung auf dem Arbeitsmarkt trägt erheblich zur Integration bei.

Eine Angleichung der Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund würde – zumindest zahlenmäßig und unabhängig von einer branchenspezifischen Betrachtung – eine Angleichung der Teilhabe am Arbeitsmarkt anzeigen.

Bewertung des Indikators

Die Erwerbstätigenquote ist ein aussagekräftiger Indikator zur Arbeitsmarktintegration. Bei der Interpretation muss die Konjunkturabhängigkeit des Indikators beachtet werden. Der Indikator lässt keine Aussage über die Verteilung in den Branchen und Wirtschaftszweigen und über Hintergründe und Ursachen der Verteilung zu.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Erwerbstätigkeit ist ein Schlüssel für gelingende Integration. Die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund liegt in allen Bundesländern deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Besonders klar sind die Unterschiede in den Neuen Bundesländern, gefolgt von Berlin. Dort lagen die Erwerbstätigenquoten der Personen mit Migrationshintergrund um 20,2 bzw. 19,2 Prozentpunkte niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Mit 50,7 % war die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund in Berlin am niedrigsten. Die geringsten Unterschiede ergaben sich für Bayern, doch auch hier lag die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund mit 66,8 % um 8,7 Prozentpunkte unter der der Personen ohne Migrationshintergrund.

Zwischen 2005 und 2009 ist im Bundesgebiet die Erwerbstätigenquote allgemein angestiegen. Bei Personen mit Migrationshintergrund fiel dieser Anstieg um 0,6 Prozentpunkte niedriger aus als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Allerdings gibt es zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede bei der Entwicklung der Erwerbstätigenquote: Während in Bremen, Schleswig-Holstein, Rheinland Pfalz und Bayern die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund stärker gestiegen ist als bei den Personen ohne Migrationshintergrund, war dies im Saarland, Berlin und Hessen umgekehrt.

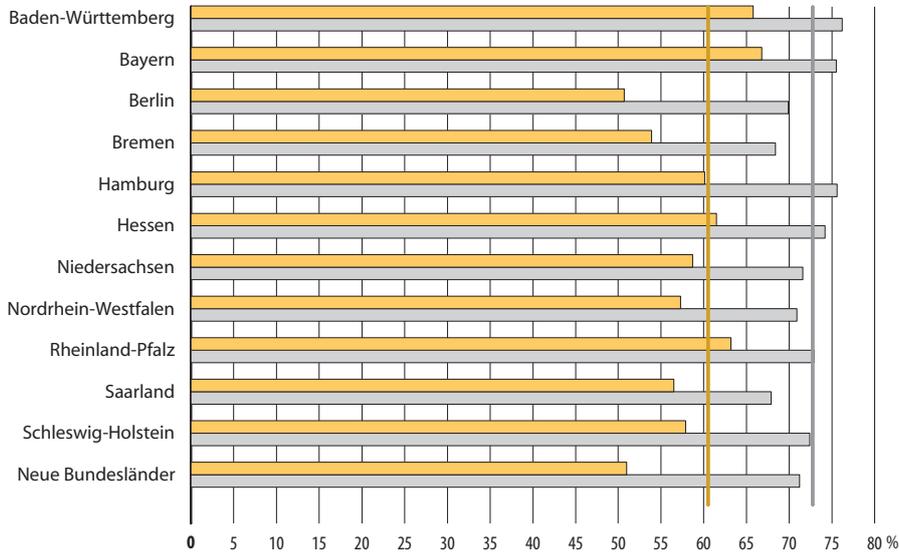
In allen Bundesländern wie auch im Bundesgebiet insgesamt sind die Erwerbstätigenquoten von Frauen generell niedriger als die von Männern. Bei Personen mit Migrationshintergrund sind diese Unterschiede jedoch stärker ausgeprägt, die Erwerbstätigenquote der Frauen dieser Gruppe ist um 14,4 Prozentpunkte niedriger als die der Männer. Frauen ohne Migrationshintergrund weisen eine um 9 Prozentpunkte geringere Erwerbstätigenquote auf als Männer ohne Migrationshintergrund.

Zwischen 2005 und 2009 ist die Erwerbstätigenquote der Frauen mit Migrationshintergrund um 5,1 Prozentpunkte gestiegen und die der Männer mit Migrationshintergrund um 4,1 Prozentpunkte.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

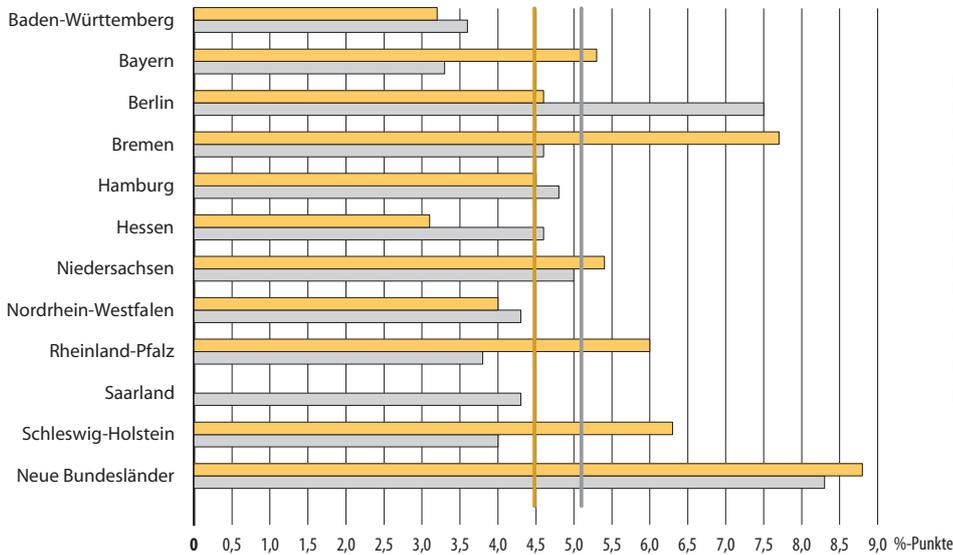
Erwerbstätigenquote

**Erwerbstätigenquote 2009
nach Migrationsstatus**



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	65,8	76,2
Bayern.....	66,8	75,5
Berlin.....	50,7	69,9
Bremen.....	53,9	68,4
Hamburg.....	60,1	75,6
Hessen.....	61,5	74,2
Niedersachsen.....	58,7	71,6
Nordrhein-Westfalen.....	57,3	70,9
Rheinland-Pfalz.....	63,2	72,9
Saarland.....	56,5	67,9
Schleswig-Holstein.....	57,9	72,4
Neue Bundesländer.....	51,0	71,2
Deutschland.....	60,5	72,7

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	3,2	3,6
Bayern.....	5,3	3,3
Berlin.....	4,6	7,5
Bremen.....	7,7	4,6
Hamburg.....	4,5	4,8
Hessen.....	3,1	4,6
Niedersachsen.....	5,4	5,0
Nordrhein-Westfalen.....	4,0	4,3
Rheinland-Pfalz.....	6,0	3,8
Saarland.....	0,0	4,3
Schleswig-Holstein.....	6,3	4,0
Neue Bundesländer.....	8,8	8,3
Deutschland.....	4,5	5,1

Stellung im Beruf

Definition

Stellung im Beruf (Selbständige, Angestellte, Beamtinnen/Beamte, Arbeiterinnen/Arbeiter) von Personen mit/ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

Empirische Relevanz

Die Stellung im Beruf nach Migrationshintergrund liefert Informationen über die Positionierung der betrachteten Gruppen im Erwerbssystem. Der Anteil der Beamtinnen und Beamten kann zusätzlich als Indikator der interkulturellen Öffnung gewertet werden. Darüber hinaus werden Selbstständige, Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter unterschieden.

Eine Angleichung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Stellung im Beruf lässt Rückschlüsse auf die Öffnung zentraler beruflicher Positionen und den erreichten Grad der beruflichen Qualifizierung für Personen mit Migrationshintergrund zu.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator der strukturellen Integration, zentraler Arbeitsmarktindikator.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Die berufliche Situation von Menschen mit Migrationshintergrund ist stark geprägt durch die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973. Insgesamt gab es im Jahr 2009 einen deutlichen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bezüglich der Stellung im Beruf. Zwar waren Menschen mit Migrationshintergrund fast zum gleichen Anteil selbständig wie Menschen ohne Migrationshintergrund, als Beamte und Angestellte waren sie jedoch deutlich seltener tätig (-5,1 bzw. -11,8 Prozentpunkte). Dagegen waren Personen mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger als **Arbeiterinnen und Arbeiter** tätig (41,4 %) als Personen ohne (23,9 %).

Den höchsten Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern mit Migrationshintergrund weisen Bremen mit 48,2 % und Niedersachsen mit 47,7 % auf. Den niedrigsten Anteil findet man in Hamburg (21,8 %) und Berlin (24,0 %).

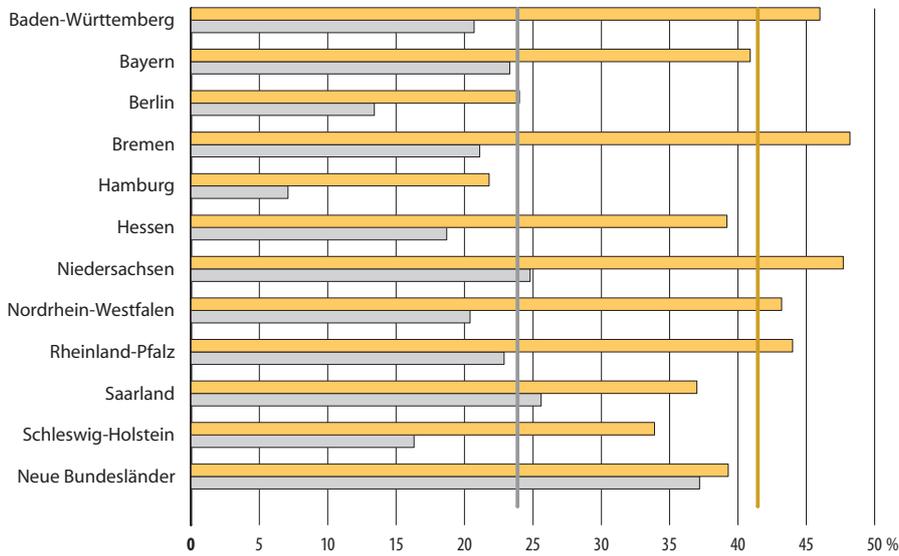
Im Vergleich zu 2005 ist der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter im Jahr 2009 deutlich zurückgegangen, und zwar bei den Personen mit Migrationshintergrund stärker als bei jenen ohne. Im Saarland war der Rückgang bei der Gruppe mit Migrationshintergrund am stärksten (-13,8 Prozentpunkte), gefolgt von Hamburg (-10,2 Prozentpunkte), während in den Neuen Bundesländern (-0,9 Prozentpunkte) und Hessen (-3,6 Prozentpunkte) der Rückgang am schwächsten ausfiel.

Differenziert nach Geschlecht wird deutlich, dass Frauen mit Migrationshintergrund mit 32,9 % doppelt so oft als Arbeiterin tätig sind als Frauen ohne (14,8 %). Die Mehrheit (48%) der Männer dieser Gruppe sind Arbeiter, während es bei Männern ohne Migrationshintergrund lediglich 31,6 % sind. Der Rückgang des Arbeiterinnen- und Arbeiteranteils von 2005 auf 2009 unterscheidet sich nicht wesentlich nach Geschlecht. Die Mehrheit der Frauen mit und ohne Migrationshintergrund ist als Angestellte beschäftigt.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

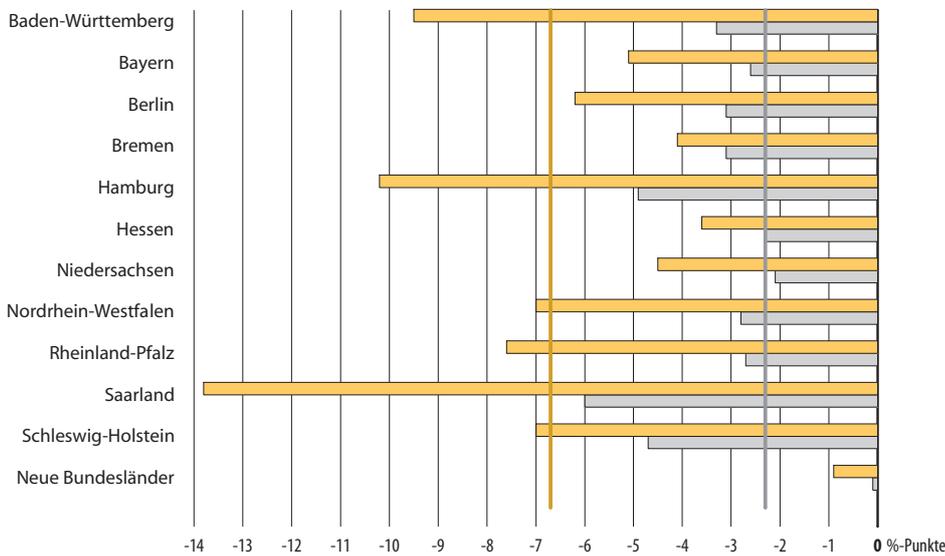
Stellung im Beruf– Arbeiterinnen und Arbeiter

Anteil der Arbeiterinnen/Arbeiter 2009 nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	46,0	20,7
Bayern.....	40,9	23,3
Berlin.....	24,0	13,4
Bremen.....	48,2	21,1
Hamburg.....	21,8	7,1
Hessen.....	39,2	18,7
Niedersachsen.....	47,7	24,8
Nordrhein-Westfalen.....	43,2	20,4
Rheinland-Pfalz.....	44,0	22,9
Saarland.....	37,0	25,6
Schleswig-Holstein.....	33,9	16,3
Neue Bundesländer.....	39,3	37,2
Deutschland.....	41,4	23,9

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	-9,5	-3,3
Bayern.....	-5,1	-2,6
Berlin.....	-6,2	-3,1
Bremen.....	-4,1	-3,1
Hamburg.....	-10,2	-4,9
Hessen.....	-3,6	-2,3
Niedersachsen.....	-4,5	-2,1
Nordrhein-Westfalen.....	-7,0	-2,8
Rheinland-Pfalz.....	-7,6	-2,7
Saarland.....	-13,8	-6,0
Schleswig-Holstein.....	-7,0	-4,7
Neue Bundesländer.....	-0,9	-0,1
Deutschland.....	-6,7	-2,3

Stellung im Beruf

Definition

Stellung im Beruf (Selbständige, Angestellte, Beamtinnen/Beamte, Arbeiterinnen/Arbeiter) von Personen mit/ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

Empirische Relevanz

Die Stellung im Beruf nach Migrationshintergrund liefert Informationen über die Positionierung der betrachteten Gruppen im Erwerbssystem. Der Anteil der Beamtinnen und Beamten kann zusätzlich als Indikator der interkulturellen Öffnung gewertet werden. Darüber hinaus werden Selbstständige, Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter unterschieden.

Eine Angleichung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Stellung im Beruf lässt Rückschlüsse auf die Öffnung zentraler beruflicher Positionen und den erreichten Grad der beruflichen Qualifizierung für Personen mit Migrationshintergrund zu.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator der strukturellen Integration, zentraler Arbeitsmarktindikator.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Selbständigkeit ist einerseits ein Hinweis auf das Ausmaß an wirtschaftlicher Betätigung und Unternehmergeist innerhalb der Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund. Andererseits kann hinter der Selbständigkeit auch die Flucht aus der Arbeitslosigkeit stehen. In diesem Fall kann die selbständige Tätigkeit zu prekären Beschäftigungs- und Einkommensverhältnissen führen.

Hohe Selbständigenquoten bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weisen vor allem Berlin (22 %) und die neuen Bundesländer (17,1 %) sowie Hamburg (13,7 %) auf. In diesen Ländern bzw. Regionen sowie in Schleswig-Holstein liegt die Selbständigenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Besonders auffällig ist dies im Fall Berlins: Dort beträgt der Abstand zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen etwa 7 Prozentpunkte. In allen anderen Ländern liegt die Quote bei Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund höher als bei Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund, wobei die Abstände in keinem der Bundesländer mehr als drei Prozentpunkte betragen.

Die niedrigsten Selbständigenquoten bei den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund zeigen sich in Baden-Württemberg (7,4 %) und in Niedersachsen (8,5 %). In Niedersachsen reduzierte sich die Selbständigenquote im Vergleich zum Jahr 2005 um 1,0 Prozentpunkte.

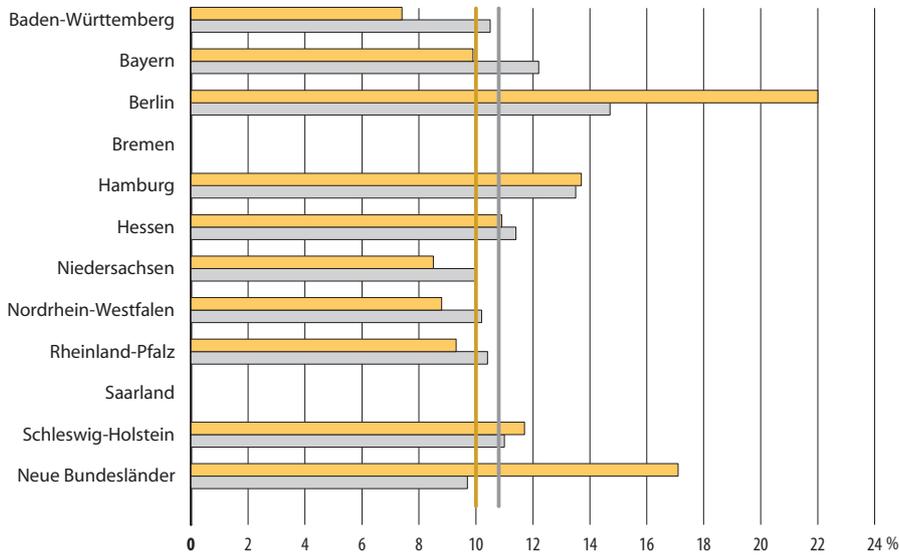
Generell zeigt sich eine leichte Steigerung der Selbständigenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zum Jahr 2005. Sie beträgt im bundesdeutschen Durchschnitt 0,5 Prozentpunkte. Die größten Steigerungen ergeben sich in Hamburg (2,6 Prozentpunkte) sowie in Berlin (2,3 Prozentpunkte). Auffällig ist in diesem Zusammenhang der Rückgang in den Neuen Bundesländern um 3,2 Prozentpunkte.

Bei Menschen ohne Migrationshintergrund zeigt sich ein minimaler Rückgang um 0,3 Prozentpunkte im bundesdeutschen Durchschnitt. Der Rückgang in den einzelnen Ländern ist entsprechend gering und beträgt zwischen 0,1 und 0,9 Prozentpunkte; in Berlin und Hamburg gibt es Zuwächse bis 0,8 Prozentpunkte.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

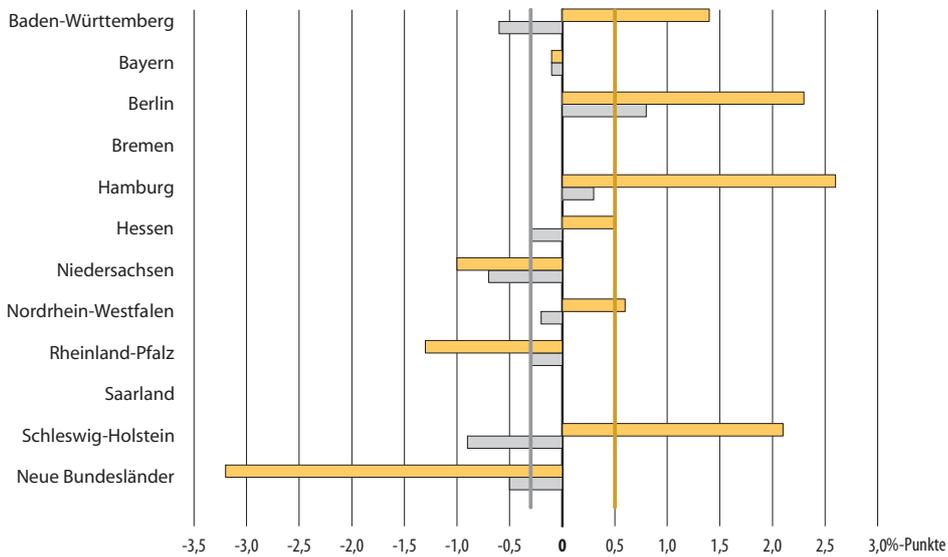
Stellung im Beruf – Selbständige

Anteil der Selbständigen 2009
nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	7,4	10,5
Bayern.....	9,9	12,2
Berlin.....	22,0	14,7
Bremen.....	/	/
Hamburg.....	13,7	13,5
Hessen.....	10,9	11,4
Niedersachsen.....	8,5	10,0
Nordrhein-Westfalen.....	8,8	10,2
Rheinland-Pfalz.....	9,3	10,4
Saarland.....	/	/
Schleswig-Holstein.....	11,7	11,0
Neue Bundesländer.....	17,1	9,7
Deutschland.....	10,0	10,8

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	1,4	-0,6
Bayern.....	-0,1	-0,1
Berlin.....	2,3	0,8
Bremen.....	/	/
Hamburg.....	2,6	0,3
Hessen.....	0,5	-0,3
Niedersachsen.....	-1,0	-0,7
Nordrhein-Westfalen.....	0,6	-0,2
Rheinland-Pfalz.....	-1,3	-0,3
Saarland.....	/	/
Schleswig-Holstein.....	2,1	-0,9
Neue Bundesländer.....	-3,2	-0,5
Deutschland.....	0,5	-0,3

Geringfügige Beschäftigung

Definition

Anteil abhängig Erwerbstätiger mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlichlicher Tätigkeit von Personen mit/ohne Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Empirische Relevanz

Der Anteil der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse kann Hinweise auf prekäre Beschäftigung liefern. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse können Ausdruck einer nicht hinreichenden wirtschaftlichen Basis sein und haben damit erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation einer Person oder der Haushaltsgemeinschaft, in der sie lebt.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Arbeitsmarktindikator, Hinweis auf prekäre Beschäftigung.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Menschen mit Migrationshintergrund üben deutlich öfter eine geringfügige Beschäftigung aus als Menschen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2009 lag der Anteil bei 13,7 % bei den Personen mit und bei 8,6 % bei denjenigen ohne Migrationshintergrund. Den höchsten Anteil bei Personen mit Migrationshintergrund verzeichnete Bremen mit 19,7 %, gefolgt von den Neuen Bundesländern mit 18,0 %. Dort bestanden auch die größten Abstände zu den Menschen ohne Migrationshintergrund; in den Neuen Bundesländern lag der Anteil an geringfügig Beschäftigten mit Migrationshintergrund um 10,5 Prozentpunkte höher, in Berlin waren es 9,4 und in Bremen 9,0 Prozentpunkte. Am seltensten wurde eine geringfügige Beschäftigung von abhängig Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in Bayern (9,9 %) und Baden-Württemberg (11,6 %) ausgeübt. Zusätzlich bestand in Bayern mit lediglich 1,9 Prozentpunkten der geringste Abstand zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

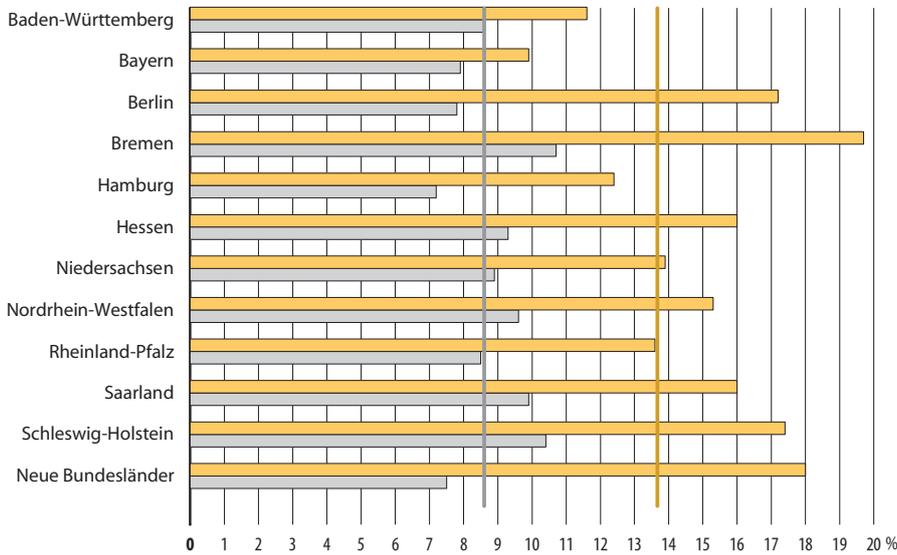
Von 2005 auf 2009 ist der Anteil geringfügig Beschäftigter in Deutschland insgesamt etwas gestiegen, wobei die Zunahme bei der Gruppe mit Migrationshintergrund stärker ausfiel (+1,3 Prozentpunkte). Allerdings zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen in den Bundesländern und nach Migrationsstatus. Mit Ausnahme Hamburgs (-1,4 Prozentpunkte) ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Bundesländern gestiegen. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund gibt es keinen eindeutigen Trend. Der entsprechende Anteil im Saarland ist mit 3,1 Prozentpunkten am stärksten gesunken und in Bremen war mit 2,7 Prozentpunkten der höchste Anstieg zu verzeichnen.

Darüber hinaus zeichnen sich deutliche Unterschiede nach dem Geschlecht ab: In 2009 übten 20,9 % der Frauen mit Migrationshintergrund eine geringfügige Beschäftigung aus, im Vergleich zu 7,7 % der Männer dieser Gruppe. Die entsprechenden Anteile waren bei Frauen und Männern ohne Migrationshintergrund jeweils etwas mehr als halb so hoch. Im Vergleich zu 2005 waren diese Werte weitgehend stabil.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

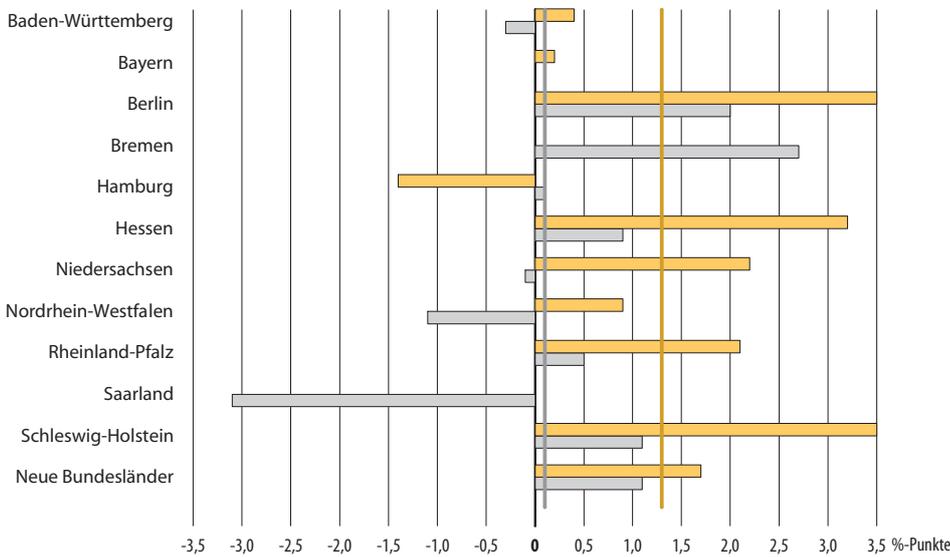
Geringfügige Beschäftigung

Anteil abhängig Erwerbstätiger mit geringfügiger Beschäftigung 2009 nach Migrationsstatus



Migrationshintergrund	mit	ohne
Baden-Württemberg.....	11,6	8,6
Bayern.....	9,9	7,9
Berlin.....	17,2	7,8
Bremen.....	19,7	10,7
Hamburg.....	12,4	7,2
Hessen.....	16,0	9,3
Niedersachsen.....	13,9	8,9
Nordrhein-Westfalen.....	15,3	9,6
Rheinland-Pfalz.....	13,6	8,5
Saarland.....	16,0	9,9
Schleswig-Holstein.....	17,4	10,4
Neue Bundesländer.....	18,0	7,5
Deutschland.....	13,7	8,6

Veränderung 2005 – 2009



Migrationshintergrund	mit	ohne
Baden-Württemberg.....	0,4	-0,3
Bayern.....	0,2	-0,0
Berlin.....	3,5	2,0
Bremen.....	(4,0)	2,7
Hamburg.....	-1,4	0,1
Hessen.....	3,2	0,9
Niedersachsen.....	2,2	-0,1
Nordrhein-Westfalen.....	0,9	-1,1
Rheinland-Pfalz.....	2,1	0,5
Saarland.....	(3,7)	-3,1
Schleswig-Holstein.....	3,5	1,1
Neue Bundesländer.....	1,7	1,1
Deutschland.....	1,3	0,1

Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)

Definition

Zahl der Erwerbslosen je 100 Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) von Personen mit/ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, 15 bis unter 25 Jahren und 55 bis unter 65 Jahren

Empirische Relevanz

Der Ausschluss aus dem Erwerbsleben ist eine der zentralen Ursachen für Armut. Ein dauerhafter Ausschluss hat negative Konsequenzen für fast alle Lebensbereiche.

Eine Annäherung der Erwerbslosenquoten der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund würde anzeigen, dass sich der tatsächliche Zugang zum Arbeitsmarkt, eventuell auch die dahinter liegenden Merkmale wie Bildung und Qualifikation, aber auch die Arbeitsmarktrisiken beider Gruppen angleichen.

Bewertung des Indikators

Zentraler Arbeitsmarktindikator, der in hohem Maße von wirtschaftlicher Entwicklung und Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Ländern abhängig ist.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Nach dem hier zugrunde gelegten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) gelten Personen als erwerbslos, wenn sie weniger als eine Stunde in der Woche beschäftigt sind, nicht selbstständig sind, in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben und verfügbar sind, d. h. innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Eine Registrierung bei der Agentur für Arbeit ist nicht erforderlich. Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Ohne Zugang zu qualifizierter Ausbildung und guter Arbeit, ohne sicheres Einkommen und soziale Sicherung kann Integration nicht gelingen. Im Jahr 2009 lag die Erwerbslosenquote der 15- bis unter 65-jährigen Personen mit Migrationshintergrund bei 13 % und somit doppelt so hoch wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (6,6 %). In allen Bundesländern liegt die Erwerbslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei den Personen ohne, allerdings gibt es zwischen den Ländern größere Unterschiede. Am höchsten war die Erwerbslosenquote bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Neuen Bundesländern mit 26,3 %, gefolgt von Berlin mit 24,2 %. Dort liegen die Erwerbslosenquoten dieser Gruppe um 14,4 bzw. 13,6 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Die geringsten Unterschiede ergeben sich für Baden-Württemberg, doch auch hier liegt die Erwerbslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund mit 9,3 % um 5,5 Prozentpunkte über der der Personen ohne Migrationshintergrund.

Zwischen 2005 und 2009 ist im Bundesgebiet die Erwerbslosenquote allgemein gesunken. Bei Personen mit Migrationshintergrund fiel dieser Rückgang um 1,8 Prozentpunkte stärker aus als bei Personen ohne Migrationshintergrund. In den Neuen Bundesländern ist die Erwerbslosenquote der Menschen mit Migrationshintergrund am stärksten zurückgegangen (-12,7 Prozentpunkte), gefolgt von Bremen (-11,1 Prozentpunkte). Dort gab es auch den stärksten Rückgang im Vergleich zu den Menschen ohne Migrationshintergrund. In Hessen (-2,6 Prozentpunkte) und im Saarland (-2,8 Prozentpunkte) war der Rückgang am schwächsten. Dort und zusätzlich in Berlin gibt es keinen oder kaum einen Unterschied in der rückläufigen Entwicklung der Erwerbslosenquote von Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

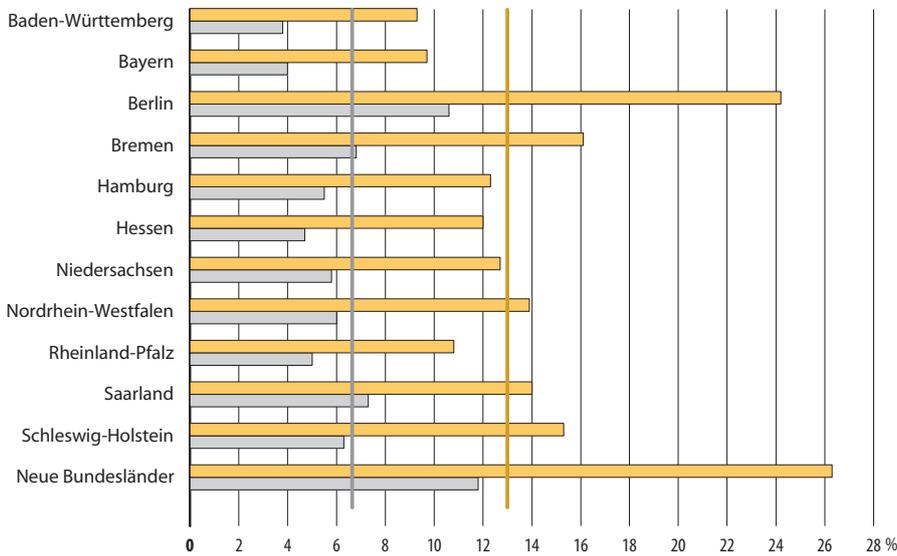
In allen Bundesländern wie auch im Bundesgebiet insgesamt sind die Erwerbslosenquoten von Frauen niedriger als die von Männern. Bei Personen mit Migrationshintergrund sind diese Unterschiede etwas stärker ausgeprägt, die Erwerbslosenquote der Frauen dieser Gruppe war um 1,9 Prozentpunkte niedriger als die der Männer. Frauen ohne Migrationshintergrund wiesen lediglich eine um 0,4 Prozentpunkte geringere Erwerbslosenquote auf als Männer ohne Migrationshintergrund.

Bei der Entwicklung der Erwerbslosenquote von 2005 auf 2009 zeigen sich kaum Unterschiede differenziert nach Geschlecht.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

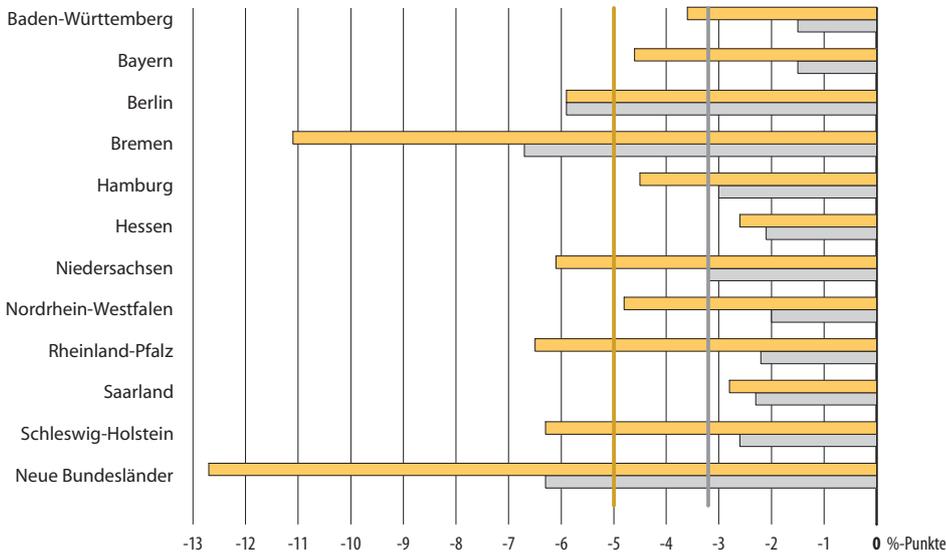
Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)

Erwerbslosenquoten 2009 für die Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	9,3	3,8
Bayern.....	9,7	4,0
Berlin.....	24,2	10,6
Bremen.....	16,1	6,8
Hamburg.....	12,3	5,5
Hessen.....	12,0	4,7
Niedersachsen.....	12,7	5,8
Nordrhein-Westfalen.....	13,9	6,0
Rheinland-Pfalz.....	10,8	5,0
Saarland.....	14,0	7,3
Schleswig-Holstein.....	15,3	6,3
Neue Bundesländer.....	26,3	11,8
Deutschland.....	13,0	6,6

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	-3,6	-1,5
Bayern.....	-4,6	-1,5
Berlin.....	-5,9	-5,9
Bremen.....	-11,1	-6,7
Hamburg.....	-4,5	-3,0
Hessen.....	-2,6	-2,1
Niedersachsen.....	-6,1	-3,2
Nordrhein-Westfalen.....	-4,8	-2,0
Rheinland-Pfalz.....	-6,5	-2,2
Saarland.....	-2,8	-2,3
Schleswig-Holstein.....	-6,3	-2,6
Neue Bundesländer.....	-12,7	-6,3
Deutschland.....	-5,0	-3,2

Arbeitslosenquote

Definition

Zahl der registrierten Arbeitslosen je 100 abhängigen zivilen Erwerbspersonen (= Arbeitslose, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte ohne Soldatinnen und Soldaten) nach Rechtskreisen (SGB II, SGB III), Staatsangehörigkeit (deutsch, ausländisch) und Geschlecht

Empirische Relevanz

Ergänzung zu E 4 mit definitorischen Abweichungen. Reflektiert im Gegensatz zu E 4 die aktuelle Sozialgesetzgebung. Neben der Erwerbslosenquote wird auch die Arbeitslosenquote aufgeführt, weil sie der in der öffentlichen Diskussion häufiger verwendete Indikator ist. Die Arbeitslosenquote erlaubt allerdings nur eine Differenzierung nach Deutschen und Ausländern.

Bewertung des Indikators

Zentraler Arbeitsmarktindikator, der in hohem Maße von wirtschaftlicher Entwicklung und Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Ländern abhängig ist.

Datenquelle

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Zu den bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen in den Rechtskreisen des SGB II und SGB III zählen alle Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden in der Woche umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine mindestens 15 Stunden in der Woche umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Dauer von mehr als 7 Kalendertagen suchen,
- eine Arbeitnehmertätigkeit ausüben können und dürfen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- für die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit verfügbar sind, d. h. sofort arbeitsfähig und -bereit sind und
- sich persönlich bei der Agentur für Arbeit gemeldet und ihren Wohnsitz in Deutschland haben.

Die Angaben beziehen sich auf Jahresdurchschnitte.

Ergebnisse

Generell liegt die Arbeitslosenquote höher als die ILO-Erwerbslosenquote. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung lag 2009 bei 19,1 %, während die Erwerbslosenquote 13,0 % betrug. Der Unterschied erklärt sich aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Definitionen und dem Umstand, dass sich die Arbeitslosenquote nur auf die ausländische Bevölkerung bezieht und nicht auf Personen mit Migrationshintergrund.

Wie auch bei der Erwerbslosenquote liegt in allen Bundesländern die Arbeitslosenquote der ausländischen Personen höher als bei den Deutschen, allerdings gibt es zwischen den Bundesländern größere Unterschiede. Am höchsten war die Arbeitslosenquote bei der ausländischen Bevölkerung in Sachsen mit 35,6 %, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 35,0 %. Dort lagen die Arbeitslosenquoten dieser Gruppe um 21,6 bzw. 20,3 Prozentpunkte höher als bei Deutschen. Die geringste Arbeitslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung wiesen Baden-Württemberg (12,7 %) und Bayern (12,8 %) auf. Dort war auch der geringste Unterschied (7,8 bzw. 7,9 Prozentpunkte) in der Arbeitslosenquote zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung zu verzeichnen.

Im Vergleich zu 2006 ist die Arbeitslosenquote im Bundesgebiet gesunken. Bei der ausländischen Bevölkerung fiel dieser Rückgang mit 4,6 Prozentpunkte stärker aus als bei der deutschen (-2,7 Prozentpunkte). In Mecklenburg-Vorpommern ist die Arbeitslosenquote der ausländischen Personen am stärksten zurückgegangen (-14,6 Prozentpunkte), gefolgt von Sachsen (-9,4 Prozentpunkte) und Brandenburg (-9,2 Prozentpunkte). Dort gab es auch den stärksten Rückgang im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Dagegen war der Rückgang in Baden-Württemberg (-2,5 Prozentpunkte) und in Schleswig-Holstein (-3,9 Prozentpunkte) am schwächsten.

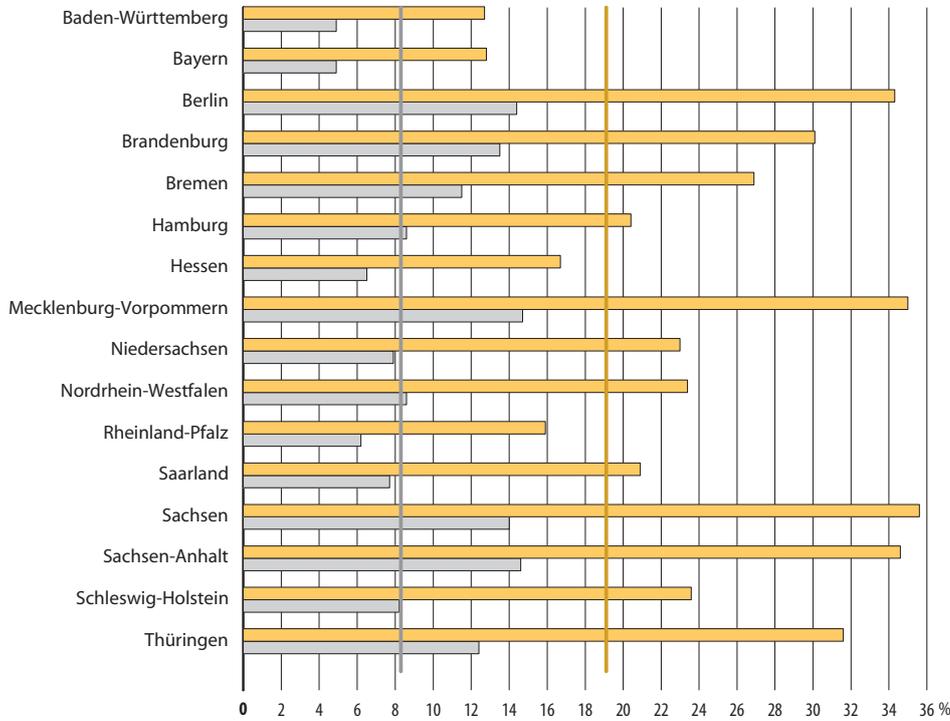
Im Jahr 2009 ist im Bundesgebiet die Arbeitslosenquote von Frauen insgesamt etwas niedriger als die von Männern. Bei der ausländischen Bevölkerung ist es umgekehrt, dort liegt die Arbeitslosenquote der Frauen um 1,3 Prozentpunkte höher. Dieses Bild trifft mit Ausnahme von Hamburg auf alle Bundesländer zu.

Zur Entwicklung der Arbeitslosenquote von 2006 auf 2009 differenziert nach Geschlecht liegen keine Daten vor.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

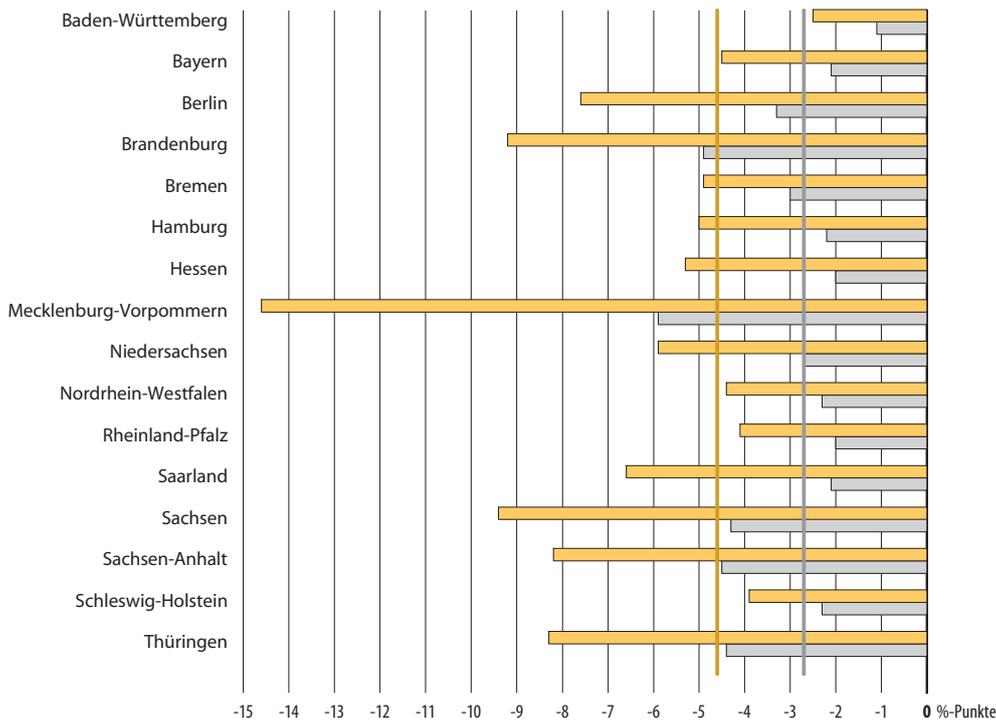
Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote 2009
nach Staatsangehörigkeit



	ausländisch	deutsch
Baden-Württemberg.....	12,7	4,9
Bayern.....	12,8	4,9
Berlin.....	34,3	14,4
Brandenburg.....	30,1	13,5
Bremen.....	26,9	11,5
Hamburg.....	20,4	8,6
Hessen.....	16,7	6,5
Mecklenburg-Vorpommern.....	35,0	14,7
Niedersachsen.....	23,0	7,9
Nordrhein-Westfalen.....	23,4	8,6
Rheinland-Pfalz.....	15,9	6,2
Saarland.....	20,9	7,7
Sachsen.....	35,6	14,0
Sachsen-Anhalt.....	34,6	14,6
Schleswig-Holstein.....	23,6	8,2
Thüringen.....	31,6	12,4
Deutschland.....	19,1	8,3

Veränderung 2006 – 2009



	ausländisch	deutsch
Baden-Württemberg.....	-2,5	-1,1
Bayern.....	-4,5	-2,1
Berlin.....	-7,6	-3,3
Brandenburg.....	-9,2	-4,9
Bremen.....	-4,9	-3,0
Hamburg.....	-5,0	-2,2
Hessen.....	-5,3	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern.....	-14,6	-5,9
Niedersachsen.....	-5,9	-2,7
Nordrhein-Westfalen.....	-4,4	-2,3
Rheinland-Pfalz.....	-4,1	-2,0
Saarland.....	-6,6	-2,1
Sachsen.....	-9,4	-4,3
Sachsen-Anhalt.....	-8,2	-4,5
Schleswig-Holstein.....	-3,9	-2,3
Thüringen.....	-8,3	-4,4
Deutschland.....	-4,6	-2,7

Armutsrisikoquote I

Definition

Anteil der Personen mit/ohne Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerung, deren Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt. Die Armutsrisikoschwelle liegt bei 60 % des Medians des nach der neuen OECD-Skala berechneten Nettoäquivalenzeinkommens (bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf). Die Medianberechnung erfolgt hier auf der Basis des Bundesdurchschnittes des Nettoäquivalenzeinkommens.

Empirische Relevanz

Materielle Armut wirkt sich auf alle Lebensbereiche und die entsprechenden Teilhabechancen aus. Umgekehrt wird die Wahrscheinlichkeit, ein Einkommen zu beziehen, das unterhalb der Armutsquote liegt, von einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst, wie Bildung, Qualifikation und Erwerbsbeteiligung.

Eine Absenkung der Armutsrisikoquoten von Personen mit Migrationshintergrund auf das Niveau der Personen ohne Migrationshintergrund würde eine Angleichung der Teilhabechancen in verschiedenen Bereichen anzeigen.

Bewertung des Indikators

Bereichsübergreifender Indikator

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Grundlage der Berechnungen ist die Armutsgefährdungsschwelle für das Bundesgebiet. Diese wird anhand des mittleren Einkommens (Median) des gesamten Bundesgebietes errechnet. Den Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde. Allerdings werden bei dieser Betrachtung Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern nicht beachtet.

Das Armutsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt deutlich höher als das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Während ein Viertel der Personen mit Migrationshintergrund (26,6 %) in einem Haushalt lebte, dessen bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt, traf dies auf 11,7 % der Personen ohne Migrationshintergrund zu. Fast jede zweite Person mit Migrationshintergrund in den Neuen Bundesländern (47,4 %) und etwas mehr als jede dritte in Bremen (38,3 %) und Berlin (35,4 %) wies ein Armutsrisiko auf. Dort war auch der Unterschied zu Menschen ohne Migrationshintergrund am stärksten. In Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 19,1 %) besteht das niedrigste Armutsrisiko bei der Bevölkerung mit und der geringste Unterschied zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

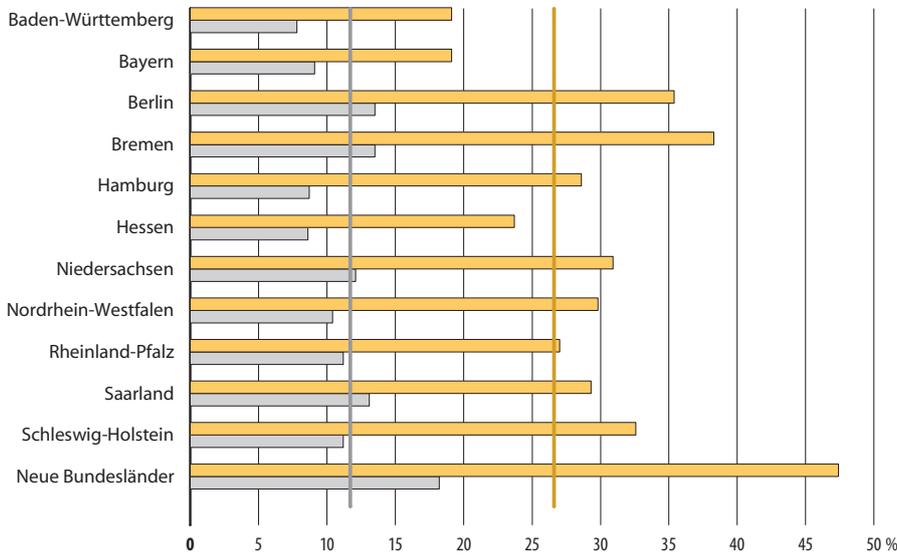
Von 2005 auf 2009 hat sich die Armutsrisikoquote in Deutschland insgesamt nicht nennenswert verändert. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede nach dem Migrationsstatus. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist die Armutsrisikoquote in allen Ländern, bis auf Nordrhein-Westfalen, zurückgegangen – am stärksten in den Neuen Bundesländern (-5,2 Prozentpunkte) und Bremen (-4,9 Prozentpunkte). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist sie in einigen Ländern leicht gesunken (am stärksten in Bremen und Hamburg), in den meisten Bundesländern dagegen etwas angestiegen (am stärksten im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein).

Differenziert nach Geschlecht gibt es kaum größere Unterschiede außer im Saarland und Schleswig-Holstein. Im Vergleich zu 2005 gibt es dort bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund den stärksten Unterschied nach Geschlecht: In beiden Ländern ist jeweils bei den Männern ein Anstieg (+2,2 bzw. +1,7 Prozentpunkte) und bei den Frauen ein Rückgang (-4,1 bzw. -2,6 Prozentpunkte) der Armutsrisikoquote zu verzeichnen.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet. Zur besseren Vergleichbarkeit wird dort der Indikator E 6a gemeinsam mit dem Indikator E 6b in einer Tabelle dargestellt.

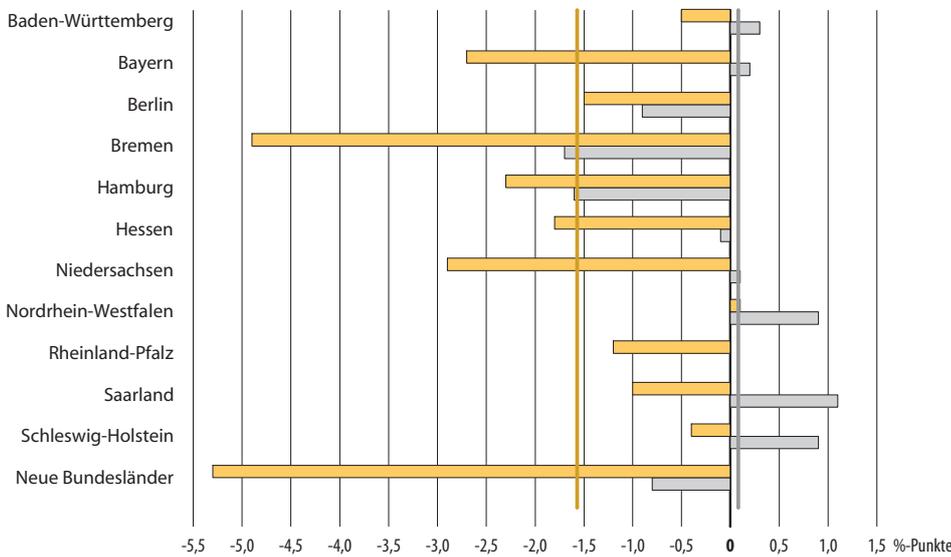
Armutsrisikoquote I

**Armutsrisikoquote I - Bundesmedian 2009
nach Migrationshintergrund**



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	19,1	7,8
Bayern.....	19,1	9,1
Berlin.....	35,4	13,5
Bremen.....	38,3	13,5
Hamburg.....	28,6	8,7
Hessen.....	23,7	8,6
Niedersachsen.....	30,9	12,1
Nordrhein-Westfalen.....	29,8	10,4
Rheinland-Pfalz.....	27,0	11,2
Saarland.....	29,3	13,1
Schleswig-Holstein.....	32,6	11,2
Neue Bundesländer.....	47,4	18,2
Deutschland.....	26,6	11,7

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	-0,5	0,3
Bayern.....	-2,7	0,2
Berlin.....	-1,5	-0,9
Bremen.....	-4,9	-1,7
Hamburg.....	-2,3	-1,6
Hessen.....	-1,8	-0,1
Niedersachsen.....	-2,9	0,1
Nordrhein-Westfalen.....	0,1	0,9
Rheinland-Pfalz.....	-1,2	0,0
Saarland.....	-1,0	1,1
Schleswig-Holstein.....	-0,4	0,9
Neue Bundesländer.....	-5,3	-0,8
Deutschland.....	-1,6	0,1

Armutsrisikoquote II

Definition

Anteil der Personen mit/ohne Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerung, deren Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt. Die Armutsrisikoschwelle liegt bei 60 % des Medians des nach der neuen OECD-Skala berechneten Nettoäquivalenzeinkommens (bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf). Die Medianberechnung erfolgt hier auf der Basis des Nettoäquivalenzeinkommens des jeweiligen Bundeslandes.

Empirische Relevanz

Materielle Armut wirkt sich auf alle Lebensbereiche und die entsprechenden Teilhabechancen aus. Umgekehrt wird die Wahrscheinlichkeit, ein Einkommen zu beziehen, das unterhalb der Armutsquote liegt, von einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst, wie Bildung, Qualifikation und Erwerbsbeteiligung.

Eine Absenkung der Armutsrisikoquoten von Personen mit Migrationshintergrund auf das Niveau der Personen ohne Migrationshintergrund würde eine Angleichung der Teilhabechancen in verschiedenen Bereichen anzeigen.

Bewertung des Indikators

Bereichsübergreifender Indikator

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Grundlage der Berechnungen sind die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen. Diese werden anhand des mittleren Einkommens (Median) des jeweiligen Bundeslandes bzw. der jeweiligen Region errechnet. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern bzw. Regionen Rechnung getragen.

Werden die Landesmediane als Berechnungsgrundlage für die Armutsrisikoquote verwendet, zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede nach Migrationsstatus. Wie beim Bundesmedian liegt das Armutsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich höher, als das bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

Das höchste Armutsrisiko für Menschen mit Migrationshintergrund bestand in den Neuen Bundesländern mit 38,2 %, gefolgt von Hamburg mit 36,1 %. Dort ist auch der Unterschied zu Menschen ohne Migrationshintergrund am stärksten ausgeprägt. Bei Verwendung des Bundesmedians lag Hamburg eher im Mittelfeld (28,6 %) und Berlin an dritthöchster Stelle (35,4 %), dagegen wies Berlin bei Verwendung des Landesmedians die drittniedrigste Armutsrisikoquote (26,5 %) bei Menschen mit Migrationshintergrund auf. Wie beim Bundesmedian findet sich auch bei Anwendung der Landesmediane in Bayern (23,3 %) und Baden-Württemberg (24,3 %) das niedrigste Armutsrisiko bei der Bevölkerung mit und der geringste Unterschied zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

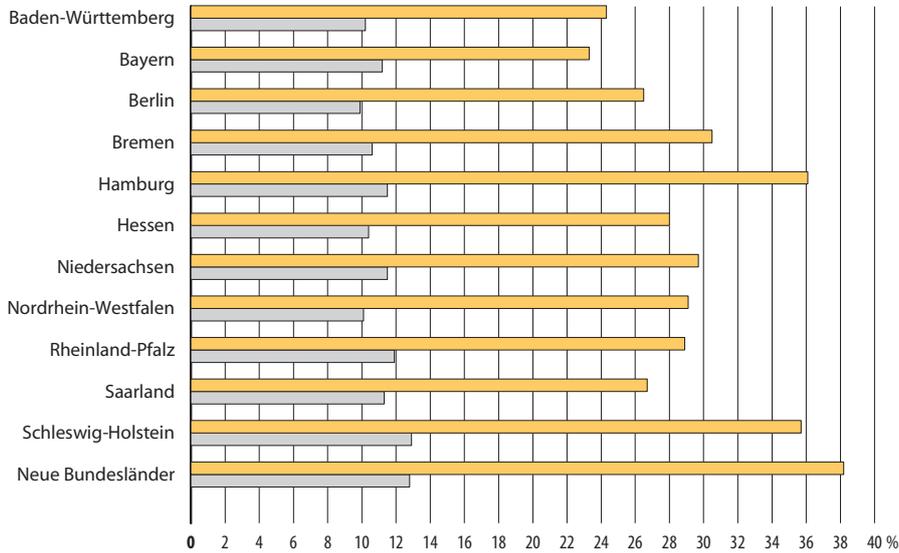
Im Vergleich zu 2005 ist bei mehr als der Hälfte aller Bundesländer die Armutsrisikoquote gesunken. Es bestehen jedoch Unterschiede nach dem Migrationshintergrund. In allen Ländern, bis auf Schleswig-Holstein und Hamburg, ist die Armutsrisikoquote für Personen mit Migrationshintergrund stärker gesunken als für Personen ohne. Am stärksten war der Rückgang in Berlin mit 3,8 Prozentpunkten und Niedersachsen mit 3,5 Prozentpunkten. In Hamburg ist das Armutsrisiko für Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen, während es für Menschen ohne gleich geblieben ist.

Differenziert nach dem Geschlecht gibt es wie beim Bundesmedian auch bei Verwendung der Landesmediane kaum Unterschiede. Lediglich im Saarland und Schleswig-Holstein ist bei den Männern ein Anstieg und bei den Frauen ein Rückgang der Armutsrisikoquote zu verzeichnen.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet. Zur besseren Vergleichbarkeit wird dort der Indikator E 6b gemeinsam mit dem Indikator E 6a in einer Tabelle dargestellt.

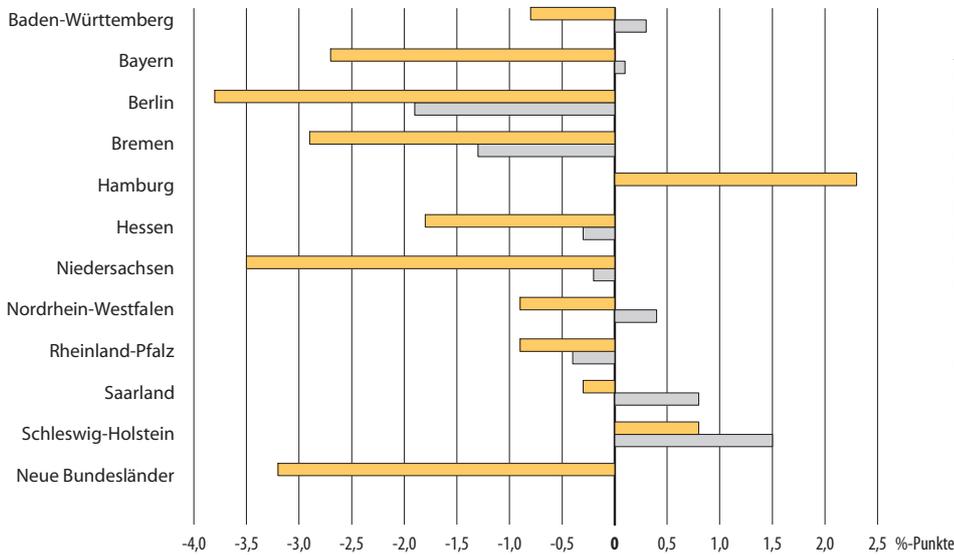
Armutsrisikoquote II

Armutsrisikoquote II - Landesmedian 2009
nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	24,3	10,2
Bayern.....	23,3	11,2
Berlin.....	26,5	9,9
Bremen.....	30,5	10,6
Hamburg.....	36,1	11,5
Hessen.....	28,0	10,4
Niedersachsen.....	29,7	11,5
Nordrhein-Westfalen.....	29,1	10,1
Rheinland-Pfalz.....	28,9	11,9
Saarland.....	26,7	11,3
Schleswig-Holstein.....	35,7	12,9
Neue Bundesländer.....	38,2	12,8

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	-0,8	0,3
Bayern.....	-2,7	0,1
Berlin.....	-3,8	-1,9
Bremen.....	-2,9	-1,3
Hamburg.....	2,3	0,0
Hessen.....	-1,8	-0,3
Niedersachsen.....	-3,5	-0,2
Nordrhein-Westfalen.....	-0,9	0,4
Rheinland-Pfalz.....	-0,9	-0,4
Saarland.....	-0,3	0,8
Schleswig-Holstein.....	0,8	1,5
Neue Bundesländer.....	-3,2	0,0

Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts

Definition

Anteil der Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 und mehr Jahren nach der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (Erwerbstätigkeit, Angehörige, Rente/Pension, eigenes Vermögen, Transferzahlungen) und nach Geschlecht

Empirische Relevanz

Der Indikator zeigt an, aus welchen Quellen der Lebensunterhalt überwiegend bestritten wird. Von besonderer Bedeutung sind hier Erwerbstätigkeit und öffentliche Transferzahlungen. Ein Rückgang des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund, die von öffentlichen Transferzahlungen abhängig sind, und ein Ansteigen des Anteils derer, die ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren in der Lage sind, zeigen einen Fortschritt beim strukturellen Integrationsprozess an.

Bewertung des Indikators

Bereichsübergreifender Indikator, der von der Konjunktur beeinflusst wird.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.

Ergebnisse

Menschen mit Migrationshintergrund beziehen ihren überwiegenden Lebensunterhalt häufiger aus öffentlichen Transferleistungen oder durch Angehörige und seltener aus Rente oder Pension als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Im Jahr 2009 haben 15,0 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt überwiegend aus öffentlichen Transferzahlungen bestritten, während dies lediglich auf 6,8 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zutraf. Eine Rente oder Pension erhielten 13,2 % der Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu 28,7 % bei denjenigen ohne. Jeweils knapp die Hälfte der Personen mit und ohne Migrationshintergrund bezog ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit.

In den Neuen Bundesländern (36,9 %) und Bremen (41,4 %) lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, für die Erwerbstätigkeit die Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts war, deutlich niedriger. Dort und auch in Berlin bestehen die größten Unterschiede im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die höchste Bedeutung hat die Erwerbstätigkeit als Einkommensquelle bei Personen mit Migrationshintergrund in Bayern (54,4 %) und Baden-Württemberg (51,5 %). In Bayern lag der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit bestreiten, sogar um 2,1 Prozentpunkte höher als bei denjenigen ohne.

Von 2005 auf 2009 zeigen sich unabhängig vom Migrationsstatus nur geringe Veränderungen. Die Bedeutung der finanziellen Unterstützung durch Angehörige (-1,9 Prozentpunkte) und der öffentlichen Transferleistungen (-0,4 Prozentpunkte) als Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts sind etwas zurückgegangen, während die Erwerbstätigkeit an Bedeutung gewonnen hat (+1,9 Prozentpunkte).

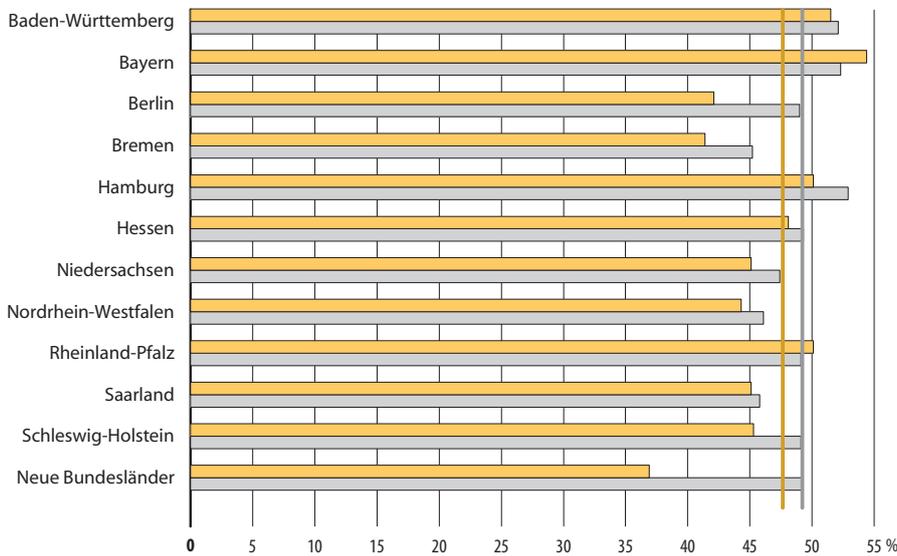
Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass mit 38,7 % Frauen mit Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt seltener überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten als Männer dieser Gruppe (56,6 %). Die zweitwichtigste Einkommensquelle für Frauen mit Migrationshintergrund ist die finanzielle Unterstützung durch Angehörige (33,7 %), während dies nur auf 13,6 % der Männer zutrifft. Die Unterschiede bei diesen Einkommensquellen fallen zwischen Frauen und Männern ohne Migrationshintergrund geringer aus. Die übrigen Quellen des Lebensunterhalts unterscheiden sich kaum nach Geschlecht.

Im Vergleich zu 2005 gibt es eine unterschiedliche Entwicklung bei Frauen und Männern: Der Anteil der Männer mit Migrationshintergrund, die auf öffentliche Transfers angewiesen sind, ist um 1,9 Prozentpunkte gesunken, während er bei den Frauen dieser Gruppe um 0,7 Prozentpunkte gestiegen ist.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

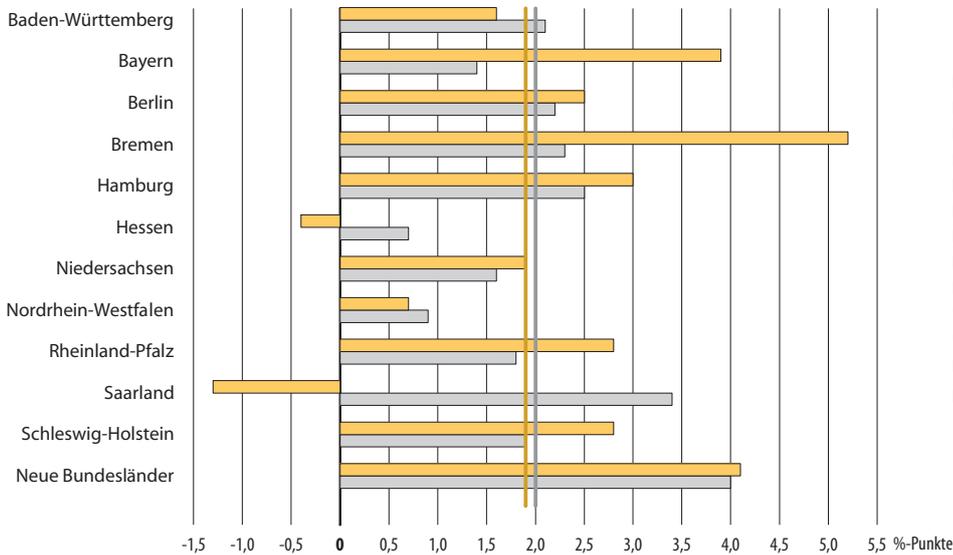
Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts

Anteil von Personen mit Erwerbstätigkeit als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts 2009 nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	51,5	52,1
Bayern.....	54,4	52,3
Berlin.....	42,1	49,0
Bremen.....	41,4	45,2
Hamburg.....	50,1	52,9
Hessen.....	48,1	49,3
Niedersachsen.....	45,1	47,4
Nordrhein-Westfalen.....	44,3	46,1
Rheinland-Pfalz.....	50,1	49,1
Saarland.....	45,1	45,8
Schleswig-Holstein.....	45,3	49,1
Neue Bundesländer.....	36,9	49,2
Deutschland.....	47,6	49,2

Veränderung 2005 – 2009



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	1,6	2,1
Bayern.....	3,9	1,4
Berlin.....	2,5	2,2
Bremen.....	5,2	2,3
Hamburg.....	3,0	2,5
Hessen.....	-0,4	0,7
Niedersachsen.....	1,9	1,6
Nordrhein-Westfalen.....	0,7	0,9
Rheinland-Pfalz.....	2,8	1,8
Saarland.....	-1,3	3,4
Schleswig-Holstein.....	2,8	1,9
Neue Bundesländer.....	4,1	4,0
Deutschland.....	1,9	2,0

Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II

Definition

Anteil deutscher/ausländischer erwerbsfähiger Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) im Alter von 15 bis unter 25, 25 bis unter 65 und 15 bis unter 65 Jahren an allen Personen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Empirische Relevanz

Leistungen nach SGB II sind die wichtigste Form der Sozialtransfers. Diese Leistung wird vor allem von Langzeitarbeitslosen bezogen. Eine hohe SGB II-Quote weist auf eine ungenügende Integration in den Arbeitsmarkt hin. Ein Rückgang der SGB II-Quote bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt entsprechend einen strukturellen Integrationsfortschritt an.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Indikator der strukturellen Integration.

Datenquelle

Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Das Jahr 2005 war das erste Jahr nach der Einführung der Arbeitsmarktreflexionen (Hartz IV-Reform). Deshalb kann bezüglich der Arbeitsmarktstatistiken von einer gewissen Fehleranfälligkeit für das Jahr 2005 ausgegangen werden. Aus diesem Grund wurde für den Zeitvergleich das Jahr 2006 gewählt.

Ergebnisse

Im Jahr 2009 war der Anteil der SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher in Deutschland bundesweit bei ausländischen Personen mit 17,5 % gut doppelt so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung (8,1 %). Zwischen den Bundesländern zeigen sich erhebliche Unterschiede. Die höchsten Anteile an SGB II-Empfängerinnen und -Empfängern unter der ausländischen Bevölkerung wiesen Sachsen-Anhalt mit 30,3 %, gefolgt von Berlin mit 29,0 % auf, die niedrigsten waren in Bayern mit 9,6 % und in Baden-Württemberg mit 10,9 % zu finden. Die geringsten Unterschiede im Anteil an SGB II-Empfängerinnen und Empfängern zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung finden sich in Thüringen mit 4,7 Prozentpunkten und in Brandenburg mit 5,4 Prozentpunkten (die höchsten in Sachsen-Anhalt mit 14,0 und in Bremen mit 13,4 Prozentpunkten).

Im Vergleich zum Jahr 2006 lässt sich bei der deutschen Bevölkerung ein leichter Rückgang an SGB II-Bezieherinnen und -Beziehern verzeichnen, während der Anteil bei der ausländischen Bevölkerung im Mittel konstant ist. Ähnliche Entwicklungstendenzen zeigen sich in der Mehrheit der Bundesländer. In Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ist die Zahl der SGB II-Empfängerinnen und -Empfängern unter der ausländischen Bevölkerung leicht angestiegen.

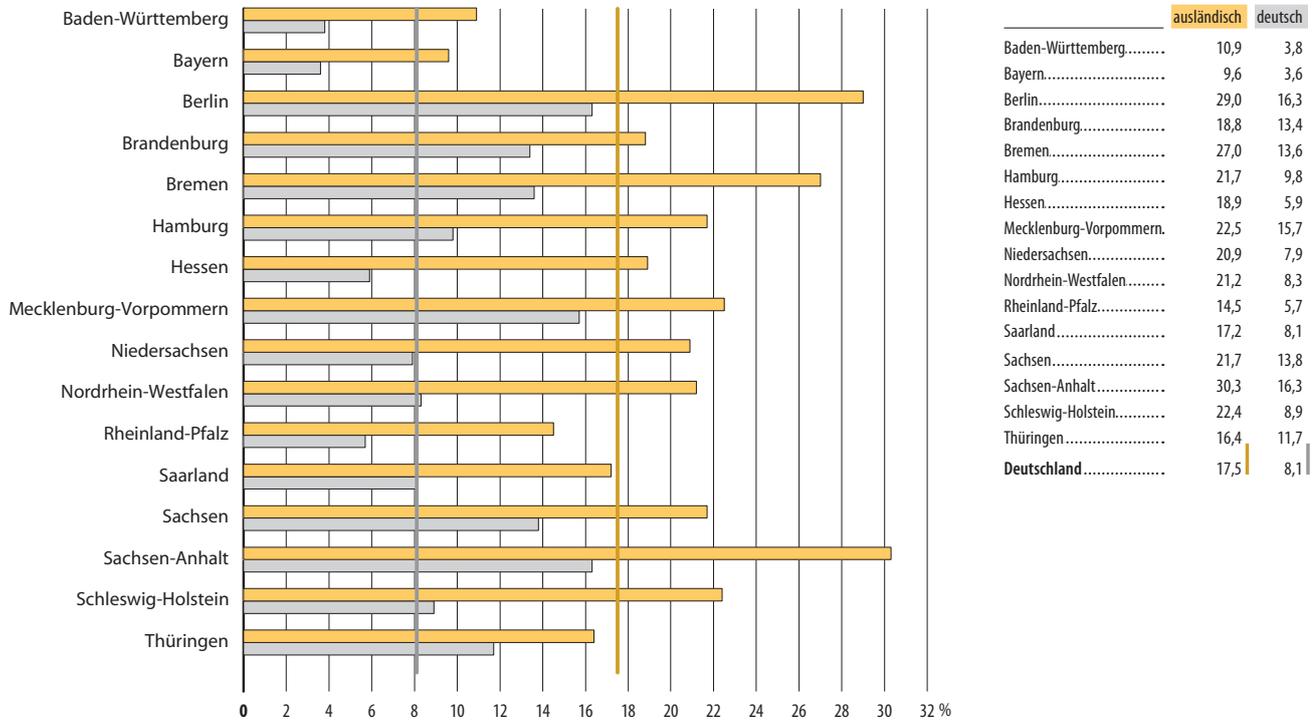
Differenziert nach Geschlecht ist der Anteil von ausländischen Frauen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, mit 18,6 % um 2,2 Prozentpunkte höher als derjenige der Männer (16,5 %), während es bei der deutschen Bevölkerung kaum Unterschiede nach dem Geschlecht gibt (Frauen 8,2 % und Männer 7,9 %). In allen Bundesländern weisen Frauen einen höheren Anteil an SGB II-Bezug auf als Männer, allerdings zeigen sich bei der ausländischen Bevölkerung größere Differenzen nach dem Geschlecht. Der Anteil ausländischer Frauen mit SGB II-Bezug war in Mecklenburg-Vorpommern mit 28,6 %, gefolgt von Brandenburg mit 23,4 %, deutlich höher als bei den entsprechenden ausländischen Männern (18,3 % bzw. 15,4 %). Bei der deutschen Bevölkerung sind die Abstände wesentlich geringer. Die geringste Differenz zwischen ausländischen SGB II-Bezieherinnen und Beziehern findet man in Schleswig-Holstein (1,1 Prozentpunkte) und Hessen (1,3 Prozentpunkte).

Im Vergleich zu 2006 gibt es eine unterschiedliche Entwicklung bei den Bevölkerungsgruppen nach Geschlecht: Während der Anteil der ausländischen Männer mit SGB II-Bezug gleich geblieben ist, ist der entsprechende Anteil bei den ausländischen Frauen um 1,0 Prozentpunkte gestiegen.

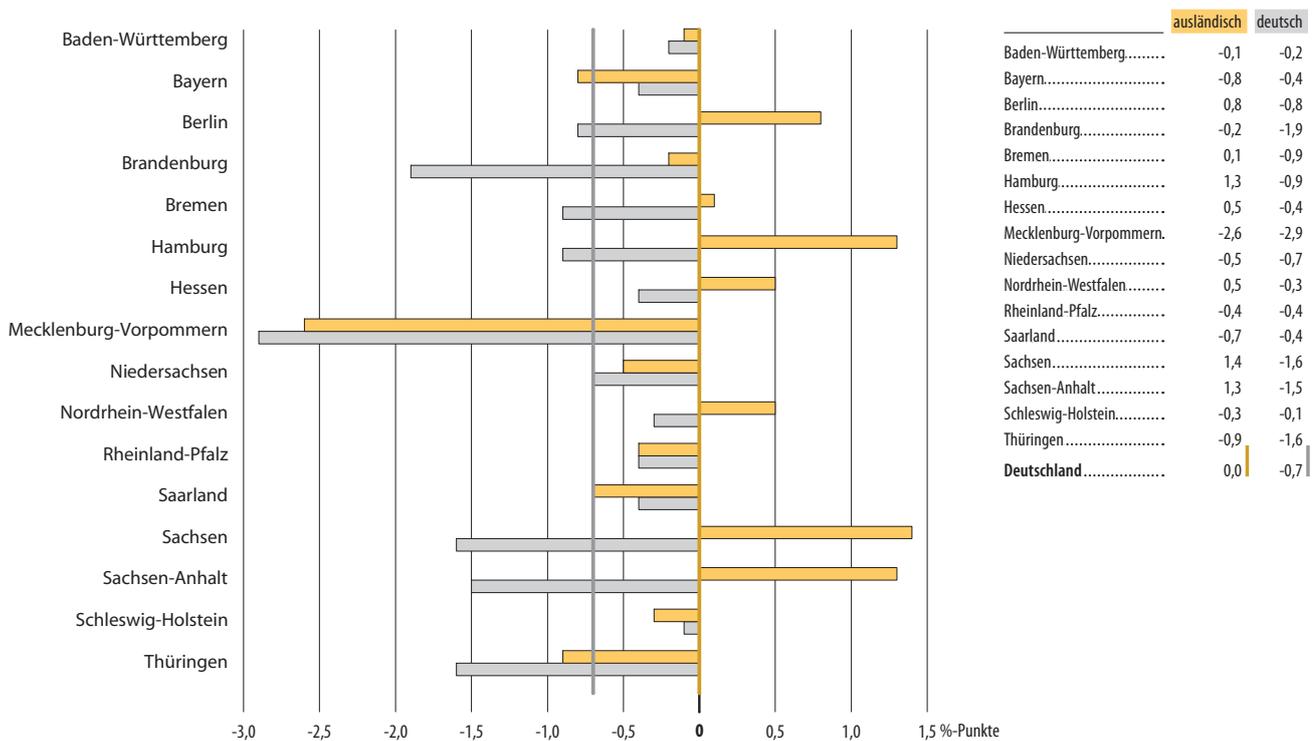
Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II

Anteil der Bezieher von Leistungen nach SGB II im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2009 nach Staatsangehörigkeit



Veränderung 2006 – 2009



Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8

Definition

Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8 bezogen auf die Kinder mit vorgelegtem Vorsorgeheft zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung differenziert nach dem Migrationshintergrund

Empirische Relevanz

Präventiv werden bei Kindern bis zum 6. Lebensjahr die Früherkennungsuntersuchungen U3 bis U9 angeboten. Die Inanspruchnahme ist ein Indikator zur Nutzung des Gesundheitssystems. Der Indikator zeigt Unterschiede im Gesundheitsverhalten in Bezug auf Prophylaxe zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund auf. Daraus resultiert eine unterschiedliche Gesundheitsgefährdung bei einzuschulenden Kindern. Generell ist ein hoher Grad der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8 anzustreben.

Bewertung des Indikators

Indikator zu Gesundheitsverhalten und Gesundheitsgefährdung. Wegen der methodischen Besonderheiten nur mit Einschränkung für einen Ländervergleich zu interpretieren.

Datenquelle

Schulbehörden der Länder, Schuleingangsuntersuchung (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Derzeit kann aus der Erhebung der Daten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung nicht in allen Bundesländern ein Bezug zum Merkmal Migrationshintergrund hergestellt werden. Aktuell wird unter Federführung des Landes Berlin ein Modellprojekt zur einheitlichen Definition des Migrationshintergrundes im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt. Hierbei werden zusätzliche Fragen zum Migrationshintergrund getestet. Eine Definition des Migrationshintergrundes kann erst nach Abschluss der Modellphase erarbeitet werden und ist frühestens Mitte des Jahres 2012 zu erwarten. Inwieweit dies nach einer länderweiten Abstimmung der Arbeitsgruppe der obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) Mitte 2012 in allen Ländern umgesetzt werden kann, ist zurzeit nicht beurteilbar.

Ergebnisse

Angesichts der Datenlage erfolgt keine Darstellung von Ergebnissen.

Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8

Eigentümerquote

Definition

Personen mit Wohneigentum bezogen auf die Bezugsperson im Haushalt am Hauptwohnsitz

Empirische Relevanz

Die Eigentümerquote gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung. Gleichzeitig kann der Erwerb von Eigentum allerdings auch mit der mangelnden Möglichkeit zu tun haben, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden und eine „Flucht ins Eigentum“ darstellen. Zu berücksichtigen ist, dass die Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in Städten und Großstädten leben, in denen die Eigentumsquote generell geringer als in ländlichen Regionen ist.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Wohnindikator

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.
Der Indikator wird nur alle 4 Jahre erfasst, letztmalig 2006.

Ergebnisse

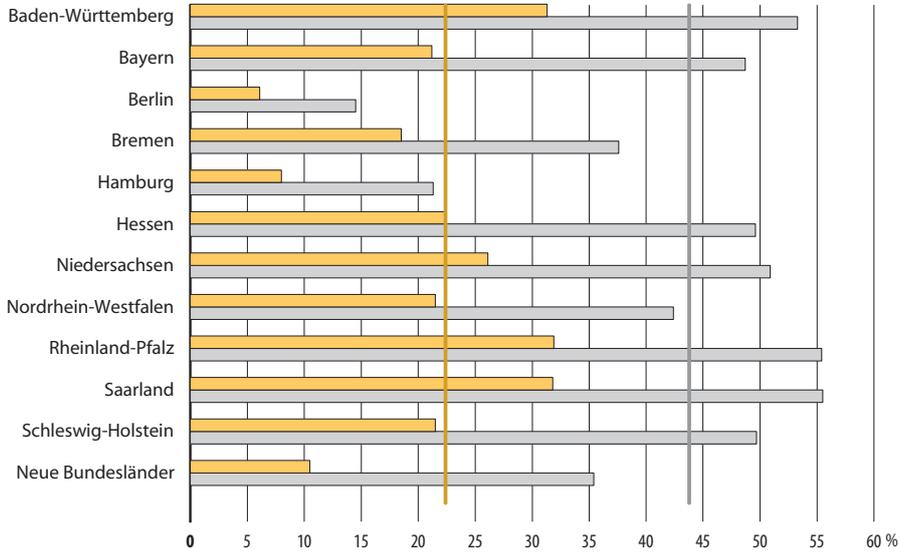
Im Jahr 2006 war die Eigentümerquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund etwa halb so hoch (22,4 %) wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (43,8 %). Zwischen den Bundesländern zeigen sich größere Unterschiede. Personen mit Migrationshintergrund wiesen die niedrigste Eigentümerquote in Berlin (6,1 %) und Hamburg (8,0 %) auf. Die höchsten Eigentümerquoten lagen in Rheinland-Pfalz (31,9 %) und im Saarland (31,8 %) und somit in den Bundesländern, in denen auch die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund die höchste Eigentümerquote aufwies. Die größten Unterschiede in der Eigentümerquote von Menschen mit zu denjenigen ohne Migrationshintergrund finden sich in Schleswig-Holstein (-28,2 Prozentpunkte) und Bayern (-27,5 Prozentpunkte).

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass Frauen mit Migrationshintergrund (12,9 %) seltener Wohneigentum besitzen als Männer dieser Gruppe (25,5 %). Dies trifft auch auf Frauen ohne Migrationshintergrund zu, von denen 29,6 % im eigenen Heim wohnen. Allerdings ist der Abstand in der Eigentümerquote zu den Männern höher (21,1 Prozentpunkte).

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Eigentümerquote

**Eigentümerquote 2006
nach Migrationsstatus**



	mit	ohne
Migrationshintergrund		
Baden-Württemberg.....	31,3	53,3
Bayern.....	21,2	48,7
Berlin.....	6,1	14,5
Bremen.....	18,5	37,6
Hamburg.....	8,0	21,3
Hessen.....	22,4	49,6
Niedersachsen.....	26,1	50,9
Nordrhein-Westfalen.....	21,5	42,4
Rheinland-Pfalz.....	31,9	55,4
Saarland.....	31,8	55,5
Schleswig-Holstein.....	21,5	49,7
Neue Bundesländer.....	10,5	35,4
Deutschland.....	22,4	43,8

Wohnfläche je Familienmitglied

Definition

Wohnfläche in m² je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren; nach Migrationshintergrund sowie Geschlecht der Bezugsperson des Haushaltes berechnet auf Personenebene

Empirische Relevanz

Es ist zu berücksichtigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in Städten und Großstädten leben. Dort ist die Eigentumsquote generell niedriger als in ländlichen Regionen und der Wohnraum ist im Allgemeinen teurer. Das hat Auswirkungen auf die zur Verfügung stehende Wohnfläche.

Bewertung des Indikators

Wichtiger Wohnindikator; aufgrund der speziellen Stichprobenziehung im Mikrozensus sind Unterschiede zwischen den Bundesländern nicht interpretierbar.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Neuen Bundesländer (ohne Berlin) werden zusammengefasst.
Der Indikator wird nur alle 4 Jahre erfasst, letztmalig 2006.

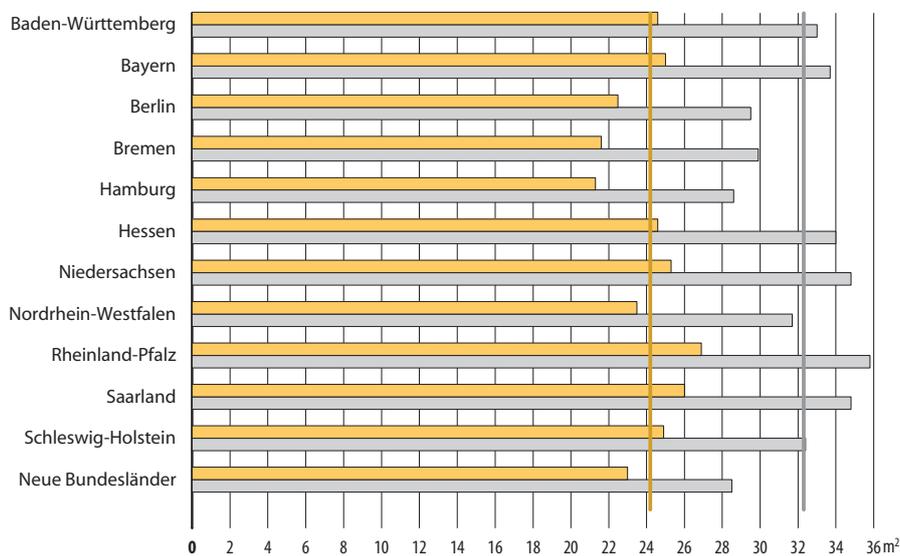
Ergebnisse

Im Jahr 2006 war die Wohnfläche der Familien mit minderjährigen Kindern, die je Familienmitglied zur Verfügung steht, bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kleiner (24,2 m²) als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (32,3 m²). Zwischen den Bundesländern gibt es kleinere Unterschiede. In der Gruppe mit Migrationshintergrund weisen Bremen (21,6 m²) und Hamburg (21,3 m²) die kleinste Wohnfläche pro Kopf auf. Überdurchschnittlich war die den Familien mit Migrationshintergrund zur Verfügung stehende Wohnfläche in Rheinland-Pfalz (26,9 m²) und im Saarland (26,0 m²). Differenziert nach Geschlecht gibt es keine Unterschiede.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Wohnfläche je Familienmitglied

Wohnfläche je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren 2006 nach Migrationsstatus



	mit	ohne
Baden-Württemberg	24,6	33,0
Bayern	25,0	33,7
Berlin	22,5	29,5
Bremen	21,6	29,9
Hamburg	21,3	28,6
Hessen	24,6	34,0
Niedersachsen	25,3	34,8
Nordrhein-Westfalen	23,5	31,7
Rheinland-Pfalz	26,9	35,8
Saarland	26,0	34,8
Schleswig-Holstein	24,9	32,4
Neue Bundesländer	23,0	28,5
Deutschland	24,2	32,3

Tatverdächtige

Definition

Anteil strafmündiger tatverdächtiger Deutscher/Ausländer an allen Tatverdächtigen, insgesamt und nach Altersgruppen und Geschlecht

Empirische Relevanz

Der Indikator zeigt die Verteilung von Deutschen und Ausländern bei den Tatverdächtigen nach Altersgruppen und Geschlecht an. Konflikte mit dem Gesetz sind ein deutliches Hinweissignal für den Verlauf von Integrationsprozessen.

Bewertung des Indikators

Diese Informationen sind für ein Gesamtbild der Integration relevant. In der Statistik werden die „Tatverdächtigen“ geführt, deren Zahl auch vom Anzeigeverhalten bzw. vom Kontrollverhalten der Polizei abhängig ist. Ein Anstieg der Tatverdächtigen bedeutet daher nicht automatisch einen Anstieg im delinquenten Verhalten, sondern weist unter Umständen nur auf ein kleiner gewordenes Dunkelfeld hin. Bei der Ergebnisinterpretation müssen diese Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Um die Vergleichbarkeit zwischen den Gruppen der Statistik zu erhöhen, wurden ausländer-spezifische Straftaten und Straftaten von Ausländern, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, ausgeschlossen. Erschwert wird die Interpretation durch das Fehlen von Hinweisen auf die soziale Schichtzugehörigkeit der Tatverdächtigen.

Datenquelle

Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

In der Statistik werden ausländer-spezifische Straftaten und Straftaten von Ausländern, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, nicht berücksichtigt.

Die Statistik erfasst keinen Migrationshintergrund, sondern nur die Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse

Kriminelles Verhalten korreliert unter anderem mit dem Geschlecht und dem Alter. Heranwachsende und junge Männer sind eine besonders gefährdete Gruppe. Der Ausländeranteil bei den männlichen Tatverdächtigen schwankt je nach Bundesland zwischen 4,2 % und 28,5 % und bei den weiblichen zwischen 3,1 % und 28,0 %. Über dem Bundesdurchschnitt liegen die Anteile der ausländischen Tatverdächtigen in 7 der 16 Bundesländer. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Ausländer an allen Tatverdächtigen unterdurchschnittlich. Zu berücksichtigen ist dabei, dass der Prozentanteil der Ausländer in der Gesamtbevölkerung einen wichtigen Einfluss auf das Ergebnis hat. Der Ausländeranteil in den Neuen Bundesländern ist erheblich geringer als im Bundesdurchschnitt.

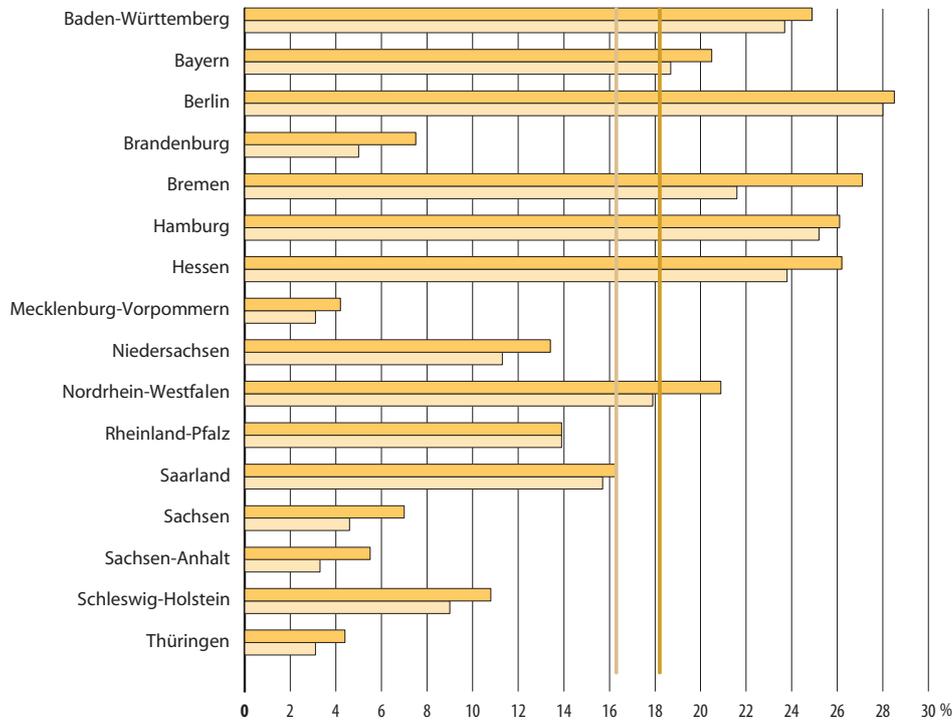
Gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 ist der Prozentsatz der männlichen ausländischen Tatverdächtigen in 13 Bundesländern gesunken. Ein gegensätzliches Bild zeigt sich bei der weiblichen Gruppe, hier stieg der Anteil in 10 Bundesländern an.

Die männliche Gruppe stellt in allen Bundesländern zwischen 74,5 % und 76,9 % aller Tatverdächtigen. Am höchsten ist der Anteil in der Heranwachsenden zwischen 18 und unter 21 Jahren sowie bei den 21- bis unter 25-Jährigen.

Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

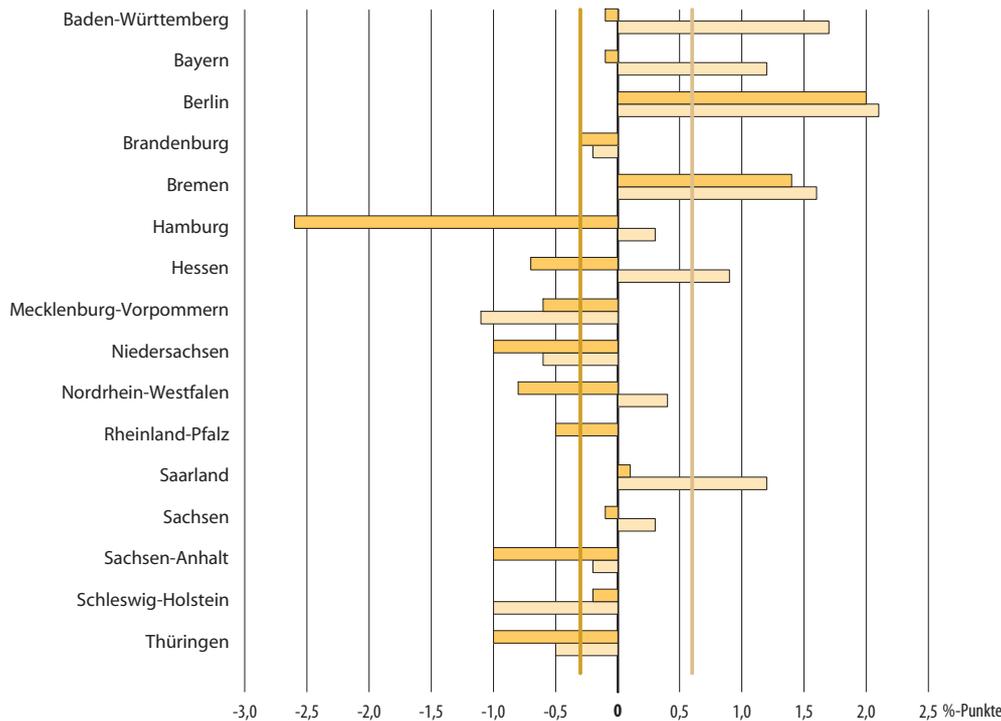
Tatverdächtige

Anteil tatverdächtigter Ausländer an allen Tatverdächtigen 2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	24,9	23,7
Bayern	20,5	18,7
Berlin	28,5	28,0
Brandenburg	7,5	5,0
Bremen	27,1	21,6
Hamburg	26,1	25,2
Hessen	26,2	23,8
Mecklenburg-Vorpommern	4,2	3,1
Niedersachsen	13,4	11,3
Nordrhein-Westfalen	20,9	17,9
Rheinland-Pfalz	13,9	13,9
Saarland	16,3	15,7
Sachsen	7,0	4,6
Sachsen-Anhalt	5,5	3,3
Schleswig-Holstein	10,8	9,0
Thüringen	4,4	3,1
Deutschland	18,2	16,3

Veränderung 2005 – 2009



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	-0,1	1,7
Bayern	-0,1	1,2
Berlin	2,0	2,1
Brandenburg	-0,3	-0,2
Bremen	1,4	1,6
Hamburg	-2,6	0,3
Hessen	-0,7	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	-0,6	-1,1
Niedersachsen	-1,0	-0,6
Nordrhein-Westfalen	-0,8	0,4
Rheinland-Pfalz	-0,5	-0,0
Saarland	0,1	1,2
Sachsen	-0,1	0,3
Sachsen-Anhalt	-1,0	-0,2
Schleswig-Holstein	-0,2	-1,0
Thüringen	-1,0	-0,5
Deutschland	-0,3	0,6

Verurteilte

Definition

Anteil verurteilter Deutscher/Ausländer an allen Verurteilten, insgesamt und nach Altersgruppen sowie Geschlecht

Empirische Relevanz

Der Indikator zeigt die Verteilung von Deutschen und Ausländern bei den Verurteilten nach Altersgruppen und Geschlecht an, wobei delikt-spezifische Angaben fehlen.

Bewertung des Indikators

Diese Informationen sind für ein Gesamtbild der Integration relevant.

Datenquelle

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Strafverfolgungsstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen)

Methodische Besonderheiten

Die Statistik erfasst keinen Migrationshintergrund, sondern nur die Staatsangehörigkeit. Die Daten wurden bei den Statistischen Ämtern der Länder abgefragt. Es blieben Lücken bei Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Ergebnisse

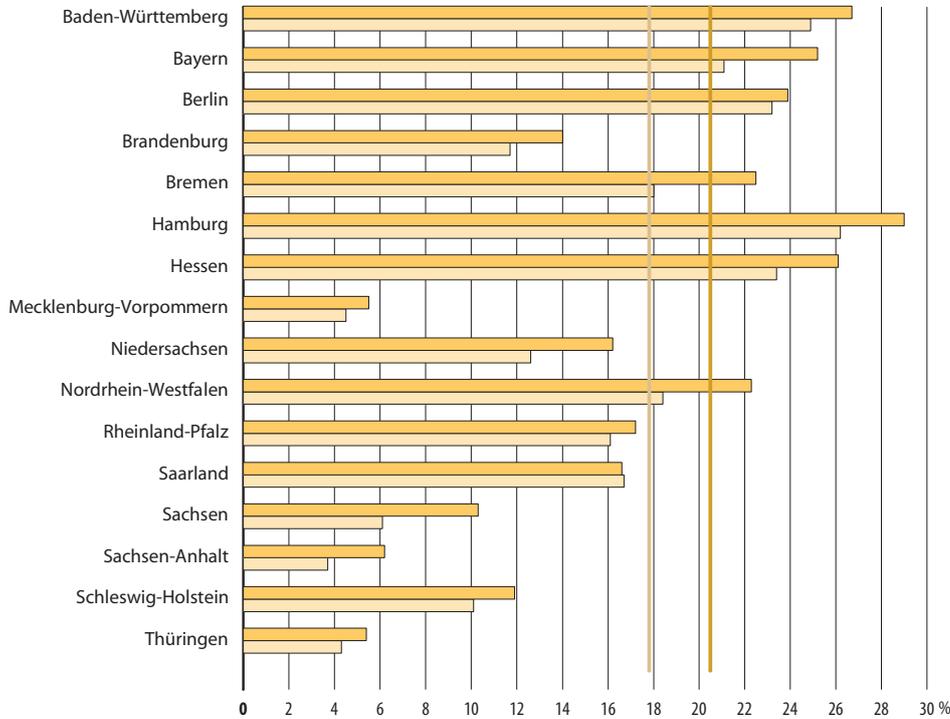
Je nach Bundesland bewegte sich der Anteil der Ausländer an allen Verurteilten zwischen 5,2 % und 28,5 %. Im Vergleich der Länder waren 2009 die Prozentanteile von Ausländern unter den Verurteilten in Hamburg mit 28,5 % und Baden-Württemberg mit 26,4 % am höchsten. In den neuen Bundesländern waren diese Anteile besonders gering. Bei der Interpretation ist der viel kleinere Prozentsatz ausländischer Einwohner an der Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen.

Im Vergleich zu 2005 nahm der Prozentsatz der verurteilten Ausländer in 4 Ländern zu, aber in 11 Bundesländern ab (für Sachsen-Anhalt gibt es keine Vergleichszahlen).

Deutschlandweit und in 12 Ländern ist der Prozentanteil der Ausländer an allen Verurteilten in der Altersgruppe 25 und mehr Jahre am höchsten. In den Stadtstaaten Berlin und Bremen sind die Anteile jedoch bei den Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) am größten, während in Hamburg die Gruppe der Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) besonders hervortritt.

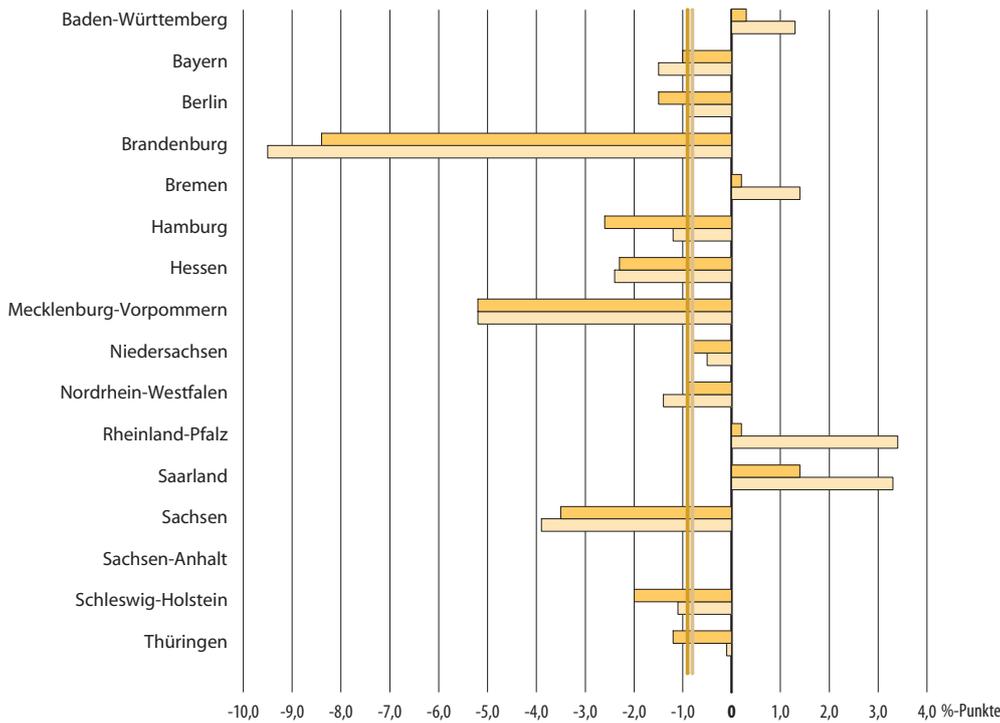
Der vollständige Indikator ist im Datenband abgebildet.

Anteil verurteilter Ausländer an allen Verurteilten 2009 nach Geschlecht



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	26,7	24,9
Bayern.....	25,2	21,1
Berlin.....	23,9	23,2
Brandenburg.....	14,0	11,7
Bremen.....	22,5	18,0
Hamburg.....	29,0	26,2
Hessen.....	26,1	23,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	5,5	4,5
Niedersachsen.....	16,2	12,6
Nordrhein-Westfalen.....	22,3	18,4
Rheinland-Pfalz.....	17,2	16,1
Saarland.....	16,6	16,7
Sachsen.....	10,3	6,1
Sachsen-Anhalt.....	6,2	3,7
Schleswig-Holstein.....	11,9	10,1
Thüringen.....	5,4	4,3
Deutschland.....	20,5	17,8

Veränderung 2005 – 2009



	männlich	weiblich
Baden-Württemberg.....	0,3	1,3
Bayern.....	-1,0	-1,5
Berlin.....	-1,5	-0,9
Brandenburg.....	-8,4	-9,5
Bremen.....	0,2	1,4
Hamburg.....	-2,6	-1,2
Hessen.....	-2,3	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	-5,2	-5,2
Niedersachsen.....	-0,8	-0,5
Nordrhein-Westfalen.....	-0,9	-1,4
Rheinland-Pfalz.....	0,2	3,4
Saarland.....	1,4	3,3
Sachsen.....	-3,5	-3,9
Sachsen-Anhalt.....	•	•
Schleswig-Holstein.....	-2,0	-1,1
Thüringen.....	-1,2	-0,1
Deutschland.....	-0,9	-0,8

Datenquellen

Der Mikrozensus

Seit dem Jahr 2005 werden im Rahmen des Mikrozensus Merkmale zum Migrationshintergrund der Bevölkerung erhoben. Da eine direkte Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ nicht umsetzbar ist, werden verschiedene Einzelmerkmale zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit erfasst (zur Definition des Migrationshintergrundes siehe Kapitel 2.1).

Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte repräsentative Befragung bei 1 % aller Haushalte mit einem umfangreichen Erhebungsprogramm. Die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union ist in Deutschland in den Mikrozensus integriert und ermöglicht internationale Vergleiche hinsichtlich der Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit. Aufgrund der hohen Fallzahlen und der umfangreichen soziodemografischen, bildungs- und erwerbsstatistischen Angaben ermöglicht der Mikrozensus repräsentative und differenzierte Analysen zur Qualifikationsstruktur, Erwerbsbeteiligung und Erwerbssituation von Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Für die meisten Fragen des Mikrozensus besteht Auskunftspflicht.

Wie bei jeder Statistik, die auf Stichproben basiert, muss auch beim Mikrozensus mit Zufallsfehlern gerechnet werden. Diese sind umso größer, je schwächer eine Merkmalskombination besetzt ist. In den Tabellen werden hochgerechnete Werte unter 5 000 (weniger als 50 Fälle in der Stichprobe) nicht nachgewiesen, da hier der einfache relative Standardfehler über 15 % liegt. Werte zwischen 5 000 und 10 000 sind mit einem Standardfehler von über 10 % in ihrer Aussagekraft eingeschränkt. Erst ab Besetzungszahlen von 50 000 oder mehr wird ein einfacher relativer Standardfehler von 5 % oder weniger erreicht.

Die Wanderungsstatistik

Die Wanderungsstatistik der amtlichen Statistik beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Die Daten werden monatlich erhoben und enthalten u.a. Angaben zum Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Herkunft- und Zielgebiet. Ab August 2008 werden zusätzlich Angaben zum Geburtsland und – bei einer Rückkehr aus dem Ausland – das Datum des Fortzugs ins Ausland erfasst.

Das Ausländerzentralregister

Im allgemeinen Datenbestand des Ausländerzentralregisters werden grundsätzlich die Daten der Ausländer erfasst, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten. Es dient den Verwaltungsbehörden zur Erfüllung von Aufgaben im ausländer- und asylrechtlichen Bereich, hat Unterstützungsfunktion als Instrument der inneren Sicherheit und wird für ausländerpolitische Planungen sowie die Ermittlung steuerungsrelevanter Größen verwendet.

Die Einbürgerungsstatistik

Die Einbürgerungsstatistik basiert auf Meldungen der Einbürgerungsbehörden. Auswertungen erfolgen jährlich durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik

Die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik durchgeführte Erhebung zu „Kindern und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ ist eine jährliche Totalerhebung zum Stichtag 1. März, die seit dem Jahr 2006 mit einem erweiterten Merkmalsumfang durchgeführt wird. Bis zum Jahr 2008 war der Stichtag der 15. März. Bei der Erhebung wird der Migrationshintergrund sowohl nach der vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache (Deutsch; nicht-Deutsch) als auch nach der ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils erfragt.

Die Sprachstandsfeststellung

Daten zur Sprachstandsfeststellung liegen nicht für alle Bundesländer vor. In den Ländern, die Sprachstandsfeststellungen durchführen, werden sie zudem unterschiedlich erhoben. Sie beruhen teilweise auf einem Expertenurteil zur Sprachförderung bei der Schulanmeldung, wenn kein Kindergarten besucht wurde. Das Merkmal Migrationshintergrund fehlt in einigen Ländern.

Die Statistik der Sprachprüfungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Am 1. Juli 2009 löste die neue Sprachprüfung „Deutsch-Test für Zuwanderer (A2-B1)“ die bisherigen Sprachprüfungen „Zertifikat Deutsch“ (B1) und „Start Deutsch 2“ (A2) als abschließende Sprachprüfung in Integrationskursen ab. Die Kompetenzstufen A2 bis B1 orientieren sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER).

Integrationskurse sind nicht für alle neu Zugewanderten verbindlich, dadurch kann der Vergleich zwischen den Bundesländern beeinflusst werden, da die Zahl der Teilnehmer an Integrationskursen nicht in Relation zu den Zugewanderten gesetzt werden kann.

Die Schulstatistik

Die Schulstatistik ist eine Länderstatistik, die, soweit es die unterschiedlichen Schulsysteme zulassen, zwischen den Bundesländern koordiniert wird. Die Schulstatistik soll gemäß einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz (KMK) künftig eine länderübergreifend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwenden, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern sollen nicht in die Ableitung des Merkmals eingehen. 2009 war der Kerndatensatz noch nicht in allen Ländern umgesetzt.

Die unterschiedlichen Schulsysteme in den Ländern werden auf eine bundeseinheitliche Systematik der Schultypen abgebildet und werden so vergleichbar.

Die Hochschulstatistik

Die Statistik der Studenten und die Statistik der Prüfungen werden unter der Hochschulstatistik zusammengefasst. Sie dienen der allgemeinen Bildungs- und Hochschulplanung in Bund und Ländern und an den Hochschulen selbst. Beide Statistiken sind Sekundär- und gleichzeitig Totalerhebungen aus den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen. Die Statistiken erfassen keinen Migrationshintergrund, sondern nur die Staatsangehörigkeit und ob die Hochschulreife im Inland erworben wurde.

Die Berufsbildungsstatistik

Die Berufsbildungsstatistik ist eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht zum Stichtag 31. Dezember. Erfasst werden Jugendliche mit Ausbildungsvertrag, die sich zum Stichtag der Erhebung in einer Ausbildung im dualen System (Betrieb, Berufsschule) befanden. Die für das Berichtsjahr nachgewiesenen Ausbildungsverträge enthalten nicht die in der Probezeit vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse. Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes kann mithilfe dieser Statistik bis zum Berichtsjahr 2007 nur unvollständig dargestellt werden (ohne Beamte, Volontäre usw.), weil die Zuordnung zu den Ausbildungsbereichen (u.a. zum Bereich „öffentlicher Dienst“) sich auf die Berufe beschränkt, die nach den bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen dem jeweiligen Bereich zugeordnet werden, so werden z.B. Fachinformatiker im öffentlichen Dienst ausgebildet, aber dem Bereich „Industrie und Handel“ zugeordnet. Ab dem Berichtsjahr 2008 kann durch das neue Merkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Bereich „öffentlicher Dienst“ vollständig nachgewiesen werden.

Die zum Berichtsjahr 2007 erfolgte Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten sowie die Einführung neuer bzw. die Änderung bereits vorhandener Erhebungsmerkmale können sich auf die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse in einzelnen Bereichen der Statistik auswirken.

Die Statistik erfasst keinen Migrationshintergrund, sondern nur die Staatsangehörigkeit.

Die Arbeitslosenstatistik

Die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) erfasst alle Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten, als arbeitslos registriert sind, eine Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden suchen und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen. Schüler/-innen, Studierende und Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie Empfänger/-innen von Altersrente werden nicht zu den Arbeitslosen gezählt.

Die Statistik der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II

Die Leistungsstatistik nach dem SGB II (Grundsicherungsstatistik) wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) erstellt. Sie berichtet über die Anzahl der hilfebedürftigen Personen und ihre Leistungen nach dem SGB II. Die Personen in Bedarfsgemeinschaften („Hartz-IV-Empfänger“) sind nach erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und nach nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu unterscheiden. Die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten Arbeitslosengeld II und die nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Sozialgeld. Eine Bedarfsgemeinschaft ist ein rechtliches Konstrukt, welches alle zusammenlebenden Personen einschließt, die dem Grunde nach leistungsberechtigt sind.

Die Schuleingangsuntersuchung

Die Schuleingangsuntersuchung ist eine auf Landesebene gesetzlich vorgeschriebene ärztliche Untersuchung aller Kinder, die eingeschult werden. Sie ist die einzige vollständige Untersuchung einer jeweils geschlossenen Jahrgangskohorte der Bevölkerung. Die Daten werden von den Gesundheitsbehörden der Länder gesammelt und ausgewertet. Dabei werden unter anderem der Impfstatus, die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U 8 bzw. U 9 und der Migrationshintergrund erfasst. In Bezug auf den Migrationshintergrund gibt es länderspezifische Definitionen. Ländervergleiche sind deshalb nur eingeschränkt möglich.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Die PKS zählt strafbare Handlungen nach bundeseinheitlichen Vorschriften auf Länderebene. Die Übermittlung an das Bundeskriminalamt geschieht durch die Landeskriminalämter. Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst seit 1953 polizeibekannt und durch sie endbearbeitete Straftaten einschließlich Straftatversuche und vom Zoll bearbeitete Rauschgiftdelikte. Die Statistik enthält neben der Beschreibung der Straftat auch Merkmale der Tatverdächtigen.

Die Strafverfolgungsstatistik

Die Strafverfolgungsstatistik liefert Angaben über die Anwendung der Strafvorschriften durch deutsche Gerichte und über die Straffälligkeit verschiedener Personengruppen. Es werden alle nach strafrechtlichen Vorschriften nach Bundes- oder Landesgesetzen Verurteilte erfasst. Gleichzeitig wird der Grund der Verurteilung ausgewiesen. Die Statistik ist eine Sekundärerhebung (Vollerhebung) auf der Basis der Verwaltungsdaten der Strafvollstreckungsbehörden.

Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.

Berlin-Institut (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008): Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Nürnberg.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen, 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.

Presidency conference conclusions on indicators and monitoring of the outcome of integration policies. Meeting no 597. Malmö 2009.

Riesen, Ilona (2009): Der IW-Integrationsmonitor. IW-Trends, 1/2009.

Salentin, Wilkening (2003): Ausländer und Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55, 2, S. 278-298.

Seifert, Wolfgang (2007): Integration und Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 22-23, S. 12-18. Bundeszentrale für Politische Bildung.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) (2007): Workshop zur Datengewinnungsstrategie für die Bildungsstatistik am 13.02.07 in Berlin. FAQ's – Frequently Asked Questions zum Kerndatensatz und zur Datengewinnungsstrategie. Bonn.

Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.

Anhang

Mitglieder der Integrationsministerkonferenz

Baden-Württemberg

Justizministerium des Landes Baden-Württemberg
Integrationsbeauftragter der Landesregierung
Schillerplatz 4
70173 Stuttgart
www.integrationsbeauftragter.de

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Winzererstraße 9
80792 München
www.stmas.bayern.de/migration/integrationspolitik/

Berlin

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin
Oranienstraße 106
10969 Berlin
www.berlin.de/lb/intmig/

Brandenburg

Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
www.masf.brandenburg.de

Bremen

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
An der Weide 50
28195 Bremen
<http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.1622.de>

Hamburg

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg
www.hamburg.de/zuwanderung

Hessen

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
www.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?cid=f7e1a4bc9e7d78903cbb687ff179995e

Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
www.sozial-mv.de

Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
www.ms.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
www.mais.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen
Bauhofstraße 9
55116 Mainz
www.integration.rlp.de

Saarland

Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Str. 23
66119 Saarbrücken
www.saarland.de/ministerium_arbeit_familie_praevention_soziales_sport.htm

Sachsen

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
Albertstr. 10
01097 Dresden
www.sms.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
Halberstädter Str. 2/ Am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg
www.mi.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein
Lorentzendamm 35
24103 Kiel
www.justizministerium.schleswig-holstein.de

Thüringen

Innenministerium des Landes Thüringen
Steigerstr. 24
99096 Erfurt
<http://www.thueringen.de/de/tim/>